



# Plenarprotokoll

## 45. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2014

**Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Rudolf Johna.....** 3612

### Aktuelle Stunde

#### Teil 1

**Regionen retten, nicht Unternehmen - Konsequenzen aus dem Fall PROKON.....** 3613

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 3614  
Hans-Jörn Arp [CDU]..... 3614  
Birgit Herdejürgen [SPD]..... 3616  
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3617  
Christopher Vogt [FDP]..... 3619  
Lars Harms [SSW]..... 3620  
Heiner Rickers [CDU]..... 3621

Reinhard Meyer, Minister für  
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr  
und Technologie..... 3622

### Aktuelle Stunde

#### Teil 2

**Erfolgreiche Energiewende nur mit dem Norden - Zu den Eckpunkten der EEG-Reform.....** 3623

Antrag der Fraktionen von SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Abgeordneten des SSW

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 3624  
Johannes Callsen [CDU]..... 3625  
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3626  
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 3628  
Angelika Beer [PIRATEN]..... 3630

Lars Harms [SSW].....	3631	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses	
Torsten Albig, Ministerpräsident...	3632	Drucksache 18/1463	
<b>Gemeinsame Beratung</b>			
<b>a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes.....</b>	<b>3634</b>		
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1124			
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/1451			
Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 18/1489			
Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1490			
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1502			
<b>b) Detektoren an Schulen untersagen.....</b>	<b>3634</b>		
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/625			
<b>Elektronische Schummelei bei Abschlussprüfungen unterbinden.....</b>	<b>3634</b>		
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/645			
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/1261			
<b>c) Rechtschreibung an Grundschulen.....</b>	<b>3635</b>		
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1189 (neu) - selbstständig			
		<b>d) Flexibilisierung des Einschulalters.....</b>	<b>3635</b>
		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/507	
		<b>Flexiblen Eintritt in die Grundschule ermöglichen.....</b>	<b>3635</b>
		Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/541	
		Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/1464	
		Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN], Berichterstatterin.....	3635
		Johannes Callsen [CDU].....	3635
		Sven Krumbek [PIRATEN].....	3638
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3640
		Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	3643
		Anita Klahn [FDP].....	3646, 3654
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	3649, 3658
		Martin Habersaat [SPD].....	3651
		Heike Franzen [CDU].....	3652
		Torge Schmidt [PIRATEN].....	3653
		Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	3654
		Torge Schmidt [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	3659
		Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	3659

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags auf Durchführung einer Dritten Lesung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1124		Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3674
2. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 18/1489, 18/1490 und 18/1502		Wolfgang Kubicki [FDP].....	3676
3. Verabschiedung des Gesetzes Drucksache 18/1124 in der Fassung der Drucksache 18/1451 in namentlicher Abstimmung		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	3678
4. Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/645, 18/507 und 18/541		Lars Harms [SSW].....	3680
5. Annahme der Anträge Drucksachen 18/625 und 18/1189 (neu) - selbstständig - .....	3660	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	3681
<b>Verlust der Staatsangehörigkeit infolge des Optionszwangs verhindern.....</b>	3660	<b>Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation und zur weiteren Entwicklung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein.....</b>	3681
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1471		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1433	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1504		Andreas Breitner, Innenminister....	3681
Angelika Beer [PIRATEN].....	3660	Petra Nicolaisen [CDU].....	3684
Astrid Damerow [CDU].....	3662	Simone Lange [SPD].....	3685, 3692
Serpil Midyatli [SPD].....	3662	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3686
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3663	Wolfgang Kubicki [FDP].....	3688, 3693
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3665	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	3690, 3695
Lars Harms [SSW].....	3667	Lars Harms [SSW].....	3691
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3668	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3692
Andreas Breitner, Innenminister....	3668	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	3695
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1471		<b>Konzept zur Zukunftsfähigkeit des UKSH .....</b>	3695
2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/1504.	3670	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1466	
<b>Attraktivität der Landespolizei erhalten.....</b>	3670	Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	3695
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1432		Dr. Heiner Garg [FDP].....	3697
Andreas Breitner, Innenminister....	3670	Daniel Günther [CDU].....	3700
Simone Lange [SPD].....	3672	Martin Habersaat [SPD].....	3702
Astrid Damerow [CDU].....	3673	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3703
		Torge Schmidt [PIRATEN].....	3705
		Lars Harms [SSW].....	3707
		Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/1466 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	3708

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: Beginn 10:03 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 17. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt sind Herr Abgeordneter Jürgen Weber und Frau Finanzministerin Monika Heindold. - Wir wünschen beiden gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Nach schwerer, mit großer Tapferkeit erduldeten Krankheit ist am 2. Januar 2014 der frühere Landtagsabgeordnete Rudolf Johna verstorben. Rudolf Johna, der 80 Jahre alt wurde, gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1979 bis 1996 als Mitglied der SPD-Fraktion an. In dieser Zeit war er Mitglied des Sozialausschusses und des Agrar- und Umweltausschusses sowie des Ausschusses „Kommunaler Investitionsfonds“.

Für die parlamentarische Arbeit Rudolf Johnas prägend war jedoch der Eingabenausschuss, dessen Vorsitzender er 13 Jahre lang war. Er verstand es nicht nur als eine notwendige, von der Verfassung vorgegebene Aufgabe, sich dort um jeden Einzelfall zu kümmern. Für ihn war es Ehre und Verpflichtung zugleich, sich auch im vermeintlich Kleinen für die Menschen in unserem Land einzusetzen. Rudolf Johna nahm ihre alltäglichen Sorgen und Nöte im Umgang mit Behörden, aber auch ihre Verbesserungsvorschläge ernst und setzte seine Erfahrung um in praktische, erfolgreiche Politik. So gewann er Vertrauen und mehrte auf oft besonders mühevollen Wegen das Ansehen des Landtages insgesamt.

Ausgestattet mit großer Menschenkenntnis, einer gesunden Portion Selbstbewusstsein, der oft notwendigen Beharrlichkeit und einer ausgeprägten Sensibilität für das Machbare war Rudolf Johna ein ausgezeichnete, ja leidenschaftlicher Parlamentarier, dessen Wirken die Arbeit des Petitionsausschusses bis heute prägt.

1933 im oberschlesischen Frauenfeld geboren, trat Rudolf Johna nach einer Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes 1958 in die schleswig-holsteinische Finanzverwaltung ein. Dort übernahm er die Kassenleitung der Landesbezirkskasse Neumünster, später dann die stellvertretende Kassenleitung der Landesbezirkskasse Kiel II.

**(Präsident Klaus Schlie)**

1963 wurde Rudolf Johna Mitglied der SPD. Er übernahm von 1966 bis 1988 zunächst kommunalpolitische Verantwortung in seiner Heimatstadt Neumünster als Mitglied der Ratsversammlung. Er verfügte also bereits über einen reichen politischen Erfahrungsschatz, als er 1979 erstmals zur Landtagswahl antrat und seinen Wahlkreis Neumünster sechsmal direkt gewann. Doch Rudolf Johna lief nie Gefahr, die Bodenhaftung zu verlieren; ganz im Gegenteil. Er blieb stets nah bei den Menschen und begriff seine Aufgabe als Abgeordneter seit jeher auch als die eines Seismografen, der die Stimmung in seinem Wahlkreis aufzeichnete und sie in die Landespolitik einfließen ließ. In seiner gesamten Grundhaltung war Rudolf Johna damit schon fast so etwas wie der ideale Vorsitzende des Petitionsausschusses.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag engagierte sich Rudolf Johna in zahlreichen ehrenamtlichen Funktionen und Organisationen: als Gewerkschafter, bei der Arbeiterwohlfahrt oder beim Deutschen Roten Kreuz, im Vorstand der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein oder als Gründungsmitglied der Aktionsgemeinschaft zur Förderung Behinderter und Benachteiligter Neumünster e. V. Für seine Verdienste um unser Land wurde er mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seines früheren Abgeordneten Rudolf Johna in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen. Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unseren verstorbenen Kollegen innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren Rudolf Johnas von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln.

Abweichend von dieser Vereinbarung beantragt die Fraktion der PIRATEN Redezeit zu den in gemeinsamer Beratung vorgesehenen Tagesordnungspunkten 8, 11 und 12. Nach § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann jede Fraktion zu jedem Gegenstand der Tagesordnung für einen ihrer Rednerinnen oder Redner Redezeit beanspruchen. Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführungen, mir mitzuteilen, wann die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte aufgerufen werden soll.

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 6, 7, 10, 14, 17, 31, 32, 35 und 37 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll der Tagesordnungspunkt 16.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 5, 34, 38 und 39, Änderung des Schulgesetzes und Anträge zu Detektoren an Schulen, der Rechtschreibung an Grundschulen sowie der Flexibilisierung des Einschulalters; 13 und 19, Anträge zur Einrichtung eines Landesbergbauamtes; 24 und 29, Anträge zum Stromnetzausbau in Schleswig-Holstein; 25 und 30, Anträge zur Arbeitnehmerfreizügigkeit, sowie die Tagesordnungspunkte 28 und 36, Anträge zur Elektrifizierung und Taktverdichtung der AKN.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Anträge vor. Ich schlage vor, dass beide Gegenstände mit jeweils 45 Minuten Redezeit aufgerufen werden. Beginnen werden wir mit dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, der zuerst eingereicht wurde. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 17. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause von 13 bis 14 Uhr vorgesehen. - Hierzu höre ich keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Preetz. Seien Sie uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde****Teil 1****Regionen retten, nicht Unternehmen - Konsequenzen aus dem Fall PROKON**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 75.000 Anlegerinnen und Anleger, 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon mehrere 100 in Itzehoe, bangen um die **Zukunft von PROKON**. Nach eigenen Angaben kann ein Insolvenzantrag nur abgewendet werden, wenn 95 % des Kapitals gehalten werden können. Nach dem Stand von Montag ist dieses Ziel nicht erreicht worden.

Wir entnehmen der Zeitung, dass der Wirtschaftsminister, Herr Meyer, und der Ministerpräsident, Herr Albig, Gespräche mit dem Unternehmen führen, um ihm zu helfen. Heute lesen wir in der Zeitung, Hilfe sei fast ausgeschlossen, kaum möglich. Wir fragen uns natürlich, verehrte Mitglieder der Landesregierung: Was wollen Sie tun? Wie wollen Sie helfen? Ich glaube, durch Worte, durch Gespräche allein, werden sich die Kassen des Unternehmens kaum füllen lassen. Jedenfalls ist das einzige mir bekannte Lebewesen, das Gold speien kann, ein Esel.

(Heiterkeit PIRATEN)

Wir PIRATEN fordern Sie auf: Meine Herren, seien Sie ehrlich und fragen Sie die Öffentlichkeit ganz klar: Soll der Steuerzahler mit Krediten oder Garantien für PROKON einstehen müssen?

Für uns PIRATEN kann ich ganz klar sagen: Rettungsaktionen auf Kosten der Allgemeinheit zugunsten einzelner Unternehmen sind mit uns nicht zu machen.

(Beifall PIRATEN - Zurufe SPD)

Wir haben in der Vergangenheit genügend Millionen- und Milliardenräber durch **politische Rettungsversuche** zugunsten von Großunternehmen und Großbanken gesehen. Die finanziellen Probleme einzelner Unternehmen dürfen nicht länger zu Lasten der Allgemeinheit gehen. Es kann nicht angehen, dass Gewinne privat ausgezahlt werden, dass Verluste aber von der Allgemeinheit getragen werden. Davon haben wir genug gesehen.

(Beifall PIRATEN - Zurufe SPD)

Anders als offenbar diese Landesregierung sehen wir ein mögliches **Insolvenzverfahren** auch nicht als Gefahr, die um jeden Preis abgewendet werden muss. In einem Insolvenzverfahren kann doch auch eine Chance für das Unternehmen liegen, um sich auf neue Füße zu stellen, um ein neues und tragfähiges Geschäfts- und Finanzierungsmodell für das Unternehmen zu finden, um den Standort Itzehoe

und die Arbeitsplätze möglichst auch auf tragfähige und nachhaltig weiterführungsfähige Beine zu stellen. Insofern sind wir der Überzeugung, dass die Zukunft von PROKON von den Beteiligten selbst gestaltet werden muss und nicht durch staatliche Intervention gesteuert werden darf.

(Beifall PIRATEN)

Wenn es dem Land wirklich darum geht, zu helfen und sich zu engagieren, dann müssen doch die Region und die Menschen vor Ort im Vordergrund stehen, dann müssen wir der gesamten Region helfen und nicht einem einzelnen Unternehmen. Um das zu tun und um wirklich tragfähige Strukturen aufzubauen, geht es darum, die **Wirtschaftsinfrastruktur in der Region** zu stärken, es geht darum, die Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur vor Ort zu stärken. Gerade insoweit haben wir doch in Itzehoe gute Voraussetzungen mit dem Innovationszentrum IZ, das unter anderem einen Forschungsschwerpunkt im Bereich erneuerbare Energien hat.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Man überlegt, die Aktivitäten unter dem Dach des IZ im Bereich erneuerbare Energien in einem Innovatorium zu bündeln. Daran arbeitet gerade der Kreis. Deshalb ist es lohnenswert, darüber nachzudenken, ob sich das Land in diesem Bereich engagieren sollte, um der Region wirklich nachhaltig zu helfen.

Infolgedessen sagen wir PIRATEN: Finger weg von Rettungsexperimenten auf Kosten der Allgemeinheit. Retten Sie Regionen und nicht einzelne Unternehmen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nun wirklich nicht verdächtigt, diese Regierung zu verteidigen.

(Beifall CDU - Lachen SPD)

Das war auch nie meine Absicht. Aber wenn man die heutige Zeitung gelesen hat - ich glaube auch hin und wieder, was darin steht, auch dann, wenn es etwas Negatives ist -, dann haben Sie gesagt, es gebe kein Geld, es gebe auch keine Möglichkeiten des

(Hans-Jörn Arp)

Landes zu helfen. Und das ist richtig so. Es gibt keine andere Alternative. Herr Dr. Breyer, was Sie hier sagen, ist dummes Zeug; das muss ich Ihnen einfach einmal so sagen. So geht man nicht mit den Leuten um.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass **Politik** immer dann dafür geradesteht, dass irgendwelche **Unternehmer Fehler** gemacht haben, egal wo; das ist nicht unsere Aufgabe.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielmehr müssen wir dabei auch an die Menschen denken, die dahinter stecken, und darauf komme ich gleich zu sprechen.

Aus unterschiedlichen Gründen haben Menschen, sei es aus Gutgläubigkeit gegenüber dem Unternehmen oder sei es aus Gründen der Gier, wie auch immer, dort ihr Geld angelegt. Das geschah freiwillig, denn niemand ist dazu gezwungen. Wenn diese Leute den Ankündigungen Glauben schenken, dass sie 6 % bis 8 % Zinsen bekämen, dann ist das die Entscheidung dieser Leute, nicht aber unsere. Deshalb müssen wir dafür auch jetzt nicht einstehen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir wissen ja noch nicht einmal, ob dies überhaupt erforderlich ist. Wir dürfen ein Unternehmen ja auch nicht kaputtreden, wenn es zurzeit Schwierigkeiten hat, aber nicht mehr. Auch das muss hier in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wer auf dem sogenannten Grauen Markt solche Optionsscheine kauft und wer dieses Geld dann auch annimmt, verdammt noch mal, der hat eine bessere Transparenz seines Unternehmens darzustellen, als die Transparenz, die das Unternehmen bisher hat.

(Beifall CDU, SPD und FDP)

Die kleinen und großen Sparer, die im Vertrauen auf ein Unternehmen Geld angelegt haben, müssen auch Vertrauensschutz genießen. Bis dahin, aber keinen Schritt weiter; denn alles andere ist nicht Aufgabe des Staates. Ich sage dies ebenso wie andere, die wahrscheinlich auch noch das Wort dazu ergreifen werden, ganz besonders deshalb, weil eine Region betroffen ist, in der dann, wenn es so kommen sollte, weitere 500 Arbeitsplätze in Gefahr

wären. Wir wissen aber noch nicht, ob es so kommen wird. Die Zulieferer, die Handwerker - viele der Gebäude, die dort entstanden sind, sind noch nicht einmal fertig gestellt, sondern sind zum Teil noch im Rohbau - machen uns natürlich Sorgen.

Was können wir machen, Herr Ministerpräsident? Es gab eine Umfrage, wonach die Schleswig-Holsteiner die glücklichsten Menschen in Deutschland sein sollen. Das war, glaube ich, zu Peter Harry Carstensen's Regierungszeit.

(Heiterkeit und Beifall CDU und Peter Eichstädt [SPD])

Ich kann mir nicht vorstellen, dass einer der Befragten irgendwann an der **Westküste** war. Denn das ist die am ärgsten gebeutelte Region. Sie haben ein Westküstenprogramm von 30 Millionen € aufgelegt, Herr Meyer. Ich freue mich schon wieder auf die einzelbetriebliche Förderung, die Sie eigentlich nicht wollen. Aber das ist gut angelegtes Geld.

Meine Damen und Herren, die Stimmung dort ist schlecht. Ich will sie nicht schlechtreden. Sie müssen nur einige wenige Fakten zur Kenntnis nehmen. **Prinovis** war das Juwel der Arbeitnehmer im Kreis Steinburg, einst mit über 3.000, zuletzt mit 1.200 Beschäftigten. Sie haben sich für die Abfindung für die Mitarbeiter eingesetzt, aber Sie haben nicht den Gesellschafter in die Verantwortung genommen. Sie haben nicht gesagt: Gesellschafter, du trägst hier eine Verantwortung, Bertelsmann und Familie Mohn, Ihr müsst an dem Standort eine Konversion schaffen. Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört.

Das Thema **Glückstadt** haben wir mehrfach diskutiert. Die B 5 wird langsam zum Museum, so lange gibt es auf dieser Straße schon Stillstand. Das Wichtigste: Das sind Dinge, die wir ändern können. Wir können etwas an Glückstadt ändern, wir können etwas am Fortgang der **B 5** ändern - elementar wichtig - und wir können natürlich an der **A 20** etwas ändern. Den Stillstand der A 20 lösen Sie nicht dadurch auf, dass Sie Schilder mit einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h aufstellen, sondern indem Sie endlich Ihre ideologische Brille abnehmen - das wäre ein Signal in die Region - und sagen: Jawohl, wir trauen euch das zu, jawohl, wir kommen.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Tietze, hören Sie einfach zu. Verhalten Sie sich, als seien Sie in der Kirche. Da müssen Sie auch zuhören. - Denn die Signale, die Sie aus diesem Haus senden, werden dort aufgenommen. Im Moment ist die Situation so, dass keine neuen **Inve-**



(Hans-Jörn Arp)

**storen** mehr kommen. Die, die ihren Betrieb erweitern wollen, machen das mit Sicherheit nicht an der Unterelbe, weil wir die Situation haben: Dort, wo wir noch Züge haben, die halten, müssen wir im schlimmsten Fall auf die Straße ausweichen. Dann stehen wir im Stau, wenn wir nach Hamburg wollen. Das lockt keinen Investor an.

Also, Sie wollen kein Geld bereitstellen, auch keine Bürgschaft, Herr Ministerpräsident. Aber sagen Sie Ihrem Bürgermeister, Ihrem Genossen, der gestern bei Ihrer Feier war, und geben Sie ihm das Signal: Jawohl, wir trauen der Region das zu. Die A 20 wird kommen, die **Elbquerung** wird kommen. Geben Sie dieses Signal weiter; das kommt an, das macht den Menschen Hoffnung. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Birgit Herdejürgen.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Breyer, so viel Blödsinn, wie Sie heute Morgen verzapft haben, ist so früh am Morgen nur schwer zu ertragen. Das hilft der Region wirklich überhaupt nicht. Ich habe auch den Eindruck, dass Sie der einzige Abgeordnete in diesem Haus sind, der diese **Aktuelle Stunde** wirklich haben möchte. Denn zu diesem hochsensiblen Bereich zu sprechen, ohne die nötigen Hintergrundinformationen zu haben, ohne zu wissen, was am Ende bei diesem ganzen Prozess herauskommt, ist aus meiner Sicht hochgradig problematisch.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben für solche Fälle Instrumente und Gremien in diesem Landtag, wo solche Diskussionen hingehören. Wir haben den **Beteiligungsausschuss**, in dem wir uns intensiv mit dem auseinandersetzen können, was im Wirtschaftsministerium an Unterlagen vorliegt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nein, glücklicherweise nicht. Nichtsdestotrotz haben wir uns in diesem Ausschuss schon mit Unternehmen befasst, bei denen das Land in irgendeiner Form aktiv geworden ist.

Nichtsdestotrotz: Wir stochern in einem hochsensiblen Bereich im Nebel. Ich finde das problematisch.

Unterstützung für eine Region ist das eine. Aber auch das Schlechtrede eines Standortes hilft an dieser Stelle nicht. Herr Breyer, auch in der Region machen Sie damit mit Sicherheit keine Punkte, zumal in Ihrem Redebeitrag sehr deutlich geworden ist, dass Sie inhaltlich mit den Einrichtungen, die es in Itzehoe gibt, gar nicht befasst sind und gar nicht wissen, was dort eigentlich passiert.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie verwechseln das Forschungsinstitut mit dem Technologiezentrum. Bemühen Sie sich, und reden Sie mit den Menschen, die vor Ort arbeiten. **Prinovis** ist als Beispiel schon genannt worden. Das ist ein Ergebnis unternehmerischer Entscheidungen. Der Kollege Arp hat es angesprochen. Es ist aber auch ein Ergebnis des Strukturwandels.

An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass sich die Stadt Itzehoe und die Region um Itzehoe in den vergangenen Jahren - das möchte ich hier zur Kenntnis geben - aktiv um den **Strukturwandel** und die Konsequenzen daraus bemüht haben. Alles, was dort auf der Wiese steht - Innovationszentrum und Fraunhofer-Institut - sind Entwicklungen, die mit der Unterstützung von Ratsversammlungen und von Kreistagen in den 90er-Jahren angeschoben wurden. Alles das, was dort entstanden ist, ist das Ergebnis der Bemühungen aus der Region.

Diese Unterstützung ist nicht immer kritiklos gewesen. Es hat jahrelang gedauert, bis es eine Akzeptanz in der Region gegeben hat, dass für Hochtechnologieunternehmen Gewerbeflächen tatsächlich freigehalten werden müssen. Manches Autohaus hätte sich dort gern angesiedelt. Die Stadt, der Kreis, die Region, sind standhaft geblieben. Das zeigt sich jetzt in diesem Innovationsraum. Mit PROKON, aber auch mit vielen anderen Unternehmen sind inzwischen Hunderte von Arbeitsplätzen entstanden. Das ist Ergebnis der Aktivitäten in der Region.

Ja, Itzehoe hat weitere Probleme, beispielsweise was das Thema Einzelhandel angeht. Aber auch da gibt es aktive Menschen, die sich darum kümmern und diese Probleme angehen, alles das auch mit der Unterstützung der Landesregierungen der Vergangenheit. Das muss man einfach sagen. Alles das, was im **Innovationsraum** stattgefunden hat, ist von vielen Landesregierungen begleitet worden. Auch finanziell, im Bereich Forschung, ist eine ganze Menge gelaufen. Ich bin überzeugt, dass das so fortgeführt wird.



**(Birgit Herdejürgen)**

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Beispiel Prinovis hat gezeigt, dass sich die Landesregierung natürlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten einsetzt, wenn es darum geht, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Region das Beste aus einer katastrophalen Situation herauszuholen. Dort ist noch weiterer Handlungsbedarf. Auch das hat der Kollege Arp zwar kritisch angemerkt, aber immerhin angemerkt. Natürlich brauchen wir jetzt Entscheidungen, was die Liegenschaften angeht. Auch in anderen Bereichen - davon bin ich überzeugt - wird die Landesregierung aktiv werden. Sie ist in ständigem Kontakt, was das Thema dieser Aktuellen Stunde angeht, mit allen Beschränkungen, die damit verbunden sind. All das, was Sie hier unterstellt haben, Herr Breyer, ist völlig aus der Luft gegriffen.

(Vereinzelter Beifall SPD und CDU)

Ich weiß ehrlich nicht, warum wir hier eigentlich diskutieren. Es ist Ihre übliche Methode, irgendwelche Behauptungen in die Welt zu stellen und dann vehement gegen etwas anzugehen.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist so ein absurdes Verhalten, dass es sich gar nicht lohnt, darüber zu reden. Aber unglücklicherweise haben wir diese Aktuelle Stunde. Damit will ich jetzt schließen. - Danke schön.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Welt retten, Regionen retten, Nichtübernehmen von Konsequenzen aus dem Fall PROKON. - Ich finde es schon ein bisschen unterirdisch, aus welchen Motiven heraus die PIRATEN uns das hier präsentieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist heute schon mehrfach gesagt worden: Es handelt sich um ein Unternehmen mit immerhin 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, circa 300 am Standort Itzehoe, und circa 70.000 Genussscheininhabern - um nur ein paar Daten zu nennen. Es handelt sich um den realwirtschaftlichen Teil des Unternehmens, in dem zukunftsfähige Produkte erzeugt werden.

Trotz vieler Gespräche - die haben Sie mit Sicherheit auch geführt -, ist es müßig, hier so zu diskutieren. Das kippt schlicht und einfach nur Benzin ins Feuer der Auf- und Abwärtsspirale eines Unternehmens. Das können wir heute überhaupt nicht gebrauchen. Das dient keinem und niemandem und erst recht nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Ort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich werde mich zu keinem Detail äußern. Ich denke, die Landesregierung hat sich klar positioniert. Sie steht beratend zur Seite, und das ist gut so.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Einmal stellen wir fest, dass wir am **Finanzmarkt** nach wie vor einen grauen Markt haben, der trotz Lehman überhaupt nicht geregelt ist. Ich kann nur ganz kurz zusammenfassen: Den Schwarzen Peter hat nicht die grüne Energie, den Schwarzen Peter hat der **graue Finanzmarkt**. Hier kann ich nur an die CDU appellieren, endlich zu handeln.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie sind schon seit Jahren in der Bundesregierung, und da liegen die Defizite.

Der nächste Bereich, den ich ansprechen möchte, bezieht sich auf die **Verbraucherinnen und Verbraucher**. Ich halte es für müßig zu sagen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher überall und immer vor allem geschützt werden müssen. Wir stellen aber fest, dass es im Vertrag der Großen Koalition keine Regelungen hierzu gibt, die uns bei der Frage der Finanzierung der Verbraucherinnen- und Verbraucherschutzarbeit voranbringt.

Im Koalitionsvertrag steht zwar, dass sich die **BaFin** demnächst auch um **Verbraucherschutz** kümmern soll. Bisher hat die BaFin in der Finanzwirtschaft nur darüber gewacht, ob die Rechtschreibung in den Prospekten korrekt ist. Das reicht aber nicht aus. Es müssen klare Regeln zur Stärkung der Verbraucherschutzarbeit her. Außerdem muss eine Finanzierung für die Verbraucherarbeit her, die verursacherorientiert ausgestaltet werden kann, indem diese durch Mittel finanziert wird, die die BaFin eingetrieben hat. Dann würden den Verbraucherschutzzentralen die notwendigen Mittel für die Beratung zur Verfügung stehen.

Ich möchte noch einen weiteren Bereich benennen, der im Koalitionsvertrag der Großen Koalition leider vollkommen auf der Strecke geblieben ist. Das bezieht sich auf den Vorschlag, **Einnahmen aus**

(Bernd Voß)

**Kartellrechtsstrafen** für die Verbraucherschutzarbeit zu verwenden. Das waren in den vergangenen Jahren zwischen 150 und 160 Millionen € jährlich. Das würde die Verbraucherschutzarbeit im Land so richtig voranbringen. Das ist aber nicht geschehen. In der vorletzten Woche wurde der große Brocken von mehr als 100 Millionen € Kartellrechtsstrafe für ein Bierkartell bekannt. In die Verbraucherschutzarbeit fließt es aber nicht.

Es ist eine **Region** betroffen, in der nach der Wende sehr viele Bundeswehrstandorte aufgelöst wurden. Es ist eine Region betroffen, in der bei Prinovis über 1.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Davon betroffen ist im Übrigen auch die umliegende mittelständische Wirtschaft. Das wird noch erhebliche Auswirkungen haben. Man kann jetzt schon sagen, dass dadurch die Arbeitslosenzahlen in den nächsten Jahren um 1 % nach oben getrieben werden. Das ist außerdem eine Region, die vom Behördenabbau und vom demografischen Wandel betroffen ist.

Zugleich ist dies die Region, die den industriellen Schwerpunkt Schleswig-Holsteins bildet. Diese Region hat das größte Industriegebiet Schleswig-Holsteins und wurde vor Jahrzehnten mit Milliarden subventioniert. Es gibt dort 4.000 Arbeitsplätze.

Wir müssen feststellen, dass dort die **Entscheidungen** in weltweiten **Konzernzentralen** gefällt werden. Daher sind wir froh über eine starke mittelständische Wirtschaft in der Region, die letztlich das nachhaltige Rückgrat der Region bildet.

Der Nord-Ostsee-Kanal, der wichtig für die Region und für die Industriestandorte entlang des Kanals ist, ist in den vergangenen Jahren in einen desolaten Zustand gefahren worden. Der Nord-Ostsee-Kanal wird aber zum Glück im Koalitionsvertrag erwähnt. Wir gehen einmal davon aus, dass das, was im Koalitionsvertrag erwähnt wird, auch umgesetzt wird. Das wird letztendlich die Zukunft des Nord-Ostsee-Kanals sichern.

Viel entscheidender für die Region ist allerdings die **Energiewende**. Die Energiewende ist für diesen Standort letztlich entscheidend. Sie macht diesen Standort zum Zukunftsstandort für die Stromerzeugung und -speicherung sowie für neue Technologien. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz fortgeschrieben wird und wie es tatsächlich möglich ist, erneuerbare Energien und neue Technologien offensiv voranzutreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend ist, inwieweit es möglich bleiben wird, dass sich die mittelständische Wirtschaft daran beteiligen kann. Ich denke, auch hierbei ist die Landesregierung auf einem richtigen Weg. Sie macht Druck, damit das, was angekündigt worden ist, nicht so kommt, wie es zu befürchten war und ist.

Außerdem gibt es eine intensive **Hafenkooperation**.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, die Redezeit von 5 Minuten ist abgelaufen.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ach so. Hier stand „10 Minuten“.

**Präsident Klaus Schlie:**

Deswegen sage ich das auch etwas vorsichtig. 10 Minuten waren zwar eingestellt, aber 5 Minuten sieht die Geschäftsordnung vor.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Okay. Ich hätte es gleich durch zwei dividieren sollen. - Ich komme trotzdem zum Schluss.

Es ist geplant, in Brunsbüttel einen Multi-Purpose-Pier mit Mitteln des Landes zu errichten. Das Land steht dahinter. Außerdem haben wir im Bereich des EFRE und des Wirtschaftsfonds für diese Region über 30 Millionen € vorgesehen und auch Mittel zur Stärkung der Westküstenregion. Darüber hinaus sind im Bereich des ELER Mittel im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel vorgesehen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, nun ist auch die 1 Minute Zugabe rum, sodass ich Sie bitte, zu einem letzten kurzen Satz zu kommen.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Dann fasse ich das einmal so zusammen: Es geht nicht um einen kurzfristig ausgerichteten **Rettenungsaktionismus**, sondern es geht um eine konsequente Politik, die nach vorn gerichtet ist - für die Regionen in Schleswig-Holstein. Ich denke, wir sind gerade in der Region Südwestholstein auf einem guten Weg, diese Politik umzusetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt. Auch er hat eine Redezeit von 5 Minuten. Das war sicherlich etwas irreführend, weil 10 Minuten Redezeit eingestellt waren. Deswegen haben wir das ein bisschen laufen lassen.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn ich mit der grundsätzlichen Aussage der PIRATEN übereinstimme, dass es nicht die Aufgabe des Landes ist, Unternehmen vor der Insolvenz zu retten, finde ich den Antrag auf eine **Aktuelle Stunde** nicht nur unglücklich, sondern auch unpassend.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn wir vielleicht keine Genussscheine von PROKON haben, so haben wir doch alle Zeitung gelesen und festgestellt, dass ein **Unternehmen** in Schleswig-Holstein offenbar **Liquiditätsprobleme** hat und die Geschäftsführung versucht, die drohende Insolvenz abzuwenden. Unabhängig davon, wie man das Geschäftsmodell und auch die Geschäftsmethoden, die in letzter Zeit öffentlich wurden, bewerten mag, so finde ich diesen Antrag der PIRATEN nicht hilfreich für das Unternehmen. Es geht immerhin allein in Schleswig-Holstein um rund 500 Arbeitsplätze, um Zulieferer, um Subunternehmen, um mehrere hundert Familien, die von einer Insolvenz betroffen wären. Ich glaube, wir sollten uns nicht daran beteiligen, das Unternehmen in die Insolvenz zu reden.

Insofern möchte ich etwas allgemeiner an das Thema herangehen. Es ist in der Tat nicht die Aufgabe des Landes - insofern haben die PIRATEN nicht ganz unrecht -, **private Unternehmen** durch **Subventionen** zu retten und die Insolvenz abzuwenden. Das ist nicht die Aufgabe des Landes und auch nicht die Aufgabe anderer staatlicher Institutionen. Wir haben in Deutschland ein modernes Insolvenzrecht.

Wenn es das Geschäftsmodell nicht hergibt, dass das Unternehmen am Markt bestehen kann, dann verschwindet es vom Markt. Das ist der Unterschied zwischen der Sozialen Marktwirtschaft und der Staatswirtschaft. Das hat aber nichts mit sozialer Kälte zu tun. Es ist wettbewerbsverzerrend, unfair und schlichtweg unsinnig, dass das Land an dieser Stelle mit Subventionen eingreift.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Deswegen sollte die Landesregierung die Finger davon lassen. Es ist auch nicht so, dass niemand davon gesprochen hat, es gab durchaus entsprechende Andeutungen vonseiten der Landesregierung, die die Diskussion ausgelöst haben. Das muss man an dieser Stelle wenigstens eingestehen.

(Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, es ist nicht so, dass von einzelnen mittelständischen Unternehmen das Gelingen oder Nichtgelingen der **Energiewende** in Schleswig-Holstein abhängig ist. Vielmehr ist es so, dass bestimmte Standorte in Schleswig-Holstein Probleme haben. Die Kollegin Herdejürgen und der Kollege Arp haben dies bereits bezogen auf den Kreis Steinburg ausgeführt. Es zeigt sich ein massiver **Strukturwandel**. Prinovis war ein schwerer Schlag für die Region Unterelbe, für den Kreis Steinburg und für die Stadt Itzehoe. Das haben wir alle verfolgt.

Natürlich hat man in der Region die Herausforderungen des Strukturwandels angenommen. Das Land unterstützt das. Es ist in der Tat die Aufgabe des Landes beziehungsweise der Landesregierung, für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen, damit sich die Wirtschaft in der Region in Zukunft besser entwickeln kann. Der Strukturwandel muss sich so vollziehen, dass Arbeitsplätze in der Region erhalten und neue geschaffen werden. Insbesondere muss jungen Menschen in der Region eine Perspektive geboten werden, aber nicht nur für die nächsten zwei bis drei Jahre, sondern für die nächsten Jahrzehnte.

Meine Damen und Herren, es geht in der Tat darum, Perspektiven zu schaffen und auch entsprechende Signale zu senden. Herr Kollege Voß, Sie mögen das vielleicht nicht gern hören, aber es ist für die Region aus unserer Sicht nicht nur unglücklich, sondern ein großes Problem, dass diese Landesregierung keine einheitliche Haltung zum **Weiterbau** der A 20 hat. Das ist ein großes Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Ich kann Sie nur auffordern, endlich mit dem Herumlavieren aufzuhören und weniger Rücksicht auf die Grünen zu nehmen. Herr Ministerpräsident, ich frage mich - -

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, wir reden nicht das Problem herbei. Frau Kollegin von Kalben, es ist schon etwas komisch, wenn man Probleme anspricht und einem daraufhin

(Christopher Vogt)

unterstellt wird, man rede die Region schlecht. Es wäre schon eine Unart, wenn man keine Probleme mehr ansprechen dürfte.

(Beifall FDP)

Frau von Kalben, ich kann verstehen, dass Ihnen das unangenehm ist. Ich frage mich aber allen Ernstes, wie der Ministerpräsident und der neue „Tempo-60-Minister“ Meyer in Berlin für den Weiterbau über die Elbe hinaus werben wollen, wenn es im eigenen Laden hierfür keine Mehrheit gibt. Das ist ein Problem.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Kollege Dr. Tietze, insofern hoffe ich, dass der Ministerpräsident die breite Mehrheit im Landtag für den Weiterbau der A 20 nutzt und weitere Aktionen unternimmt, um die Rahmenbedingungen in der Region zu verbessern, damit es wirtschaftlich wieder vorangeht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für den SSW hat Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Breyer hat gerade eben gesagt, eine **Rettungsaktion mit Steuergeldern** der Allgemeinheit zugunsten eines Unternehmens wolle er nicht haben. Genauso ist es. Das will keiner hier haben.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Deswegen ist der Antrag auf eine Aktuelle Stunde völlig unnützlich.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Hier im Parlament etwas einzufordern, was ohnehin keiner will, tut wirklich nicht not, lieber Kollege Breyer.

Wenn Sie sich informiert hätten, hätten Sie gesehen, dass man aufgrund der **Kapitalstruktur des Unternehmens** als Land Schleswig-Holstein wahrscheinlich überfordert wäre, da überhaupt helfen zu können. Sie müssten sich mit jedem der 75.000 Leute einzeln auseinandersetzen, um überhaupt etwas auf die Reihe zu kriegen.

Es ist klar, dass das im konkreten Fall gar nicht ginge, wobei - auch das muss man sagen - wir noch

gar nicht wissen, ob das Unternehmen überhaupt gefährdet ist. Vielleicht sollte man sich da etwas mehr zurücknehmen.

(Unruhe)

Ein kurzes Wort zu den **Genussrechten**, weil der Kollege Voß gerade eben sagte, das sei ein Mittel des grauen Marktes. Nur zur Information: Genussrechte gibt es schon sehr lange, sie sind eine übliche Anlageform. Allerdings - auch das muss man sagen - ist diese Form hoch **risikoreich**. Jeder muss sich selbst genau überlegen, ob er in der Form und ohne Mitspracherechte sein Geld anlegen will. Ich mit meiner Persönlichkeitsstruktur würde so etwas nicht tun, aber andere Leute sind da riskofreudiger. Das führt dazu, dass jetzt solche Diskussionen entstehen können. Dass die Diskussion entstanden ist, hat auch etwas mit der Rechtsform zu tun.

(Unruhe)

Für uns als Land ist es wichtig, **Arbeitsplätze** zu schaffen und zu erhalten. Das ist der Kern in der Region. Insofern ist es richtig, was vom Wirtschaftsminister schon angedeutet wurde, dass man Projekte durchaus unterstützen kann, um Dinge weiterzuführen, die begonnen worden sind - wie gesagt, immer im theoretischen Fall der Fälle, von dem wir heute noch gar nicht wissen, ob er tatsächlich eintreten wird.

Was ist eigentlich die Aufgabe des Landes Schleswig-Holstein? Unsere Aufgabe ist es, **Wirtschaftsförderung** in der Breite und dort in der Region zu betreiben. Deswegen gibt es die **Westküsteninitiative**. 30 Millionen € werden extra für die Westküste reserviert, zu der auch Steinburg gehört. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein werden dieser Region extra Gelder zur Verfügung gestellt, ohne dass sie Konkurrenz fürchten muss. Das wird im Land wahrscheinlich immer noch nicht so wahrgenommen, aber das ist ein Riesensatz nach vorn, den wir da machen. Das hilft möglicherweise auch der Region dort und den Menschen, die jetzt noch bei PROKON beschäftigt sind.

Was wir dazu brauchen, ist **Infrastruktur**, richtig. Wir machen eine Breitbandinitiative. Da wird viel Geld in die Hand genommen, dafür wird insbesondere Minister Habeck zuständig sein. Wir müssen - gerade was Itzehoe angeht - die **A 23** ausbauen und den Lückenschluss dort hinbekommen. Das ist eine entscheidende Größe, eine Lücke, die wir schließen müssen, am liebsten noch in dieser Legislaturperiode.



(Lars Harms)

Ja, es ist richtig, wir brauchen auch die **A 20**. Wenn es möglich ist, die A 20 schneller zu bauen, indem man eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 60 km/h macht - ich bin kein Freund von solchen Geschwindigkeitsbegrenzungen, ich fahre gern schnell -,

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP] - Unruhe)

wenn es denn hilft, sollte man das tun. Wenn man das im Gespräch mit den Umweltverbänden hinbekommt, können wir in dem Bereich möglicherweise noch etwas korrigieren, was in der Planung anfangs nicht so glücklich gelaufen ist.

Meine Damen und Herren, ob das Unternehmen überhaupt gefährdet ist, wissen wir heute noch gar nicht. Es sieht meiner Auffassung nach gar nicht danach aus. Wir sollten das Unternehmen nicht schlechtreden. Die beste Hilfe für das Unternehmen ist, in diesem hohen Haus - was das Unternehmen betrifft - einfach den Sabbel zu halten. Deswegen wäre es sinnvoll gewesen, diese Aktuelle Stunde gar nicht gehabt zu haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Eine weitere Wortmeldung liegt von Herrn Abgeordneten Heiner Rickers vor.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mir reicht das jetzt! - Unruhe)

**Heiner Rickers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Voß, auch ich komme aus dem Wahlkreis Steinburg. Frau Herdejürgen, die **strukturpolitischen Probleme** sind uns allen bekannt. Ein Glück, dass sich die Bundeswehr nach der Wende aufgelöst hat, aber es musste der Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen aufgefangen werden; Prino-vis, all diese Diskussionen haben wir schon geführt. Deswegen will ich dieses Fass nicht neu aufmachen.

Was mich aber wundert, ist, wenn man ein halbes Jahr zurückdenkt - egal ob Genussscheinrechte, oder wie auch immer das Anlageverfahren bei PROKON letztendlich gestaltet war -, da haben doch gerade die Grünen, Herr Voß, in die Hände geklatscht, wenn dort irgendwo etwas von PROKON organisiert, umgesetzt, investiert oder neu gebaut wurde. Dass jetzt die Handwerker als General-

unternehmen mit mehreren Millionen € in Itzehoe vielleicht auf den Kosten sitzen bleiben und die Subunternehmen nicht bedient werden können, ist schwierig.

Ich wundere mich, dass Sie der Bundesregierung Vorwürfe machen und sagen, die BaFin würde nicht kontrollieren, was irgendwo am **grauen Kapitalmarkt** wie und wo gestaltet werde. Das kann doch eigentlich nicht angehen. Denn vor einem halben Jahr waren Sie ganz anderer Meinung.

Ich habe ein Zitat vom Geschäftsführer von PROKON aus dem Jahr 2012 bei einer Werbeveranstaltung zum Verkauf der Genussrechte, das zeigt, wo die Chancen liegen - ich zitiere mit Erlaubnis -:

„Ein Windpark kann kein wirtschaftliches Risiko entwickeln.“

Damit sind die Leute überzeugt worden. Deswegen fragt man sich: Kann das, was an Kapital noch vorhanden ist - das sind vor allem die Windmühlen, die gebaut sind oder nach der Planung noch umgesetzt werden sollen -, in Zukunft genutzt werden? Man fragt sich berechtigterweise, warum das Unternehmen schlechtreden, wenn nicht auch die Möglichkeit bestünde, dass die Banken nicht für 8 % und nicht für 6 %, aber vielleicht für 3 % Verzinsung mit Krediten in das Unternehmen einsteigen. Wir hoffen, dass das irgendwann ein positives Ende nimmt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: HSH-Nordbank!)

Lars Harms, da muss ich Ihnen beipflichten: Wir sollten ein Unternehmen, das in dieser Branche unterwegs ist und bestimmt auch harte Lernschritte durchlaufen hat - ich erinnere an die Bereiche Bio-Öl und nachwachsende Rohstoffe, zum Teil von weither importiert - nicht schlechtreden, sondern unterstützen.

Was wird aus den 75.000 **Genussscheininhabern** und den 500 **Arbeitsplätzen** vor Ort? Das ist die große Frage, und jetzt kommen meine Fragen - da wäre die Landesregierung gut bedient, einmal nachzuhaken -: Wie ist ein solches **Investment rechtlich** gestrickt? Was gibt es an Kündigungen von Haltefristen? Welche **Sachwerte** - das habe ich angesprochen - werden zukünftig noch für eine Verwertung, wenn es wirklich zur Insolvenz kommen sollte, zur Verfügung stehen? Und die Frage ist ganz wichtig: Wie viele **Kredite** haben die Banken in diesem Unternehmen stecken? Denn in der Regel werden erst die Banken bedient und erst danach die Genussscheininhaber. Wer hat die Anleger beraten? Denn - auch das wissen Sie - Berater sind, wenn es

(Heiner Rickers)

zur Schadenersatzklage kommt, eventuell in Haftung zu nehmen.

Daher ist mein Vorschlag an die Landesregierung: Unterstützen Sie die Anleger bei der Aufklärung dieser Fragen! Dann wäre vielen geholfen. Reden Sie das Unternehmen nicht schlecht! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selten war eine Aktuelle Stunde so überflüssig wie heute.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Ich sage das ausdrücklich mit Respekt vor dem Landtag. Problematisch ist schon der Titel der **Aktuellen Stunde**: Hier wird von einem „Fall PROKON“ gesprochen. Liebe Fraktion der PIRATEN, ich habe Ihnen angeboten, Sie als Fraktion zu informieren, vor dieser Aktuellen Stunde. Ich hätte gern gesehen, dass Sie das in Anspruch genommen hätten, weil wir natürlich in einer schwierigen Situation sind, in der das Unternehmen in Itzehoe ums Überleben kämpft. In dieser Situation Stellung zu beziehen, ist nicht einfach, das wissen Sie ganz genau.

Meine Damen und Herren, „das Kapital ist ein scheues Reh“. - Ein Zitat von Karl Marx, damit ich wenigstens einmal in dieser Legislaturperiode ein Zitat von Karl Marx gebracht habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber im Ernst, Anleger beobachten die Entwicklung ganz genau, lesen Zeitung. Hier wird viel Verwirrung gestiftet. Wir können in dieser Situation des Unternehmens doch nur Verantwortung zeigen, indem wir uns zurückhalten. Herr Rickers, das gilt auch für Sie, denn Sie haben den Pfad der PIRATEN aufgenommen und hier über irgendwelche Dinge spekuliert, die wir nicht genau beurteilen können. Das sage ich ganz offen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ja, wir sind mit dem Unternehmen natürlich im **Gespräch** über die aktuelle Situation. Ja, wir haben klar gesagt: Für dieses Unternehmen kann es keine **Finanzhilfen** geben.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir haben genauso klar gesagt: Unsere Sorge gilt den Beschäftigten vor Ort in Itzehoe, in Schleswig-Holstein. Laut Unternehmen sind das 313 am Standort Itzehoe, insgesamt 340 in Schleswig-Holstein, viele davon gut qualifiziert, Ingenieure, technische Angestellte, die wir im Land Schleswig-Holstein dringend brauchen.

Doch es geht um mehr. Es geht um den **Wirtschaftsstandort Itzehoe**, den **Kreis Steinburg**, die **Region**; das ist schon gesagt worden. Auch hier stört mich der Titel der Aktuellen Stunde „Regionen retten, nicht Unternehmen“. - Es tut mir leid, aber das macht doch überhaupt keinen Sinn. Das Ziel der Landesregierung heißt: Wir wollen Regionen und Unternehmen stärken, und wir wollen Arbeitsplätze in diesen Regionen schaffen und sichern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Es geht um Wertschöpfung. Es geht natürlich um die produzierenden Teile bei PROKON und darum, wie es damit weitergeht. Es geht gerade auch am Standort Itzehoe um **Strukturwandel**.

Herr Arp, selbstverständlich nehmen wir den Bertelsmann-Konzern in die Pflicht, wenn wir über 30 ha am Standort **Prinovis** reden, die wir gemeinsam herrichten wollen, damit sich in Zukunft Unternehmen an diesem interessanten Standort Itzehoe niederlassen. Das ist selbstverständlich, denn ich glaube nach wie vor daran, dass die Energiewende und die Windkraft Chancen insbesondere an der Westküste schaffen.

Meine Damen und Herren, unsere Botschaft ist ganz klar: Hier gehen keine Lichter aus, sondern wir wollen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort für Zukunftschancen sorgen.

Damit die Verwirrung um **ISIT** und **IZET** aufgelöst wird: Beide sind natürlich technologisch Perlen am Standort Itzehoe.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insbesondere das ISIT müssen wir mit seiner ganzen Forschungskraft des Fraunhofer-Instituts noch



**(Minister Reinhard Meyer)**

mehr nach vorn stellen. Denn Leistungselektronik ist ein Bereich, der heute in der Forschung und in vielen anderen Bereichen eine ganz große Rolle spielt. Es gibt hier viele Unternehmen in Schleswig-Holstein, die man stärker miteinander verzahnen kann. Natürlich gibt es mittelständische Unternehmen am Standort Itzehoe und in der Nähe - bei Sterling SIHI angefangen bis zu Pohl Boskamp. Natürlich gibt es - das ist hier viel zu kurz gekommen - den industriellen Kern der sogenannten ChemCoast: von Holcim in Lägerdorf bis zur Raffinerie in Heide mit dem Standort Brunsbüttel/Itzehoe mittendrin mit über 4.000 Arbeitsplätzen, vor allem in der chemischen Industrie. Diesen industriellen Kern wird die Landesregierung stärken.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Und die Anbindung!)

Natürlich gehört dazu, dass wir **Standortbekenntnisse** haben. Wenn ein Unternehmen wie Sasol, um zu erweitern, 100 Millionen € am Standort Brunsbüttel investieren will, dann ist das ein Standortbekenntnis für die Westküste. Das hat natürlich damit zu tun, was wir als Landesregierung tun.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur **Infrastruktur**: Ganz klar sind wir dabei, die **A 23** auszubauen. Wir befinden uns in der Planung und im weiteren Vollzug des Ausbaus der **B 5** zwischen Itzehoe über Wilster nach Brunsbüttel. Natürlich wollen wir die **westliche Elbquerung**, natürlich wollen wir die **A 20**.

(Beifall SSW - Oliver Kumbartzky [FDP]: Wer ist wir?)

Aber Herr Vogt, wenn Sie von Rücksichtnahme sprechen, dann sage ich Ihnen einmal, was ich bei der A 20 vorgefunden habe,

(Christopher Vogt [FDP]: Das weiß ich!)

dass man nämlich eine Philosophie bei der Planung ohne Rücksicht auf irgendwelchen Naturschutz, Umweltverbände oder Bürgerbeteiligung hatte, um das Ganze voranzubringen. Das ist schiefgegangen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich habe das leider nicht geplant!)

Das werden wir jetzt heilen, und zwar so gut es geht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir werden mit der **Westküsteninitiative** zeigen, dass es geht, dass man „Regionalpolitik in der Regionalpolitik“ machen kann. So hat das die Europäische Kommission ausgedrückt. Wir werden übrigens die einzige Regierung in Deutschland sein, die das macht. Wir werden an der Westküste Modellregion für dieses neue Förderprogramm über 30 Millionen € sein. Das werden wir gemeinsam mit den Akteuren in der Region gestalten, damit wir Zukunft an der Westküste schaffen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das verstehen wir als Landesregierung darunter, Regionen und Unternehmen zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Ich werde mir angewöhnen - weil immer Kritik und Zweifel kommt - ein ganz altes Zitat aus Rom abzuwandeln und zu sagen: Und im Übrigen bin ich der Auffassung, dass die A 20 kommen muss. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Martin Habersaat [SPD]: Das war am Ende auch erfolgreich!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wenn der Bedarf an Diskussion über die interessanten Zitate gestillt ist, würde ich gern fortfahren.

Damit ist der erste Teil der Aktuellen Stunde beendet.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne die Vorsitzende der Gettorfer Tafel, Frau Barbara Neusüß. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe den zweiten Teil der Aktuellen Stunde auf:

**Aktuelle Stunde****Teil 2****Erfolgreiche Energiewende nur mit dem Norden - Zu den Eckpunkten der EEG-Reform**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner, der Fraktionsvorsitzende der SPD.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dachten, am Mittwoch wäre eine sinnvolle Aktuelle Stunde auch ganz schön. Deswegen reden wir hier über die **Energiewende**. Die Energiewende ist die größte Herausforderung für die Politik in Deutschland seit der deutschen Einheit. Sie ist eine große Herausforderung, sie ist insbesondere aber auch eine große Chance, gerade für den Norden, weil wir zur Wertschöpfung und Sicherung einer Energie, die sowohl Versorgungssicherheit als auch ökologische Vernunft und Bezahlbarkeit verbindet, beitragen können. Das sind die drei Kriterien, die wir an die Energiewende anlegen müssen. Darauf legen wir ganz großen Wert.

Dazu gehört ein **Fahrplan** weg vom Zick-Zack der vergangenen Legislaturperiode - rein in die Atomenergie, raus aus der Atomenergie - und weg von all den Dingen, die uns aufgehalten haben - wie zum Beispiel die Streitigkeiten zwischen sieben verschiedenen Ressorts. Das muss alles anders werden, weil wir Planbarkeit brauchen, weil wir verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, und weil wir es natürlich auch mit einem schwierigen Geflecht an Herausforderungen von europäischer Seite zu tun haben, die natürlich Druck macht, und wo wir Schwierigkeiten haben werden, bis hin zu den Interessen des Industriereviere in Nordrhein-Westfalen und den Interessen des Nordens.

Klar ist für mich, dass man die drei folgenden Kriterien zusammenbringen muss: **Versorgungssicherheit** heißt, dass die Industrienation Deutschland sicher sein muss, dass man unter verlässlichen Rahmenbedingungen eine Energieversorgung hat. **Ökologische Vernunft** muss heißen, so viel erneuerbare Energien wie möglich und nicht so wenig wie möglich. Und **Bezahlbarkeit** muss heißen, dass wir darauf achten müssen, dass es nicht nur den Besitzer des schicken Lofts gibt, der sich eine Solaranlage leisten kann, sondern dass die normalen Mieter und die normalen Menschen bezahlen können, was wir an Energiewende voranbringen - und übrigens die Unternehmen auch. Deswegen ist es natürlich auch richtig, dass, wenn sich die Windenergie rechnet, dann auch die Förderung reduziert wird. Das muss man akzeptieren.

Was meiner Meinung nach aber falsch ist, ist das einzuschränken, was am billigsten und am vernünftigsten ist, wovon wir am meisten haben und was erneuerbar ist, was die Menge angeht. Das ist falsch. Deswegen müssen wir darüber auch reden. Ich finde es übrigens auch falsch, wenn wir Punkte wie Direktvermarktung haben, die Bürgerwind-

parks am Ende unmöglich machen. Das kann nicht unser Ziel sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Deshalb gilt natürlich, was wir als Koalition hier immer gesagt haben: Die Landesinteressen kommen zuerst. Das gilt für die rot-grün-blaue Koalition: Die Landesinteressen kommen zuerst. Deswegen werden wir uns auch einbringen. Sigmar Gabriel ist Norddeutscher, deswegen versteht er durchaus, was in Norddeutschland gesagt werden muss, so wie der Ministerpräsident das getan hat - fortiter in re, suaviter in modo -, klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, was unsere Interessen sind.

(Martin Habersaat [SPD]: Das hast du so gesagt, Torsten? - Weitere Zurufe - Heiterkeit und Beifall)

Das heißt auf Deutsch: hart in der Sache, moderat im Ton. Das ist mein Lieblingszitat.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist eine gute Art und Weise, um Dinge voranzubringen.

Nun hat **Sigmar Gabriel** sehr schnell einen **Vorschlag** gemacht. Es ist übrigens auch gut so, dass der Vorschlag so schnell kommt, denn wir müssen auch wegen Europa handlungsfähig sein und bis zum Sommer zu einem Entschluss kommen. Aber jeder weiß - nicht nur vom struck'schen Gesetz, was ein sehr kluges Gesetz ist, sondern auch von den Abläufen, die nötig sind -, dass man sich verständigen muss. Die Große Koalition hat keine Mehrheit im Bundesrat. Sie braucht die Unterstützung von Ländern, auch von so wichtigen Ländern wie dem Land Schleswig-Holstein, das in der Frage der Energiewende natürlich ein Schlüsselspieler ist. Deswegen werden wir uns mit der Bereitschaft zum Kompromiss einbringen - ganz eindeutig.

Ich sage aber auch: Es ist ein vitales **Landesinteresse**, dass die Energiewende funktioniert. Sie wird nur funktionieren, wenn wir da, wo der Wind am kräftigsten weht - das tut er nicht in Süddeutschland, wo manche Anlage geradezu angepustet werden muss -, im Land zwischen den Meeren, das tun, was wir tun können, um die Energiewende zum Erfolg zu führen.

Sie werden erleben, dass diese Energiewende nicht nur eine Herausforderung ist, sondern etwas, was wir so mit Leben erfüllen müssen, dass **Arbeitsplätze** geschaffen werden, dass wir den Wohlstand

(Dr. Ralf Stegner)

in der Zukunft sichern und dass wir in der Tat auch diesen Dreiklang buchstabieren. Manch einer hat immer nur das eine oder das andere im Sinn. Ich sage aber noch einmal: Es müssen Versorgungssicherheit, ökologische Vernunft und Bezahlbarkeit zusammenkommen. Dafür werden wir sorgen.

Daran werden wir arbeiten, und Sie werden erleben, dass wir einen guten Kompromiss finden werden. Wir werden uns nicht hundertprozentig durchsetzen, denn wir sind nicht allein auf der Welt, aber es werden die entscheidenden Dinge passieren, die notwendig sind. Ich bin sehr froh darüber, dass wir in den letzten Tagen hören durften, dass uns auch die Opposition dieses Hauses in dieser Frage unterstützt. Dann muss das ja klappen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Johannes Callsen, das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es mag dieses Hohe Haus etwas irritieren, aber mein Einstiegssatz in die Rede ist fast so ähnlich, wie die des Kollegen Dr. Stegner,

(Zuruf SPD: Oh!)

nämlich der, dass die Energiewende für Schleswig-Holstein in der Tat nicht nur eine Herausforderung ist, sondern auch eine große Chance.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Land hat sich in den letzten Jahren zu einem **führenden Windkraftstandort** entwickelt. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir wollen nach dem Ausstieg aus der Kernenergie **Stromexportland** bleiben. Das haben wir schon in der vergangenen Legislaturperiode festgelegt. Wir wollen hier im Land Arbeitsplätze schaffen und halten, und wir wollen vor allem auch die **Wertschöpfung** aus der Energie für Schleswig-Holstein gewinnen. Dafür war im Übrigen die Ausweisung neuer Windeignungsflächen durch die CDU/FDP-Landesregierung eine ganz entscheidende Voraussetzung. Denn nur damit sind wir jetzt gut gerüstet, um von den Ausbauzielen auf Bundesebene zu profitieren.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es geht aber auch darum - und der Kollege Dr. Stegner hat es angesprochen - **Strompreissteigerungen** durch die EEG-Umlage zu vermeiden. Denn steigende Strompreise sind nicht nur eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, für unsere Verbraucher, sondern sie sind auch eine Belastung für die Industrie und das Handwerk, für unseren Mittelstand in Schleswig-Holstein. Um hier die richtige Balance zu erreichen, die Ausbauziele erneuerbarer Energien zu erreichen und die Strompreissteigerung zu vermeiden, ist eben eine Reform des EEG notwendig und unumgänglich.

Im Koalitionsvertrag in Berlin haben CDU und SPD klar vereinbart, dass für den Ausbau der Windkraft die - ich zitiere -

„guten Standorte ... auch zukünftig wirtschaftlich genutzt werden können“.

Ich sage deutlich: Das ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zur Windenergie in Schleswig-Holstein.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU], Astrid Dame-row [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Deswegen müssen bei der **Festlegung** der **Vergütungshöhen** die Interessen des Landes auch im weiteren Verfahren gewahrt werden. Die Eckpunkte von Bundeswirtschaftsminister Gabriel haben nur in der Windkraftbranche für Unruhe gesorgt. Es darf nicht dazu kommen, dass die erfolgreiche Windenergie in Schleswig-Holstein durch diese Vorschläge ausgebremst wird.

Deswegen erwarten wir, dass wir im Rahmen des **Gesetzgebungsverfahrens** noch Veränderungen in diesem Sinne bekommen. Das gilt für die Vergütungshöhen, das gilt aber auch für den Zubaudeckel von Windenergie an Land, und es gilt auch für den Ersatz der festen Einspeisevergütung durch Ausschreibungen ab 2017. Auch bei der Frage der Bürgerbeteiligung oder dem Ausbau von Bürgerwindparks muss der Bundeswirtschaftsminister noch nacharbeiten. Gerade die Bürgerwindparks sind es nämlich, die sich in Schleswig-Holstein als Erfolgsmodell erwiesen haben. Sie sind wichtige Voraussetzungen, um unsere Ausbauziele in der Windenergie zu erreichen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Über diese Punkte wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren im Interesse unseres Landes zu reden sein.

(Johannes Callsen)

Aber, Herr Ministerpräsident: Es reicht nicht, mal wieder mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Das Land muss auch seine eigenen **Hausaufgaben** machen. Das Land Schleswig-Holstein, die Landesregierung, hat eine eigene Verantwortung, wenn es um die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende geht. Denn nur wenn der Strom, der hier kostengünstig produziert wird, auch zu den Verbrauchern, zu den Industriebetrieben, die es brauchen, abgeleitet werden kann, lohnt sich die Förderung. Hier muss die Landesregierung mehr erreichen.

Die SPD - haben wir der Zeitung entnommen - will die neue 380-kV-Leitung in **Ostholstein** noch einmal auf den Prüfstand stellen und hinterfragen. Dabei ist doch gerade sie doch für den erfolgreichen Netzausbau entscheidend und für den Transport des Windstroms erforderlich. Hier darf es keine Verzögerung geben.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Wir geben Ihnen im Rahmen dieser Plenartagung natürlich gern die Chance, sich klar zu unserem Antrag und damit zum Netzausbau in Ostholstein zu bekennen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben uns schon bekannt! - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wunderbar. Dann sind wir gespannt auf die Abstimmung.

Der Energiewendeminister rühmt sich damit, dass im vergangenen Jahr doppelt so viele **Windkraftanlagen** in Schleswig-Holstein genehmigt worden seien. Das ist nebenbei gesagt auch logisch, weil die Windeignungsflächen von CDU und FDP stärker ausgewiesen und verdoppelt wurden. Es liegen aber immer noch weit mehr als 450 Genehmigungsanträge von Investoren bei den Landesbehörden auf dem Schreibtisch. Viele von ihnen - und das wissen wir aus zahlreichen Gesprächen - warten seit Monaten auf eine **Genehmigung**, obwohl sie alle Unterlagen vorgelegt haben. Herr Habeck, die Investoren stehen bereit. Die Investoren haben ihre Unterlagen vorgelegt, und sie warten auf Ihre Entscheidung. Es darf nicht dazu kommen, dass durch einen x-beliebigen Stichtag bei der EEG-Novelle diese Investoren hinten herunterfallen.

(Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bundeswirtschaftsminister muss beim EEG nacharbeiten, und die Landesregierung muss ihre

Hausaufgaben beim Netzausbau in Schleswig-Holstein und bei der Genehmigung neuer Windkraftanlagen machen. Dann führt die Energiewende für unser Land tatsächlich zum Erfolg. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Callsen, das war doch schon fast zum Mitklatschen. - Die **entscheidenden Gesichtspunkte** in der aktuellen Energie- und EEG-Debatte sind erstens die **Mengenbegrenzung** der Onshore-Windenergie, zweitens die **Vergütungshöhe**, drittens die **Direktvermarktungselemente**, viertens **Übergangsregelung** und Vertrauensschutz. Herr Callsen, Sie sagten schon, wie wichtig das für unsere Investoren ist.

Die Regelungen des Offshore-Windenergiemarktes sind für die Unternehmen der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein entscheidend.

Weitere wichtige Punkte für uns im Norden sind die Reichweite der **Vergütung in windschwächeren Gebieten**, die sogenannte 60%-Regelung. Ich habe nichts dagegen und befürworte es sehr, wenn im Süden der Republik auch Windmühlen gebaut werden. Ihre Stromerzeugungskosten liegen weit unter den Kosten von Offshore-Windenergie, werden zum großflächigen Ausgleich und zur Harmonisierung der Produktion beitragen können.

Befreiungstatbestände der EEG-Umlage und Netznutzungsentgelte sind weitere Punkte. Außerhalb des EEG interessieren natürlich auch Fragen wie Kapazitätsmärkte, intelligente Netze, das sogenannte Strommarktdesign - für das sich sicherlich ein schöneres Wort finden ließe - Standardlastprofil, Bilanzkreis, Ex-Ante-Ausgleich, Managementprämie und so weiter. Bei allem, was wir dort finden, muss doch die Frage erlaubt sein, ob der hoch regulierte und in allen Sektoren subventionierte **Stromsektor** für sich das Wort **Markt** wirklich beanspruchen darf. Denn der schwankende Preis mit seinen Kurven erreicht den Endkunden nicht. Der Endkunde existiert nicht. Was als Kurve vor dem Zähler



(Detlef Matthiessen)

ankommt, geht hinter dem Zähler als Strich weiter. Sie alle zahlen Ihre 24,3 Pfennige.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Pfennige sind vorbei!)

- Cent meine ich natürlich. - Das Marktgeschehen vor dem Zähler wird überhaupt nicht an den Kunden weitergeleitet.

Lügen pflastern den langen Weg der Energiewende. Erstens. Ich erinnere nur daran, dass einmal behauptet wurde: Mehr als 1 % erneuerbare Energien sei absolut technisch netzunverträglich - inzwischen haben wir 25 %; die Lichter gingen aus, wenn wir keine Atomenergie hätten, und die Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke der letzten Legislaturperiode wurde uns als Energierevolution verkauft.

Hier und heute haben wir es auch mit einem ähnlichen Phänomen zu tun. Das Wort heißt **Strompreisbremse**. Die EEG-Umlage wird als Maßstab dafür herangezogen, wie teuer doch die Energiewende sei.

Dazu sage ich Ihnen: Die Energiewende enthält viel, viel und überwiegend viel Vergangenheitskosten, im Wesentlichen die Ausbauquoten im Photovoltaiksektor.

Zweitens. Der Anteil der Windenergie trägt nur minimal zur Erhöhung der EEG-Umlage bei, etwa in der Größenordnung von 0,2 %.

Drittens. Die Befreiung gerade großer Energieverbraucher wird durch die EEG-Umlage umgerechnet und auf die Kunden verteilt.

Viertens gibt es den paradoxen Effekt, die EEG-Vergütung am Börsenpreis zu messen. Da spielt der sogenannte Merit-Order-Effekt eine Rolle, nämlich dass die Preise des Stromes ja von der Deckung der variablen Kosten abhängig sind.

Diese sind bekanntlich bei Wind und Sonne gleich null. Es heißt ja auch: Der liebe Gott schickt für Wind und Sonne keine Rechnung. Damit drücken sozusagen die erneuerbaren Energien den Preis für Strom an der Börse nach unten. Die großen Kohlekraftwerke, die nicht abschalten können, sorgen mitunter sogar für das Paradoxon negativer Börsenpreise.

Meine Damen und Herren, Photovoltaik und Windenergie sind heutzutage die Billigmacher der Energiewende. Wir liegen mit den Kosten für Windenergie zum Beispiel unterhalb der Neubaukosten für Kohlekraftwerke.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Meine Damen und Herren, wir wollen eine Akteursvielfalt im Markt erhalten; wir wollen die KMU-Strukturen bewahren; wir wollen die Bürgerwindparks und -solarparks erhalten. Es führt kein Weg zurück zu den Monopolen und riesigen zentralen Großkraftwerken.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir teilen die Analyse des Bundeswirtschaftsministers, dass es weiterhin **technologiespezifischer Förderungen** bedarf. Im alten EEG steht allerdings das Wort „mindestens“ vor den Ausbauzielen. Dieses wollen wir erhalten und keine Deckelung der Mengen. Es ist doch ein Absurdum: Gerade die Energiequellen, die billig werden, sollen plötzlich gedeckelt werden.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, schauen Sie bitte auf die Uhr!

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst: Das Gabriel-Papier, sein Novellierungsvorschlag für das EEG, bietet eine brauchbare Diskussionsgrundlage. Das Albig-Papier, die Überlegungen unseres Ministerpräsidenten, ist die richtige Antwort des Nordens darauf - nicht nur aus Landessicht, sondern auch aus Sicht der Energiewende insgesamt.

Bei aller Kritik an der Strompreisbremse - diesem Kampfbegriff -, wollen auch wir die Energiewende kostengünstig organisieren.

**Präsident Klaus Schlie:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident.

Die große Einigkeit hier im Land ist eine Chance. Wir müssen die Vorschläge im Ausschuss vereinheitlichen und diskutieren, um uns mit einer Stimme aus dem Norden in die Energiewende in Deutschland einzumischen. - Meine Damen und Herren, ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich hat es nicht gewundert, dass der Kollege Callen den ersten Satz des Kollegen Stegner zu seinem eigenen Satz gemacht hat. Denn seitdem die Union mit der SPD im Bund in einer Großen Koalition ist, gibt es eine stille Beteiligung der CDU-Landtagsfraktion an der Landesregierung hier.

(Heiterkeit und Zurufe)

Aber auch bei stillen Beteiligungen kann man das Kapital verlieren.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Bedauerlicherweise ist eine **Aktuelle Stunde** kein Ort, um **Einzelfragen** der **Energiewende** wirklich seriös diskutieren zu können. Das sollten wir dann machen, wenn wir dazu eine Vorlage aus Berlin haben.

Herr Dr. Stegner, erlauben Sie mir eine Bemerkung. Ich habe mich gefragt: Wie kriegen Sie jetzt bloß die Wende hin? Der Inhalt des Papiers, was der Kollege Gabriel vorgelegt hat, der Bundeswirtschaftsminister, entspricht nämlich exakt dem, was das Bundeswirtschaftsministerium auch schon einmal aufgeschrieben hatte, als Philipp Rösler noch Wirtschaftsminister war.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Die Verwaltung hat gelegentlich das Gefühl: Minister kommen und gehen, das, was wir im Kopf haben, bleibt bestehen. Das ist gelegentlich so. Ich kann mich aber noch daran erinnern - wir sammeln gerade die Zitate -, wie schlimm das im letzten Jahr alles war, was dort aufgeschrieben worden war: furchtbar. Es wurde gesagt, die Energiewende würde dadurch torpediert werden, es gebe eine Kohlerenaissance. Ich bin gespannt, Herr Kollege Schulze, wie Sie die Renaissance im Revier, sprich der Braunkohle in Nordrhein-Westfalen, rechtfertigen werden, auch angesichts der Klimaziele, die wir haben. Es ist einfach wunderbar, das alles aufzulisten.

Wir haben uns an die Seite des Ministerpräsidenten gestellt, weil wir uns schon gefragt haben, warum die Totalrevision des EEG auf das Jahr 2018 verschoben worden und man jetzt versucht ist, an kleinen Stellschrauben zu drehen. Auch wenn man nur an kleinen Stellschrauben dreht, dann dreht man an der falschen Stelle. Denn die Überlegung, dort, wo

die Windenergie effizient ist, die **Förderung** sozusagen zu senken und dafür die Förderung dort beizubehalten, wo die Windenergie nicht effizient ist, mag vordergründig plausibel erscheinen, ist aber ökonomischer Unsinn. Das ist schlicht und ergreifend ökonomischer Unsinn.

Die spannende Frage ist doch: Was sind die geeignetsten Standorte im Wettbewerb untereinander? Das sind nicht die, die jetzt im Süden gefördert werden, wo kaum Wind bläst, sondern das sind die an der Küste in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein, nämlich an der Westküste, an der Nordseeküste, die heute schon Strom zu Preisen generieren und erzeugen können, der vergleichsweise günstig ist, und die keine Wettbewerbssituation mit anderen Energieträgern scheuen müssen.

Also muss unsere Forderung doch sein, wenn wir schon in diesen Bereich hineingehören - da hat der Ministerpräsident recht -, sich darauf zu konzentrieren, die **Windkraftanlagen Onshore in Niedersachsen, Schleswig-Holstein** und möglicherweise **Mecklenburg-Vorpommern** zu bauen und darauf zu verzichten, den Schwarzwald abzu-roden, nur damit die baden-württembergischen Freunde auch das Gefühl haben, sie seien bei der regenerativen Energie mit dabei. Es macht auch keinen Sinn, halb Bayern zu planen, weil die Bayern das Gefühl haben, selbst wenn es dort teurer ist, errichteten sie ihre Anlagen - wie Söder einmal gesagt hat - nach der Devise: Dann bleibt die Wertschöpfung wenigstens bei uns. Das ist lokal- und regionalpolitisch vielleicht sinnvoll gedacht, aber das ist ökonomischer Unsinn, und das wird die Energiewende eher torpedieren als es sie beflügeln wird.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Selbstverständlich, Herr Präsident. Obwohl das bei Aktuellen Stunden eigentlich ungewöhnlich ist.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ja, das ist eine großzügige Auslegung.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wurde eben gesagt, dass das wohl möglich ist.



**(Präsident Klaus Schlie)**

Herr Kollege Kubicki, vor dem Hintergrund auch meiner Ausführungen, dass in Süddeutschland eine Windmühle heutzutage günstiger Strom produziert als - auch auf mittlere Sicht - eine Offshore-Anlage, stellt sich die Frage, ob Sie für oder gegen Offshore-Windenergie sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Offshore in Süddeutschland! - Heiterkeit)

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Ich wollte gerade sagen: Offshore im Süden ist wahrscheinlich nur am Bodensee oder am Chiemsee möglich, ansonsten nicht. Herr Matthiessen, lassen Sie uns das inhaltlich vielleicht nicht gerade im Rahmen einer Aktuellen Stunde diskutieren, denn da sind diese Fragen: Sind sie dafür oder dagegen?, relativ sinnlos. Selbstverständlich akzeptiere ich die Auffassung unseres Bundeswirtschaftsministers, dass Offshore-Anlagen dazu beitragen können, Windenergie grundlastfähig zu machen, weil sie durch die Verteilung schlicht und ergreifend dazu beitragen können, Kohlekraftwerke oder andere Kraftwerke im Grundlastbereich überflüssig zu machen. Das akzeptiere ich zunächst einmal, ohne das zu hinterfragen.

Noch einmal: Auch im Offshore-Bereich wird natürlich mit der technischen Entwicklung, mit der Anzahl der Anlagen, die errichtet werden, sich auch die Kostenstruktur verändern. Damit werden auch die Preise sinken. Das ist selbstverständlich so. Das war im Windenergiebereich genau das Gleiche. Auch die ersten Onshore-Anlagen, die wir gebaut haben, haben noch zu höheren Kosten produziert als es die Offshore-Anlagen gegenwärtig tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich schon gefragt - der Kollege Stegner kennt ja den Politikbetrieb sehr genau -, was denn der Kollege Stegner im Hinblick auf den Ministerpräsidenten und seine Äußerungen gegenüber dem Bundesvorsitzenden der SPD und dem Bundeswirtschaftsminister nun sagen wird. Ich habe mich gefreut: Nummer 6 lebt!

(Heiterkeit FDP)

Er hat erklärt - ich darf das zitieren -: Nur wenn der noch richtig besser wird - der Entwurf des Bundeswirtschaftsministers - werde Schleswig-Holstein zustimmen können. - Herr Kollege Dr. Stegner, hier nehmen wir Sie beim Wort. Denn ich bin sicher, nach Meseberg wird das Kabinett das Eckpunkt Papier des Bundeswirtschaftsministers beschlossen

haben. Dann geht es nachher nicht mehr um die Frage, was ist inhaltlich richtig oder nicht, sondern um die Frage, wie das mit der Gesichtswahrung ist. Ich bin gespannt, ob Ihre von mir vorgetragene Aussage Bestand haben wird, wenn es hart auf hart kommt, wenn es darum geht, dass eine Mehrheit im Bundesrat hergestellt werden muss, um das erste große Projekt der Großen Koalition in Berlin, nämlich die Novellierung des EEG, ins Werk zu setzen. Ich bin gespannt, ob Sie das dann durchhalten werden.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Besonders gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Kubicki, zum Ersten würde ich schon gern für das Protokoll richtigstellen, dass das, was der Bundeswirtschaftsminister gerade in Meseberg einbringt, mitnichten dem entspricht, was Herr Rösler getan hätte. Das wissen alle Beteiligten, und das wollte ich nicht so gern hier stehen lassen.

Zum Zweiten wundert mich ein bisschen Ihre Auffassung, dass Sie glauben, es habe etwas mit Gesichtswahrung zu tun, wenn sich Entwürfe im Lauf von parlamentarischen Verfahren und im Verhältnis zwischen Bund und Ländern weiterentwickeln. Das war bei Ihrer „Hotelsteuer“ so, aber bei der Energiewende machen wir das anders.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW - Zurufe FDP: Tää tää!)

- Das war ja keine Frage, sondern eine Feststellung. Ich nehme diese Feststellung jetzt zur Kenntnis, Herr Dr. Stegner. Wir werden schauen, wie sich das im parlamentarischen Verfahren ändert, und wir werden dann sehen, was am Schluss dabei herauskommt. Wir dokumentieren Ihnen das einmal, dass es ein Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium gibt - noch aus der Amtszeit von Philipp Rösler -, das genau die Elemente enthält, die Herr Gabriel vorgestellt hat.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Wolfgang Kubicki)

Das ist ja nicht über Weihnachten auf seinem Mist gewachsen - logischerweise -, und es widerspricht in Teilbereichen auch dem, was die SPD in ihrem Bundestagswahlprogramm drin hatte - und das, ohne dass man vorher mit der Union in Koalitionsverhandlungen hätte treten müssen.

Aber lassen wir uns das in Ruhe vorlegen und dann im Detail debattieren. Nur noch einmal: Es kann auf Dauer nicht richtig sein - da wird der Ministerpräsident auf meiner Seite stehen -, dass man solche Vorschläge wie von Frau Aigner, die ja Wirtschaftsministerin in Bayern ist und der die Höhenluft möglicherweise nicht bekommen ist, folgt und dauerhaft Subventionen in einen Bereich hineinbringt, der in Teilbereichen schon ökonomisch sinnvoll eigenständig agieren kann, und das auch noch mit Krediten finanzieren will, die künftige Generationen, von denen wir wissen, dass sie ohnehin schon sehr viele Lasten auf ihren Schultern haben werden, noch weiter bezahlen sollen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Lassen Sie uns in Ruhe abwarten, was vorgelegt werden wird. Und lassen Sie uns abwarten, wie der künftige stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD hier im Hohen Haus agieren wird. Darauf bin ich sehr gespannt. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir den geschäftsleitenden Hinweis, dass in unserer Geschäftsordnung in § 32 für Aktuelle Stunden zwar nicht ausdrücklich erlaubt ist, dass Zwischenfragen oder Zwischenbemerkungen gestellt oder gemacht werden, es ist ausdrücklich aber auch nicht untersagt. Bei einer großzügigen Auslegung, lieber Herr Kubicki, und vor dem Hintergrund meiner Erkenntnis, dass Sie auf solche Dinge gern eingehen, habe ich sie zugelassen. Ich glaube, das entspricht auch dieser Diskussion.

Ich erteile für die Fraktion der PIRATEN deren Vorsitzendem das Wort, Herrn Abgeordneten Torge Schmidt. - Pardon, Frau Abgeordnete Beer, das ist bei mir nicht so angekommen. Dann erteile ich Frau Abgeordneter Angelika Beer das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine etwas kuriose Situation, dass wir hier über ein Papier diskutieren, das zwar einige wenige kennen, weil sie gute Kontakte zur Bundes-

SPD haben, aber die Mehrzahl unserer Kollegen hier im Landtag dieses Papier von Herrn Gabriel überhaupt nicht kennt.

(Martin Habersaat [SPD]: Auf welcher Grundlage basierte denn die letzte Aktuelle Stunde? - Heiterkeit)

Weil dieses Thema jede Bürgerin und jeden Bürger in Schleswig-Holstein betrifft, will ich versuchen, einige Kernpunkte der Entwicklung der Energiewende herauszuarbeiten, die wir als PIRATEN für entscheidend halten. Um zu verdeutlichen, dass wir das sehr ernst nehmen und nachdem wir von der Landesregierung nichts bekommen haben, haben wir uns an das Bundeswirtschaftsministerium gewandt. Von dort gibt es keine Antwort. Sie wollen oder können es uns nicht geben. Für die Staatskanzlei gilt das Gleiche. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Grundrecht darauf zu wissen, was in Berlin besprochen wird und was am Ende dabei herauskommt.

Erstens. Wir hören, dass der Bundeswirtschaftsminister den **Zubau an Wind- und Solarenergie** auf 250 MW pro Jahr begrenzen will. Das halten wir PIRATEN eindeutig für falsch. Allein der Umstand, dass ein Wirtschaftsminister planwirtschaftliche Instrumente erwägt, macht uns hellhörig und misstrauisch.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Für den richtigen Weg halten wir eine stufenweise Reduzierung der durch das EEG garantierten Zulage.

Zweitens. Das **Industrieprivileg** - so hören wir - soll um rund ein Fünftel reduziert werden. Das halten wir für deutlich zu wenig. Es geht auch in die falsche Richtung. Sinnvoller wäre, festzulegen, welche Betriebe verbindlich von der EEG-Umlage befreit werden und welche nicht.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Aus unserer Sicht darf nicht sein, dass Unternehmen deshalb entlastet werden, weil sie international aufgestellt sind. Denn damit benachteiligen wir am Binnenmarkt orientierte Unternehmen der gleichen Branche.

Drittens. Wir als Politiker müssen die Kraft haben, den Menschen zu sagen, dass Energie teurer wird. Dies gilt für alle Energieträger, auch für Kohle und Öl. Langfristig sind also nur die erneuerbaren Energien dazu geeignet, den **Energiepreis** zu stabilisieren und, wenn es nach uns geht, auch zu senken.

(Angelika Beer)

Die Verantwortung für die zukünftigen Generationen wird hier heute diskutiert. Deswegen beantragen wir formal, Fakten auf den Tisch zu bekommen und schnellstmöglich in die Beratungen in die Fachausschüsse zu gehen.

Viertens. Das ist mir ein besonders wichtiger Punkt. In dieser ganzen Debatte ist bisher der **soziale Aspekt** stiefmütterlich behandelt worden. Nicht alle Menschen in unserem Land oder in der Republik haben die gleiche Menge an Geld im Portemonnaie. Wir müssen die einkommensschwachen Menschen gezielt entlasten, ohne dabei den Anreiz zum Energiesparen aufzuheben.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Dazu gibt es Modelle. Sie liegen vor. Sie werden hier einfach ignoriert. Ich gebe ein kurzes Beispiel: Es geht um einen Freibetrag, etwa für die ersten 1.000 kWh von der Stromsteuer. Es gibt verschiedene Vorschläge unserer Bürgerbeauftragten, die Menschen hier in Schleswig-Holstein, die das Geld nicht haben, zu entlasten. Das möchten wir zusammen mit dieser Frage diskutieren.

Herr Stegner, wir haben Ihre Rede schon gestern im „NDR-Magazin“ gehört. Sie haben gesagt, sie wollten das Gerechtigkeitsprofil der SPD bundesweit schärfen. Schärfen Sie! Spitzen Sie an! Bisher spielt es keine Rolle - auch in Ihrer Rede nicht. Sagen Sie den Menschen, auf was sie sich bei uns verlassen können, den schleswig-holsteinischen Koalitionsvertrag oder den in Berlin.

Herr Ministerpräsident, ich muss schon sagen: Ich bin echt gespannt, wie Sie da wieder herauskommen wollen. Wahrscheinlich wissen Sie nicht, was Sie selbst in Berlin mitverhandelt haben. Anders kann ich mir nicht erklären, dass Herr Gabriel Sie hier so überrascht. Das ist in jedem Fall das Gegenteil von dem, was Sie bisher zur GroKo kundgetan haben. - Vielen Dank.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für den SSW hat Abgeordneter Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was derzeit von der Bundesregierung vorliegt, ist erst einmal ein **Eckpunktepapier** von Minister Gabriel und noch keine Gesetzesvorlage. Insofern hat der Kollege Stegner natürlich recht: Selbst wenn das jetzt in Meseberg mit den Zielsetzungen beschlossen wird, die man gehen will, heißt

das noch lange nicht, dass alles das, was dort drinsteht, eines Tages auch das Tageslicht erblicken wird. Es wird sicherlich so sein, dass sowohl die Gesetzesvorlage im Bundestag in erster, in zweiter und in dritter Lesung beraten wird. Schauen wir einmal, was am Ende drinstehen wird.

Ich finde es zunächst einmal wichtig, dass sich der Ministerpräsident schnell, sozusagen zur ersten Stunde, für die Landesinteressen eingesetzt und sich eingeschaltet hat. Das kann man von einem Ministerpräsidenten erwarten.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Wir wissen, dass unser Ministerpräsident dies tut. Wenn man ein solches Eckpunktepapier betrachtet, muss man auch sehen, in welchem Kontext das ganze steht und welche Zielrichtung wir haben wollen. Das vergisst man in der Diskussion, wenn man über einzelne Papiere redet. Es geht darum, welches die Grundlagen der Energiewende sind, die durch das EEG nur zu einem Teil umgesetzt werden.

Die Grundlage ist die **Versorgungssicherheit**. Die Leute sollen sicher sein können, dass sie Strom erhalten. Es geht selbstverständlich auch um **preiswerte Energie**; das ist es, um was es geht. Ein bisschen unterschlagen wird immer, dass es auch um eine **saubere Energie** geht. Es geht auch darum, saubere Energie möglich zu machen, das heißt also, Kohlekraftwerke so gut wie möglich abzuwickeln, der Lobby nicht nachzugeben, Gas nur zu Spitzenzeiten zur Stromgewinnung zu nutzen, Kernkraft abzuwickeln und die erneuerbaren Energien zu fördern. Das muss das politische Ziel sein. Dann kommt man möglicherweise auf einzelne Ideen, die im Eckpunktepapier niedergelegt sind, gar nicht erst.

Das Zweite ist die Versorgungssicherheit. Wir brauchen einen **Energiemix**. Wir brauchen Offshore-Windenergie zur Sicherheit, damit man grundlastfähige erneuerbare Energien hat.

Wir brauchen aber auch die **Zusammenarbeit mit anderen Ländern**, insbesondere was die Nutzung von Wasserkraft angeht. Auch das darf man nicht unterschlagen. Man muss so ehrlich sein zu sagen, dass man zum Beispiel mit den Norwegern zusammenarbeiten muss, was das angeht.

Wir brauchen eine **preiswerte Energie**. Meine Damen und Herren, **Onshore-Windkraft** ist preiswert. Sie ist von den erneuerbaren Energien die preiswerteste Energieform, die wir bisher haben. Die Förderung dieser Energieform zu deckeln, ist

(Lars Harms)

das ökonomisch sinnloseste, was man sich überhaupt nur denken kann.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man es macht, muss man diese Energieform weiter unterstützen. Dann muss man natürlich auch sehen, dass man die Energieformen, die noch nicht so weit sind, entsprechend unterstützt, mit staatlicher Unterstützung, mit Förderprogrammen, mit Ideen, die es dazu gibt. Wir kommen nicht darum herum, die erneuerbaren Energien, insbesondere die Onshore-Windkraft, weiterhin so zu unterstützen, wie wir es bisher getan haben. Anderenfalls würden wir Investitionen behindern, was für den Wirtschaftsstandort Deutschland, aber auch Schleswig-Holstein, eine Katastrophe wäre.

Insofern hat der Ministerpräsident recht: **Mengensteuerung** ist in der Geschichte bisher immer gescheitert. Der Wirtschaftsminister hat eben Karl Marx zitiert. Lassen Sie mich daran erinnern, dass **sozialistische Staaten** an dieser Form des Wirtschaftens zugrunde gegangen sind, nämlich das man immer über Menge und nicht über Preis gegangen ist. Man hat dann Dinge zu einem Preis bezahlen müssen, der auf dem Markt nicht darstellbar war. Das ist ein gutes Beispiel, wie ganze Staaten zugrunde gegangen sind.

Wer ein bisschen älter ist, kann sich auch noch an Butterberge erinnern. Es war eine völlig sinnlose Geschichte, dass die EU Butter gebunkert hat, um sie später zu einem billigeren Preis zu verkaufen. Ein weiteres Beispiel - wenn man einmal ganz genau hinguckt - ist die **Agrarförderung**, die es heute noch gibt. Wer eine Stunde Sozialismus machen will, muss sich nur einmal angucken, wie Agrarförderung funktioniert. Das ist eine Katastrophe. Würde man das bei Energiepolitik so einführen, würde man Fehler machen, die andere schon in der Vergangenheit gemacht haben. Das sollte man nicht tun.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb ist das EEG auch in der Struktur, in der wir es jetzt haben, wichtig. Man kann gern dran drehen, auch die Zahlen verändern, die jetzt drinstehen. Aber die Struktur ist richtig. Wir brauchen den dazugehörigen Netzausbau. Es war gut, dass sich der Ministerpräsident sehr schnell zu Wort gemeldet hatte. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir drableiben werden und dass wir als Koalition Schleswig-Holsteins Interessen vertreten. Wir werden einmal sehen, was im Gesetzgebungsverfahren heraus-

kommt und was im Bundesrat möglicherweise von unserer Seite noch angeregt werden kann. Das ist ein Prozess, der sich wahrscheinlich über das gesamte Jahre erstrecken wird.

Ich bin mir ziemlich sicher: Wenn wir mit breiter Brust in diesen Prozess gehen, dann werden wir noch viel für einen zukünftigen Gesetzentwurf erreichen können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Reden wir über Schleswig-Holstein, oder geht es bei der Debatte darüber, wie es mit dem **EEG** weitergeht, um mehr? - Natürlich reden wir auch über Schleswig-Holstein, denn Onshore-Windenergie ist für uns eines der großen Investitionsthemen. Wir haben im letzten Jahr in Schleswig-Holstein allein 740 Millionen € an Investitionen für den Onshore-Bereich gehabt. Es wäre aber zu kurz gesprungen und würde zu Recht Kritik auf sich ziehen, wenn dies unser einziges Argument wäre.

Heute - Stand 2012 - haben wir in Deutschland 100 GW Atomstrom. Gemeinsam haben wir bis 2020 ein CO<sub>2</sub>-Ziel vereinbart, nämlich die Reduktion der Treibhausgase um 40 %. Von der Europäischen Kommission haben wir eine Herausforderung bekommen: Können wir das, was wir in Deutschland als **Weg aus dem Strom aus Atomkraftwerken** heraus verfolgen, in Europa nachstellen? Diese Frage müssen wir als Land Deutschland beantworten können. Schleswig-Holstein will sich mit ganzer Kraft hinter das Ziel der Bundesregierung stellen, dazu beizutragen, dass dies funktioniert, und vor den Verbraucherinnen und Verbrauchern sagen zu können: Wir kriegen das hin, ohne dass die Preisspirale immer weiter läuft, was scheinbar durch die erneuerbaren Energien verursacht wird.

Wir wollen das Ziel erreichen, gemäß unserer politischen Vereinbarung bis 2022 Atomstrom auf null zurückgefahren zu haben, wobei wir - wohl gemerkt - in 2012 100 GW Atomstrom hatten, der bis 2022 vollkommen ersetzt sein muss. Wenn wir also 2020 das **CO<sub>2</sub>-Ziel** erreicht haben wollen, dann frage ich: Wie kann das gehen, wenn ich für die günstigste Form der erneuerbaren Energien, die auch



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

die technisch am weitesten beherrschte Form der erneuerbaren Energien ist und bei der wir im Leitungsbereich bei allen Planungsständen am weitesten sind, sagen muss: „Ich deckele diese Art der Energieerzeugung bürokratisch auf bestimmte Werte. Wenn diese überschritten werden, dann hat man Pech gehabt.“?

So wird das deutsche Ziel scheitern, den Weg raus aus dem Atomstrom zu gehen. Wenn wir eins zu eins das übersetzen, was wir im Koalitionsvertrag als Korridor und offen formuliert haben, was bei solchen Verträgen der Fall ist, und sagten, dies sei ein als Deckel zu beschreibendes **Ziel**, dann werden wir **100 GW** nicht erreichen. Dann haben wir hier auf einmal ein Delta von fast 20 GW, die nicht produziert werden. Wie wollen wir diese Lücke füllen?

In dieser Debatte geht es darum: Wir in Schleswig-Holstein können einen Beitrag zur Erreichung des deutschen Ziels leisten. Wenn wir sagen: Lasst uns in dem Tempo, das wir heute haben, in Deutschland onshore die Produktion um weitere 3 GW ausbauen, dann sage ich: Lasst uns dies nicht gegen einen Markt deckeln. Das, was gesagt wurde, ist völlig richtig. Wir haben heute eine völlig andere Situation als bei der Einführung dieser Technologie. Die Entwicklung der **erneuerbaren Energien** ist bald so, dass dieser Bereich **keine staatliche Unterstützung** mehr braucht.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Heiner Rickers?

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Gern.

**Heiner Rickers** [CDU]: Werter Herr Ministerpräsident, Sie sprachen mehrfach von 100 GW. Ich kann es nicht bestätigen, aber aus der Erinnerung heraus kann ich es auch nicht einhundertprozentig verneinen: Ich meine, aktuell hatten wir noch 17 Werke am Netz. Jetzt sind es angeblich nur noch elf. Brokdorf ist eines der größten Werke mit einer Leistung von 1,4 GW. Wenn ich dies zugrunde lege, dann komme ich nicht auf den Wert 100 GW.

- Herr Abgeordneter, ich habe das nicht nachgezählt. Meine Mitarbeiter schreiben mir auf, dass wir 2012 99,5 TWh Atomstrom erzeugt haben. Wir müssen im Jahr 2022 den Wert null erreicht haben.

Wir werden dieses Ziel, das erreicht werden muss, nicht erreichen, wenn wir glauben, dass wir bei der günstigsten, bei der **wirtschaftlichsten** und bei der **erfolgreichsten Form der erneuerbaren Energien** deckeln können. Darum geht es in dieser Diskussion. Ja, es muss gesagt werden dürfen, dass dies volkswirtschaftlich ohne Sinn ist.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Es geht nicht darum, dass dies für Schleswig-Holstein ökonomisch schädlich sei. Es ist vielmehr **volkswirtschaftlich** für die Bundesrepublik ohne **Sinn**, dies zu tun. Wir wollen etwas Sinnhaftes. Wir wollen, dass diese Energiewende erfolgreich ist. Bis dahin ist es in den nächsten Jahren noch ein weiter Weg, das wissen wir.

Der Energiewendeminister Robert Habeck hat es bereits in der letzten Legislaturperiode gegenüber Herrn Altmaier vorgeschlagen und gesagt: Lasst uns doch über Preisszenarien und darüber reden, wie wir den Fortschritt bei den erneuerbaren Energien im Bereich Onshore-Wind anpassen und darauf reagieren können, dass wir in diesem Bereich weiter sind. Ich sage: Lasst uns doch so steuern. Dann werden wir **Mengensteuerungen** erfahren, die **über den Preis** geregelt sind. Das ist ganz automatisch. Diese Steuerungen sind aber klüger. Sie werden durch den Markt vorgenommen. Sie sind eine Folge aus dem Verhalten der Investoren und werden nicht von der Bürokratie vorgegeben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darüber wollen und müssen wir mit dem Bundeswirtschaftsminister diskutieren. Dies müssen wir übrigens auch tun, um ihn in die Lage zu versetzen, in Brüssel eine deutsche Argumentation zu verfolgen, die uns dort bestehen lässt. Es wird nicht ganz einfach sein, den deutschen Weg des **Ausstiegs aus der Kernenergie in Brüssel** zu halten. In Brüssel schaut man auf ein CO<sub>2</sub>-Ziel. Es gibt in Brüssel durchaus Stimmen, die sagen: Dieses Ziel im Zusammenhang mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß könnt ihr auch plattformneutral erreichen, wenn ihr Atomkraft, Windenergie oder Sonnenenergie als Energiequelle nutzt. Es gibt diejenigen, die sagen: Die gleichen Förderkulissen, die ihr im Augenblick im EEG für erneuerbaren Energien habt, müssten eigentlich auch für die Atomkraft gelten, weil wir lediglich ein **CO<sub>2</sub>-Ziel** haben.

Wir brauchen eine starke, eine mutige und eine verhandlungsfähige Bundesregierung. Diese wird umso stärker, wenn es ihr gelingt, in diesem Sommer ein EEG vorzulegen, das auf der Kostenseite eine

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Dämpfung beinhaltet, das auf der Befreiungsseite klarer und logischer wird, bei dem wir aber politisch keinen Millimeter zurückweichen und sagen: Wir als Gesellschaft in Deutschland - nicht nur in Schleswig-Holstein - haben uns für einen Weg entschieden, nämlich für den Ausstieg aus dem Atomstrom. Diesen Weg lassen wir uns durch Brüssel nicht infrage stellen. Darum geht es in dieser Debatte im Kern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daher erfahren die Bundesregierung und der Bundeswirtschaftsminister unsere volle Unterstützung auf diesem Weg. Es geht um ein Papier, das als Diskussionsgrundlage geeignet ist. Ich nehme mir jedoch als Vertreter des Nordens, als Vertreter Schleswig-Holsteins, heraus, zu sagen: Es ist nicht in jedem Punkt geeignet. An diesem Punkt ist es nicht geeignet. Andere Punkte wurden hier genannt, wie zum Beispiel die Fragen: Wie geht es mit der Direktvermarktung weiter? Wie geht es weiter mit den Kapazitätsmärkten? - Zu all diese Fragen werden wir aus Schleswig-Holstein gute Argumente in die Diskussion einbringen.

Es ist ein **Einspruchsgesetz**, kein Zustimmungsgesetz. Das heißt, am Ende kommt es dann, wenn es hart auf hart kommt, in der Tat nicht auf die Stimme Schleswig-Holsteins an. Umso wichtiger ist es, dass wir bis zum Sommer durchaus zeitkritisch sind. Es gilt, auch im Rahmen eines Einspruchsverfahrens, das es zu vermeiden gilt, Positionen durchsetzen zu können, die für den Norden von Bedeutung sind. Je geschlossener wir dies hier aus Schleswig-Holstein in Berlin vortragen, umso überzeugender sind wir. Dies gilt auch für die Verfahren, die am Rande laufen.

Ich freue mich über Ihre Unterstützung. Ja, es geht auch um Schleswig-Holstein. Am Ende geht es um den Erfolg einer Energiewende in Deutschland, und dieser Erfolg geht nur mit Schleswig-Holstein. Dafür brauche ich Ihre Unterstützung, und für diese Unterstützung werbe ich. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Jens-Christian Magnussen [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. - Meine Damen und Herren, es ist nicht nur der Sinn der Aktuellen Stunde, sondern all unserer Diskussionen, dass wir

das, was wir hier vortragen, in freier Rede vortragen. Das ist nicht nur so, weil unsere Geschäftsordnung dies vorsieht, sondern auch, weil es dem parlamentarischen Brauch entspricht. Umso mehr verwundert es, dass während der Aktuellen Stunde, also während die Debatte noch läuft, wörtliche Beiträge an die Presse verteilt werden. Ich glaube, dass der freie Vortrag für alle Zuschauerinnen und Zuschauer interessanter ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf gemeinsam mit Ihnen auf der Tribüne eine weitere Schülergruppe des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Preetz begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5, 34, 38 und 39 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/1124](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
[Drucksache 18/1451](#)

Änderungsantrag der CDU-Fraktion  
[Drucksache 18/1489](#)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
[Drucksache 18/1490](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/1502](#)

**b) Detektoren an Schulen untersagen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/625](#)

**Elektronische Schummelei bei Abschlussprüfungen unterbinden**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/645](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
[Drucksache 18/1261](#)



(Präsident Klaus Schlie)

**c) Rechtschreibung an Grundschulen**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1189 (neu) - selbstständig

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
Drucksache 18/1463

**d) Flexibilisierung des Einschulalters**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/507

**Flexiblen Eintritt in die Grundschule ermöglichen**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/541

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
Drucksache 18/1464

Ich erteile der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, Frau Abgeordnete Anke Erdmann, das Wort.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich verweise auf die Vorlagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin für die umfassende Berichterstattung. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag zu den Worterteilungen: Zuerst hat das Wort die CDU als stärkste Fraktion, da die erste Lesung des Gesetzentwurfs zu a) mit Aussprache erfolgte, dann die Piratenfraktion mit dem Antrag zu b), da die erste Befassung ohne Aussprache erfolgte, dann die Fraktionen nach Stärke und dann die Landesregierung. - Ich sehe, dass wir so verfahren können.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Johannes Callsen von der CDU als Oppositionsführer.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses **Schulgesetz** ist das Ergebnis eines monatelangen Pseudo-Dialogs, dessen ideologische Pflöcke SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bereits mit dem Koalitionsvertrag und mit dem Vorschaltgesetz im Frühjahr fest in die Bildungslandschaft Schleswig-Holsteins eingeschlagen haben.

(Beifall CDU)

Es ist ein **rot-grün-blaues Bildungsdiktat**, das das tiefe Misstrauen dieser Koalitionäre in unseren Schulen offenbart, ein Schulgesetz frei nach dem Motto „Kiel diktiert und die Schulen haben es gefälligst umzusetzen“. Sie reden vom Schulfrieden und greifen stattdessen tief in die Strukturen unserer Schulen ein.

Der Ministerpräsident lässt sich vor wenigen Tagen auf dem IHK-Jahresempfang in Kiel dafür beklatschen, dass er keine Strukturdebatten an den Schulen mehr will. Aber Sie, Herr Albig, rufen den **Schulfrieden** aus, nachdem Sie vorher noch einmal kräftig nach Ihrer Ideologie die Strukturen verändert haben. Das ist kein Dialog, das ist Basta-Politik.

(Beifall CDU)

Anstatt die Schulstrukturen so zu belassen, wie sie sind, und sich tatsächlich um die Qualität in der Bildung zu kümmern, betätigt sich Ihre Koalition als Brandstifter unserer Schullandschaft.

(Zurufe SPD: Oh!)

Und Sie spielen den Feuerwehrmann, der den Schulfrieden ausruft, aber erst dann, nachdem Sie selbst das Feuer gelegt haben und die Strukturen nach Ihrem Gutdünken verändert haben.

(Beifall CDU)

Es ist auch hier wie überall in Ihrer Politik: Sie trauen den Menschen vor Ort nichts zu. Statt den Schulen die Entscheidung über ihre eigene Ausrichtung und Entwicklung zu überlassen, werden **Regional- und Gemeinschaftsschulen** von oben zwangsumgewandelt und zum „**Gemeinsamen Lernen**“ verdonnert, übrigens gerade auch dann, wenn die Schüler, Eltern, Lehrer und Schulträger dagegen sind und ihre Regionalschule aus ganz besonderen örtlichen Gründen behalten wollen.

(Beifall CDU)

Denn **Gymnasien** nehmen Sie die **Wahlmöglichkeiten** für G 8 oder G 9 und verhindern somit auch dort, dass individuell auf örtliche Bedürfnisse rea-

(Johannes Callsen)

giert werden kann. Mit diesen Strukturveränderungen stellen Sie Schulstandorte infrage. Sie bedrohen sie in ihrer Existenz. Sie schüren Verunsicherung, anstatt alle Kräfte für eine Verbesserung der Bildungsqualität einzusetzen.

Meine Damen und Herren, es gab doch ein klares Ergebnis bei den Anhörungen im Bildungsausschuss. Das Ergebnis war nämlich, dass Ihre **Schulgesetzänderung** einen **Stellenbedarf** auslöst und die von Ihnen hierfür bereitgestellten Ressourcen bei Weitem nicht ausreichen.

(Beifall CDU)

Die Lehrgewerkschaft GEW warnt Sie deswegen vor einem Scheitern Ihrer Schulreform. Die Landeselternbeiräte sehen in ihrer Reform eine „Bankrotterklärung für die Bildung“.

(Zuruf SPD: Das stimmt doch nicht!)

- Das haben sie aber richtigerweise so behauptet.

Für eine erfolgreiche Umsetzung brauchten Sie nämlich - und das wissen Sie - mehr Lehrer an den Schulen. Auf diese entscheidende Frage aber geben SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW keine richtige Antwort. Das einzige, das Sie mit Ihrem Schulgesetz erreichen, ist eine **Absenkung des Bildungsniveaus** und **mehr Unterrichtsausfall** an den Schulen.

Anstatt auf Leistungsorientierung zu setzen, setzen Sie auf Gleichmacherei. Schon die **Abschaffung des Bildungs- und Erziehungsauftrags** im Schulgesetz sorgt bei Bildungsfachleuten für Kopfschütteln.

Mit der weitgehenden **Abschaffung von Schrägversetzungen** vom Gymnasium an die Gemeinschaftsschule schieben Sie der Durchlässigkeit im Bildungssystem einen ideologischen Riegel vor. Dass dieser elementare Punkt - das sage ich wirklich in aller Ernsthaftigkeit - Ihrer Schulreform erst in letzter Minute eingebracht wurde, ist besonders perfide. Allein deswegen, zumal darüber auch in der Anhörung nicht diskutiert werden konnte, beantrage ich schon an dieser Stelle eine dritte Lesung zum Schulgesetz.

(Beifall CDU)

Im Klartext bedeutet dies: Egal wie schlecht oder wie gut die Noten sind, die einmal getroffene Entscheidung der Eltern für eine bestimmte Schule, auf die ihr Kind gehen soll, ist bindend; denn überforderte oder unterforderte Kinder können nicht mehr die Schule wechseln und leiden an Frustration so

lange, bis das Kind die Schule verlässt, mit oder ohne Abschluss.

Sie nehmen bewusst in Kauf, dass Schülerinnen und Schüler aus purer Verzweiflung die Schule abbrechen. Mit ihrem **Quasi-Verbot** erhöhen Sie die Schulabbrecherquote und verfehlen auch Ihr selbst gesetztes Ziel, jedem Kind einen qualifizierten Bildungsabschluss zu ermöglichen.

(Beifall CDU)

Auch im umgekehrten Fall, nämlich dann, wenn sich ein Kind auf einer Gemeinschaftsschule in seinen schulischen Leistungen so gut entwickelt, dass es das Abitur an einem Gymnasium machen könnte, darf dieses Kind die Schule nicht wechseln. Es darf nicht auf ein Gymnasium, weil die Anmeldung einmal anders erfolgt ist.

(Zuruf: Es reicht!)

Entlarvend ist die Begründung für das weitgehende Verbot von Schrägversetzungen vom Gymnasium auf die Gemeinschaftsschule. Aus der SPD-Fraktion heißt es, dass Gymnasiasten, die auf die Gemeinschaftsschule wechseln, das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule stören.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Callsen, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Erdmann?

**Johannes Callsen [CDU]:**

Ich würde gerne diese Passage zum Ende bringen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie lassen sich aber nicht gern unterbrechen!)

Ja, das hängt durchaus damit zusammen, richtig, danke, Herr Stegner.

Schrägversetzte Kinder - das ist die Bedeutung dieser Aussage - vom Gymnasium werden von Ihnen offenbar als Störer empfunden, anstatt ihnen eine schulische Perspektive zu geben. Ich finde, das ist menschenverachtende Bildungspolitik.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Und weil ich bei Ihren Versäumnissen bin: Das wichtige Thema **Inklusion**, über das wir in diesem Hause immer wieder richtigerweise geredet haben, schieben Sie weiter vor sich her. Dabei brennt gerade dieses Thema den Lehrern und Eltern unter den Nägeln.

(Beifall CDU)

(Johannes Callsen)

Elementar allerdings ist Ihr **Frontalangriff auf die Gymnasien**, auch wenn die Koalitionäre noch so säuselnd immer wieder ihr Bekenntnis zum Gymnasium ablegen. Wenn künftig auch Gemeinschaftsschulen möglichst flächendeckend zusätzliche Oberstufen einrichten können, dann geht das bei der Lehrerversorgung natürlich zulasten der Gymnasien. Der Philologenverband hat richtigerweise auf diese vorsätzliche Unterversorgung, auf den Wegfall von Schulartempfehlungen und die praktische Abschaffung der Durchlässigkeit hingewiesen. Dies alles zusammen bewirkt eine systematische Verschlechterung der Lernbedingungen an den Gymnasien. Auch insoweit hat der Philologenverband recht. Der Philologenverband hat im Übrigen auch recht, wenn er der Koalition „Beratungsresistenz gegen die Expertise der Betroffenen“ vorwirft, eindeutig!

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, alle drei Koalitionsfraktionen reden immer wieder von ihrer Vision „Eine Schule für alle“. Trotzdem gaukeln Sie den Menschen vor, dass Sie fest zum Gymnasium stehen. Wenigstens die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen ist da ehrlich und bezeichnet dieses Schuldgesetz nur als einen Zwischenschritt. In Wahrheit ist dieses Schulgesetz nämlich auf nichts anderes angelegt, als möglichst lautlos in Schleswig-Holstein die **Einheitsschule** einzuführen. Mit der Einführung des **Einheitslehrers** haben Sie doch schon begonnen, den Gymnasien den ersten großen Brocken ihres Fundaments abzutragen.

Allen diesen **Einheitsplänen dieser Koalition** setzen wir eine **Alternative** entgegen und erteilen diesen Plänen eine ganz klare Absage.

(Beifall CDU)

Weil jedes Kind anders ist und anders gefördert werden muss, kann dies keine Einheitsschule leisten. Statt auf Gleichmacherei setzen wir auf mehr **Selbstständigkeit** für unsere Schulen; wir setzen auch auf mehr **Qualität in der Bildung**. Statt Zentralismus wollen wir mehr Entscheidungen an den Schulen vor Ort. Wir sind es nämlich, die den Menschen in Schleswig-Holstein etwas zutrauen. In der Anhörung ist eine breite Unterstützung für unser Modell der selbstständigen Schule deutlich geworden. Sie können vor Ort viel besser auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen als zentrale Dekrete aus dem Bildungsministerium in Kiel.

Unsere Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit, um einen idealen Rahmen für eine vielfältige, für

eine kindgerechte Pädagogik schaffen zu können. Das betrifft auch die Fragen, wann beispielsweise alle Schüler gemeinsam unterrichtet werden, wann Gruppen entsprechend der Leistungsfähigkeit der Kinder gebildet werden und wann abschlussbezogene Klassen notwendig sind.

Wir wollen mit unserem Änderungsgesetz die Qualität der Bildung in den Schulen verbessern und eben keine Strukturveränderungen an der jetzigen Bildungslandschaft vornehmen.

(Beifall CDU)

Wir bekennen uns klar zur **Leistungsorientierung in den Schulen**. Hierzu gehören Zeugnisnoten mit verständlicher Kommentierung ebenso wie auch die Möglichkeit der Klassenwiederholung als weitere Chance für die Schülerinnen und Schüler.

Schule soll nach unserem Verständnis die schulische und berufliche Leistungsbereitschaft fördern. Sie soll neben vielen anderen Zielen, die bereits im Gesetz stehen, nach unserer Überzeugung das Verständnis für die soziale Marktwirtschaft und für neue Technologien und für Innovationen fördern und die Schüler damit noch besser auf die berufliche Wirklichkeit vorbereiten. Auch dies haben wir in unseren Gesetzentwurf hineingeschrieben. Denn es ist unbestreitbar: Wir brauchen nicht nur gut ausgebildete Akademiker, sondern auch qualifizierte Fachkräfte in Mittelstand und Handwerk.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Und gute Oppositionsführer!)

- Ja, den haben Sie, Herr Kollege.

Damit Schulkarrieren der Entwicklung der Kinder angepasst und nicht zu einer Sackgasse werden, wollen wir die **Durchlässigkeit im Bildungssystem** durch Schrägversetzungen weiter sicherstellen. Um der Individualität der Kinder zu entsprechen, wollen wir das **Einschulungsalter** wieder flexibler handhaben. Auch das ist ein wichtiger Punkt, der bei Ihnen viel zu kurz kommt.

Meine Damen und Herren, wir setzen zur Qualitätsentwicklung auf eine Evaluation auf Basis der nationalen Bildungsstandards. SPD, GRÜNE und SSW wollen eine ideologische Veränderung der Schulstrukturen. Sie wollen Gleichmacherei statt Leistung, sie wollen die Gymnasien schwächen und die Einheitsschule in Schleswig-Holstein durchsetzen. Die CDU steht für Qualitätsverbesserung, die CDU steht für die selbstständige Schule, für individuelle Förderung und Leistungsorientierung. Wir wollen, dass der Bildungsstandort Schleswig-Holstein stärker und eben nicht schwächer wird. Des-

(Johannes Callsen)

halb, Herr Kollege Stegner: Wir nehmen Ihre Einladung gern an, nicht nur zu Ihrem Jahresempfang, sondern auch zur namentlichen Abstimmung über Ihr Gesetz, die ich hiermit beantrage. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Callsen, seien Sie so freundlich und bleiben einen Moment am Rednerpult. - Ich bin mir nicht sicher - wir insgesamt sind uns nicht sicher -, ob Sie den Begriff „Brandstifter“ gezielt auf den Ministerpräsidenten persönlich vorgetragen haben. Dann wäre das ein Ordnungsruf. Ich behalte mir vor, das anhand des Protokolls zu prüfen. Auch ansonsten halte ich diesen Begriff nicht für parlamentarisch.

(Vereinzelt Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident, der Begriff bezog sich nicht auf den Ministerpräsidenten, sondern auf die Koalition.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist also besser!)

Ich nehme diesen Begriff hiermit aber ausdrücklich zurück.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich glaube, dass das eine gute parlamentarische Sitte ist. Wir sollten versuchen, solche Begrifflichkeiten zu vermeiden. - Vielen Dank.

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gar nicht damit gerechnet, im Verlauf der Debatte so früh zu Wort zu kommen. Aber das sollte kein Problem darstellen.

Ich möchte meinen Beitrag zur Schulgesetzdebatte mit einem persönlichen Geständnis beginnen. Wären wir bei „Wünsch dir was“, dann hätte ich gern eine einzige Schulart für alle Kinder. Ich hätte kein strukturelles Defizit an Lehrerstellen, ich hätte viele gesunde und motivierte Lehrkräfte. Ich hätte individuell geförderte und begleitete Schülerinnen und Schüler sowie inklusive Schulen auf modernstem Niveau.

(Beifall PIRATEN)

Leider sind wir nicht im Wunderland. Wir haben bei **Lehrkräften** ein **strukturelles Defizit** von ungefähr 2.500 Stellen. Inklusion braucht eine Atempause. Die Landeselternbeiräte befürchten den Bildungsbankrott, und sinkende Schülerzahlen bringen so manchen Schulstandort in Existenznot.

Unter diesen Vorzeichen kämpft die Landesregierung ihr Schulgesetz durch. Zusammen mit den Mehrheitsfraktionen hat sie das Vorschaltgesetz mit ihrer Einstimmenmehrheit durchgesetzt und wird nun mit ihrer Einstimmenmehrheit auch das Restschulgesetz durchprügeln, mit einer Stimme Mehrheit hier im Hause, aber einer breit aufgestellten Opposition im ganzen Land.

Ehrlich gesagt hatte ich gehofft, dass der **Bildungsdialog** mehr an **gemeinsamer Basis** bei allen Beteiligten hätte schaffen können. Ich kann an dieser Stelle auch die Landesschülervertretung der Gymnasien verstehen, die sich darüber freut, dass einige ihrer Änderungen aufgenommen wurden, da sie sich nach Ruhe sehnt. Das sollten wir uns alle gemeinsam hinter die Ohren schreiben. Wer die Schullandschaft immer wieder neu aufmischt, tut ihr nichts Gutes. Wir müssen endlich für Ruhe und Verlässlichkeit sorgen.

(Beifall PIRATEN)

Ansonsten blieb kaum jemand, egal welchem politischen Lager er zugeordnet wird, ernsthaft ohne Kritik. Tatsächlich haben alle Fraktionen vieles aus den Anhörungen mitgenommen und in ihren Änderungsanträgen verarbeitet. Das ist gut und richtig so. Daher hätte ich mir ein bisschen mehr Raum für den interfraktionellen Gedankenaustausch gewünscht.

(Beifall PIRATEN)

Von den Fraktionen auf der Oppositionsseite kam im Zuge der letzten Ausschusssitzung immer wieder der Appell, doch miteinander zu reden und Dinge zu beleuchten. Zu Ehrlichkeit gehört auch: Wer sich an dieser Stelle im Ausschuss komplett vom Dialog abgewandt hatte, waren die Mehrheitsfraktionen.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Unerhört!)

**Dialog** war nicht mehr gewünscht. Das finde ich schade. Das spricht nicht für die Ernsthaftigkeit dieser Koalition hinsichtlich interfraktioneller Zusammenarbeit. Die wäre in schwierigen Zeiten nicht nur einmal etwas Neues, sondern auch gut für uns alle.

(Beifall PIRATEN und Anita Klahn [FDP])

(Sven Krumbeck)

Auch die Mehrheitsfraktionen haben Tipps aus den Anhörungen aufgenommen. Sie klären Begriffsungenauigkeiten, sie schaffen die geforderte Experimentierklausel für Schulmodelle vor Ort, verbessern die Frist zur Überleitung von Regional- in Gemeinschaftsschulen. Was sie allerdings nicht tun: Sie legen keinerlei Hand an die echten Baustellen, zum Beispiel **Bildungs- und Erziehungsziele**. Hier gab es von allen Seiten harsche Kritik. Je eindringlicher diese Kritik wurde, desto mehr knickten sie ein. Man würde immer noch das Gleiche meinen und es nur anders benennen, und an manchen Stellen würde es erhalten bleiben, und so weiter, und so fort. Da frage ich mich natürlich: Wenn es inhaltlich erhalten bleiben soll, warum dann der ganze Eiertanz?

(Beifall PIRATEN)

Gestehen Sie doch zu, dass die Idee Unsinn war, und bleiben Sie bei Bildungs- und Erziehungszielen. Sie tun sich mit solch einer hartnäckigen Bockigkeit keinen Gefallen.

In diesem Zusammenhang ist es schon fast lustig, dass ausgerechnet Sie, Frau Professorin Wende, bei den Beratungsgesprächen zur Einschulung darauf setzen, dass die Eltern nicht beratungsresistent sein werden. Das ist richtig. „Beratungsresistent“ werde ich mir merken.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN und Anita Klahn [FDP])

Gleiches gilt für die **Einschränkung der Schrägversetzung** vom Gymnasium auf die Gemeinschaftsschule. Das hat nichts mehr mit Freiheit, mit individueller Förderung oder Durchlässigkeit des Schulsystems zu tun. Damit ist Ihre Regelung schlecht. Sie ist schlecht für die Schüler, die vielleicht aus gutem Grund wechseln wollen. Ich kenne solche Fälle, und ich weiß um den Erfolg, der sich mit dem Wechsel ergeben hat.

Sie ist aber auch schlecht für die Gymnasien. Denn diese werden durch die Hintertür gezwungen, wie Gemeinschaftsschulen zu arbeiten, ohne dafür die nötige Ausstattung zu haben. Ich lehne diese Unaufrichtigkeit ab.

(Beifall PIRATEN)

Wir werden Sie in diesem Zusammenhang fragen, wo die **zusätzlichen Stunden** für die **Gymnasien** bleiben, um die in den Raum gestellte **Binnendifferenzierung** zu gestalten. Ich hoffe, Sie haben darauf belastbare Antworten. Allerdings habe ich da meine Zweifel. Wir können in diesem Lande nämlich nichts Neues finanzieren. Trotzdem muten wir

Schülern, Eltern, Lehrern und den kommunal Verantwortlichen dieses neue Schulgesetz zu.

Wir übertreffen uns gegenseitig damit, Bildung mit der höchsten politischen Priorität zu versehen. Wir überschlagen uns in öffentlichen Statements, wenn es darum geht, Versprechen für mehr gute Bildung zu leisten. Leider kann niemand dieses Versprechen einlösen. Keine einzige Fraktion hat dazu Anträge zum Haushalt gestellt, weil Schuldenbremse und Stellenabbaupfad uns das verbieten. Wir PIRATEN geben allerdings zu, finanzpolitisch in einer Sackgasse zu stecken. Wir gehen davon aus, dass wir strukturell etwas ändern müssen. Es reicht nicht mehr, ein bisschen Kohle von einem Topf in einen anderen zu verschieben. Wir müssen über ganz neue Konzepte und Möglichkeiten reden, die uns wieder echte Gestaltungsmöglichkeiten schaffen.

(Beifall PIRATEN)

Darum hatten wir in den Haushaltsberatungen gefordert, den Bildungsdialog ausgeweitet fortzuführen, nämlich um uns genau diesen Themen zu widmen. Da verordnen Sie der **Inklusion** in diesem Land eine **Atempause**, und die Bildungsministerin kündigt ein Konzept für das Frühjahr an, wie die Inklusion in Zukunft aussehen soll. Ich bin gespannt und hoffe sehr, dass dieses Konzept mehr enthalten wird als eine Besinnung auf die UN-Konvention. Denn wir als PIRATEN haben als einzige Fraktion die Streichung des Finanzierungsvorbehalts im neuen Schulgesetz gefordert. Wer hier einen Vorbehalt mit dem Hinweis auf Finanzen setzt, könnte mit dem gleichen Argument die Gleichberechtigung von Mann und Frau unter den Finanzierungsvorbehalt stellen.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Das ist eine Politik, die wir nicht stützen werden. Es nützt auch nichts, liebe Kollegin Strehlau, wenn Sie im Ausschuss versichern, dass Sie im Grunde auch für Integration und Inklusion sind, aber die Finanzen die Entwicklung des inklusiven Gedankens in allen Bereichen, auch in der Schule, nicht zulassen. Auch dafür haben wir PIRATEN im Zuge der Haushaltsberatungen einen Antrag gestellt, denn Inklusion muss in diesem Lande die Megaaufgabe sein. Denn wir wollen, dass unser Ministerpräsident - ja, Herr Dr. Stegner, auch wir PIRATEN sehen in Herrn Albig unseren Ministerpräsidenten - mehr ist als ein Türöffner in China.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen ihn mit der Moderation der Inklusion als Prozess betrauen. Ein bisschen mehr Weitsicht



(Sven Krumbeck)

und ein bisschen mehr Vertrauen auch in die Beratung durch unseren Beauftragten für Menschen mit Behinderung, dann wäre die unwürdige Passage des Vorbehalts aus dem Schulgesetz verschwunden.

Mit den Stimmen der Küstenkoalition bleibt sie nun aber darin enthalten. Auch das ist Ihre Verantwortung. Wir PIRATEN schämen uns tatsächlich aufrichtig dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich schwergetan mit diesem Schulgesetz. Das habe ich bereits im Ausschuss gesagt. Ich teile vieles von dem, was von der CDU zum Beispiel im Hinblick auf die Autonomie oder die Durchlässigkeit des Schulwesens kommt. Dafür brauche ich keine eigenen Anträge zu stellen. Dafür kann ich einfach die Hand heben. Gleiches gilt für so manche Passage im Antrag der Liberalen. So kann ich **Änderungsformulierungen** zum Beispiel im Bereich des Datenschutzes gut unterschreiben. Diese decken sich mit den Anregungen aus dem ULD. Das ist okay.

Ich finde - ich sage es gern noch einmal - auch einiges an den Anträgen der Mehrheitsfraktionen gut. Am Ende reicht es aber nicht, zu zählen, wie viele Anregungen Sie aufgenommen haben, sondern welche Hinweise das sind. Nach einem ehrlichen Diskurs in meiner Fraktion kommen wir geschlossen zu dem Schluss, dass wir uns mit der Qualität der Anträge nicht zufriedengeben. Wir wollen mehr Freiheit. Wir wollen mehr Autonomie. Wir wollen mehr Möglichkeiten für die Schule vor Ort. Wir wollen die Schülerrechte weiter ausbauen.

An dieser Stelle sei mein Dank an die Mehrheitsfraktionen gerichtet, die mit uns zusammen die sogenannten **Handy-Detektoren** aus den Schulen verbannt haben.

(Beifall PIRATEN)

Auch wenn ein ausdrückliches Verbot für uns schöner gewesen wäre, haben wir politisch das durchsetzen können, was wir wollten. Schülerinnen und Schüler werden vom Generalverdacht des potenziellen Schummelns freigesprochen. Wir haben darüber gut und ausführlich im Ausschuss diskutiert. Es ist ein gutes Signal nach außen, dass die Mehrheit in diesem Landtag an die Aufrichtigkeit jedes Einzelnen glaubt und den Lehrkräften die Kompetenz und die Leidenschaft zutraut, Schüler auch ohne technische Überwachung durch Prüfungen zu führen. Dafür danke ich Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Leider geht dieser Dank nicht so weit, dass ich mich hinsichtlich der Zukunft unserer Schulland-

schaft in die von Rot-Grün-Blau inszenierte Mithaftung nehmen lasse. Leider wird diese Schulgesetznovelle trotz vieler Erkenntnisse ohne Rücksicht auf Verluste aufgestülpt. Ebenso lehnen wir diesen Gesetzentwurf von oben nach unten ab. An dieser Stelle muss ich niemandem von der Regierungsbank das Lied vom Bildungsdialog singen; denn die Glaubwürdigkeit Ihres Dialogs hätte sich am besten an der Übernahme der wesentlichen Kritikpunkte ablesen lassen. Das haben Sie aber nicht getan.

(PIRATEN)

Die Inklusion bleibt auf der Strecke. Die Probleme bei der Privatschulfinanzierung bleiben ungelöst. Die Durchlässigkeit des Schulsystems wird geschwächt. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag wird gestrichen. Wer dafür in Verbindung mit der Mangelsituation die Verantwortung übernehmen will, muss hierfür schon sehr gute Gründe haben. Diese sehen wir PIRATEN nicht. Darum sage ich das, was ich schon nach der ersten Lesung über den Gesetzentwurf gesagt habe: So wie es ist, ist das rot-grün-blaue Schulgesetz nicht gut genug für dieses Land. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Entwurf eines **Schulgesetzes**, über den wir heute abschließend beraten und beschließen wollen, ist etwas ganz Besonderes. Dieser ist das Ergebnis eines umfangreichen **Dialogprozesses**, den unsere Bildungsministerin Wara Wende hervorragend geleitet hat - ich beglückwünsche sie dazu -,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

den wir aber auch im parlamentarischen Verfahren unter Federführung von Martin Habersaat, Kai Vogel, Anke Erdmann, Jette Waldinger-Thiering und vielen anderen intensiv fortgesetzt haben. Mein Kollege Martin Habersaat hat es in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs so formuliert - ich gebe seine Worte sinngemäß wieder, weil sie so besonders schön sind -: Wir haben das SPD-Motto aus den späten 80er-Jahren „Stell' dir vor, es gibt eine Regierung, die hört dir zu“ weiterentwickelt zu einem „Wir haben eine Regierung, die hört dir nicht



(Dr. Ralf Stegner)

nur zu, die redet auch mit dir“. - Meine Damen und Herren, das ist auch gut so.

Wir haben dies mit der Grundhaltung getan, kein **Kind** zurückzulassen und jedem die Möglichkeit zum **bestmöglichen Schulabschluss** zu eröffnen. Das ist das wichtigste Ziel dieser Regierungskoalition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich füge hinzu, dass das für die SPD, die vor über 150 Jahren aus Arbeiterbildungsvereinen hervorgegangen ist, eine besondere Verantwortung ist; denn **Bildung** entscheidet über **Lebenschancen**. Wir haben deutlich gemacht, dass Bildungspolitik auch in der Haushaltspolitik Priorität hat. Wir alle bekennen uns zum Ziel der Haushaltskonsolidierung, das wir in der Verfassung festgeschrieben haben. Wir können deshalb nicht allen berechtigten Forderungen Folge leisten.

Wir stehen auch in den künftigen Haushaltsjahren vor einer Gratwanderung, die wir mit einem klaren Kompass zugunsten der Bildung gehen werden. Um es mit John F. Kennedy zu sagen: Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, nämlich keine Bildung. - Wer in Bildung investiert, der schafft nicht nur neue Gerechtigkeit, sondern er spart auch Sozialtransferkosten.

Ich will beispielhaft an Aspekte aus vergangenen Haushalten erinnern: Wir haben 300 von der früheren Regierung gestrichene **Lehrerstellen** zurück ins System gegeben und den Abbau der Lehrerstellen zugunsten der Unterrichtsqualität deutlich verlangsamt. Der Beschluss der Großen Koalition, 50 % der demografischen Rendite für Qualitätssicherung im System zu belassen, ist von Ihnen aufgekündigt worden. Wir haben das wieder hergestellt.

Außerdem haben wir die Förderung der **Schulsozialarbeit** mehr als verdoppelt. Gleichzeitig arbeiten wir an Konzepten für den künftigen Erhalt dieses wichtigen Bestandteils kluger Schulpolitik.

Ferner haben wir die Verpflichtung der Kreise zur Erhebung eines Elternbeitrages für die **Schülerförderungskosten** abgeschafft.

Darüber hinaus haben wir die **Gleichstellung** der Schülerinnen und Schüler der **dänischen Minderheit** mit den Schülern an deutschen öffentlichen Schulen wieder hergestellt.

All das, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört zum Herzstück unserer Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch niemals zuvor ist einer Schulgesetznovelle ein Verfahren mit einer derart umfassenden Beteiligung vorausgegangen. Niemals zuvor war ein Gesetzentwurf mehr geeignet, das Wohl unserer Kinder und Enkel in den Vordergrund zu stellen und damit die Grundlage für einen Schulfrieden zu legen.

Bildung ist und bleibt die zentrale Zukunftsfrage unseres Landes. Unsere Bildungspolitik entscheidet über die weitere Entwicklung unserer Kinder und Enkel und damit über die Zukunft Schleswig-Holsteins. Deshalb ist es richtig, dass wir den Familien, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern und auch den kommunalen Schulträgern Verlässlichkeit und Planungssicherheit bieten.

Viele von uns wissen, wie schwierig es ist, sich in diesem Hause auf eine gemeinsame Bildungspolitik zu verständigen. Dies mit einer Vielzahl weiterer Akteure zu tun, ist bisher keine Selbstverständlichkeit gewesen, sondern einmalig. Wara Wende hat zu Recht gesagt: So viel Konsens bei einer Schulgesetznovelle gab es noch nie. - Eigentlich müsste dieser Konsens doch auch in diesem Hause möglich sein. Nicht nur aus Respekt vor den Beteiligten, sondern in weiten Teilen knüpfen wir damit doch an das Schulgesetz der Großen Koalition aus dem Jahr 2007 an. Gleichwohl mussten wir einige schlimme Fehler der schwarz-gelben Landesregierung korrigieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was also enthält der Schulgesetzentwurf, der zwar von SPD, Grünen und SSW in den Landtag eingebracht worden ist, in Wirklichkeit aber viel mehr Autorinnen und Autoren, viel mehr Antragstellerinnen und Antragsteller nennen müsste?

Erstens. Wir schaffen ein **zweigliedriges Schulsystem** aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen in unserem Land. Nach der Sekundarstufe I fußt das System auf drei starken Säulen, auf den Gemeinschaftsschulen, den Gymnasien und den beruflichen Schulen. Die Weiterentwicklung der Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen wurde von der Bildungskonferenz übrigens sogar ohne Gegenstimme beschlossen. Eltern und Schüler wissen wir auf unserer Seite.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Der Grundsatz „**G 8 an Gymnasien, G 9 an Gemeinschaftsschulen**“ wurde auch von der Bildungskonferenz beschlossen.

(Dr. Ralf Stegner)

Drittens. An den **Gemeinschaftsschulen** werden **abschlussbezogene Klassen** abgeschafft. Wo „Gemeinschaftsschule“ draufsteht, muss längeres gemeinsames Lernen drin sein. Dazu verdonnert zu werden, gemeinsam zu lernen, Herr Oppositionsführer, das ist ein Beispiel für Ihre Vorgestrigkeit, das kaum zu übertreffen ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Die **Einrichtung von Oberstufen** wird gefördert, weil wir wollen, dass künftig mehr Kinder Abitur machen. Die Abiturquote ist nachweislich dort höher, wo es ein breiteres Angebot an Oberstufen gibt.

Fünftens. Wo keine neuen Oberstufen eingerichtet werden können, sollen **Kooperationen** von Gemeinschaftsschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien ermöglicht werden. Auch das wurde uns übrigens mit großer Mehrheit von der Bildungskonferenz empfohlen und bietet zugleich die Möglichkeit, an allen Schulen im Land flächendeckend den höchsten Schulabschluss zu ermöglichen.

Ich wünsche mir, dass in diesem Haus ein solches Schulsystem Zustimmung erfährt, ein Schulsystem, das das ganze Land im Blick behält. Trotz Ihrer kriegerischen Reden hier ist es eben gerade keine Anti-Gymnasium-Politik, wie es diejenigen behaupten, die selbst früher eine verbissene Anti-Gemeinschaftsschul-Politik betrieben haben. Wir hören nur mit den Schikanen auf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Punkt.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hoffe, dass die CDU ihren bildungspolitischen Schlingerkurs wieder verlassen wird. Einigen Sie sich doch einmal innerhalb Ihrer Fraktion, ob Sie G 8 oder G 9 wollen! Einigen Sie sich doch einmal darüber, ob Sie Evaluationen, die Sie als Regierung noch abgeschafft haben, jetzt doch wieder wollen! Einigen Sie sich doch einmal, ob Sie mehr Autonomie an den Schulen wollen oder ob Sie den Schulen auch die Methode des Schreibunterrichts vorschreiben wollen! Einigen Sie sich endlich einmal! Das kann man doch zumindest verlangen. Einigen Sie sich doch einmal darüber, ob Sie Gemeinschaftsschulen im ländlichen Raum wollen, wie es Ihre Parteifreunde tun, die nämlich wissen, dass das die einzige Perspektive ist.

Sehr geehrter Herr Oppositionsführer, nach Ihrer Rede muss ich wirklich sagen: Wer über Leistung und Qualität redet, selbst aber einen solchen Bei-

trag hier abliefern, der kann froh sein, wenn über eine so abenteuerlich schlechte Rede möglichst wenig berichtet wird. Das war komplett daneben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das muss die Opposition wirklich besser können. Ich habe mich wirklich fremdgeschämt, als ich Ihnen zugehört habe. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Zurufe CDU - Anita Klahn [FDP]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir regieren derzeit im **Dialog** mit den **Menschen in diesem Land**. Dass dieser Dialog keine Show ist, können Sie übrigens auch erkennen, wenn Sie einmal das Wahlprogramm und den Schulgesetzentwurf nebeneinander legen. Dann stellen Sie nämlich fest, dass wir eine Reihe von nicht einfachen Kompromissen gemacht haben.

Abweichend von unserer ursprünglichen Meinung sind wir der Bildungskonferenz gefolgt und haben den bestehenden G-9- und G-Y-Gymnasien Bestandsschutz zugesagt.

(Anita Klahn [FDP]: Das ist aber großzügig!)

Die Möglichkeit der **Schrägversetzung** vom Gymnasium zur Gemeinschaftsschule wurde nicht verboten, sondern eingeschränkt. Sie ist aber nur noch dann zulässig, wenn die Leistungen des Schülers oder der Schülerin trotz individueller Förderung nicht den Anforderungen des Gymnasiums genügen. Das ist auch eine Form der Gleichberechtigung beider Schularten. Wir richten unsere Bildungspolitik nämlich an den Schülerinnen und Schülern aus. Wir wollen, dass man mit den Schülern umgeht, die man hat, und nicht mit Schülern, die man sich wünscht. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer Politik und unserer.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben Übergangslösungen für die Regionalschulen festgelegt, eine Evaluation für die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft zugesagt, eine Experimentierklausel für kleine Schulen, eine Aufwertung des Schulelternbeirats und einiges mehr.

Wir sind überzeugt, dass dieses Gesetz Grundstein für Planungssicherheit und Frieden in der Systemdebatte ist. Die bildungspolitische Debatte endet damit jedoch natürlich nicht. Es bleibt vieles zu tun, denn die Verbesserung der Qualität unserer Bildung ist ein beständiges Anliegen. Wir werden über klei-

(Dr. Ralf Stegner)

ne Dorfschulen zu sprechen haben, wir werden über Übergänge zwischen Schulen zu reden haben, die Lehrerausbildung und auch als besonderen Kraftakt das Thema Inklusion, das uns sehr fordern wird, qualitativ und fiskalisch.

Allerdings sage ich auch: Sie von der Opposition sind die Letzten, die kritisieren dürften, dass das Schulgesetz nicht ausreichend ausfinanziert sei. Es bleibt ein jahrelanger Kraftakt für Bund, Länder und Kommunen. Sie aber haben immer mehr Lehrerstellen streichen wollen und gestrichen. Da wäre leises Schämen angebracht und nicht die freche Anklägerposition. Wir tun mehr für die Schulen, als Sie jemals tun wollten. Das ist Fakt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt noch viel Arbeit vor uns.

(Zuruf)

- Für Sie reicht es immer noch. - Es geht um nicht weniger als die Zukunft unseres Landes. Wir brauchen keine finanzpolitischen Debatten mehr zu führen, keine Sozialpolitik mehr zu diskutieren, keine Ideen zur Stärkung unserer Wirtschaft mehr zu entwickeln, wenn wir bei der Bildungspolitik versagen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja!)

Heute beschließen wir einen Meilenstein dafür, dass jedes Kind und jeder Jugendliche in Schleswig-Holstein die bestmögliche Bildung bekommt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie dagegen stimmen - wir freuen uns ausdrücklich über die namentliche Abstimmung -, Sie bringen damit zum Ausdruck, dass Sie dem Fortschritt in Schleswig-Holstein im Wege stehen wollen.

(Lachen FDP)

Das mögen Sie bekunden, das ist in Ordnung. Sie behandeln die Schüler von oben herab, indem Sie sagen, die einen ins Töpfchen, die anderen ins Kröpfchen, nach dem Motto, es werde schon mit acht Jahren entschieden, was aus einem Kind wird. Das wollen wir ändern, weil das etwas mit der Zukunft des Landes zu tun hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bestmögliche Bildung für jedes Kind, egal, woher es kommt, ob deutsch oder nicht deutsch, behindert oder nicht behindert, aus Glückstadt oder Ratzeburg, völlig schnurz. Jedes Kind muss die bestmög-

liche Bildung haben. Das ist unser Anspruch. Dafür arbeiten wir. Stimmen Sie ruhig dagegen. Wir werden das heute beschließen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anita Klahn [FDP]: Das tun Sie aber nicht! Oh, ist das peinlich!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Elternabend in einer ersten Klasse kurz nach Schulbeginn, der Vater fragt die Lehrerin: „Entschuldigung, warum ist die Nachbarklasse eigentlich schon einen Buchstaben weiter?“ Diese Äußerung macht deutlich, wie viel Druck heute in den Grundschulen ist, wie besorgt die Eltern sind, ob die **Kinder** am Anfang einen guten **Bildungsstart** bekommen. Eltern verspüren diesen Druck ganz stark. Auch im Bildungsdialo g war das ein entscheidender Punkt. Die Grundschullehrkräfte haben uns gesagt: Der Druck auf die Grundschulen wächst, ihr müsst da gegensteuern.

Gleichzeitig haben wir ganz viele Kinder, denen keiner abends den Schulranzen packt und die auch kein geschmiertes Schulbrot mitbekommen. Herr Callsen, **Bildungsgerechtigkeit** und **Leistung** gegeneinander auszuspielen, ist die Debatte von vor PISA. Was hat uns PISA 2012 gezeigt? - 2001 lagen wir leistungsmäßig im Mittelfeld, und bei der Chancengerechtigkeit war Deutschland Schlusslicht. Das hat uns alle erstaunt. In beiden Bereichen gibt es massive Verbesserungen. Sowohl bei der Leistung - Lesen, Naturwissenschaften und Mathe - liegen wir jetzt über dem Durchschnitt, als auch bei der Bildungsgerechtigkeit haben wir aufgeholt.

(Anita Klahn [FDP]: Unter welchem Schulgesetz?)

- Frau Klahn, das ist die entscheidende Frage: Woher kommen die Leistungserfolge der letzten 12 Jahre? Wenn Sie die Ländernotiz zu PISA 2012 studiert haben, wissen Sie, dass die Leistungserfolge dadurch zustande kommen, dass die wesentlichen Leistungssteigerungen in allen drei Bereichen ausschließlich bei den Kindern mit schlechten Chancen, bei den Leistungsschwächeren stattgefunden haben. Meine Damen und Herren, Bildungsgerechtigkeit und Leistung gehören zusammen.

(Anke Erdmann)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das war auch der Ausgangspunkt für die Reform 2007, der die CDU damals sinnvollerweise zugestimmt hat. Das ist auch der Grund dafür, dass wir diese **Weiterentwicklung** heute vornehmen.

Starke Gymnasien, starke Gemeinschaftsschulen, das ist eine gemeinsame Verantwortung. Ich möchte nicht, dass wir hier in zehn Jahren wieder über irgendwelche Restschulen diskutieren. Deswegen versuchen wir, **zwei starke Säulen** zu etablieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es stellt sich die Frage: Ist das ein Schulgesetz, das Aufruhr verursacht? - Ich glaube, man muss klar unterscheiden zwischen der Empörung einzelner Verbände, Personen, Parteijugendorganisationen und der Stimmung an den Schulen. Es gibt Kritik an einzelnen, auch wichtigen Punkten - Oberstufengröße, Wahlfreiheit G 8/G 9 -, wir haben aber Kritik von beiden Seiten bekommen; es gab Pro- und Kontrastimmen. Wir haben an vielen Stellen einen Kompromiss beschlossen. In der großen Linie wird dieses Schulgesetz breit getragen. Sven Krumbeck, ich muss mich wundern, was Sie als die wesentlichen Pfeiler in der Schulgesetzgebung beschrieben haben.

Überlegen Sie - Herr Callsen war da ja ganz vorneweg -, was wir an „Brandstiftung“ betrieben haben. Gehen wir einmal ins Jahr 2010, 2011 zurück. Herr Callsen, da waren auch Sie anwesend. Es gab eine Unterschriftenaktion zum Gesetz von Herrn Dr. Klug, es gab eine erfolgreiche Volksinitiative gegen das Gesetz, es gab einen Lehrerstreik mit wilden Folgen, der in die Kollegien hineingewirkt hat, es gab Unruhe in den Kollegien in Gemeinschaftsschulen, in den Gymnasien, in der Elternschaft. Die Landeselternbeiräte haben sich durch die Bank brüskiert gefühlt - die Grundschule nehme ich aus -, und die Schulträger haben eindringlich darum gebeten, endlich einmal Planungssicherheit zu bekommen. Im Vergleich dazu hat das, was wir jetzt an Reaktionen hören, wirklich Zimmerlautstärke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Anita Klahn [FDP]: Genau, weil die resignieren!)

Die Freiheit, von der die **CDU** jetzt spricht, ist vor allem die **Freiheit für wenige Schulen**, nostalgisch an Haupt- und Realschulklassen festzuhalten, weil man diese Schularten früher kannte. Was Sie im

Bereich **selbstständige Schule** im Januar eingebracht haben, kann man in der knappen Zeit nicht intensiv beraten. Ich finde den Gedanken der eigenständigen Schule gut. Aber Sie machen sich an der Stelle einen schlanken Fuß. Wenn wir wollen, dass Schulrektoren stärker zu Managern der Schule werden und mehr Autonomie erhalten, müssen wir eine Entlastung für die Schulleitungen einbringen. Dazu habe ich keinen einzigen Haushaltsantrag gesehen. Da war die **FDP** bei der Frage **flexibler Einschulungen** durchaus fairer; das ist im Haushaltsgesetz entsprechend begleitet worden. pbOn, also die Frage, welche Lehrerinnen und Lehrer die Schulen auswählen, gibt mehr Autonomie für die Schulen - das ist ein richtiger Schritt gewesen -, aber die Schulleitungen klagen darüber, wie viel Zeit diese neue Autonomie frisst. Darüber müssen wir uns ernsthaft Gedanken machen; an der Stelle drücken Sie sich weg.

(Heike Franzen [CDU]: Es drückt sich kein Mensch weg!)

Sven Krumbeck hat an einem Punkt den Finger in die Wunde gelegt, das ist das Thema **Inklusion**. Dass wir den Ressourcenvorbehalt nicht abschaffen, tut vielen von uns in der Seele weh. Ich bedanke mich aber ausdrücklich bei Frau Wende und Frau Alheit, die mit den kommunalen Landesverbänden - anders als die Vorgängerregierung - konstruktiv nach tragfähigen Lösungen im Bereich der Inklusion suchen. Herr Callsen, dass das Thema Inklusion den Schulen unter den Nägeln brennt, ist nicht erst seit heute so. Da gab es lange Zeit eine Entwicklung, die politisch nicht besonders gut begleitet wurde.

Wir lassen die **Förderzentren** als Schulform weiter bestehen. Das ist auch im Koalitionsvertrag so festgelegt. Ich wünsche mir bei der Zusammenlegung oder Verkleinerung von Förderzentren - das sage ich in Richtung Verwaltung - ein bisschen weniger Tempo, bis wir wissen, in welche Richtung das gehen kann.

Uns Grüne freut besonders die Entwicklung beim Thema **kleine Dorfschulen**. Wir haben drei Verbesserungen. Erstens senken wir die Mindestgröße auch für Gemeinschaftsschulen. Das ist gut für die Schulen im ländlichen Raum.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zweitens haben wir mehr Flexibilität für kleine Grundschulen. Kurze Beine, kurze Wege, das sind bei uns nicht nur Sonntagsreden, sondern wir tun etwas. Drittens stellen wir sogar Mittel über den



(Anke Erdmann)

EU-Strukturfonds bereit - was übrigens auch die alte Landesregierung hätte tun können, wenn es ihr wichtig gewesen wäre.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Zur Aufregung über das Thema **Schulartempfehlung**, einmal davon abgesehen, dass das Thema Schulartempfehlung - damit wir alle wissen, worüber wir abstimmen - im Schulgesetz gar nicht verändert wird. Dieser Punkt taucht an einer Stelle auf, da bleibt er erhalten, und da geht es um die Frage, welche Kompetenz die Klassenkonferenzen haben. Da steht drin: Die entscheiden über die Schulartempfehlung. Das haben wir als Koalition ganz klar so drin gelassen.

Meine Damen und Herren, schon heute haben 80 % der Viertklässlerinnen und Viertklässler Anrecht, auf das Gymnasium zu gehen. Es ist nicht so, dass die neue Koalition die Türen auf einmal weit aufmacht, die vorher geschlossen waren. 80 % haben eine **Realschul- oder Gymnasialempfehlung** und damit das Anrecht, auf einem Gymnasium angenommen zu werden. Wie viele nehmen diese **Option** tatsächlich in Anspruch? - Das sind 40 %.

Wer sich hier aufregt, das sei das Ende des Gymnasiums, der muss sagen, ob wir Haupt- und Realschulempfehlungen weiter bestehen lassen wollen, obwohl wir überhaupt keine Haupt- und Realschulen mehr haben? - Das wäre doch wirklich absurd.

Die andere Möglichkeit - ich sage das, weil hier gerade so viel über Freiheit gesprochen wird - ist nur, den Elternwillen massiv einzuschränken. Wir hatten dazu im Bildungsdialo g eine Arbeitsgruppe, die auch Ergebnisse vorgelegt hat. Die waren aber der breiten Mehrheit von Eltern, Lehrervertretern und auch aus der Politik - wir waren parteiübergreifend eingeladen -, so würde ich es sagen, „nicht praktikabel“ genug. Das hätte wirklich für Unruhe gesorgt. Wir mussten eine Lösung finden. Die Analyse dieser Arbeitsgruppe war richtig.

Das wird auf dem **Verordnungsweg** geändert, das muss man auch sagen. Da werden natürlich - logischerweise - die Verbände, die Schulen und die Eltern einbezogen, bei der Frage, wie wir die Schulartempfehlung weiter gestalten. Wie die Beratung erfolgt, ist jetzt im Anhörungsprozess. Grundschullehrerinnen und -lehrer werden weiterhin die Eltern kompetent und richtig bei der Frage beraten, wohin ein Kind gehen soll.

Wenn dann ein Kind doch gegen den Rat der Lehrkräfte auf ein Gymnasium geht, kann doch das Kind nichts dafür. Dann ist es doch klar, dass wir wollen, dass sich die Lehrkräfte um dieses Kind besonders kümmern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch an den meisten Gymnasien schon Praxis. Fragen Sie einmal den Landeselternbeirat der Gymnasien, der bestätigt Ihnen das. Das, was hier **Querversetzung** genannt wird, klingt sehr glatt. Was bedeutet das? - Das sind Jugendliche, die erst einmal einen massiven Dämpfer bekommen. Das bedeutet für Eltern, wenn das Kind vom Gymnasium fliegt, dass man zu einem Zeitpunkt auf Schulsuche geht, zu dem die Plätze zum überwiegenden Teil vergeben sind, und es bedeutet, dass die neue Schule diese Kinder erst einmal aufbauen und dann in bestehende Lerngruppen integrieren muss. Das betrifft nach der letzten Schulstatistik rund 5 % des sechsten Jahrgangs am Gymnasium.

Wenn ich noch Zweifel gehabt hätte, ob es richtig ist, das ins Gesetz zu schreiben, dann muss ich sagen, dass mich die Pressemitteilung des Philologenverbandes vom letzten Freitag überzeugt hat. Darin wird gesagt, es sei zum Schaden unserer Schülerinnen und Schüler. - Wenn das zum Schaden ist, dass man genau hinschaut, bevor man ein Kind von einer Schule auf die andere schickt, dann muss ich sagen, es ist richtig, was wir tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ralf Stegner hat darauf hingewiesen: Wir hatten an der Stelle ganz andere Pläne. Wir wollten sie komplett abschaffen und haben sie jetzt bewusst und nach Beratung so im Gesetz gelassen - mit einer Klarstellung, die in vielen Bereichen und Schulen schon klar ist.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

Ganz wichtig ist für mich der Punkt: Ein Schulgesetz allein macht natürlich keine gute Schule. Die **Ressourcenfrage** steht ganz oben an. Es gibt einen Lehrermangel, das bestreitet keiner. Inklusion ist auch ein Thema.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

- Wir sind immer noch besser als Sie, Frau Franzen, wo Sie gerade dazwischenrufen.

Bei der Inklusion haben wir ganz wichtige Punkte zu lösen. Der Kinderschutzbund und die GEW machen auf das Thema Lehr- und Lernmittel aufmerksam. Wir haben sehr viele Baustellen. Ich bin froh,

(Anke Erdmann)

dass wir im Bereich der Lehrerausbildung den nächsten großen Brocken anpacken.

Wir klären heute den **rechtlichen Rahmen**. Wir geben Verlässlichkeit und Klarheit für die Schulen. Wir geben Rückenwind für Jungen und Mädchen in Schleswig-Holstein. Wir geben Planungssicherheit für die Schulträger. Ich muss sagen, dass ich mit dem Gesetz zufrieden bin, meine Fraktion ist zufrieden mit diesem Dialog. Ich hoffe und bin ganz sicher, die Schulen sind es auch. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Vieles ist zu einzelnen Punkten schon gesagt worden. Ich möchte es gern vorwegnehmen: Ich hätte mir tatsächlich gewünscht, dass die konstruktiven, sachlichen und teilweise auch rein technischen Änderungsvorschläge seitens der FDP-Fraktion von den regierungstragenden Fraktionen ernsthaft in Betracht gezogen und angesehen worden wären und dass man sie auch übernommen hätte. Das wäre für mich an dieser Stelle ein echter Dialog gewesen und hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden.

(Beifall FDP)

Dass wir in der großen Frage - G 8 oder G 9 und Y erhalten - keinen Konsens finden, ist selbstredend, und ich glaube, das ist eine Basis, über die wir jetzt nicht lange diskutieren müssen. Aber wir Liberale wollen unser Land fortentwickeln und Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen, sodass jeder die Chance hat, sein Leben so zu verwirklichen, wie er es sich vorstellt. **Gute Bildung** ist dabei der Schlüssel für alle. Das war der Appell von uns an Sie, sich damit auseinanderzusetzen, was wir an sachlichen und konkreten Vorschlägen gemacht haben, die zu einer Verbesserung in der Alltagsarbeit geführt hätten.

Die Landesregierung mit den regierungstragenden Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW rühmen sich heute, den so oft zitierten Schulfrieden in das Land Schleswig-Holstein zu tragen. Aber was bezeichnen Sie als Schulfrieden? - In der Tat ist es doch nichts anderes als die Fortführung der **Schulstrukturveränderungen** aus dem Jahr 2007 **hin zur Einheits-**

**schule** und entspringt allein Ihrer tiefen ideologischen Überzeugung. Lehrer werden langsam zu reinen Schulmoderatoren degradiert, und Bildung wird nur noch von einem reinen Defizitdenken geprägt, als ob Schüler von einer Krankheit therapiert werden müssten.

Damals wie heute zwingen Sie **Schulen** in ein **starres Korsett** ohne Rücksicht auf regionale Interessen und Gegebenheiten. Damals wie heute sind Ihre Entscheidungen geprägt von der Sorge, dass einer Gemeinschaftsschule die Schüler wegbleiben können, wenn das benachbarte Gymnasium ebenfalls das Abitur nach neun Jahren anbietet.

(Beifall FDP)

Wenn Sie diese Sorge nicht hätten, warum streichen Sie dann die von FDP und CDU geschaffene Möglichkeit der Wahlfreiheit wieder aus dem Schulgesetz und

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

bieten als Minimalkonsens den Bestandsschutz für die wenigen noch existierenden G-9- oder Y-Gymnasien an? Damit isolieren Sie Schleswig-Holstein, denn andere Bundesländer gehen hier inzwischen andere Wege. Sie nehmen den Familien die geforderte Flexibilität bei notwendigen, vielfach wirtschaftlich begründeten Wohnortwechseln - und das Ganze auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler.

(Beifall FDP)

Genauso wenig friedvoll ist das zwangsweise Durchsetzen des **längeren gemeinsamen Lernens**. Nichts anderes ist doch der vorgeschriebene bindendifferenzierte Unterricht an den Gemeinschaftsschulen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jetzt fangen Sie auch noch damit an! Das ist ja gruselig! Was haben Sie für ein Menschenbild, Frau Klahn? Das ist ja furchtbar!)

- Ich glaube, ich habe ein sehr gutes Menschenbild, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP)

Dass Regionalschulen zukünftig Gemeinschaftsschulen heißen, ist für uns Liberale nicht ausschlaggebend. Wesentlich ist für uns aber, dass den Gemeinschaftsschulen verboten wird, abschlussbezogene Klassen einzurichten. Das konterkariert jede schulprogrammatische und selbstverantwortliche Arbeit vor allen Dingen in den Schulen. Das ist doch ein Widerspruch, Herr Stegner.

(Anita Klahn)

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sollen die da oben schön unter sich bleiben!)

Außerdem gibt es dazu keine wissenschaftliche Studie, welche die Vorteile des längeren gemeinsamen Lernens belegt. Ganz im Gegenteil: Zahlreiche Studien belegen, dass leistungsstarke Schüler durch binnendifferenzierten Unterricht schlechter und leistungsschwache Schüler nicht besser gefördert werden als in einem differenzierten Schulwesen.

(Martin Habersaat [SPD]: Nennen Sie mal zwei Beispiele!)

Allerdings scheint die Koalition nicht sonderlich überzeugt von ihren eigenen pädagogischen Konzepten zu sein, denn anders kann die flexible Übergangsphase an Gemeinschaftsschulen, die in drei Jahren zum zukünftigen ersten allgemeinen Abschluss führt, nicht erklärt werden; denn das ist de facto eine abschlussbezogene Klasse.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Jetzt möchte ich eine Zwischenfrage zulassen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie haben die Zwischenfrage schon erlaubt. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Liebe Frau Kollegin Klahn, da Sie sich, wie Herr Callsen vorhin auch, gegen dieses zwangsweise gemeinsame Lernen entschieden wenden: Wäre Ihnen lieber, dass wir Oberschichtklassen hätten, die für sich zusammen sind und dass man nicht mit den Schmuttelkindern spielt?

(Zurufe)

Ist das vielleicht die Logik? - Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Im Jahr 2014 finde ich eine solche Haltung vorgestrig. Wenn sie 1914 geäußert worden wäre, wäre das okay. Das ist keine Frage, sondern wirklich nur eine Bemerkung.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] und Birte Pauls [SPD])

**Anita Klahn [FDP]:**

Das nehme ich als eine Zwischenbemerkung. Lieber Herr Dr. Stegner, erstens freue ich mich, dass ich zwar älter geworden bin, aber nicht aus dem Jahr 1914 stamme, und zweitens muss ich ganz deutlich an dieser Stelle sagen: Das, was Sie eben formuliert haben, ist so etwas von verachtend, es

widerspricht jeglicher Auffassung hier im Hause, ganz ehrlich.

(Beifall FDP und CDU - Volker Dornquast [CDU]: So ist das!)

Wenn Sie meinem Vortrag aufmerksam zugehört - Anke Erdmann hat es getan - und wenn Sie die Diskussion, die wir geführt haben, wirklich mit Interesse und offenem Ohr verfolgt hätten, dann wüssten Sie, dass es uns allen hier im Haus wichtig ist, den Kindern und Jugendlichen in diesem Land eine Möglichkeit zu eröffnen, den für sie bestmöglichen Bildungsabschluss zu erlangen - auf welchem Weg auch immer. Das ist individuell verschieden.

(Beifall FDP und CDU)

Ich möchte zu dem letzten Punkt, dass wir **abschlussbezogene Klassen** an Gemeinschaftsschulen einrichten für die, die den ersten allgemeinbildenden Abschluss erreichen sollen, ihn aber nicht in der vorgesehenen Zeit schaffen und stattdessen drei Jahre brauchen, sagen: Das finden wir ja gut. Denn das ist eine der Maßnahmen, um wirklich mehr für Jugendliche mit einem qualifizierten Abschluss in die Berufswelt zu entlassen oder ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, weitere Schulgänge zu besuchen und noch mehr zu erlangen.

Ich appelliere nochmals an die regierungstragenden Fraktionen: Honorieren Sie die Arbeit, haben Sie Vertrauen in die Kompetenzen der Schulen mit ihren Lehrkräften und lassen Sie diese ihre bisherigen guten pädagogischen Konzepte fortführen! Dieser Weg war im bisher geltenden Schulgesetz angelegt. Wir Liberale unterstützen die Eigenverantwortlichkeit der Schule. Wir wollen die Wahlfreiheit erhalten. Alle Schulen müssen nach ihren Ressourcen entscheiden können, ob und in welcher Form sie differenziert unterrichten oder ob sie abschlussbezogene Klassen einrichten wollen.

Enttäuschend bleibt auch Ihr Umgang mit den **Schulen in freier Trägerschaft**. Dass es zu einer Änderung der Finanzierung dieser kommt, ist ja nachvollziehbar. Das haben auch wir irgendwo auf dem Plan gehabt. Dass Sie aber mit dem jetzigen Haushalt die Axt an einige der freien Schulen gelegt haben und ihnen damit die Luft zum Atmen nehmen, ist unmöglich.

(Beifall FDP und Volker Dornquast [CDU] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, wenn Sie einen Baum fällen, kann er auch nicht mehr atmen.

(Anita Klahn)

In der Anhörung wurde deutlich, dass berufliche Schulen in der Beratung nicht eingebunden waren, obwohl sich diese mehrfach deutlich angeboten hatten. Gerade diese sind jetzt existenziell betroffen. Wo ist an dieser Stelle Ihr soziales Gewissen? Sie machen diesen Schulen und den Schülern, die diese besuchen, den Garaus.

Die FDP legt eine neue Übergangsregelung vor, welche den freien Schulen zum jetzigen Zeitpunkt die Sicherheit gibt, dass sie nicht schlechtergestellt werden. Wir geben Ihnen damit eine zweite Chance, wirklich etwas für die freien Schulen zu tun. Herr Stegner, nutzen Sie dieses Angebot!

(Beifall FDP)

Auch in anderen Bereichen kann das von der Regierung vorgelegte Schulgesetz nicht überzeugen. Der Bereich der **Schulkooperation** ist zum Beispiel unzureichend geregelt. Das wurde Ihnen in der mündlichen und schriftlichen Anhörung mehr als deutlich gesagt. Sie haben keine Schlüsse daraus gezogen. Auch hier haben wir einen konkreten Änderungsantrag vorgelegt. Ebenso sind die Regelungen zur Flexibilisierung des Einschulalters sowie zu den Mindestgrößen von Schulen unzureichend. Wir haben Vorschläge eingebracht, das **Einschulalter** nachhaltig zu flexibilisieren und auch dafür zu sorgen, dass die Kinder während der Zeit der Rückstellung pädagogisch betreut und auf den Schulbesuch vorbereitet werden. Was ist daran schlecht, dass Sie das ablehnen müssen?

(Beifall FDP und Heike Franzen [CDU])

Es ist von Fachleuten, Kinderärzten und Psychologen unterstützt worden. Auch bei den **Mindestgrößen** formulieren Sie doch deutlich den Willen des Gesetzgebers, dass es Ausnahmen von den Mindestgrößen geben kann, um gerade die Struktur im ländlichen Raum zu erhalten. Unser Formulierungsvorschlag ist dort deutlicher als Ihrer, der einfach irgendwelche nebulösen Modellprojekte nur zulassen möchte.

(Beifall FDP)

Auch die vorgeschlagene Regelung zur Berufung von **Schulleitern** sowie die Erteilung von lehrplanmäßigem Unterricht durch **Studenten** lehnen wir ab. Wir sind der Überzeugung, dass es für die Schulen gut ist, wenn im ersten Bewerbungsverfahren externe Bewerber vorrangig sind. Erst dann, in einer zweiten Runde, wenn es in der ersten kein Ergebnis gab, sollten Sie interne zulassen. Nutzen Sie das!

(Beifall FDP)

Dass Sie Studenten ohne Abschluss erlauben wollen, selbstständig lehrplanmäßigen Unterricht zu erteilen, ist schlichtweg ein Desaster und zeigt zugleich, wie gering Sie den Lehrerberuf schätzen.

(Beifall FDP)

Herr Stegner, niemand würde auf die Idee kommen, einen Medizinstudenten selbstverantwortlich eine Operation durchführen zu lassen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das kann er vielleicht einmal bei Herrn Stegner versuchen!)

Genauso wenig würde ein Auszubildender zum Beispiel im Elektrohandwerk selbstständig Installationen abnehmen und freigeben dürfen, die dem Meister vorbehalten sind. Es ist skandalös, dass sogar die verantwortliche Ministerin, die selbst einmal Präsidentin der Hochschule mit Schwerpunkt der Lehrerausbildung war, der Meinung ist, dass unsere Kinder ohne entsprechende Qualifikation gebildet werden könnten.

Echter **Schulfrieden** wäre für mich gegeben, wenn eine vielfältige Bildungslandschaft den individuellen Lernanforderungen, der Zielsetzung und dem Möglichen des Einzelnen Respekt zollt und Rechnung trägt. Echte Chancengerechtigkeit für unsere Kinder bedeutet doch, dass sie durch eine alters- und leistungsgerechte inhaltliche gute Schulausbildung Wissen und Kompetenzen erlangen, die ihnen zukünftig ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben ermöglichen. Der Auftrag der Schule muss doch sein, einen jungen Menschen gleichermaßen für den beruflichen Wettbewerb stark zu machen und die Anforderungen einer wertorientierten Gesellschaft zu vermitteln. Genau das bezeichnet man als Bildungs- und Erziehungsziele. Sie sind in Ihrem Schulgesetz zukünftig nicht mehr enthalten.

(Beifall FDP)

Schleswig-Holstein ist jetzt das einzige Bundesland, in dem **Bildung und Erziehung** im Schulgesetz keine herausragende Rolle mehr spielen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was für ein Unsinn! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Genau, das ist Unsinn!)

Das ist wirklich eine Leistung für sich und deutschlandweit einmalig. Ich bitte Sie daher: Greifen Sie den Vorschlag für eine dritte Lesung auf, und ich komme gern Ihrem Wunsch einer namentlichen Abstimmung nach. - Vielen Dank.



(Anita Klahn)

(Beifall FDP, Dr. Axel Bernstein [CDU], Volker Dornquast [CDU] und Heike Franzen [CDU])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Frau Abgeordneter Jette Waldinger-Thiering das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wundere mich in der schulpolitischen Auseinandersetzung doch sehr über die hier gewählten Mittel, die Pressemitteilung der FDP vom vergangenen Mittwoch, in der behauptet wird, dass SPD, Grüne und SSW so sicher sind, dass sie es bildungspolitisch besser wissen als die schulischen Akteure vor Ort, dass sie diese Besserwisseri jetzt auch noch in Gesetzesform gießen wollen. Hier wird einfach mal so getan, als hätte man von unserem Einsatz für mehr Beteiligung, vom **Bildungsdialog** und von den verschiedenen Veranstaltungen in diesem Rahmen noch nie etwas gehört.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn mir dafür jegliches Verständnis fehlt, kann man sich das Leben natürlich leicht machen und den initiierten Dialogprozess schlicht ausblenden oder erklärt ihn einfach immer wieder zur Farce oder zur leeren Worthülse. Für manche ist das ganz offensichtlich eine echte Option. Wenn man dazu aber behauptet, wir würden Besserwisseri in Gesetzesform gießen, wird für mich eine Grenze überschritten. Erlauben Sie mir hier einen kleinen Hinweis: Es ist nicht lange her, da war die FDP in Schleswig-Holstein für das Bildungsressort verantwortlich. Weder der Regierungsstil der FDP noch der ihres Partners war von einer regen Beteiligung der Betroffenen geprägt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Allerdings!)

Dies gilt ganz besonders für die schulischen Akteure vor Ort. Denn wenn ich mit den Leuten an den Schulen spreche, wird ein Punkt immer wieder deutlich: Von einer so umfassenden Beteiligung wie im Rahmen unseres Bildungsdialogs konnten diese Menschen damals nur träumen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist wahr!)

Tatsache ist: Während wichtige, aber womöglich unangenehme Interessengruppen einfach von Runden Tischen ausgeschlossen wurden, haben heutzutage alle die Möglichkeit, sich einzubringen.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Dr. Ralf Stegner [SPD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es! - Zurufe Christopher Vogt [FDP] und Anita Klahn [FDP])

Auch wenn ich mich hier wiederhole: Wir haben den Bildungsdialog und das Anhörungsverfahren zu unserem Schulgesetz sehr wohl zum Anlass für konkrete Veränderungen genommen. Im Laufe dieses rund einjährigen Verfahrens wurden viele Einwände gehört und auch berücksichtigt. Hier lässt sich zum Beispiel das flexibilisierte **Einschulalter** nennen. Klar ist, dass Eltern, Lehrer, Schülervertreter, Gewerkschafter und viele andere Betroffene die Gelegenheit genutzt haben, um konstruktiv an diesem Entwurf mitzuarbeiten.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei denen, die daran teilgenommen haben, bedanken.

(Beifall Lars Harms [SSW], Beate Raudies [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Natürlich kann in diesem Prozess nicht jede Einzelmeinung voll berücksichtigt werden. Das liegt ganz einfach in der Natur der Sache und wird auch von fast allen so verstanden. Die letzte Woche hat es deutlich gezeigt. Anstatt sich am Verlauf konstruktiv zu beteiligen, ziehen es CDU und FDP vor, populistische Gegenanträge zu stellen. Ich kann in der Kritik an unserem Gesetzentwurf und in den genannten Gegenentwürfen beim besten Willen inhaltlich nichts Neues erkennen. Vielmehr habe ich den Eindruck, dass man unter dem Deckmantel der Freiheit und Eigenverantwortung zurückwill zum bildungspolitischen Chaos vergangener Tage. Wir sollten aus der Vergangenheit lernen und dringend dafür sorgen, dass Verantwortlichkeiten klar verteilt sind. Sehr viele Menschen haben mir bestätigt, dass sie sich auf dem Weg zu einem neuen Schulgesetz mitgenommen fühlen.

Natürlich können nicht sämtliche Probleme auf einen Schlag gelöst werden. Aber heute verabschieden wir in jedem Fall ein Gesetz, das die Schulbildung in Schleswig-Holstein neu definiert. Aus Sicht des SSW ist ein ganz entscheidender Punkt dabei, dass es sich hier eben nicht um ein weiteres ideologisches Konstrukt handelt. Dieser Entwurf ist nach meiner Überzeugung Ausdruck einer konsequenten Orientierung an der **Chancengleichheit** für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Sie sind die Gewinner, und darüber freue ich mich ausdrücklich.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kernpunkte des neuen Schulgesetzes wurden hinlänglich diskutiert. Ich will deshalb nur in aller gebotenen Kürze festhalten, dass wir auf ein zeitgemäßes Zwei-Säulen-Modell aus starken **Gymnasien** und gestärkten **Gemeinschaftsschulen** setzen. Hier sollten sich weder CDU noch FDP etwas vormachen. Dieses Modell entspricht dem Wunsch sehr vieler Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte im Land - sogar dem weit überwiegenden Teil. Fakt ist: Damit modernisieren wir unser Schulsystem, ohne bewährte Strukturen zu zerbrechen.

Meine Damen und Herren, übergeordnetes und damit absolut wichtigstes Ziel der rot-grün-blauen Bildungspolitik ist es, wirklich jeder Schülerin und jedem Schüler den jeweils besten Abschluss zu ermöglichen. Dies muss völlig unabhängig vom finanziellen und sozialen Status der Eltern gelten. Dies wird auch mit dem neuen **Schulgesetz** möglich. Eltern können in Zukunft auf Basis einer umfassenden Beratung selbst entscheiden, welche weiterführende Schule ihre Kinder besuchen sollen. Dies wird nicht länger vorgeschrieben. Sie entscheiden, ob es das Gymnasium oder die Gemeinschaftsschule sein soll. Sie entscheiden, ob ihr Kind zwölf oder 13 Jahre zur Schule gehen soll. Beide Arten des Abiturs sind gleichwertig.

Grundsätzlich bin ich davon überzeugt, dass starke Gymnasien neben gestärkten Gemeinschaftsschulen mehr Schülerinnen und Schüler an einen höheren Bildungsabschluss heranführen werden als bisher. Diese zukunftsfesten Strukturen führen zu weit mehr Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Erlauben Sie mir gegen Ende noch einen Blick auf die finanziellen Aspekte des neuen Schulgesetzes. Denn es freut mich außerordentlich, dass es gelungen ist, die massiven und einseitigen schwarz-gelben Einsparungen im Bildungsbereich auszugleichen. Die Berechnung der Schülerkostensätze ist endlich transparent und für alle Betroffenen nachvollziehbar. Dabei dürfte allen klar sein: Für die Einrichtungen, für die diese Umstellung mit Nachteilen verbunden ist, greifen Übergangsregelungen. Damit werden insbesondere die deutschen **Schulen in freier Trägerschaft**, die unsere Bildungsvielfalt bereichern und einen sehr guten Job machen, deutlich gestärkt.

Doch wie schon in vergangenen Debatten erwähnt, hat die Finanzierung für Schulen in freier Trägerschaft auch eine große minderheitenpolitische Be-

deutung. Denn mittlerweile sind wir endlich - und ich sage „endlich“ - zu einer gerechten Finanzierung der dänischen Schulen zurückgekehrt.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dies geschieht - wie Sie sicher wissen - auf genau derselben Grundlage wie die Förderung der freien Schulen. Wenn es um die Finanzierung der dänischen Schulen geht, muss eines klar sein: In diesem Punkt trägt das Land Schleswig-Holstein eine ganz besondere Verantwortung. Denn diese Schulen sind nun einmal die Regelschulen für die dänische Minderheit, nicht mehr und nicht weniger. Und der Dänische Schulverein erfüllt ganz klar einen Gewährleistungsauftrag, der sonst vom öffentlichen Schulsystem zu erfüllen wäre. In der Konsequenz heißt das: Ohne **dänische Schulen** müsste die Beschulung der Kinder der dänischen Minderheit mit Unterricht in dänischer Sprache im öffentlichen Schulsystem erfolgen. Aus diesem Grund ist die jetzt erreichte Gleichstellung mit den öffentlichen Schulen nicht nur rechtlich geboten und bildungspolitisch sinnvoll, sondern schlicht und einfach gerecht.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch auch in Bezug auf den Schutz und die **Förderung des Friesischen** - wie es in unserer Landesverfassung in Artikel 5 festgehalten ist - leistet dieses Schulgesetz einen ganz wesentlichen Beitrag. Denn wie Sie sicher wissen, bildet die Landesverfassung, in der dieses Staatsziel seit 1990 aufgenommen ist, nur eine Art Rahmen, einen Rahmen, nach dem wir diesen Anspruch auf Schutz und Förderung über konkrete Gesetze sicherzustellen haben. Eine solche Konkretisierung wie in unserem Schulgesetz ist also nicht nur wichtig, sondern nach fast 25 Jahren auch längst überfällig. Die von uns gewählte Formulierung ist ein erster und sehr bedeutsamer Schritt. Bedeutsam ist er schon deshalb, weil wir damit zum ersten Mal seit 60 Jahren eine Basis dafür geschaffen haben, dass kulturelle Eigenständigkeit auch über das Bildungssystem sichergestellt werden kann.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal erwähnen, dass wir auch die Sinti und Roma mit in unser Schulgesetz aufgenommen haben. Wir wollen auch, dass die niederdeutsche Sprache gepflegt wird. Das sind wichtige Dinge.

(Jette Waldinger-Thiering)

Frau Klahn, der SSW würde niemals Ihrem Änderungsantrag zustimmen, da Sie wieder gern haben möchten, dass die dänischen Schulen nur 85 % Förderung bekommen. Das ist eine Diskriminierung, die wir abgeschafft haben. Darauf bin ich stolz.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Martin Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat in diesem Haus, seitdem ich mit dabei bin, schon so manch Biedermann den Begriff Brandstifter in den Mund genommen. Das ging bisher jedes Mal so aus, dass man sich für die Formulierung entschuldigen und das zurücknehmen musste. Vielleicht sollten wir künftig einfach davon Abstand nehmen, das in unsere Manuskripte zu schreiben.

Ein paar liberalen Legenden möchte ich an dieser Stelle entgegentreten: Erstens wurde vorgetragen, wir würden den **Ersatzschulen** die Luft zum Atmen nehmen. Das ist schlicht falsch. Wir geben Jahr für Jahr deutlich mehr Geld für die Ersatzschulfinanzierung aus als bisher - nach einem fairen Schlüssel, den sogar das Forum Sozial für im Wesentlichen gelungen bezeichnet. Es gibt wenige Ausnahmen, dabei handelt es sich um berufliche Ersatzschulen, und zwar solche, die bisher deutlich besser als alle anderen finanziert waren. Da haben Sie recht, da gibt es weniger Geld als bisher. Das ist aber keine Frage, die das gesamte System der Ersatzschulen beeinträchtigt, das ist eben auch nichts, mit dem wir den Ersatzschulen die Luft zum Atmen nehmen. - Im Gegenteil, wir unterstützen sie.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Zweiter Punkt: Sie behaupten hier einfach dreist, wir würden den Lehrerberuf nicht ernst nehmen, weil wir künftig Studentinnen und Studenten die Möglichkeit geben wollen, eigenverantwortlich zu unterrichten. Frau Klahn, was wir planen, ist eine Reform der **Lehrerausbildung** mit einem halbjährlichen Praxissemester, also mit einem ganzen Semester, in dem Studenten ein halbes Jahr in einer Schule unterrichten. Natürlich müssen sie in dem Rahmen auch eigenverantwortlich unterrichten dür-

fen. Das wird der Qualität der Lehrerausbildung dienen und hat nichts mit unserem Bild vom Lehrer zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anita Klahn [FDP]: Das steht aber so nicht im Gesetz!)

Frau Klahn, wenn Sie der Meinung sind, die Begriffe **Bildung und Erziehung** fänden sich im Schulgesetz nicht mehr - Konjunktiv II -, biete ich Ihnen an: Sie zahlen 100 € an einen wohltätigen Zweck Ihrer Wahl für jede Stelle, die ich Ihnen im Schulgesetz zeige, an denen die Begriffe Bildung oder Erziehung vorkommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde es auch wenig gelungen, dass sich der Oppositionsführer hier hinstellt und sagt, in dem Schulgesetz würden wir einen elementaren Punkt nicht regeln, nämlich die **Schulartempfehlung**, deshalb brauchten wir noch eine dritte Lesung. Ich hoffe, Sie haben den Ausführungen von Frau Erdmann entnehmen können, dass auch in einer dritten Lesung des Schulgesetzes die Schulartempfehlung nicht vorkommen würde, weil sie nicht gesetzlich geregelt wird. Deshalb ist es auch mitnichten perfide, was wir hier tun. Sondern es war im **Bildungsdialog** von vornherein so angelegt, dass an der Stelle etwas geregelt werden muss. Das wird nun auch getan - weiterhin freundlich und im Dialog.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu behaupten und uns vorzuwerfen, wenn wir die **Schrägversetzung** - die wir ja nicht abschaffen - ein wenig neu reglementieren und mit der Leitfrage an Schulen versehen, was wir für Schüler tun können, und nicht mehr mit der Leitfrage versehen, wer hier nicht hingehört und wer aussortiert werden muss, sei das ein menschenverachtendes Bild von Schülerinnen und Schülern, das ist schlicht dreist.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Über den Bildungsdialog ist viel gesprochen worden. Ich möchte den UV-Nord zitieren. Das ist nicht immer eine Organisation, die uns nahesteht. Sie sagt:

„Wir begrüßen grundsätzlich, dass zu erheblichen Teilen die Ergebnisse der Bildungskonferenzen Eingang in die Novelle des Schulgesetzes gefunden haben.“

(Martin Habersaat)

Was war das Angebot der CDU zu einem **Schulfrieden**, als sich Hunderte von Menschen bei Konferenzen trafen? Herr de Jager - manche, vor allem die Älteren, erinnern sich - wollte zu einem Hinterzimmergespräch in der CDU-Zentrale einladen. Dort sollten die Parteivorsitzenden Schleswig-Holsteins einen Schulfrieden aushandeln. Das ist eben nicht unser Konzept.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Aber ich habe gelernt. Ich möchte auch mit einem großen Zitat zum Thema Schulfrieden und dem Verhalten der CDU enden. Es stammt von Schiller aus Wilhelm Tell:

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Habersaat, wenn Sie meinem Fraktionsvorsitzenden zugehört hätten, hätten Sie gehört, er hat sich nicht auf die Schulartempfehlung bezogen, sondern auf die Neuregelung der **Orientierungsstufen** beziehungsweise des Schrägversetzens innerhalb der Gymnasien. Das ist schon ein wesentlicher Punkt. Deswegen halte ich die Frage einer dritten Lesung für absolut berechtigt. Dieser wesentliche Punkt innerhalb der Orientierungsstufen ist mit keinem besprochen worden. Das ist Ihr Dialog an dieser Stelle. Weder mit den Schulen noch mit den Eltern noch mit den Schülern ist dieser Dialog darüber geführt worden.

(Martin Habersaat [SPD]: Es gab eine Arbeitsgruppe dazu!)

Deshalb wollen wir eine dritte Lesung und das mit den Verbänden diskutieren.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Anke Erdmann?

**Heike Franzen [CDU]:**

Nein, ich lasse jetzt keine zu. Ich würde meinen Dreiminutenbeitrag gern dazu nutzen, um einige Positionen deutlich zu machen.

Herr Dr. Stegner, ich möchte auf Sie zukommen. Wenn Sie den Ausführungen unseres Fraktionsvorsitzenden zugehört hätten, hätten Sie viele gute Argumente für gute Bildungspolitik gehört. Das haben Sie nicht getan. Wenn gute Argumente bei Ihnen nicht ziehen,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Welche Argumente?)

dann geht es nur um persönliche Angriffe.

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Das sagt sehr viel über Ihr Menschenbild und auch Ihren Charakter aus. Sie sollten wirklich einmal intensiv darüber nachdenken, wie Sie sich hier im Parlament gegenüber Kollegen verhalten. Das ist äußerst unkollegial.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]): Wenn man uns „Brandstifter“ oder „menschenverachtend“ nennt! Sogar im Presstext steht das drin“!

Meine Damen und Herren, ich würde gern noch einmal auf die Frage Aufnahme der **Schulartempfehlung** kommen. Frau Erdmann, Sie haben gerade deutlich gemacht: 80 % der Schülerinnen und Schüler hätten das Anrecht, auf das Gymnasium zu gehen. Sie sagen, jetzt sollen es 100 % der Schülerinnen und Schüler haben. Ich frage Sie: Welche Instrumente geben Sie den **Gymnasien** an die Hand, um das, was Sie unter „individueller Förderung“ ins Gesetz geschrieben haben, tatsächlich umzusetzen? Sie geben Ihnen nichts an die Hand. Im Gegenteil, das strukturelle Defizit, das die Ministerin im letzten Jahr bekannt gegeben hat, werden Sie sogar noch weiter ausweiten.

Man muss auch einmal fragen: Was passiert mit den Kindern an den Gymnasien, die dort sind? Ich halte es für eine furchtbare Unterstellung, Herr Habersaat, den Schulen zu unterstellen, sie sortieren aus, wer nicht hingehöre.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das gibt es gar nicht in Deutschland! Das kommt hier nicht vor!)



**(Heike Franzen)**

Das tun unsere Schulen in Schleswig-Holstein nicht. Das tun auch unsere Gymnasien nicht. Sie gehen sehr verantwortungsvoll mit ihren Schülerinnen und Schülern um und weisen Bildungswege auf.

(Beifall Johannes Callsen [CDU])

Was heißt das denn, auf einem Gymnasium in die siebte Klasse versetzt zu werden? Die Schülerinnen und Schüler sind immer in einem Klassenverband, in dem sie irgendwann den Inhalten nicht mehr folgen können, weil die erste Aufgabe des Gymnasiums, auf das Abitur zuzuführen, von Ihnen nicht verändert worden ist. Sie sagen den Gymnasien: Macht Abitur und seht zu, wie ihr die Kinder mitkriegt! Das ist nicht fair gegenüber den Gymnasien und vor allen Dingen nicht fair gegenüber den Kindern.

(Beifall CDU)

Es gibt einen wesentlichen Kritikpunkt. Er ist von allen Verbänden genannt worden. Ich habe keinen Verband gehört, der ihn nicht vorgebracht hat. Das ist die Frage der **Finanzierung** dieses Schulgesetzes. Ich will gern die Rechnung noch einmal aufmachen, die ich schon einmal aufgemacht habe. Ich will es schnell machen. Herr Präsident, ich sehe die rote Lampe.

Das strukturelle Defizit, von der Ministerin genannt, beläuft sich auf 1.250 Planstellen. Sie brauchen mindestens 200 Planstellen für die zwanzig Oberstufen. Sie brauchen Planstellen für die Umwandlung von Regional- in Gemeinschaftsschulen, unserer Rechnung nach circa 250.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Heike Franzen [CDU]:**

Laut GEW brauchen Sie 1.000 Planstellen für die Inklusion. Das ergibt ein Defizit von 2.700 Planstellen. Denen stellen Sie 300 neue Stellen in Rechnung. Da fehlen ein paar.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gar nicht großartig inhaltlich etwas sagen, sondern einen Punkt aufgreifen, den auch meine Vorredner schon bedient haben. Das sind die **parlamentarische Kultur** und die Form der Debatte, die wir hier führen. Wir alle stehen dafür, dass wir gern hart in der Sache argumentieren. Wir reden hier in der Sache hart miteinander und streiten auch inhaltlich. Ich halte es aber nach wie vor für nicht richtig - das ist etwas, was nicht ins Parlament gehört, weil wir eine Vorbildfunktion haben -, dass sich Kollegen für Redebeiträge von anderen Abgeordneten schämen. Das zeugt von einem komischen Respekt voreinander. Das tun auch andere wirklich persönliche Angriffe hier im Parlament.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Wir haben hier Schulklassen auf den Rängen sitzen, wenn wir über das Schulgesetz debattieren. Wenn ich mir vorstelle, dass in Schulklassen so miteinander umgegangen wird, stelle ich fest, dass wir wirklich kein gutes Vorbild sind. An dieser parlamentarischen Kultur sollte sich definitiv etwas ändern.

(Beifall PIRATEN - Zuruf)

- Ich bin kein Schiedsrichter, aber ich darf wohl meine persönliche Meinung zu dieser Debattenkultur äußern!

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es sind auch Zwischenrufe auf dem Off, die unsachlich und der Debatte nicht förderlich sind. Wir reden hier über das Schulgesetz. Dabei sollten wir bleiben und uns nicht persönlich angreifen. - Ich danke Ihnen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Bemerkung oder Frage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Abgeordneten Dr. Stegner?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Schmidt, über parlamentarischen Stil kann man sicherlich streiten - welche Aktuellen Stunden man anmeldet und viele andere Din-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

ge auch. Dafür, hier zu regeln, was parlamentarisch oder was unparlamentarisch ist, ist das Präsidium da. Ich stehe dazu, dass man sich dazu bekennt, dass man sich dafür schämt, wenn Menschen menschenverachtende Haltung unterstellt wird oder der Begriff „Brandstifter“ verwendet wird. Dafür darf man sich schämen. Das darf man hier auch sagen. Dazu stehe ich hier ausdrücklich.

Wir haben ein Präsidium gewählt, um Parlamentarisches von Unparlamentarischem zu trennen, wir haben keine Schiedsrichter, die bewerten, was sie richtig oder falsch finden.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Herr Dr. Stegner, ich teile ausdrücklich die Kritik, die Sie zu dem Begriff „Brandstifter“ geäußert haben. Diese und ähnliche Ausdrücke gehören hier nicht hin. Da gebe ich Ihnen durchaus recht. Trotzdem sollten wir einmal über das Miteinander hier nachdenken. Es ist mein gutes Recht als Abgeordneter, wenn ich ein Problem damit habe, dies hier zu äußern.

(Beifall PIRATEN und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Auf den Beitrag des Kollegen Habersaat möchte ich, ehrlich gesagt, gar nicht weiter eingehen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Er zeigt mir, dass er nicht zugehört hat.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Ich habe davon gesprochen, dass **Bildung und Erziehung** mit Ihrem Schulgesetz in Schleswig-Holstein keine herausragenden Rollen spielen.

Was mich zu meiner Wortmeldung veranlasst hat, ist der Beitrag der Kollegin Jette Waldinger-Thiering, die gesagt hat, sie könne unseren Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf nicht zustimmen, weil wir dort die Forderung aufstellten, die **dänischen Ersatzschulen** schlechterzustellen. An dieser Stelle bitte ich die Kollegin Jette Waldinger-Thiering darzustellen, wo sie in der Drucksache 18/1490 feststellen kann, dass wir § 124 angesprochen haben. Damit könnte sie diese Behauptung belegen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Lesen hilft manchmal!)

Ich bin auf die Antwort der Kollegin gespannt. Nehmen Sie das, was Sie als Antwort hören werden, als Indiz dafür, wie intensiv sich einige der regierungstragenden Fraktionen mit unseren Änderungsanträgen tatsächlich beschäftigt haben. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor beziehungsweise sind zurückgezogen worden.

Für die Landesregierung hat jetzt die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Wara Wende, das Wort.

**Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es fühlt sich gut an, heute hier zu stehen und das neue **Schulgesetz** in seiner letzten parlamentarischen Debatte zu erleben. Mit dem neuen Schulgesetz haben wir nach nur eineinhalb Jahren Regierungszeit einen Meilenstein in der Schulgeschichte Schleswig-Holsteins gesetzt. Es hat in Schleswig-Holstein noch nie ein Schulgesetz gegeben, das in landesweiten Bildungskonferenzen, Workshops, Arbeitsgruppen und **Bildungsdialogen** mit den unterschiedlichsten Interessenvertretern von Schule entstanden ist. Viele haben ihre Kritik, ihre Meinungen und ihre Ideen in die Debatte eingebracht. Dafür möchte ich mich bei allen, auch bei der Opposition, ganz herzlich bedanken.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bessere ist der Feind des Guten. Ich bin mir sicher: Gemeinsam haben wir ein besseres Schulgesetz gemacht. Natürlich konnten nicht alle Standpunkte berücksichtigt werden, da sie selbstredend untereinander nicht immer kompatibel waren. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass uns mit dem vorliegenden Gesetz ein Gesetz gelungen ist, das die Chancengerechtigkeit in Schleswig-Holstein signifikant erhöhen wird. Ich bin mir sicher, dass es ein Gesetz im Sinne der Schüler und Schülerinnen ist. Genau das sollte ein Schulgesetz sein.

Ziel des rot-grün-blauen Regierungshandelns ist: Wir wollen die Chance auf eine erfolgreiche Bildungsbiografie unabhängig von der Zufälligkeit des

**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

Unterstützungspotenzials der Elternhäuser erhöhen. Im Fokus unserer Ausgangsüberlegung stand weniger die Frage: Wie müssen Schülerinnen und Schüler sein, um den Anforderungen von Schule gerecht zu werden? Im Fokus stand vielmehr die Frage: Wie muss Schule sein, damit sie den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird?

Kinder und Jugendliche müssen in der Schule die Erfahrung machen, dass es Spaß macht, an der Welt des Wissens und des Könnens teilzuhaben. Sie müssen ganz in Kants Sinne zum kreativen, fantasievollen und kritischen Selbstdenken ermuntert werden. Darüber hinaus müssen sie dazu motiviert werden, sich in die Gefühle und Gedanken anderer Menschen hineinzusetzen. Sie müssen angehalten werden, Verantwortungsbereitschaft für sich und andere zu entwickeln. Sie müssen lernen, Andersdenkende zu akzeptieren und Konflikte gewaltfrei auszutragen. Genau das sind die **pädagogischen Ziele**, die wir mit Schule verbinden. Nachzulesen ist dies in § 4 des Schulgesetzes.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob Sie diese Ziele als Bildungs- oder als Erziehungsziele bezeichnen, bleibt Ihnen überlassen. Das Schulgesetz schränkt die Möglichkeiten der sprachlichen Benennung an keinem Punkt ein, aber es ist eindeutig in dem, was Schule leisten soll. Es ist eindeutiger als das inhaltlich unverbindliche Sprechen von Bildung und Erziehung, ohne gleichzeitig zu sagen, was man konkret darunter verstehen will. Auch das habe ich heute einmal mehr nicht vernommen.

Gestatten Sie mir eine Randbemerkung: Vor wenigen Tagen war ich zu Besuch am Lübecker Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, das sich ein eigenes Sozialcurriculum gegeben hat. Die Lehrkräfte sprachen von pädagogischen Zielen und eben nicht von Erziehungszielen.

Gestatten Sie mir eine zweite Bemerkung zu unseren Schulen: Ich vertraue auf die Kompetenzen und auf das Engagement unserer Lehrkräfte. Sie sind durchaus in der Lage, selbstständig zu entscheiden, wie sie die Schwerpunkte ihrer Schule gestalten wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Ein Beispiel dafür ist die Frage, ob sie sich ein eigenes Sozialcurriculum, das ich im Übrigen begrüße, geben wollen. Sie sind auch in der Lage, selbstständig darüber zu entscheiden, mit welchen didak-

tischen Methoden der Unterricht organisiert werden soll. Deshalb sollten wir als Politiker auch nicht versuchen, den Lehrkräften vorzuschreiben, wie sie ihren Schülerinnen und Schülern das Lesen und Schreiben beizubringen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genauso wenig sollten wir ihnen vorschreiben, wie sie das pädagogische Ziel erreichen, dass Schülerinnen und Schüler Verantwortungsbereitschaft übernehmen. Ich bin mir auch sicher, dass unsere Lehrer in der Lage sind, Abschlussprüfungen so zu gestalten, dass elektronische Hilfsmittel nicht zu Schummeleien eingesetzt werden können,

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

weil intelligente Abschlussprüfungen auf problem-lösendes Denken und auf den Transfer von Wissen und nicht auf die simple Reproduktion und die bloße Wiedergabe von Daten und Fakten zielen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Lassen Sie mich nun zu den zentralen Neuerungen des Schulgesetzes kommen: Wir werden künftig eine klar strukturierte Schullandschaft haben mit einer Zweisäuligkeit im Sekundarstufenbereich I und einer Dreisäuligkeit im Bereich der Sekundarstufe II. Damit führen drei gleichwertige, aber nicht gleichartige Wege zum Abitur. **Gymnasien** bieten in der Regel den achtjährigen, Gemeinschaftsschulen den neunjährigen Weg zum Abitur; mit 15 Ausnahmen, nämlich Gymnasien, die sich für G 9 beziehungsweise für den Y-Weg entschieden haben.

Die Gymnasien hatten die von der Opposition so vehement geforderte Wahlfreiheit, und elf von ihnen haben sich entschieden, zu G 9 zurückzukehren. Vier Gymnasien haben sich für das Y-Modell entschieden. Das haben wir akzeptiert. Nun frage ich Sie: Wie oft sollen sich unsere Gymnasien noch entscheiden können? Jedes Jahr? Alle drei Jahre? Alle fünf Jahre? Oder vielleicht alle zehn Jahre? - Wir wünschen uns Stabilität in unseren Schulstrukturen. Ein permanentes Hin und Her dient dem **Schulfrieden** nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu einer klar strukturierten Schullandschaft gehören **Gemeinschaftsschulen** mit eigenen **Oberstufen**. Deshalb haben wir bereits durch ein Vorschaltgesetz zusätzliche Oberstufen an Gemeinschafts-

**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

schulen ermöglicht. Oberstufen an Gemeinschaftsschulen sind schon allein deshalb notwendig, weil es unterschiedliche und ganz individuelle Lernwege gibt; Lernwege, die auch anders aussehen können als die von den Gymnasien ermöglichten.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nicht bei jedem Kind steht bereits im Alter von zehn Jahren fest, welche Potenziale in ihm schlummern. Nicht jedes Kind hat ein Elternhaus, das alles daransetzt, dass ein Kind schulisch erfolgreich ist. Nicht jedes Elternhaus ist in der Lage, ein Kind optimal zu fördern. In der Gemeinschaftsschule werden die Schülerinnen und Schüler nicht nur individuell gefördert. Schülerinnen und Schüler können im Alter von 15 oder 16 Jahren selbst darüber entscheiden, ob sie nach der neunten, nach der zehnten oder nach der 13. Klasse die Schule beenden wollen. Unser aller Ziel muss doch sein, die Zahl erfolgreicher Bildungsbiografien zu erhöhen. Genau deshalb brauchen wir mehr Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich meine These mit einem konkreten Beispiel unterfüttern: Die Gemeinschaftsschule Bargteheide erhielt den Deutschen Schulpreis 2013. Sie war die beste Schule des Jahres 2013. Seit zehn Jahren hat an dieser Schule keine Schülerin und kein Schüler die Schule ohne Schulabschluss verlassen. 10 % der hauptschulempfohlenen Schüler legen dort das Abitur ab. Die Prognosegenauigkeit der Grundschulempfehlung wird in Bargteheide ad absurdum geführt. 68 % der Schülerinnen und Schüler erlangen dort einen besseren Schulabschluss als von den Grundschullehrkräften prognostiziert. Schon deshalb müssen wir Schulen haben, die andere Formen von Unterricht und das längere gemeinsame und individualisierte Lernen in den Fokus rücken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Freilich nicht alle Gemeinschaftsschulen können eigene Oberstufen haben. Aus diesem Grund ist **Kooperation** ein wichtiges Stichwort, Kooperation zwischen Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe und solchen mit einer eigenen Oberstufe, Kooperation mit den RBZs oder Kooperation mit den Oberstufen der Gymnasien, damit die Eltern bereits zu Beginn der Schulzeit wissen, dass auch dann, wenn eine Gemeinschaftsschule keine eigene Oberstufe hat, in jedem Fall ein Oberstufenplatz für ihr Kind bereitsteht, sofern es die entsprechende Eig-

nung und die entsprechenden Nachweise auf intellektueller Ebene mit sich bringt.

Neue Namen für Abschlüsse. Unsere Schüler und Schülerinnen erlangen zukünftig den ersten allgemeinbildenden Schulabschluss nach neun Jahren und den mittleren **Schulabschluss** nach zehn Jahren. Diese neuen Namen sind wichtig, um deutlich zu machen, dass Gemeinschaftsschule etwas anderes ist als unter einem Dach vereinigte Haupt- und Realschulen.

Aber wir sind auch nicht einsichtsresistent. Deshalb haben wir dem Wunsch der IHKs entsprochen und den ursprünglichen Begriff für den Schulabschluss nach neun Jahren, nämlich „Berufsbildungsreife“, durch die Bezeichnung „erster allgemeinbildender Schulabschluss“ ersetzt. Der ursprüngliche MBW-Entwurf hatte sich an der Bezeichnung der Mehrheit der anderen Bundesländer orientiert. Nun verwenden wir, den Einwänden der IHKs entsprechend, die gleiche Bezeichnung wie Hamburg. Auch das macht ja durchaus Sinn.

Zukünftig wird es in Schleswig-Holstein also keinen Hauptschul- und auch keinen Realschulabschluss mehr geben. Das ist konsequent; denn beide Schulformen stehen für Separation und Selektion und eben nicht für längeres **gemeinsames Lernen**.

Deshalb wird es künftig auch keine **Regionalschulen** mehr geben; denn diese sind nichts anderes als unter einem Dach zusammengefasste Haupt- und Realschulen. Die Regionalschulen werden zu Gemeinschaftsschulen umgebaut. Das macht Sinn, weil die Eltern längst mit ihren Füßen abgestimmt haben.

(Beifall SPD und SSW)

Regionalschulen sind bis auf wenige Ausnahmen von den Bürgern nicht angenommen worden. Aus diesem Grund sollen sie sich, sofern sie mehr als 240 Schüler haben, zu Gemeinschaftsschulen umbauen.

Es gibt aber auch eine klare Übergangsregelung: Im Schuljahr 2014/15 reicht eine Schülerzahl von 230 aus. Das gibt den Schulen Zeit für den erfolgreichen Übergang von dem einen in das andere System.

Außerdem möchte ich beim Blick auf Regionalschulen betonen: Die Regionalschulen mit weniger als 240 Schülerinnen und Schülern hätten auch nach dem alten Schulgesetz keine Zukunft gehabt.

Unsere Kinder werden schulpflichtig, wenn sie bis zum 30. Juni des laufenden Jahres sechs Jahre alt

**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

geworden sind. Solange wir nicht sicherstellen können, dass alle Kinder, die nicht eingeschult werden, stattdessen eine qualitativ hochwertige vorschulische Förderung erhalten, erschließt sich für mich der Sinn einer **Rückstellung** nicht. Allerdings haben wir in § 22 Abs. 3 im Wortlaut klargestellt, dass schulpflichtige Kinder, die aus gesundheitlichen Gründen nicht am Unterricht teilnehmen können, beurlaubt werden können.

Die am Ende der Grundschulzeit stehende verbindliche **Übergangsempfehlung** werden wir in Zukunft durch verbindliche Beratungsgespräche ersetzen. Das ist noch nicht im Schulgesetz geregelt, sondern wird auf der Ebene der Verordnung geregelt werden.

Schlussendlich werden es die Eltern sein, die entscheiden, welche Schule ihr Kind besuchen wird. Wir vertrauen darauf, dass Eltern nicht beratungsresistent sind. Wir vertrauen auch darauf, dass die Eltern am ehesten wissen, welche Schulart die beste für ihr Kind ist.

Im Übrigen ist die Logik der aktuell noch geltenden verbindlichen Übergangsempfehlung mehr als düftig; denn aktuell dürfen Kinder mit Hauptschulempfehlung nicht auf das Gymnasium, Kinder mit Realschulempfehlung aber schon. Das ist eine Logik, die sich mir zumindest nicht erschließt.

Hinzu kommt, dass die Treffsicherheit der Empfehlung zu wünschen übrig lässt. Bargteheide zeigt ja, dass 68 % der Schulartempfehlungen unterhalb der tatsächlich erreichten Schulabschlüsse der dortigen Schüler und Schülerinnen liegen. Bargteheide ist sicherlich ein besonderer Fall. Aber wenn man sich die Statistiken anschaut, dann stellt man fest, dass die Treffsicherheit von Schulartempfehlungen bei 50 % liegt. Stattdessen könnte ich auch würfeln.

Vor allem aber wollen wir mit der Stärkung des **Elternwillens** erreichen, dass Eltern von Grundschulkindern beim Gedanken an die weiterführende Schule zukünftig gelassener werden, dass sie ihre Kinder nicht bereits in der ersten Klasse unter Leistungsdruck setzen, nur weil sie fürchten, ihr Kind könne keine Gymnasialempfehlung erhalten. Es geht um den Schutz der Kleinsten, um den Schutz vor überzogenem, krank machendem Leistungsdruck. Dabei setzen wir auf Beratung und die Einsichtsfähigkeit der Eltern und eben nicht auf Bevormundung. Das müsste Ihnen doch eigentlich allen sympathisch sein.

Die **Querversetzung** vom Gymnasium wird künftig schwerer werden; sie wird nur noch dann möglich sein, wenn Schüler und Schülerinnen trotz

nachgewiesener schulinterner individueller Förderung nicht den Anforderungen des Gymnasiums entsprechen. Ziel ist, dass Schüler und Schülerinnen in der Schule so gefördert werden, dass die Versetzung nach der Orientierungsstufe der Regelfall ist. Hier verlangen wir zukünftig von allen Gymnasien, was an vielen Gymnasien bereits gute Praxis ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Experimentierklausel wird erweitert, weil wir kleinen **Dorfschulen** Spielräume geben wollen, kluge, qualitativ hochwertige standortspezifische Konzepte für den Erhalt der Schule im Ort zu entwickeln.

Die **Ersatzschulfinanzierung** wird, indem sie mit der Entwicklung der Schülerkostensätze der Regelschulen korreliert, auf eine solide Basis gestellt. Sie wird fair, transparent und verlässlich.

Die Minderheiten in unserem Land werden der Landesverfassung in besonderer Weise geschützt, angefangen beim Schutz der dänischen Minderheit und der dänischen Schulen über den Schutz und die Förderung der friesischen Volksgruppe bis hin zur Pflege der niederdeutschen Sprache.

Last but not least: **Master-Studierende** dürfen unter fachlicher Aufsicht der Lehrkraft im Rahmen von **Schulpraktika** lehrplanmäßigen Unterricht erteilen, ja, sie dürfen sogar alleine im Klassenraum stehen. Wir wollen - anders als uns unterstellt wird - Master-Studierende nicht einsetzen, um Unterrichtsausfall zu reduzieren, sondern Studierende sollen zukünftig Blockpraktika an unseren Schulen absolvieren, um Berufsfelderfahrungen machen zu können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Ermöglichung der Praktika ist das Gegenteil von einem Sparkonzept; hier entstehen nämlich zusätzliche Kosten. Zur Berufsfelderfahrung gehört das eigene Unterrichten, wenn die universitäre Ausbildung entsprechend fortgeschritten ist. Die Studierenden haben dann bekanntermaßen einen erfolgreichen Bachelor absolviert. Darüber hinaus ist es genauso wichtig, dass dieses eigene Unterrichten auch ohne Anwesenheit des jeweiligen Fachlehrers in der Klasse passieren darf. Voraussetzung hierfür ist, dass sich der Fachlehrer in Reichweite des Klassenzimmers aufhalten muss.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hinter der Tür!)



**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

Diese Regelung ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten: für Lehrkräfte, die in den von Praktikanten übernommenen Stunden zum Beispiel Klassenarbeiten im Lehrerzimmer, meinetwegen auch hinter der Tür, lieber Herr Klug, korrigieren können, für Praktikanten, die sich in der Lehrerrolle erproben können, und auch für die Schüler und Schülerinnen, die auf diese Weise Unterrichtsangebote erhalten, die gleich von zwei Personen, nämlich von einem Fachlehrer und vom Praktikanten vorbereitet worden sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Vorwürfe der FDP irritieren mich deshalb schon sehr. Denn jeder, der sich mit Ausbildung von Lehramtsstudierenden beschäftigt hat, weiß, dass Praxiserfahrung das A und O einer guten Ausbildung ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Jeder, der sich mit Medizinstudiengängen auseinandergesetzt hat, liebe Frau Klahn, stellt fest: Studierende operieren nicht selbst. Aber Sie können Zahnkliniken aufsuchen, wo sie von Studierenden ihre Zähne gemacht bekommen.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber freiwillig! Können die Schüler nach Hause gehen, wenn sie möchten?)

Gute Ausbildung ist der Garant für gute Schule. Unsere Schulen sind nur so gut wie unsere Lehrkräfte.

(Christopher Vogt [FDP]: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich!)

Im Übrigen werden wir über unsere **Lehrerbildung** in Kürze debattieren. Ich bin gespannt auf Ihre Anregungen. - Für heute danke ich für Ihre Kritik und die vielfältigen Denkanstöße und hoffe auf Kontinuität.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um zehn Minuten überzogen. Das steht den Fraktionen nun zur Verfügung. Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Frau Jette Waldinger-Thiering das Wort. - Frau Abgeordnete!

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Vielen Dank, Herr Landtagspräsident. - Ich konnte vorhin keine Antwort auf Frau Klahns Einwände geben. Frau Klahn, ich möchte mich bei Ihnen entschuldigen. Sie haben unserem Haushaltsentwurf so nicht zugestimmt, dass wir nämlich 100 % für die **dänische Minderheit** haben wollten. In Ihrem Änderungsantrag zu dem Schulgesetz steht es in der Tat nicht drin. Da sind mir vorhin vielleicht ein bisschen die Pferde durchgegangen, und ich habe zwei Dinge verwechselt. Dafür möchte ich mich entschuldigen.

Dann gehe ich davon aus, dass die FDP ihren Minderheitenansatz geändert hat und der dänischen Minderheit und ihrer hundertprozentigen Gleichstellung positiv gegenübersteht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wünschen Sie eine Zwischenbemerkung? - Zu spät.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/1124, ist eine dritte Lesung beantragt worden. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Jetzt kommen wir in der Abstimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/1124, und zu Änderungsanträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU - das ist die Drucksache 18/1489 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der PIRATEN und der FDP abgelehnt.

(Wortmeldung Torge Schmidt [PIRATEN])

- Wir sind mitten in einer Abstimmung. - Entschuldigung, können die PIRATEN bitte nochmals Handzeichen geben! Das war ein bisschen durcheinander. Sie haben gar nicht teilgenommen, wenn ich das richtig sehe.

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Es ist alles in Ordnung! Ich habe mit der Fraktion gestimmt!)

- Sie haben mit der Fraktion gestimmt. Dann war das also auch dagegen. Damit ist dieses Abstimmungsergebnis eindeutig. Als Sie gestanden haben, konnte ich das nicht richtig mitverfolgen.

Eine Zwischenbemerkung mitten in der Abstimmung ist eigentlich nicht üblich, es sei denn, es ist ein Geschäftsordnungsantrag, den Sie loswerden wollen, oder irgendetwas Ähnliches, was auf die Abstimmung bezogen ist.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident, Sie haben eben von Änderungsanträgen der CDU und der FDP gesprochen. Es gibt noch einen weiteren Änderungsantrag, und zwar von den PIRATEN, Drucksache 18/1502.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Alles zu seiner Zeit, Herr Abgeordneter. Nehmen Sie wieder Platz!

(Heiterkeit CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es tut mir leid, ich habe hier eine Abstimmungslogik. Die werden Sie im Laufe des Verfahrens vielleicht verstehen. Aber wenn Sie nachher nicht drangekommen sind, dürfen Sie sich gerne nochmals äußern.

(Heiterkeit CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich bin zunächst im Verfahren der Abstimmung. Wenn Sie anschließend sagen, das sei alles falsch gelaufen, erheben Sie gerne gegenüber dem Präsidium Protest. - Ich fahre fort in der Abstimmung.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abstimmen; das ist die Drucksache 18/1490. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP. - Gegenprobe! - Das sind die Abgeordneten der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie der Fraktion der PIRATEN. - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der CDU-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN - das ist die Drucksache 18/1502 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltun-

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

gen? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und CDU mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion haben zum Gesetzentwurf der Landesregierung namentliche Abstimmung beantragt. Eine solche Abstimmung ist durchzuführen, wenn sie von mindestens 18 Abgeordneten beantragt wird. Diese Bedingung ist erfüllt.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Direkt zum Verfahren? - Bitte schön. Bevor ich weiterrede, gibt es noch eine Verfahrensmeldung des Herrn Fraktionsvorsitzenden Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Ich möchte nur darauf hinweisen, damit kein falscher Eindruck entsteht, dass wir uns mit der Sozialdemokratie darauf verständigt haben, dass wir für den Fall des Fehlens eines Abgeordneten wegen Erkrankung pairen. Der Kollege Kumbartzky wird deshalb an der Abstimmung nicht teilnehmen. Es soll aber nicht der Eindruck erweckt werden, als seien wir nicht vollzählig.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Vielen Dank für die Rückmeldung. Im Präsidium wird notiert, dass der Abgeordnete Kumbartzky an der Abstimmung nicht teilnimmt.

Jetzt kommen wir zu dieser Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 18/1124 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung Drucksache 18/1451 zustimmen will, erklärt dies in der namentlichen Abstimmung bitte mit Ja. Ich bitte die Schriftführung, nun mit der Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Mit Ja haben 34 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 33 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Gesetzentwurf in dieser Fassung angenommen.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu b), zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/625, und über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/645.

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

Der Bildungsausschuss empfiehlt, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/645, abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion beschlossen, der Beschlussempfehlung zu folgen.

Weiter empfiehlt der Ausschuss, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/625, anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer gegen die Ausschussempfehlung ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Somit ist gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion beschlossen worden, dass dieser Antrag angenommen wird.

(Beifall PIRATEN)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu c), zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1189 (neu). Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag unverändert anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu d), zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/507, und über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/541.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/507, abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wird dem Beschlussvorschlag des Ausschusses gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion mit den Stimmen der anderen Fraktionen gefolgt.

Der Ausschuss empfiehlt weiter, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/541, abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer dagegen ist, so zu beschließen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die CDU-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die FDP-Fraktion. Damit wird der Beschlussempfehlung mit deutlicher Mehrheit gefolgt.

Ich schließe das Abstimmungsverfahren und unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:36 bis 15:05 Uhr)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Bitte begrüßen Sie mit mir 50 Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Sozialausschuss hat mit Drucksache 18/1496 eine Beschlussempfehlung zum Thema „Freiwerdende Mittel der Frauen-Help-line für Frauenhäuser verwenden“ vorgelegt und bittet um Beschlussfassung in dieser Tagung. Ich schlage vor, die Beschlussempfehlung als Punkt 39 a in die Tagesordnung einzureihen und am Freitag ohne Aussprache aufzurufen. Ich sehe keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Verlust der Staatsangehörigkeit infolge des Optionszwangs verhindern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/1471](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/1504](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Angelika Beer von der Fraktion der PIRATEN.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Antrag der Piratenfraktion steht unter dem Motto: „Natürlich gehört ihr zu uns, natürlich seid ihr Deutsche“. Um eines ganz klar zu sagen: Uns geht es mit unserem Antrag nicht um die **Abschaffung der Optionspflicht** im Staatsbürgerschaftsrecht. Die Abschaffung der Optionspflicht muss in der Tat im Bundestag eine Mehrheit finden. Der Antrag der Grünen dazu ist Mitte Januar leider an der Großen Koalition in Berlin gescheitert, obwohl diese sich genau dieses Ziel erst kürzlich in ihren eigenen **Koalitionsvertrag** geschrieben hat. Das ist traurig. Aber es gibt einen Lichtblick: Einige der SPD-Bundestagsabgeordneten haben ihre Zustimmung nicht verweigert.

(Angelika Beer)

Uns geht es hier und heute jedenfalls darum zu verhindern, dass über diesen politischen Wirrwarr in Berlin junge Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner eine ihrer Staatsbürgerschaften aufgeben müssen und diese unumkehrbar verlieren. Gerade weil sich die große Mehrheit der Optionspflichtigen für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheidet, wäre Ihre Zustimmung heute zu unserem Antrag ein ganz deutliches Signal einer tatsächlichen Willkommenskultur: „Natürlich gehört ihr zu uns, natürlich seid ihr Deutsche. Wir zwingen euch nicht, eine eurer Identitäten zu verleugnen, sondern ihr seid uns willkommen, so wie ihr seid.“

(Beifall PIRATEN)

Für dieses Ziel haben wir sicherlich auch Mehrheiten im diesem Haus. Die Frage ist nur - da unterscheiden wir uns -: Was können wir tun? Wie Kollege Volker Beck im Bundestag richtig bemerkt hat, wird die Optionspflicht hier **im Land** umgesetzt. Genau an dieser Stelle müssen wir ansetzen. So ist es. In der **Anwendung** des Staatsbürgerschaftsrechts haben wir erheblichen Einfluss. Den wollen wir nutzen.

Wir können die Verantwortung nicht ständig nur zwischen Bund und Land hin- und herschieben. Deshalb sind wir auch gegen den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. Ihr Parteikollege Volker Beck hat wörtlich im Bundestag gesagt:

„Wir als Bundestag wollen die Länder auffordern ..., dass jeder, der gegenwärtig eine Beibehaltungsgenehmigung beantragt, sie entweder sofort erhält, oder dass man das Verfahren ruhen lässt, bis der Gesetzgeber die Optionspflicht abgeschafft hat.“

(Beifall PIRATEN)

Jetzt wollen Sie den Fall nach Berlin zurückschieben? Was genau bedeutet denn „alle **rechtlichen Möglichkeiten** ausschöpfen“, wie es in Ihrem Änderungsantrag steht? Was wir in unserem ursprünglichen Antrag beantragt haben, ist, die rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, die wir haben, und zwar konkrete. Man ist auch in anderen Ländern, nicht nur in den Stadtstaaten, konkret geworden, und ja, auch ein Flächenland mit eigenständigen Ausländerbehörden wie **NRW** zum Beispiel hat ebenfalls einen **verbindlichen Erlass** zur Frage des Optionsverfahrens herausgegeben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einen Brief geschrieben!)

Die Rechtsgrundlage dafür ist die **Staatsangehörigkeitszuständigkeitsverordnung**, und ihr zufolge erledigen die Kreise die Aufgabe ausdrücklich nach Weisung. In NRW benachrichtigt man alle Betroffenen - übrigens auch flächendeckend und schriftlich - über ihre Möglichkeiten. Die rot-grüne Regierung dort in Düsseldorf macht einiges von dem, was wir heute beantragen.

(Beifall PIRATEN)

Fassen wir also zusammen: Das Innenministerium kann durchaus eine **generelle Weisung** in Form eines Erlasses erteilen, um eine einheitliche Anwendung zu erreichen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Es kann außerdem dafür sorgen, dass die Betroffenen frühzeitig und **flächendeckend** über ihre Möglichkeiten **informiert** werden, Antrag auf Beibehaltungsgenehmigung zu stellen. Zu guter Letzt kann es schlicht und einfach dafür sorgen, dass Optionspflichtige schriftlich unter Beifügung eines Vordrucks gebeten werden, einen solchen Antrag zu stellen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Der verantwortlich Handelnde sind Sie, Herr Breitner. Sie sind dieser Innenminister, und von Ihnen erwarten wir endlich einmal konkrete Taten.

(Beifall PIRATEN)

Wir sind gern bereit, auch andere konkrete Vorschläge mit einzubauen. Ich muss aber auch sagen: Auf blindes Vertrauen unsererseits in die sogenannte humanitäre Gesinnung des Innenministers entsprechend der Lyrik im Koalitionsantrag können und wollen wir nicht bauen, wir sind zu oft enttäuscht worden.

(Beifall PIRATEN)

Wir glauben jedenfalls, dass wir heute entscheiden müssen. Deshalb sage ich noch einmal ganz klar: Machen Sie in Ihrer Regierungsverantwortung hier im Land doch einfach einmal das, was Sie mündlich schon so oft angekündigt, in der Bundestagsopposition gefordert und in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition hineingekämpft haben. „Jetzt“ ist nicht Berlin, sondern Sie sind am Zug.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.



**Astrid Damerow [CDU]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben an dieser Stelle schon des Öfteren über das Für und Wider der **Optionspflicht** diskutiert. Die CDU-Fraktion hat in all diesen Diskussionen, die ja durchaus strittig waren, stets deutlich gemacht, dass für uns das **Bekanntnis zu einer Staatsangehörigkeit** große Bedeutung hat. Daran hat sich für uns als CDU-Fraktion nichts geändert.

Nun hat sich die Große Koalition in Berlin in ihrem Vertrag darauf verständigt, dass für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern der Optionszwang in Zukunft entfällt und die Mehrstaatlichkeit akzeptiert wird. Allerdings - und das mache ich hier jetzt einmal deutlich - ist ein Koalitionsvertrag kein **Gesetz**. Bisher steht das allein im **Koalitionsvertrag**, was ja nicht heißen soll, dass es auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden soll. Das ist auch jedem klar. Da es aber kein Gesetz ist und nach wie vor die geltende Rechtslage Gültigkeit hat, sind auch wir in Schleswig-Holstein in der Pflicht, dieses Gesetz anzuwenden. Das muss für uns als Gesetzgeber auch selbstverständlich sein. Das ist nicht etwas, das wir hier diskutieren sollten. Geltende Gesetze können wir nicht ohne Weiteres außer Acht lassen. Dass dies bei den Betroffenen natürlich zu Unsicherheiten führt, ist uns bewusst.

Im Übrigen haben wir das letzte Woche im **Innen- und Rechtsausschuss** sehr ausführlich diskutiert. In diesem Ausschuss hat der Innenminister - an dieser Stelle danke ich ihm für die Ausführlichkeit, mit der er uns zur Verfügung stand - uns ganz deutlich die Möglichkeiten aufgezeigt, die die Landesregierung hat, per Erlass Abhilfe oder Erleichterungen zu schaffen. Ich bin mir sehr sicher, dass dies getan wird. Insofern hat er letzten Mittwoch all die Fragen beantwortet und Vorschläge gemacht, die heute gefordert werden. Deshalb ist mir etwas unklar, warum wir heute erneut dieses Thema im Landtag diskutieren.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns allen ist bewusst, dass die Betroffenen in einer schwierigen Situation sind. Ich bin mir sehr sicher, dass das auch unseren Kollegen in Berlin bewusst ist. Solange wir aus Berlin keinen Gesetzesentwurf vorliegen haben - den wir hier sicherlich auch wieder diskutieren werden, was auch richtig ist -, haben wir als Landesgesetzgeber keine Handlungsmöglichkeiten. Das kann man nicht einfach unter den Tisch fallen lassen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Insofern tut es mir sehr leid, sagen zu müssen: Ich finde den Antrag der PIRATEN - ich war ein bisschen traurig, dass die Koalition auch noch aufgesprungen ist - doch recht populistisch.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Das ist Beschlusslage!)

Ich werbe dafür, dass Sie nun nicht den Koalitionsvertrag der Großen Koalition nehmen und sich immer das herausuchen, was in Ihre Erwartungshaltung passt und das gleich übermorgen fordern.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

Damit werden wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag Debatten haben, die nicht im Landesinteresse sein können, weil wir sie in aller Regel überhaupt nicht lösen können. Dasselbe gilt für den heutigen Antrag. Wir werden abwarten müssen, was Berlin entscheidet. Dann werden wir es diskutieren. Der Innenminister wird per Erlass im Verwaltungshandeln möglich machen, was möglich ist. Damit ist den Betroffenen - soweit es uns möglich ist - zunächst einmal gedient. Alles Weitere wird die Zukunft zeigen.

Selbstverständlich werden wir die beiden Anträge nicht ablehnen. Das geht nicht, denn inhaltlich sind sie ja durchaus nachvollziehbar, aber wir werden uns enthalten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Beer, wenn Sie in der letzten Innen- und Rechtsausschusssitzung dabei gewesen wären, hätten Sie mitbekommen, dass der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Andreas Breitner, bereits längst die **Bleiberechts-erklärung den Ausländerbehörden** zur Verfügung gestellt und ihnen aufgezeigt hat, welche Möglichkeiten es gibt, diese Erklärungen abzugeben und wie sie die Menschen zu beraten haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

Seit Jahren schon setzt sich die SPD im Bund wie auch im Land Schleswig-Holstein für die **Abschaf-**



(Serpil Midyatli)

fung der **Optionspflicht** ein. In den Koalitionsverhandlungen in Berlin ist es uns nun endlich gelungen, den Durchbruch zu erlangen. Nach zähen Verhandlungen ist es insbesondere unserem Innenminister Andreas Breitner durch großen Einsatz gelungen, die CDU endlich davon zu überzeugen, dass das Optionsmodell ein Irrweg ist.

(Beifall SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Optionspflicht wird in Kürze abgeschafft, aber die Abschaffung dieser unsinnigen Regelung kann nur durch eine **Änderung** eines **Bundesgesetzes** erfolgen. Es ist leider nicht möglich, dieses per **Erlass** einer Landesregierung zu regeln, auch wenn Sie, verehrter Kollege Breyer, das im Innen- und Rechtsausschuss anders behaupteten. Denn mit Behauptungen kommen wir hier nicht weiter.

Eine klare rechtliche und unanfechtbare Grundlage muss geschaffen werden. Dies dient vor allem dem Interesse der jungen Menschen, die betroffen sind. In Schleswig-Holstein geht es um rund 7.300 junge Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Niemandem ist mit rechtlich unhaltbaren Schnellschüssen geholfen, erst recht nicht den Betroffenen. Auch hier gilt, wie mit allen Vorhaben der rot-grün-blauen Koalition: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

Daher unterstützen wir ausdrücklich die Initiative des Innenministers Andreas Breitner, hier nicht nur zu warten, dass es im Bund endlich losgeht, sondern mit einer **Bundesratsinitiative** mit Rheinland-Pfalz gemeinsam die Abschaffung des Optionsverfahrens zu starten.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] - Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

Ein Entwurf ist bereits in Arbeit. Dieser beinhaltet nicht nur - Kollegen von den PIRATEN, hören Sie zu! - die Abschaffung des Optionsverfahrens, sondern auch einen gebührenfreien Wiedererwerb der deutschen Staatsbürgerschaft für diejenigen, die ihre bereits verloren hatten, bevor der Koalitionsvertrag stand. Das meine ich zum Beispiel auch mit Gründlichkeit.

(Beifall SPD)

Wir wissen, dass es sich bei der Abschaffung der Optionspflicht nur um einen **Teilerfolg** handelt. Aber angesichts der Ausgangsposition der CDU und deren Unbeweglichkeit in dieser Frage der Liberalisierung des Aufenthaltsrechts, die wir hier ja auch schon häufiger erleben mussten, ist es ein sehr guter Anfang. Nach dem Willen der SPD ist und bleibt die **Mehrstaatlichkeit Ziel** unserer Forde-

rung. Wir dürfen nicht vergessen, dass bis zur nächsten Bundestagswahl über 160.000 junge Menschen von der Optionspflicht betroffen sind. Politik ist dafür da, das Leben der Menschen besser zu machen. Das sagt Ralf Stegner immer, und ich finde, er hat recht.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zurufe SPD)

- Hört doch einmal weiter zu! Dann kriegt Ihr auch mit, warum er recht hat.

Wenn über 160.000 Menschen mit dieser Änderung des Gesetzes geholfen ist, ist gut verhandelt worden. Ich habe mich über den einen oder anderen gewundert, der insbesondere der SPD vorgeworfen hat, wir hätten in den Bereichen Integration und Migration schlecht verhandelt. Gerade diejenigen, die uns vorgeworfen haben, schlecht verhandelt zu haben, sind jetzt die Ersten, die schreien: Jetzt setzt aber endlich schnell um, was ihr verhandelt habt. Das hilft niemandem, erst recht nicht den Betroffenen.

(Beifall SPD - Zurufe Angelika Beer [PIRATEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich finde das ein bisschen widersprüchlich. Aber ich kann Ihnen hier und jetzt sagen: Sie können sich darauf verlassen, dass alles, was die SPD in Berlin in den Koalitionsvertrag mit eingebracht hat, auch in nächster Zeit umgesetzt wird. Das werden wir hier alle gemeinsam erleben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Lachen FDP - Christopher Vogt [FDP]: So haben wir 2009 hier auch gesprochen! - Serpil Midyatli [SPD]: Wir haben besser verhandelt!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte die Rede heute für meine Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben. Ich tue das nicht, weil sie zu diesem Thema nicht sprechen will, sondern weil sie stimmlich indisponiert ist - inhaltlich bei Weitem nicht. Immer, wenn in dieser Rede von „ich“ die Rede ist, muss ich betonen, dass das auch meine Meinung ist.

Ich muss bekennen, dass auch ich enttäuscht bin,

(Burkhard Peters)

(Heiterkeit)

enttäuscht vom **Koalitionsvertrag** der Großen Koalition, der nun doch nicht die **doppelte Staatsbürgerschaft** enthält, wie Sigmar Gabriel es noch vor der Bundestagswahl versprochen hatte. Es wäre schön gewesen, wenn sich die Bundesregierung klar und deutlich dazu bekannt hätte, dass alle Einwanderinnen und Einwanderer hier willkommen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, PIRATEN und SSW)

Es wäre schön gewesen, wenn sie sich dazu bekannt hätte, dass es keine Einwanderer erster und zweiter Klasse gibt, von denen die einen eine doppelte Staatsbürgerschaft erhalten dürfen und die anderen das aufgrund fadenscheiniger Argumente nicht dürfen.

Es hat in den Koalitionsverhandlungen nur zu einem Kompromiss mit der CDU gereicht, quasi zu einer Minimallösung, einer Abschaffung des **Optionsverfahrens** für die Kinder, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Man muss wohl anerkennen: immerhin! Die Optionsregelung war von unvertretbarer Härte. Das hat jetzt auch die CDU verstanden.

Es bleiben aber zahlreiche Menschen über, von denen die Bundesregierung gern die Steuern nimmt, ihnen aber die volle Gleichberechtigung vorenthält. Das hat zur Folge, dass es zwei unterschiedliche Rechtslagen in einer Familie geben kann. Das ist doch absurd.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zahlreiche Eltern leben seit 20 oder 30 Jahren in Deutschland, und ihnen wird dennoch abgesprochen, sich hier richtig integriert zu haben und zwei Staatsbürgerschaften ertragen zu können. Dabei sind es gerade die Eltern, die die Kinder großgezogen haben, denen jetzt großzügig die doppelte Staatsbürgerschaft gewährt wird. Es ist höchste Zeit, den bescheuerten Gedanken aufzugeben, dass sich so richtig deutsch nur die Menschen fühlen können, die hier geboren sind.

Genauso enttäuscht wie über den Koalitionsvertrag bin ich über die Ablehnung des **Antrags der Grünen** durch die Große Koalition letzte Woche im Bundestag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich verstehe nicht, warum dieser Antrag abgelehnt wurde. Ich zitiere - mit Genehmigung des Präsidiums - den Antragstext:

„Über alle politischen Lagergrenzen hinweg besteht inzwischen Einigkeit, dass sich der Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht nicht bewährt hat und so schnell wie möglich abgeschafft werden soll. Bis zur Umsetzung einer gesetzlichen Neuregelung sind junge Menschen aber weiter mit dem Optionszwang konfrontiert. In der Anwendung des derzeit noch geltenden Rechts ist daher so weit wie möglich dafür Sorge zu tragen, dass optionspflichtigen jungen Menschen ab sofort der Verlust einer Staatsangehörigkeit erspart bleibt“

(Zuruf PIRATEN: Wie denn?)

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei den Ländern darauf hinzuwirken, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr dadurch verloren geht, dass den Betroffenen eine Beibehaltungsgenehmigung vorenthalten wird ...“

Der Vollständigkeit halber muss ich dazu sagen, dass nicht alle Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag gegen den Antrag gestimmt haben. Trotzdem war die Mehrheit der Großen Koalition dagegen. Ich kann wirklich nicht erkennen, aus welchen Gründen. Es ist doch das Mindeste, dass keiner der jungen Menschen die zweite Staatsbürgerschaft abgeben muss oder sogar aus der deutschen zwangsausgebürgert wird, solange der Gesetzentwurf nicht vorliegt, der den Beschluss des Koalitionsvertrages umsetzt. Den Vorgang der Zwangsausbürgerung halte ich - mit Verlaub - immer noch verfassungsrechtlich für fragwürdig und integrationspolitisch für unsäglich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Ablehnung des Antrags ist auch das falsche Signal an die Länder. Es ist nicht hinzunehmen, dass auch nur noch eine einzige deutsche Staatsbürgerschaft den Optionspflichtigen entzogen wird. Statt einen vernünftigen Antrag der Opposition im Bundestag anzunehmen, spielt die GroKo das alte Spiel: Opposition ist doof, selbst wenn sie das Gleiche will wie wir.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gern.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Lieber Herr Kollege Burkhard Peters, Sie fordern mit Ihrem Antrag, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Sind Sie denn der Meinung, dass mit einem unverbindlichen Anschreiben an die Ausländerbehörden **alle rechtlichen Möglichkeiten** ausgeschöpft sind, oder sehen Sie, dass wir wie in Bremen oder in Nordrhein-Westfalen über flächendeckende Anschreiben, über einen konkreten Erlass, gehen könnten?

- Ich sehe nicht, dass in Nordrhein-Westfalen ein konkreter Erlass gemacht worden ist. Ich halte es für rechtlich nicht zulässig, dass ein Bundesgesetz durch einen ministeriellen Erlass eines Landes ausgesetzt wird.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Das ist ein Spiel zulasten der Betroffenen. Es ist bedauerlich, dass nicht die **generelle Mehrstaatlichkeit** beschlossen wurde. Nun müssen wir alles dafür tun, damit wenigstens denen, die bisher optionspflichtig waren, schnellstmöglich die Möglichkeit für die doppelte Staatsbürgerschaft eingeräumt wird und bis dahin niemand die deutsche oder die zweite Staatsbürgerschaft unfreiwillig verliert.

Der Innenminister hat im Innen- und Rechtsausschuss ausführlich erläutert, warum der von den PIRATEN geforderte Weg rechtlich nicht zulässig ist. Das ist genau der Punkt. Er kann Bundesrecht nicht durch Erlass aussetzen - Punkt, Komma, Aus und Ende. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag auch ab.

Wir freuen uns aber, dass wir uns hier im Land fraktionsübergreifend in dem Ziel einig sind, dass die doppelte Staatsbürgerschaft besser heute als morgen kommt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Peters, es war zwar nicht Ihre Rede, aber parlamentarisch ist nichts bescheuert, nicht einmal Gedanken.

Damit sind wir wieder in der Redefolge. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Peters, das mit den **Koalitionsverträgen** ist ja immer so eine Sache. Das eine ist das, was man hineinverhandelt, das andere das, was später umgesetzt wird. Wir schauen uns einmal sehr genau an, was dann am Ende der Legislaturperiode davon steht. Unstrittig ist aber, dass jedenfalls hier in diesem Haus beim Thema **Optionszwang** schon in der letzten Legislaturperiode eine sehr breite parlamentarische Mehrheit der Auffassung gewesen ist, dass dieses Instrument integrationspolitisch kontraproduktiv ist und wir uns ein solches Instrument als Einwanderungsland, das wir längst sind, gar nicht leisten sollten. Darüber brauchen wir eigentlich gar nicht mehr zu diskutieren.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Insofern haben wir heute wieder die Diskussion, die wir auch damals schon hatten. Mit großer Mehrheit ist der Landtag der Auffassung, dass der Optionszwang so schnell wie möglich abgeschafft gehört. Worüber wir uns noch streiten und noch diskutieren, ist der richtige Weg dorthin. Die Große Koalition hat - da stimme ich dem Kollegen Peters zu - bereits letzte Woche die Chance gehabt, im **Deutschen Bundestag** dem **Antrag** von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** zuzustimmen. Diese Chance ist versäumt worden.

Ich will an die Ausschusssitzung erinnern. Es hat niemand - auch übrigens der Kollege Breyer nicht - beantragt, **Bundesrecht** einfach **auszusetzen** oder zu übergehen. Das ist schlicht nicht richtig.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Selbstverständlich kann der Innenminister nicht auf dem **Erlassweg** - dabei will ich darauf hinweisen, dass das Schreiben, auf das ich gleich noch zu sprechen komme, nicht einmal einen Erlasscharakter hat - Bundesrecht aussetzen. Aber auch das hat niemand gefordert.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Frage war vielmehr, wie wir so schnell wie möglich dazu kommen, den Optionszwang abzuschaffen. Im Innen- und Rechtsausschuss hat sich der Innenminister dankenswerterweise noch einmal ganz klar zu dem grundsätzlichen Ziel bekannt. Er hat berichtet, dass es eine gemeinsame **Bundesratsinitiative** der Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gibt. Wir wünschen ihm dabei ernsthaft viel Erfolg und viel Glück.

**(Dr. Heiner Garg)**

Doch leider müssen wir feststellen - da gibt es eben die Differenz -, dass trotz des Schreibens, das uns der Innenminister im Innen- und Rechtsausschuss vorgestellt hat, unserer Auffassung nach der Spielraum des § 29 Abs. 4 Staatsangehörigkeitsgesetz besser hätte genutzt werden können.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich will das deutlich machen. In der Pressemitteilung des Ministers vom 17. Januar 2014 klingt das meiner Meinung nach auch schon heraus. Sie haben gesagt, Sie hätten die Kreise und kreisfreien Städte aufgefordert, das Optionsverfahren - jetzt zitiere ich - „nicht zu beschleunigen und Anträge auf Beibehaltungsgenehmigungen nicht negativ zu bescheiden“.

Dass Sie untätig geblieben wären, Herr Minister, wirft Ihnen überhaupt niemand vor. Aber eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Regelungen aus anderen Bundesländern - wenn man sagt, Hamburg und Bremen seien nicht vergleichbar, weil es sich um Stadtstaaten handele und die entsprechenden Verwaltungsstrukturen dort nicht mit denen in Schleswig-Holstein vergleichbar seien, ist das nachvollziehbar - hätte bedeutet, sich zumindest die Regelung in **Nordrhein-Westfalen** sehr genau anzuschauen, die nämlich deutlich weiter geht, als das, was der Innenminister in Schleswig-Holstein an die Behörden verschickt hat.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Mit Schreiben vom 15. Juli 2011 hat das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen den Kreisen und kreisfreien Städten im Land empfohlen, den Optionspflichtigen nahelegen, eine **vorsorgliche Erteilung von Beibehaltungsgenehmigungen** nach § 29 Abs. 3 und 4 Staatsangehörigkeitsgesetz zu beantragen.

Im zweiten Schritt erfolgte dort eine glasklare **Handlungsempfehlung** an die Kommunen, die besagt, dass in den Fällen, in denen keine der Erteilungsvoraussetzungen erfüllt ist, der Antrag auf eine Beibehaltungsgenehmigung nicht vor Vollendung des 23. Lebensjahres rechtstechnisch und rechtsgültig versagt werden darf.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Herr Kollege Dr. Garg, vielen Dank für Ihre Ausführungen, denen ich voll zustimmen kann. In Ergänzung möchte ich in Bezug auf den Fall Bremen sagen, dass Bremen zwar ein Stadtstaat ist, aber sehr wohl über eine kommunale Stadtebene verfügt. Dort entscheidet die Stadt über solche Anträge und nicht das Ministerium. Deshalb wäre der Fall, dass dort ein Erlass erlassen worden ist, sehr wohl auf Schleswig-Holstein übertragbar.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Das war eine Anmerkung oder Ergänzung, die meines Wissens nach zutreffend ist. Ich wollte deutlich machen, dass auch ein Flächenland mit vergleichbaren - wenn auch deutlich größeren - Strukturen politisch sehr wohl die Möglichkeiten besser ausgeschöpft hat, als das bislang in Schleswig-Holstein der Fall gewesen ist.

(Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, der Innenminister hat am 17. Januar 2014 selbst in einer Presseinformation gesagt:

„Inhaltliche Gründe, den Optionszwang nicht so schnell wie möglich abzuschaffen, gebe es nicht. ‚Das ist eine Herzensangelegenheit der Sozialdemokraten und vieler türkischstämmiger Deutscher‘, sagte Breitner.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass es in diesem Hohen Haus nach wie vor einen **breiten Konsens** darüber gibt, den **Optionszwang** so schnell wie möglich **abzuschaffen**. Es ist doch nicht zeitgemäß, dass man von einem jungen Menschen, der in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, verlangt, sich in einem bestimmten Alter zwischen zwei Staatsangehörigkeiten zu entscheiden, wenn wir doch genau wissen, dass in der Zuwanderung unter anderem ein Teil der Zukunftsfähigkeit unseres Landes liegt.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.



**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ich komme zum Schluss; das ist mein letzter Satz. - Dann gehört es dazu, dass man alles dafür tut, dass sich diese jungen Menschen in diesem Land gut aufgehoben fühlen. Dazu gehört es, dass man den unsinnigen Optionszwang so schnell wie möglich abschafft.

(Beifall PIRATEN)

Wir sollten hier und heute noch einmal das klare Signal aussenden, das es ohnehin schon gibt. Ich würde mich freuen, wenn an dieser Stelle auch die Union über ihren Schatten springen könnte. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **doppelte Staatsbürgerschaft** ist normal. Kinder von **EU-Bürgern** können bereits zwei Staatsangehörigkeiten haben, wenn sie in Deutschland leben. Allerdings tut sich Deutschland immer noch schwer damit, diese neuen gesellschaftlichen Realitäten auch für die Bürger anzuerkennen, deren Eltern aus einem **Staat außerhalb der EU** kommen. Immer mehr deutsch-türkische oder andere binationale Familien leben allerdings schon vor, dass man durchaus mit zwei nationalen Wurzeln verbunden sein kann. Das müssen wir immer wieder erklären.

Was wir brauchen, sind mehr Gesichter von Zweigenerationenmigranten, die in Wirtschaft, Forschung, Sport und nicht zuletzt in den Parlamenten zeigen, dass **Deutschland ein Einwanderungsland** ist. Die **Wahrnehmung** muss sich ändern, und ich bin mir sicher, das wird sie sich auch. Eine bunte, lebendige und bewegliche Gesellschaft ist einfach die bessere Gesellschaft. Sie kann mehr leisten als eine unbewegliche und homogene Gesellschaft.

Auf die globalen Herausforderungen benötigen wir ein regelrechtes Arsenal an Antworten. Gut, wenn wir die gemeinsam finden können. Wer sich allerdings als Neu-Deutscher in solche Debatten mit seinen Ideen einbringt, der möchte auch die **Anerkennung** seiner **Herkunft**.

Das passende Symbol dazu ist die **doppelte Staatsbürgerschaft**. Das ist die Anerkennung, die wir als Staat vergeben können, weil sie mit **umfangreichen Rechten** verbunden ist. Vorrangig zu nennen sind das aktive und passive Wahlrecht, das mit der Staatsbürgerschaft verbunden ist, oder das Recht, sich im Ausland durch die Deutsche Botschaft unterstützen lassen zu können. Der Vollständigkeit halber nenne ich aber auch noch die Pflichten, manchmal auch Nachteile, die mit der Staatsbürgerschaft verbunden sind. Zu nennen sind dabei die Wehrpflicht - die gehört in einigen Staaten immer noch dazu - oder die Pflicht, beim ausländischen Wohnsitz Steuern zu bezahlen. Deutscher zu sein, ist nicht immer nur schön. Fragen Sie einmal Herrn Hoeneß; der ist nicht von dieser Regelung begeistert, die mit seiner Staatsbürgerschaft verbunden ist.

Eigentlich kann man angesichts dieser technischen Konsequenzen nicht verstehen, warum Diskussionen über die Staatsbürgerschaft in Deutschland so erbittert geführt werden. Deutschland als Nationalstaat hat in der **Geschichte** über die Staatsbürgerschaft ethnische und politische Grenzziehung betrieben. Das wirkt anscheinend noch ziemlich nach. Darum doktern wir immer noch an diesem vermaledeiten Optionsmodell aus dem Jahr 2000 herum: ein typischer Wiedergänger hier im Parlament. Seit seiner Einführung fordert der SSW immer wieder in jeder Debatte aufs Neue die Ablehnung dieses unsinnigen und demütigenden Verfahrens. In Deutschland geborene Kinder von Eltern aus Nicht-EU-Staaten sollen sich nicht länger bis zum 23. Geburtstag für die deutsche Staatsangehörigkeit oder für die Staatsangehörigkeit der Eltern entscheiden müssen. Die Abschaffung des Optionsmodells führt weder zur Masseneinwanderung noch zur Unterhöhlung unserer Gesellschaft.

Keines der **Argumente**, die **gegen die doppelte Staatsbürgerschaft** bislang vorgebracht wurden, kann wirklich überzeugen. Sie muten vielmehr wie Rückzugsgefechte Ewiggestriger an, die sich mit neuen gesellschaftlichen Realitäten schwertun. Darum war immer klar: Weg mit dieser unsinnigen Regelung!

So haben es CDU und SPD im **Koalitionsvertrag** in Berlin auch vereinbart. Ich zitiere:

„Zuwanderer sollen Staatsbürger werden. Wer in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, soll seinen deutschen Pass nicht verlieren und keiner Optionspflicht unterliegen.“

Diese klaren, eindeutigen Worte waren überfällig und hinken der gesellschaftlichen Veränderung hin-



(Lars Harms)

terher. Nichtsdestotrotz sind sie richtig und leiten hoffentlich einen Perspektivwechsel ein.

Allerdings - auch andere sagten das schon - folgen diesen Worten keine Taten. Im Gegenteil, die Große Koalition in Berlin hat einen entsprechenden **Antrag der Opposition**, bis zum offiziellen Ende des Optionsmodells eine Übergangsregelung zu ermöglichen, letzte Woche abgelehnt. Aufgrund einer nicht nachvollziehbaren Regierungslogik haben wir immer noch dieses falsche Optionsmodell. Die neue Mehrheit hat im **Bundestag** eine historische Chance vertan.

Schätzungsweise 5.400 junge Menschen werden also im Laufe des Jahres Post bekommen, damit sie sich aufgrund des Optionsmodells für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Sie erhalten mit dem Schreiben nicht den Antrag auf Beibehaltungsgenehmigung, wie es die Grünen vorgeschlagen hatten. Die **Beibehaltungsgenehmigung** nach § 29 Abs. 4 des Staatsbürgerschaftsgesetzes ist zu erteilen,

„wenn die Aufgabe oder der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht möglich oder nicht zumutbar ist oder bei einer Einbürgerung nach Maßgabe von § 12 Mehrstaatigkeit hinzunehmen wäre“.

So weit das Gesetz, auf das sich nicht nur schleswig-holsteinische Bürgerinnen und Bürger beziehen können. Im Gegensatz zu Bürgern in anderen Ländern finden sie bei uns in Schleswig-Holstein Gehör. Innenminister Breitner regt gegenüber unseren kommunalen Einbürgerungsbehörden an, das Optionsverfahren nicht anzuwenden und das neue Bundesgesetz abzuwarten. Damit folgt er seinem Hamburger und Bremer Amtskollegen. Das ist vorbildlich, und das ist das richtige Signal.

Viele Menschen aus Ländern außerhalb der EU leben bei uns, und viele junge Menschen stünden normalerweise jetzt vor der Wahl, welche Staatsbürgerschaft sie behalten wollen. Wir hoffen, dass die Behörden jetzt schon der zukünftigen Gesetzeslage unbürokratisch vorauslaufen und den Menschen diese Wahl ersparen. Das wünsche ich mir im Übrigen nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern für die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich würde mich freuen, wenn dieses Gesetz in Berlin möglichst schnell beschlossen wird.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch, ein Dreiminutenbeitrag von Dr. Breyer. Jetzt sind die Dreiminutenbeiträge dran.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da in der Debatte rechtlich bestritten worden ist, dass es möglich wäre, wie wir vorschlagen, alle Betroffenen zu informieren und zu verhindern, dass sie die Staatsbürgerschaft verlieren, hat meine Fraktion eben beschlossen, den Wissenschaftlichen Dienst zu beauftragen, die Frage zu prüfen. Da Ihr Beschluss vorsieht, die **rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen** zu wollen, gehe ich davon aus, dass dann, wenn die rechtlichen Möglichkeiten geklärt sind, auch das Innenministerium veranlasst werden wird, sie zu nutzen. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Für die Landesregierung erhält Herr Innenminister Andreas Breitner das Wort.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist kein Geheimnis, dass sich die Koalitionspartner der Landesregierung bereits seit Jahren für die **Ab-schaffung des Optionsverfahrens** einsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses Ziel ist auch im Koalitionsvertrag für Schleswig-Holstein festgeschrieben.

Das Optionsverfahren hat sich nicht bewährt. Diese Erkenntnis hat sich inzwischen über die politischen Lagergrenzen hinweg weitestgehend durchgesetzt. Ich denke dabei unter anderem an den Antrag der FDP zur Aufhebung des Optionszwangs Anfang letzten Jahres. In den **Koalitionsverhandlungen** auf **Bundesebene**, an denen auch ich mitgewirkt habe, ist der Durchbruch gelungen. Das Optionsverfahren wird abgeschafft.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD])

Die Haltung der Landesregierung ist klar: Bis zur Abschaffung des Optionsverfahrens sollte möglichst kein Betroffener mehr seine deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Dabei ist die Verwaltung aber an Recht und Gesetz gebunden. Wir können

(Minister Andreas Breitner)

**Bundesrecht** nicht aussetzen, schon gar nicht durch einen **Landeserlass**. Das hat auch Hamburg - entgegen anderslautender Meldungen - nicht gemacht. Inzwischen geht es um Bremen. Meines Wissens nach gilt dies auch für kein anders Bundesland. Die Erlasse liegen mir vor. Der Hamburger Weg entspricht vielmehr dem Schleswig-Holsteins. Abgesehen davon hat Hamburg als Stadtstaat ganz andere Einwirkungsmöglichkeiten auf die für das Optionsverfahren zuständigen Stellen. In Hamburg brauchen diese sich nicht selbst aufzufordern. Dort machen die Stellen das mit sich selbst ans.

Bereits am 11. Dezember 2013 hat das Innenministerium die Frage des Umgangs mit aktuellen Optionsfällen im Rahmen einer **Dienstbesprechung** mit den **Einbürgerungsbehörden** erörtert. Wir haben Einvernehmen dahin gehend erzielt, dass das Optionsverfahren nach wie vor geltendes Recht darstellt. Vor allem haben wir uns aber darauf verständigt, dass aktuelle Verfahren nicht beschleunigt werden sollen; alles im Rahmen des geltenden Rechts. Entsprechend wurden die zuständigen Behörden mit **Schreiben vom 30. Dezember 2013** aufgefordert, Anträge auf Beibehaltungsgenehmigung nicht negativ zu bescheiden, denn der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit tritt erst ein, wenn ein solcher Antrag bestandskräftig abgelehnt worden ist. Dies gilt nach unserer Rechtsauffassung übrigens auch für Anträge, die nach dem 21. Lebensjahr gestellt werden.

Sie wollen, dass die Landesregierung sicherstellt, dass Optionspflichtige informiert und gebeten werden, einen Antrag auf **Beibehaltungsgenehmigung** zu stellen. Grundsätzlich ist das längst Verwaltungspraxis. Seit jeher werden Optionspflichtige unverzüglich nach Erreichen der Volljährigkeit informiert. Das geschieht sowohl schriftlich als auch mündlich und im Zweifel auch wiederholt. Die Antragstellung ist zudem weder bürokratisch noch an ein bestimmtes Formular gebunden. Sie ist formlos und auch rein vorsorglich möglich.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, viele Optionspflichtige sind über ihre Informationswege über die aktuellen Diskussionen informiert. Einen **allgemeinen Hinweis** auf die **Rechtslage**, wie es in Punkt b) des Antrags gefordert wird, halte ich daher für verzichtbar.

Für sinnvoll halte ich aber, konkret Betroffene noch einmal anzusprechen. Ich werde daher Ihre letzte Anregung aufgreifen und die Kreise und kreisfreien Städte bitten, in Fällen, in denen noch keine Beibe-

haltungsgenehmigung beantragt wurde, die Betroffenen auf die Möglichkeit der Beantragung hinzuweisen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Zusammenfassend denke ich, dass wir uns über das eigentliche Ziel einig sind, nämlich die Optionsverfahren so schnell wie möglich abzuschaffen. In unseren Einbürgerungsbehörden werden die Anfragen der Betroffenen auflaufen. Im Interesse unserer Bürger wollen wir die Entwicklung voranbringen und zu einer zügigen Lösung kommen. Zügig wäre es in der Tat gewesen, wenn die Große Koalition in Berlin in der letzten Woche die Chance genutzt hätte, den Optionszwang in die Geschichtsbücher zu verbannen. Das hat der **Bundestag** zunächst nicht getan.

Deshalb wird die Landesregierung noch in Kürze eine eigene **Bundratsinitiative** vorlegen. Sie enthält als zentralen Punkt die Aufhebung der Optionspflicht. Für die Fälle, in denen die Wirkungen des Optionsverfahrens bereits eingetreten sind oder nicht verhindert werden konnten, wird eine **Übergangsregelung** geschaffen. Den Betroffenen wird die Möglichkeit zum gebührenfreien Wiedererwerb der deutschen beziehungsweise der ausländischen Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der deutschen eröffnet. Der Gesetzentwurf deckt damit - ähnlich wie der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag - alle Fallkonstellationen ab. Ich hoffe, dass Sie alle ihn als politischen Konsens mittragen.

In dieser Debatte wird der - wie ich finde - krampfhafteste Versuch seitens der FDP und der Piratenfraktion unternommen, uns nachzuweisen, dass wir ein Ziel, das wir gemeinsam haben, nicht engagiert und vehement verfolgen. Dieser Versuch ist gescheitert. Wir tun alles, um das Optionsverfahren zu beenden, aber wir haben dies nicht allein in der Hand. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es wurde kein Antrag auf Überweisung gestellt. Abweichend von der Geschäftsordnung schlage ich vor, den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht.

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/1471, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion der PIRATEN. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist bei Zustimmung der Fraktion der PIRATEN bei Ablehnung durch die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW und bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1504. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der antragstellenden Fraktionen. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktion der PIRATEN. Stimmenthaltungen? - Die CDU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

**Attraktivität der Landespolizei erhalten**

Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/1432](#)

Ich erteile dem Innenminister Herrn Andreas Breitner das Wort.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Berichtsantrag unterstreichen die Landtagsfraktionen ihren Willen, die Bemühungen der Landespolizei zu fördern, auch in Zukunft **interessante Arbeitsplätze** anzubieten. Das begrüße ich sehr, und dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken, denn eine ausreichende Anzahl an Nachwuchskräften und geschulte Fachkräfte für die Polizei sind leider keine Selbstverständlichkeit.

Wie nahezu alle Arbeitgeber steht auch die Landespolizei vor der Herausforderung, mit den Folgen des **demografischen Wandels** umgehen zu müssen, nämlich mit sinkenden Schülerzahlen kombiniert mit einem steigenden **Bedarf an Einstellungen** bei der Landespolizei. Dieser Bedarf wird in den Jahren zwischen 2018 und 2023 auf über 350 Stellen pro Jahr anwachsen.

Bislang ist es den Verantwortlichen der Werbe- und Einstellungsstelle gelungen, eine ausreichende Anzahl an Bewerberinnen und Bewerbern auszuwählen. Dazu hat auch die Tatsache beigetragen, dass das **Ansehen der Polizei** in der Öffentlichkeit nach

wie vor sehr hoch ist. Aktuelle Untersuchungen zufolge rangiert die Polizei auf den vorderen Plätzen der Beliebtheitskala. Das betrifft sowohl ihr Ansehen in der Gesellschaft als auch ihre Attraktivität als Arbeitgeber.

Wenn wir diesen Status aber halten wollen, dann müssen wir alle gemeinsam etwas tun. Aktuell wird daher im Innenministerium ein **Nachwuchskonzept** erarbeitet. In Kooperation mit dem Fachbereich Medien der Fachhochschule Kiel wird die bisherige Form der Nachwuchswerbung wissenschaftlich untersucht. Hierbei steht die Frage im Mittelpunkt, welche unterschiedlichen Zielgruppen für den Polizeiberuf angesprochen werden sollen und wie diese zu bewerben sind. Dabei stehen Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund ebenso im Fokus wie Spezialisten, die eine Vorbildung in Bereichen vorweisen können, die auch bei der Polizei zum Einsatz kommen.

Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, sind auch die **Rahmenbedingungen der Berufsausübung** von großer Bedeutung. Dazu zählen natürlich die Besoldung und die Entwicklungschancen, aber auch die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit Blick auf den Einsatz als Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind zudem die Themen **Sicherheit** und **Trainingsbedingungen** wichtig. Ein ehrlicher Blick zeigt da für die Landespolizei, dass die derzeitigen Einsatztrainings-, Lehr- und Unterbringungsmöglichkeiten im Bereich der Polizeidirektion für Ausbildung und der Bereitschaftspolizei in Eutin nicht ausreichen. Auch wenn bei der Unterbringung aktuell Fortschritte gemacht worden sind, bleiben weitere Anstrengungen notwendig.

Diese sind auch deshalb unverzichtbar, weil die Ausbildungsstätte der PDA AFB Eutin nicht nur in **Konkurrenz** zu anderen Arbeitgebern in der Wirtschaft steht, sondern die Landespolizei Schleswig-Holstein muss sich beim Werben um neue Kräfte auch mit anderen, vor allem benachbarten Länderpolizeien und der Bundespolizei, vergleichen.

Ich bin daher sehr froh, dass in einem ersten Schritt die Realisierung der Einsatztrainingsstätte vorangekommen ist, und ich bin zuversichtlich, dass wir mit Unterstützung des Finanzministeriums auch die weiteren Projekte, die wir im Blick haben, werden realisieren können. Zu einer modernen Bürgerpolizei gehört eine moderne Ausbildung in modernen Unterrichtsräumen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erfolgreiche Nachwuchswerbung allein reicht für eine in die

(Minister Andreas Breitner)

Zukunft gerichtete Polizei nicht aus. Globalisierung sowie der rasante Technologiefortschritt führen zu neuen Formen der Kriminalität und damit zu steigenden Anforderungen an die Polizei bei der erfolgreichen Bekämpfung von Wirtschafts- und Internetkriminalität.

Das Phänomen **Cybercrime** ist dafür ein aktuelles Beispiel. Auch hier ist die Landespolizei gefordert, sich auf diese Veränderung der Kriminalität einzustellen. Wir wollen dafür **Spezialisten** gewinnen, zumal der Aufgabenschwerpunkt in der anspruchsvollen Ermittlungsunterstützung und weniger in der klassischen Ermittlungstätigkeit liegt. Das Innenministerium prüft zurzeit die Möglichkeiten, solche Spezialisten anzuwerben und einzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus der genannten Untersuchung geht auch hervor, dass die Diskussionen um den **mangelnden Respekt** der Bürgerinnen und Bürger vor der Polizei, die zunehmende **Gewalt gegen Polizeibeamte** sowie die negative Berichterstattung in den Medien eine nachteilige Wirkung auf potenzielle Bewerberinnen und Bewerber für den Dienst in der Landespolizei haben.

Auch die Frage der Besoldung spielt eine wichtige Rolle. Insofern ist es notwendig, dass wir unseren Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ausreichende **finanzielle Anreize** und eine Perspektive für ihre **berufliche Entwicklung** bieten. Dazu gehört neben einer angemessenen Beförderungsstruktur und der zeitnahen Übernahme von Tarifabschlüssen auch eine an den aktuellen Belastungen des Polizeidienstes orientierte Bezahlung.

Die Modifizierung oder Novellierung der **Erschwerniszulagenverordnung** hat zu deutlichen Vereinfachungen geführt. Sie orientiert sich an den zunehmend veränderten Einsatzbedingungen und Belastungen im Polizeidienst. Sie macht aber in einem zweiten Schritt - ich glaube, das ist der wichtigere und entscheidendere Schritt - eine deutliche Anhebung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten und eine Anhebung für die Erschwernisse in besonderen Dienstformen notwendig.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu den **Belastungen** der Beamtinnen und Beamten in der Landespolizei anfügen, die aktuell wieder einmal Gegenstand der öffentlichen Diskussion sind. Bezogen auf den Gesamtpersonalkörper der Landespolizei ergibt sich aktuell ein durchschnittlicher Stundenstand von 47 Stunden vergütbarer Mehrarbeits- und Überstunden. **Überstunden- und Mehrarbeitsstände** einzelner Beamtinnen und Beamten liegen

deutlich über diesem Durchschnitt. Das ist in der Regel durch deren besondere Aufgabenwahrnehmung beziehungsweise deren besondere Spezialisierung bedingt. Dies bedeutet aber auch, dass ein überwiegender Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über einen Stundenstand verfügt, der unter einer Wochenarbeitszeit liegt. Insofern ist der Mehrarbeitsstand der Landespolizei im Durchschnitt und generell betrachtet nicht besorgniserregend.

Dass die Überstundenstatistik als Indikator der Arbeitsbelastung nur bedingt geeignet ist, habe ich gestern bei meinem Besuch auf dem Polizeirevier in Norderstedt erfahren. Von der Arbeitsbelastung her ist Norderstedt der polizeiliche Schwerpunkt im Kreis Segeberg. Im Vergleich der Überstunden ist der Durchschnitt in Segeberg 47 Stunden, in Norderstedt auf dem am stärksten belasteten Polizeirevier aber nur 25 Stunden. Sie sehen - und das ist die Schlussfolgerung daraus -, die Überstunden sind als alleiniger Indikator der Arbeitsbelastung zumindest differenziert zu betrachten. Und genau so steht es auch in meinem Bericht, und genau so ist es nach meiner fachlichen Auffassung auch richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können sich über diese Fakten und diesen Befund - noch haben Sie es nicht getan, aber der eine oder andere hat es ja schon öffentlich gemacht - aufregen, und Sie dürfen sich auch empören. Dennoch bleiben es Tatsachen, die diese Schlussfolgerung rechtfertigen. Sie haben von mir einen Bericht angefordert. Ein Bericht beschreibt die Dinge so, wie sie sind, und nicht, wie wir sie uns vielleicht wünschen, um unsere eigenen Legenden weiter fortschreiben zu können. Das wäre sicherlich der einfachere und auch der widerspruchslösere Weg, aber es ist nicht mein Weg. Ich gehe weiterhin den Weg der Wahrheit und der Klarheit, auch wenn ich dafür nicht immer Applaus bekomme. Und dass die nüchterne Analyse nicht dem gewerkschaftlichen Weltbild entspricht, nehme ich in Kauf. Das gehört zur Wahrheit und zur Klarheit dazu.

Über die von mir genannten Anreize hinaus wird eine erfolgreiche Steigerung der Attraktivität der Polizei nur gelingen, wenn die **Gesellschaft** ihr mit **Respekt** und nicht dem ständigen Verdacht des unrechtmäßigen Handelns begegnet.

(Beifall CDU und FDP)

Die Diskussionen um die Polizeimaßnahmen in Hamburg haben neben der Debatte um die Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der gewählten Mittel bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auch ei-



(Minister Andreas Breitner)

ne besondere Bereitschaft geweckt, der Institution Polizei öffentlich ihre Solidarität und Anerkennung zu bekunden. Es ist die Frage: Mit welchem Respekt begegnen wir den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die täglich im Einsatz sind, um Fehler und Defizite unserer Gesellschaft auszugleichen? Diese Frage mag sich jeder selbst stellen und für sich beantworten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 4 Minuten überzogen. Diese 4 Minuten stehen deshalb allen Fraktionen zur Verfügung.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Simone Lange.

**Simone Lange [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Landesregierung! Ich finde es prima, dass Sie Ihre Redezeit so weit überschritten haben; dann muss ich nicht so schnell sprechen, denn ich habe mir sehr viel aufgeschrieben. Vielen Dank für den schriftlichen Bericht und auch vielen Dank für die mündlichen Ausführungen dazu.

Das Interesse an einer **attraktiven Landespolizei** ist groß, und ich gehe davon aus, dass Sie alle hier im Raum dieses Interesse mit uns teilen. Attraktiv ist, was gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen vorweist. Dazu gehören vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dazu gehören Weiterentwicklung- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Sicherheit und ein positives Ansehen des Berufsstandes. Um mit Letzterem zu beginnen: Das Ansehen des Polizeiberufes steigt nicht, wenn aus dem **politischen Raum** heraus immer wieder die notwendigen Veränderungen in der Landespolizei infrage gestellt und zum Teil sogar skandalisiert werden.

(Beifall SPD)

Ob beim Thema Schließung von Polizeistationen, der unterstellten Datensammelwut im Zusammenhang mit dem Vorgangssabotage-System @rtus, ob durch Anwürfe wegen überzogenen Einsatzverhaltens, ob im Bereich der IT-Ausstattung oder beim Digitalfunk - darauf werden wir gleich noch zu sprechen kommen -, es gab kaum eine Tageszeitung, in der nicht irgendeine Negativschlagzeile zu lesen war, gerade in den letzten Tagen. In meinen

Augen erzeugt dies leider ein Bild, das nicht der Realität entspricht.

Die Landespolizei ist im Wandel und muss sich auch im Wandel befinden, um sich zukunftsfähig aufzustellen. Kriminalität schläft nicht, und gesellschaftliche Veränderungen erzeugen neue Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Der uns vorliegende Bericht führt aus, welche **Problemlagen aktuell** zu bewältigen sind. Zugegeben: An der einen oder anderen Stelle hätte ich mir durchaus noch ausführlichere Lösungswege gewünscht, gerade im Bereich Vereinbarkeit Familie und Beruf. Aber der Bericht ist ehrlich, und er führt vor allem an, dass alle Wünsche und Ziele der Landespolizei im Spannungsfeld zwischen den Möglichkeiten der Haushaltslage und den Notwendigkeiten der Sicherheitsbedürfnisse stehen. Deshalb gilt es, Schwerpunkte zu setzen.

Ein Schwerpunkt ist und bleibt, neben der Bewältigung des Einsatzgeschehens den **neuen Kriminalitätsphänomenen** mit den richtigen Instrumenten zu begegnen, ohne den Präventionsauftrag der Landespolizei zu vergessen. Aktuelles Beispiel ist die Zunahme der Einzeltrickfälle, und zwar bundesweit, aber eben auch in Schleswig-Holstein. Profi-Banden sind unterwegs und schädigen Hunderte und sogar Tausende telefonisch, indem sie sie zur Auszahlung ihrer Ersparnisse überreden.

Solche Phänomene brauchen eine schlagkräftige Landespolizei mit entsprechenden Spezialisten im Bereich der Wirtschaftskriminalität und im Bereich Cybercrime.

Ich meine, wir brauchen eine stärkere Öffnung für fachspezifische Kompetenzen. Mehrjährige **Spezialausbildungen** innerhalb der Landespolizei, wie sie bereits stattfinden, sind eine Möglichkeit, der stärkere **Einsatz interdisziplinärer Teams** eine andere. Ich halte es für eine attraktive Polizei der Zukunft für unabdingbar, mehr auf die Interdisziplinarität zu setzen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht jeder und jede muss alles können. Ziel muss es doch sein, Ermittlungseinheiten zu bilden, die die notwendigen **Fachkompetenzen** abbilden. Ich freue mich, dass die Landesregierung in dem Bericht diesen Ansatz wählt und auch beschreibt, wie sie dem akuten Bedarf an externen Spezialisten durch entsprechende Konzepte begegnen will. Das werden wir unterstützend begleiten.



(Simone Lange)

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur aktuellen **Überstundensituation**. Natürlich ist der Durchschnittswert von 47 Überstunden nur eine Zahl, aber dennoch ein Wert. Natürlich bildet dieser Durchschnittswert nicht die Realität der einzelnen Polizeibeamtin oder des einzelnen Polizeibeamten ab. Er lässt aber erkennen, dass es Spitzenbereiche gibt, in denen wir tatsächlich eine derart hohe Überstundensituation haben, dass wir ihr begegnen müssen. Das sind, wie der Innenminister ausführte, unter anderem Spezialgebiete, das sind aber auch Bereiche im Einsatzgeschehen der Landespolizei, denen wir uns unbedingt widmen müssen.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

- Vielen Dank. - Denn ich meine, zur Attraktivität der Landespolizei gehört im Ganzen auch, einheitliche Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse vorzufinden. Deshalb müssen wir diese Unwuchten ausgleichen. Dazu gehört die Ausgestaltung der Spezialistenlaufbahn, dazu gehört die **Fortführung des Beförderungskonzeptes**, auch die Ausgestaltung flexibler Arbeitszeiten im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber nicht nur in diesem Sinne. Ich meine, wir dürfen den Blick für mehr **Teilzeitmöglichkeiten** und die Möglichkeit einer verkürzten Altersarbeitszeit nicht verlieren. Dazu aber später mehr.

Die Schwerpunkte, die es jetzt anzugehen gilt, sind in dem Bericht dargestellt. Ich bedanke mich dafür und freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herzlichen Dank. - Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Astrid Damerow das Wort.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Bericht macht eines sehr deutlich: Dieser Landesregierung fehlt nach wie vor jegliches Konzept zur Gestaltung der Polizei.

(Vereinzelter Beifall CDU - Widerspruch SPD)

- Entschuldigung, ich kann hier kein Konzept entdecken.

(Lachen SPD)

Es fehlt ihr im Übrigen jegliches Gespür für die polizeilichen Notwendigkeiten. Ich will es an ein paar

Einzelpunkten deutlich machen. In punkto **Nachwuchssicherung** dürfen die hohen Bewerberzahlen, die wir in den letzten Jahren haben, nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir viele Bewerber brauchen. Denn wir stellen fest, dass 2013, einem guten Einstellungsjahr, von insgesamt rund 2.800 Bewerbern gerade 375 geeignete Bewerberinnen und Bewerber übriggeblieben sind. Das heißt, wir werden hier zunehmend ein Problem bekommen; denn wir können auf der anderen Seite die Anforderungen nicht weiter herschrauben. Das ist nicht zu vernachlässigen. Sich nur die Bewerberzahlen anzuschauen, sagt noch nichts über die Sicherung des Nachwuchses.

Wenn wir darüber hinaus wissen, dass der mittlere Dienst der Landespolizei die bundesweit längsten Wartezeiten für Beförderungen hat, dann, denke ich, ist jedem klar, dass hier etwas getan werden muss. Da hätte ich mir schon etwas konkretere Antworten der Landesregierung gewünscht.

Ansonsten zählen Sie uns Elemente eines Nachwuchskonzeptes auf, aber auf das tatsächliche Konzept warten wir noch. Besonders nett finde ich, dass die regierungstragenden Fraktionen in ihrem Antrag damals das Nachwuchskonzept schon begrüßt haben, das aber noch keiner kennt und das im Übrigen in der Bearbeitung ist.

Zum Bereich **IT-Ausstattung** erklären Sie, Herr Minister, dass die Anforderungen steigen. Das ist richtig. Diese Ansicht teilen wir. Sie teilen uns aber in demselben Absatz mit, dass für eine bessere Ausstattung keine finanziellen und personellen Spielräume bestehen. Sie teilen uns darüber hinaus mit, dass die IT-Abteilung im Landespolizeiamt unter einer hoch defizitären Ausstattung leidet. Das ist alles richtig. Doch, Herr Minister, wo sind die Lösungen und die Antworten auf diese Probleme?

Die geplanten Einschnitte von 122 Planstellen insbesondere in den Bereichen der Verkehrsüberwachung und der Wasserschutzpolizei treffen unserer Meinung nach wirklich die **Kernbereiche staatlichen Handelns**. Wir lehnen sie ab. Darüber hinaus führen Sie sämtliche Überlegungen - Frau Kollegin Lange hat es eben angesprochen - zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** bei der Polizei, die auch zur Attraktivität gehört, damit ad absurdum. Denn wenn Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern wollen, werden Sie nicht Personal abbauen können. Denn Sie müssen diese Zeiten auffangen. Wer sich mit der Polizei unterhält, wer sich mit Polizisten vor allem im ländlichen Raum unterhält, der weiß ganz genau: Alle stehen hinter dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Astrid Damerow)

Aber sie ist nur schwer umzusetzen, und sie erfordert mehr Personal.

Politisch wirklich abenteuerlich - Ihr Bericht, Herr Minister, hat das nicht aufgelöst - ist die Statistik, die Sie uns hier vorlegen. Ihre Interpretation der **Überstundenstände** in der Landespolizei ist ein Schlag ins Gesicht unserer Polizisten, frei nach dem Motto: Man nehme alle Überstunden und teile sie durch die Zahl der Polizeibeschäftigten. Damit wird die tatsächliche Belastung insbesondere des operativen Dienstes kleingerechnet. Sie haben eben versucht, das zu differenzieren. Es wäre schön gewesen, wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, das in Ihrem Bericht etwas differenzierter darzustellen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Verantwortung und Wertschätzung für die Polizistinnen und Polizisten geht anders. Ich vermisse das in diesem Bericht von der ersten bis zur letzten Seite. Denn ein Durchschnittswert von 47 Überstunden verzerrt in eklatanter Weise die tatsächliche **Belastungssituation** der unterschiedlichen Dienstzweige. Insbesondere der **operative Dienst der Polizei** hat vielfach das Dreifache und mehr an Überstunden, da sie die Hauptlast der Sonderaufgaben und Einsätze tragen. Ich denke, das wissen wir alle.

(Wortmeldung Simone Lange [SPD])

- Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Mit der ungeheuerlichen Behauptung, ein personeller Zuwachs würde keine Mehrarbeitsentlastung bewirken, schlagen Sie dem Fass den Boden aus. Was ist das für eine Argumentation? Wenn offensichtlich Personal nicht mehr helfen kann, Überstunden abzubauen, können Sie mit dieser Argumentation noch mehr als 122 Stellen streichen.

(Beifall Petra Nicolaisen [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie versuchen hier erneut, auf Kosten unserer Polizisten den geplanten **Personalabbau** zu rechtfertigen. Wenn ich Ihren Bericht lese, Herr Minister, sprechen Sie auch davon, dass Besoldung fair zu gestalten ist. Dann frage ich mich schon, ob Sie im letzten Jahr hier anwesend waren, als wir über die zeit- und wirkungsgleiche **Übernahme der Tarifabschlüsse** gesprochen haben.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Der von Ihnen heute so hoch gelobte Kompromiss ist nur zustande gekommen, weil der öffentliche Druck, der Druck der Opposition und der Druck der Betroffenen sehr groß war. Wenn es nach der Landesregierung und nach den regierungstragenden

Fraktionen gegangen wäre, hätte es nicht einmal das gegeben. Im Übrigen kann ich nicht begreifen, warum sich diese Landesregierung nicht imstande sieht, rechnerisch zu ermitteln, was das kostet. Einmal zu Ende gedacht - ich weiß, das ist spitzfindig -: Wenn Sie es nicht errechnen konnten, weiß ich nicht, warum Sie es letztes Jahr nicht gleich gemacht haben; es wäre dann egal gewesen. Es ist immer die Frage, von welcher Seite man das betrachtet. Ein Arbeitgeber, der so mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeht, ist für potenzielle Bewerber sicher vieles, attraktiv ist er nicht.

Der Bericht wirft bei uns eine Menge Frage auf. Wir werden ihn deshalb im Ausschuss sicherlich intensiv diskutieren. Wir warten auf das angekündigte Nachwuchskonzept. Wir warten auf die Neubewertung der Dienstposten, und wir warten - ich denke, das ist das Allerwichtigste - nach wie vor auf die konkreten Vorstellungen der Landesregierung zur Zukunft unserer Polizei.

(Beifall Petra Nicolaisen [CDU])

Denn im Moment lautet die Antwort auf all diese Fragen: Sie haben keine Antwort. Ich denke, das werden wir ausgesprochen intensiv diskutieren.

Lassen Sie mich hier noch etwas anfügen, was immer wieder kommt und was möglicherweise in den nächsten Redebeiträgen auch noch kommt. Nicht unsere Redebeiträge hier im Parlament sind es, die die Attraktivität unserer Polizei beschädigen. Keiner von uns zweifelt den Willen und die hohe Motivation unserer Polizisten an. Sie leisten alle hervorragende Arbeit. Auch deshalb ist die Polizei nach wie vor attraktiv für viele Bewerber. Was wir hier bemängeln und was wir scharf kritisieren, ist der Umgang dieser Landesregierung mit unseren Polizisten. Das haben unsere Polizisten nicht verdient. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Burkhard Peters.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommt wieder ein authentischer Peters.

Herr Minister, vielen Dank für den Bericht. Wichtige Aspekte dieses Berichts hat die Kollegin Lange

(Burkhard Peters)

schon mit ihrem fachkundigen und beruflich hochqualifizierten Blick angesprochen. Lassen Sie mich daher nur auf zwei Punkte eingehen, die aus meiner Sicht besonders erwähnenswert sind. Das ist zum einen die **Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund** und zum anderen die **Bekämpfung des Rechtsextremismus** im Zusammenhang mit der Förderung der Kriminalprävention.

Der Berichtsauftrag hatte die besondere Bedeutung der Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund hervorgehoben, damit sich auch in der Landespolizei die **Vielfältigkeit** der Menschen in Schleswig-Holstein abbildet. Die gesellschaftliche Debatte in den vergangenen Wochen über die Notwendigkeit, die Chancen und die Herausforderungen der **Zuwanderung** in die Bundesrepublik macht eines absolut deutlich: Alle staatlichen Institutionen müssen sich zukünftig viel intensiver als bisher mit dieser Herausforderung auseinandersetzen und eigene Konzepte entwickeln. Auch an der Polizei wird diese Entwicklung nicht länger vorbeigehen können, wobei ich vermute, dass gerade bei der Polizei ein ganz besonderer Nachholbedarf besteht.

In der vergangenen Woche hatte ich Gelegenheit, eine Nachtschicht im 4. Kieler Polizeirevier, also schwerpunktmäßig in **Gaarden**, mitzerleben. Das 4. Kieler Polizeirevier ist mit 83 Polizistinnen und Polizisten das größte Polizeirevier im ganzen Land. Bekanntlich hat der Bezirk Gaarden einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Höhe von 44,4 %. Dieser Stadtteil nimmt in dieser Hinsicht eine Spitzenstellung in Schleswig-Holstein ein. Es gibt natürlich noch andere Stadtteile in Schleswig-Holstein mit einem ähnlich hohen Ausländeranteil.

Auf meine Nachfrage, wie viele Beamtinnen und Beamte im 4. Kieler Polizeirevier einen Migrationshintergrund haben, wurde mir mitgeteilt, dass es aktuell zwei von 83 Polizisten seien. Das sind angesichts der besonderen Problemlagen in diesem Stadtbezirk meines Erachtens viel zu wenige. Es ist unbestritten, dass Polizistinnen und Polizisten mit einer Abstammung aus den Ländern, aus denen auch viele Menschen im Stadtbezirk stammen, in den täglichen polizeilichen Einsätzen und Auseinandersetzungen häufig besonders angemessen, deeskalierend und einsatzfördernd agieren und reagieren können. Dies wurde mir auch in meinen Gesprächen im Revier so bestätigt.

Der Bericht bringt zu diesem Punkt wenig Erhellendes. Es wird zwar grundsätzlich die besondere Bedeutung der Bemühungen zur **Erhöhung des An-**

**teils von Menschen mit Migrationshintergrund** gerade vor dem Hintergrund der Empfehlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestags zur NSU-Terrorgruppe betont. Ich hätte mir aber schon Zahlen zur Ausgangslage in der Landespolizei gewünscht. Wie viele Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund haben wir also aktuell im Vollzugsdienst? Wo wollen wir zahlenmäßig hin?

Es wird auch ausgeführt, dass in der Vergangenheit und im aktuellen Einstellungsjahrgang entsprechende Beamtinnen und Beamte eingestellt wurden, aber auch diesbezüglich fehlen mir die konkreten Zahlen. Ich befürchte, wir sind noch lange nicht in einem Bereich, der die oben erwähnten Notwendigkeiten auch nur annähernd abbildet.

Der zweite Punkt betrifft die **Bekämpfung des Rechtsextremismus** im Rahmen der Kriminalprävention. Ich begrüße ausdrücklich, dass der vorliegende Bericht die Notwendigkeit und die besonderen Bemühungen der Landesregierung in diesem Bereich ausdrücklich betont.

In den „Lübecker Nachrichten“ vom 16. Januar 2014 hatte die Opposition der Landesregierung vorgeworfen, „auf einem Auge blind“ zu sein, nämlich auf dem linken Auge. Es wurde dabei Bezug genommen auf die **Ausschreitungen links-extremer Autonome in Hamburg** anlässlich des Konflikts um das Kulturzentrum Rote Flora. Ich wurde mit einem Satz zitiert, in welchem ich angeblich die Gefahren des Linksextremismus im Verhältnis zum Rechtsextremismus verharmlost habe.

Dazu Folgendes: Jede politisch motivierte Straftat, insbesondere eine politisch motivierte Straftat gegen Polizisten, ist eine zu viel, egal ob sie von Linksextremisten oder von Rechtsextremisten ausgeübt wurde.

(Beifall im ganzen Haus)

In Schleswig-Holstein ging die Anzahl der Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten jedoch Gott sei Dank zurück. Die Zahl der im Einsatz verletzten Beamten verringerte sich in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr um 20 % auf 354 Fälle. In Kiel mag das etwas anders aussehen, wie wir gestern in der Zeitung lesen konnten.

Lieber Kollege Kubicki, liebe Kollegin Damerow, wenn Sie die Ereignisse in Hamburg mit den Verhältnissen in Schleswig-Holstein vermengen, bringt das überhaupt keinen Erkenntnisgewinn. Vieles spricht dafür, dass die Probleme in Hamburg durch

**(Burkhard Peters)**

das Agieren des dortigen Innensenators hausgemacht sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aha! Die SPD ist schuld!)

Meine Aussagen bezogen sich ausdrücklich auf den Verfassungsschutzbericht in Schleswig-Holstein.

Ich sehe auch nicht, dass die Schwerpunktsetzung der Landesregierung gegen Rechtsextremismus zu korrigieren ist. **Rechtsextremistisch motivierte Gewalt** forderte in den vergangenen Jahren mehr als 150 Todesopfer in Deutschland. Auf das Konto von Linksextremisten gingen nach dem Abklingen des RAF-Terrors in den 1980er-Jahren keine politischen Morde mehr. Die besondere Gefahr des Rechtsextremismus beruht darauf, dass er gezielt an Vorurteile und Ängste anknüpft, die bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft verbreitet sind.

**Linksextremistische Inhalte und Theorien** hingegen sind in der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht anschlussfähig. Soweit Autonome an bestimmte politische Debatten wie die Behandlung der Flüchtlingsfrage oder eine Stadtteilentwicklung anknüpfen, um daraus Kapital zu schlagen, ist dies kein Beleg dafür, dass diese Inhalte Ausdruck eines latenten Linksextremismus in der Bundesrepublik sind. Insoweit verbietet sich meines Erachtens die schlichte Gleichstellung von Links und Rechts sowohl in der Analyse als auch in den Methoden der Bekämpfung der jeweiligen Phänomene.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesen Gründen ist es nach meiner Überzeugung absolut richtig, dass sich Schleswig-Holstein im Rahmen der **Kriminalprävention**, also direkt an die Vorurteile und Einstellungsmuster in der Bevölkerung anknüpfend, stärker gegen die rechtsextremistischen Gefahren engagiert. Dies hat aber nichts damit zu tun, dass im Rahmen der normalen Verfassungsschutzarbeit und der Strafverfolgung auch der gewaltbereite Linksextremismus im Lande intensiv beobachtet und verfolgt werden muss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Das Weitere werden wir im Innen- und Rechtsausschuss beraten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Innenminister, Sie haben wirklich eine schwere Last zu tragen. Ich bin begeistert, dass es dem Kollegen Peters gelungen ist, beim Thema „Attraktivität des Polizeiberufs in Schleswig-Holstein“ eine Migrations- und Rechtsextremismusdebatte zu führen.

(Zuruf Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn Sie zu diesem Thema nicht mehr zu sagen haben, dann nehmen die betroffenen Beamtinnen und Beamte das auch zur Kenntnis.

Ich möchte dem Innenministerium für diesen Bericht danken, dessen Inhalt mich aus vielerlei Gründen sehr überrascht und mitunter sehr nachdenklich gestimmt hat. Dieser Bericht zeugt nach meiner Auffassung einmal mehr davon, welchen Umgang die Landesregierung - speziell das Innenministerium - mit ihren Landesbeamten pflegt.

Ich kann mich noch daran erinnern, dass es in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als ich auch schon diesem Parlament angehört habe, Sozialdemokraten waren - der Kollege Stegner ist leider nicht mehr da -, die vehement eine **zweigeteilte Laufbahn der Polizei** forderten wegen der großen Herausforderungen. Dies werde dann bis zum Ende des Jahrtausends durchgeschlüsselt und umgesetzt. Im Jahr 2014 stellen wir fest, dass aus diesen vollmundigen Ankündigungen nichts geworden ist. Damit will ich nur einmal daran erinnern, dass wir es mit einer Vielzahl von Problemen zu tun haben, die nicht sehr leicht zu bewältigen sind.

Beispiellos werden die Beamtinnen und Beamten in den Berichtspunkten zum **Überstundenmanagement** und zur **Besoldung** ausgerechnet von ihrem eigenen Minister für ihre Arbeit und ihre Leistung verhöhnt. Ich finde es schon bemerkenswert, Herr Innenminister, wie Sie angesichts eines Gesamtvolumens von 360.000 Mehrarbeitsstunden bis Ende September zu folgendem Ergebnissen gelangen können:

„Der Mehrarbeitsstand der Landespolizei ist im Durchschnitt betrachtet zurzeit nicht besorgniserregend.“

Dieser durchschnittliche Stundenstand beträgt nach Ihrer Rechnung 47 Stunden vergütbarer Mehrarbeit und Überstunden. Weiter heißt es in dem Bericht:

(Wolfgang Kubicki)

„Ein realistisches Mehr an Personal, so wünschenswert und belegbar dieses aus anderen Gründen wäre,

- dabei erklären Sie gar nicht, wie wünschenswert und belegbar dies aus anderen Gründen wäre -

würde nach aller Erfahrung keine Mehrarbeitsentlastung bewirken.“

Kollegin Damerow hat auch darauf hingewiesen. Wenn wir den Gedanken konsequent umsetzen, könnten wir sagen: Noch weniger Personal wird auch keine Mehrarbeitsbelastung nach sich ziehen. - Dies kann aber allein schon logisch nicht richtig sein.

Herr Innenminister, ich möchte kurz darauf eingehen, was die Hamburger gemacht haben. Im Übrigen halte ich es für bemerkenswert, dass der Innenminister der Freien und Hansestadt Hamburg, der übrigens auch SPD-Mitglied ist, jetzt dafür verantwortlich gemacht wird, dass Polizeibeamte mit Steinen, Feuerwerkskörpern und Flaschen beworfen worden sind. Das ist eine bemerkenswerte Beschreibung eines Tatbestandes, die ich so nicht hinnehmen würde.

Der Hamburger Senat stellt der **Polizei 10 Millionen € zusätzlich** für eine bessere Schutzausrüstung, für die Vergütung von Überstunden und für Beförderungen zur Verfügung. Die Beamten seien in den vergangenen Wochen bei zahlreichen Demonstrationen in der Hansestadt stark gefordert gewesen. Das Geld solle Wertschätzung ausdrücken, sagte am Mittwoch ein Sprecher der Innenbehörde zu entsprechenden Medienberichten.

Herr Innenminister, ich wünsche mir, dass wir diese Wertschätzung auch unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gegenüber ausdrücken, die einer deutlich über die 47 Stunden hinausgehenden Mehrbelastung, und zwar dauerhaft, ausgesetzt sind.

(Beifall FDP und CDU)

Wir werden natürlich im Ausschuss - da können Sie sicher sein - nachfragen, wie denn die **Belastungen** jeweils **bei den Hundertschaften** ist, bei den Einzelhundertschaften und den sonstigen **Spezialeinheiten**, die wir haben, bei der Kriminalpolizei und bei den technischen Diensten ist. Ich kann aus meiner eigenen Verteidigererfahrung sagen, dass wir ein halbes oder Dreivierteljahr auf Auswertungen beispielsweise von PCs warten müssen, weil die Arbeitsbelastung so groß ist, dass sie gar nicht mehr wissen, wie sie mit ihrer Arbeit hinkommen. Es wäre auch für die Strafrechtspflege gut - Frau Justiz-

ministerin hört vielleicht auch zu -, wenn ein bisschen mehr Kapazitäten geschaffen würden, damit die Verfahren nicht so lange dauern, wie sie gelegentlich dauern.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist für mich allerdings erschütternd, dass Sie sagen, die polizeiliche **Begleitung von Demonstrationen** gehört nicht zum üblichen Einsatzgeschäft der Polizei. Noch einmal: Die polizeiliche Begleitung von Demonstrationen gehört nicht zum üblichen Einsatzgeschäft der Polizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Schutz des Grundrechts „Versammlungsfreiheit“ vorrangig dazu beiträgt, dass die Überstundenzahl der Polizei ins Exorbitante steigt, dann haben wir in Schleswig-Holstein offenbar ein Problem mit der Sicherung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Denn die **Versammlungsfreiheit** und das **Recht auf Demonstration** sind tragende Grundpfeiler unserer demokratischen Grundordnung. Das sagt schon das Bundesverfassungsgericht. Deshalb gehört es selbstverständlich zum normalen Tagesgeschäft einer Polizei, das Demonstrationsrecht zu schützen, und zwar in jeder Form.

Wenn die Auffassung des Verfassungsministers Schleswig-Holsteins sein sollte, dass das nicht der Fall ist, kommt dies aus meiner Sicht einer politischen Bankrotterklärung auf ganzer Linie gleich.

Besorgniserregend sind für mich die Ausführungen zum Thema **Besoldung**. Die Landesregierung wurde gebeten, darüber zu berichten, ob durch die Abkehr vom Prinzip der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifabschlusses für Beamte mögliche Auswirkungen auf die Attraktivität der Landespolizei entstehen können. Dazu führt der Bericht aus:

„Die Frage der Auswirkungen nicht zeit- und wirkungsgleicher Übernahmen von Tarifabschlüssen für die Beamtenbesoldung lässt sich nicht abschließend beantworten...“

Ich kann das abschließend beantworten: Es motiviert nicht. Wenn die Beamtinnen und Beamten jetzt feststellen müssen, dass in der Planung bis 2017, also bis zum Ende der Legislaturperiode, nur eine jährliche **Besoldungsanpassung** von 1 % vorgesehen ist, kann das auch nicht motivieren angesichts der Tatsache, dass wir über 1 % Inflationsrate haben und sie sehenden Auges einen **Reallohnverzicht** bei gestiegenen Anforderungen hinnehmen müssen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Herr Innenminister.



(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP und CDU)

Es muss uns doch auch darum gehen, finanzielle Anreize zu schaffen, nicht nur Motivation, nicht nur **Belobigung**, nicht nur **Orden und Anerkennung**, nicht nur Orden „Held der Arbeit“. Wir müssen auch **finanzielle Anreize** schaffen bei einem Markt, der in Relation und Konkurrenz zur einen und anderen Nachfrage immer weniger junge Menschen zur Verfügung stellt.

In Ihrem Bericht führen Sie aus:

„Die Belastungen, welche die Beamtinnen und Beamte im operativen Dienst tragen, sind erheblich. Daher ist es wichtig, die Erschwernisse für Einsatz- und Ermittlungskräfte entsprechend finanziell zu vergüten.“

Man darf Sie zu Ihrer Einsicht beglückwünschen. Doch für die angesprochenen Beamtinnen und Beamten hat dies indes jedenfalls gegenwärtig kaum Vorteile.

Der zweite Teil Ihrer Ausführungen - Sie wollten einmal gucken, in welchen Bereichen Sie bei der **Erschwerniszulage** zu höheren Dotierungen kommen könnten -, wird noch zu hinterfragen sein. Das nämlich ist der entscheidende wesentliche Teil, auf den die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei eine Antwort erwarten dürfen.

Den Polizistinnen und Polizisten steht zweifelsohne kaum der Sinn nach Glückwünschen an ihren Dienstherrn, der durch die Modifizierung der Erschwerniszulage in seiner eilig zusammengeschusterten **Erschwerniszulagenverordnung** nach meiner Ansicht handwerklichen Murks fabrizierte und nach vollmundigen Ankündigungen weit hinter den finanziellen Erwartungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zurückgeblieben ist. Das Innenministerium hat es im Bericht deutlich zum Ausdruck gebracht: Der Berufswunsch ist zwar ungebrochen, der Beruf ist beliebt, doch wird das Land Schleswig-Holstein im Rennen um geeignete Kandidatinnen und Kandidaten in stärkere Konkurrenz mit privaten Firmen und anderen Bundesländern treten müssen. Sie haben es gesagt, Herr Innenminister. Sie haben dafür Sorge zu tragen, dass Schleswig-Holstein ein zuverlässiger und fürsorglicher Arbeitgeber für seine Polizistinnen und Polizisten bleibt. Ich wiederhole: Das geht nicht nur mit anerkennenden, lobenden Worten, sondern bedarf einer attraktiven Gestaltung des Berufs und damit des Einkommens. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, bevor ich dem Kollegen Dudda das Wort erteile, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne eine weitere Gruppe des Gymnasiums Altenholz im Landeshaus zu begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat nun der Kollege Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke dem Innenminister für seinen Bericht. Seine abschließenden Bemerkungen, dass der Bericht ehrlich und damit auch besonders anständig sei, setze ich als Selbstverständlichkeit voraus. Wenn uns der Minister hier auf Antrag berichtet, muss das ehrlich sein. Ansonsten können wir mit solchen Berichten wenig anfangen. Ich teile aber die Auffassung, dass dieser Bericht nicht für irgendeine Art von Polemik oder Klamauk geeignet ist. Dazu ist das Thema viel zu ernst. Dazu sind die Fragen, die gestellt worden sind, zu ernst.

Ich werde auf Ihren Bericht mit einer Ausnahme komplett sachlich eingehen. Es gibt ein Thema, das eben schon angesprochen worden ist. Das ist das Thema Überstunden. Das ist die Art und Weise, wie respektlos mit den Beamtinnen und Beamten umgegangen wird. Ansonsten will ich mich den sachlichen Problemen widmen.

Wen wollen wir bei der Polizei haben? - Das ist das wichtige Thema, das die Attraktivität berührt. Wir brauchen nicht den durchschnittlichen **Bewerber**. Wir brauchen jemanden mit sehr guter **Schulbildung**. Wir brauchen jemanden mit einem ganz klar **gefestigten Demokratieverständnis**. Wir brauchen Menschen mit starker Sozialkompetenz und extremer Teamfähigkeit, überdurchschnittlicher Stressresistenz und einer überdurchschnittlichen körperlichen Belastbarkeit, um die Nachteile zu Fuß genauso leisten zu können wie die ständigen Belastungen durch den Wechseldienst. Kurzum, wir brauchen Bewerberinnen und Bewerber, die gewiss zur **gesellschaftlichen Elite** zu zählen sind. Das muss so auf den Punkt gebracht werden, wenn wir wissen wollen, wie attraktiv die Polizei eigentlich sein soll.

Genau da entsteht das Problem. Wenn wir als Arbeitgeber in wenigen Jahren in Konkurrenz mit der freien Wirtschaft treten, wird es eben so sein, dass

(Wolfgang Dudda)

wir über jeden Bewerber froh sind, weil es weniger Bewerber auf mehr Stellen geben wird.

Es gibt Dinge - die hat Herr Kubicki eben angesprochen -, die in Zusammenarbeit mit der Polizei nichts kosten. Das ist die hohe **Attraktivität des Berufes** durch ihn selbst. Jemand, der sich entscheidet, Polizist zu werden, möchte morgens in seinen Streifenwagen einsteigen und einen Tag mit ungewissen Dingen erleben. Er möchte nicht an einen 7-16:30-Uhr-Job machen, in dem er ganz selten wichtige Entscheidungen treffen kann. Der Polizeibeamte muss das regelmäßig tun, und er will das auch.

Verbunden mit einer lebenslangen **Beschäftigungsgarantie** reichte das bisher auch, um Bewerber zu bekommen. Aber das ist künftig, wie der Arbeitsmarkt zeigen wird, eben nicht mehr möglich.

Sie sprechen in Ihrem ehrlichen Bericht die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Eutin an. Da geht es zum Beispiel darum, dass Dreimannzimmer bewohnt werden und die Duschen im Keller sind. Damit können Sie niemanden mehr als Bewerber hinter dem Ofen hervorlocken. Das haben Sie erkannt. Sie gehen das Thema an.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Sie sprachen es selbst an: Die Einsatzhalle und die anderen Einsatzbedingungen werden optimiert. Sie haben es erkannt. Sie gehen es an. Wir werden das begleiten. Zurzeit muss man feststellen, dass diejenigen, die ein vierzehntägiges Praktikum bei der Polizei absolvieren und Eutin kennenlernen, wohl eher abgeschreckt als angezogen werden.

Das von Ihnen angesprochene Konzept der Landespolizei zusammen mit der Fachhochschule verfolgt die richtigen Ansätze. Es ist in der Sache bedingt, dass das Konzept nicht fertig sein kann. Die Fragestellungen, die im Bericht erkennbar waren, reichen bei Weitem nicht aus. Es gibt weitere Fragen, die aufzuarbeiten sind. Die wichtigste Frage ist meiner Meinung nach: Wie kann man den Polizeiberuf im Unterschied zu anderen Berufen positiv darstellen, um denjenigen, der drei Klimmzüge machen und lesen und schreiben kann, dazu zu bewegen, nicht zum Finanzamt, sondern zur Polizei zu gehen?

Besondere Menschen haben besondere Ansprüche. Ich hatte das angesprochen. Das Monetäre allein wird einen Polizisten nicht bewegen, zu uns zu kommen. Es ist auch das Berufsbild. Damit kommen wir zu dem, was Sie auch angesprochen haben, das **Bild der Polizei in der Öffentlichkeit**. Es ist bei Weitem nicht so, dass die Polizei in Schleswig-

Holstein schlecht angesehen ist. Sie haben es angeführt. Die Polizei ist sehr gut angesehen. Was nicht gut angesehen ist, sind **fehlgeleitete Einsätze** wie der in Hamburg am 21. Dezember 2013. Ich weiß aus erster Hand, dass nicht die Polizisten vor Ort die Dinge zum Eskalieren gebracht haben. Es waren tatsächlich, wie Kollege Peters anführte, Leute, die Straftaten unter dem Deckmantel der Politik begangen haben, und eine völlig überhitzte Atmosphäre, geleitet durch die Polizeiführung vor Ort. Die Polizisten vor Ort haben sich teilweise verheizt gefühlt. Das kann so nicht sein.

Die fünfminütige Redezeit, die ich habe, macht es unmöglich, auf alle Probleme einzugehen, insbesondere auf die Sachprobleme. Sie hatten es im Sommer schon angesprochen, als wir hier getagt haben. Das Thema Cybercrime ist ein wichtiges Thema. Es ist kein neues Feld, es ist ein ergänzendes Feld der Straftaten. Die Polizisten, die jetzt schon mit PCs arbeiten, beklagen, dass sie nicht frei ins Internet können - manchmal bedingt dadurch, dass es sinnvoll ist, dass sie das nicht können. **Internetrecherchen** sind schlecht möglich.

Sie haben keine richtige Vorstellung davon, was eine forensisch taugliche PC-Kraft kostet. Das ist extrem viel Geld, das man dafür in die Hand nehmen muss. Auch da lassen Sie nicht erkennen, wie viel Geld Sie in die Hand nehmen wollen. Von daher wird das Thema **Cybercrime** hier mit Sicherheit noch eine Weile unbetreut bleiben.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir müssen jetzt die Weichen für eine attraktive Landespolizei stellen. Wir haben gar nicht mehr viel Zeit dafür. Dazu brauchen wir Geld, Kreativität und echte Anstrengung.

Damit komme ich zu dem einzigen Punkt, der mich in Ihrem Bericht wirklich gestört hat: **Überstunden** entstehen nicht in der Fläche nach dem Gießkannenprinzip, wie Sie statistisch zu belegen versuchen. Überstunden entstehen dort, wo Polizisten besonders gefordert sind. Die entstehen nicht im Büro, die entstehen nicht im Verkehrsunfalldienst, sie entstehen für die **Einsatzkräfte vor Ort** in Hamburg. Sie entstehen für die Einsätze des SEK, sie entstehen durch TK-Überwachungen. Durch solche Dinge entstehen Überstunden. Und die Kollegen, die diese Überstunden leisten, sind auch diejenigen, die regelmäßig Überstunden leisten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die können das auch nicht abbummeln!)

(Wolfgang Dudda)

Ich glaube nicht, dass sie es gerade als besonders respektvoll und anerkennend empfinden, wie Sie nach dem Seitenbacher-Müsli-Prinzip diese Überstunden berücksichtigen. Die Firma Seitenbacher wurde dafür kritisiert, dass der Zuckeranteil in ihrem Müsli zu hoch sei, nämlich 30 g auf 100 g. Daraufhin sagte Seitenbacher: Das stimmt ja gar nicht. Man isst doch immer nur 50 g Müsli und tut immer Milch drauf, und schon hat man einen Zuckeranteil von 10 %. Ungefähr dieses Denken liegt dem zugrunde, was Sie hier mit der Statistik belegt haben. So kann man mit den Leuten nicht umgehen. Das ist nicht korrekt.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Was mir gefallen hat, waren Ihre Ausführungen, dass Sie die Zulagen für den **Dienst zu ungünstigen Zeiten** und auch andere **Erschwerniszulagen** heben wollen. Ich kann Ihnen sagen, dass die Zulagen insbesondere für SEK-Kräfte im Bundesvergleich nicht auf dem Top-Level sind. Da kann man deutlich nachbessern. Gerade **SEK-Kräfte** bekommen beim Bund wesentlich mehr Geld als bei uns. Das ist attraktiver für sie, sie sind beweglich. Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, dass wir Polizisten teuer ausbilden und sie nach Hamburg oder zur Bundespolizei gehen, weil sie leichter befördert werden, schneller vorankommen, besser bezahlt werden und vielleicht auch noch mehr anerkannt werden.

Das Thema **Dienst zu ungünstigen Zeiten** ist ein altes gewerkschaftliches Thema. Damit wir einmal eine Hausnummer nennen: Vor neun Jahren hat die GdP gefordert, dass für die Sonntags- und Nacharbeit 5 € die Stunde zu zahlen seien. Ich frage mich, wer heute mit einem qualifizierten Beruf am Sonntag für 5 € die Stunde, die teilweise noch steuerpflichtig sind, noch arbeiten geht. Fragen Sie einmal. Das wird künftig noch weniger sein. Da wird schon richtiges Geld in die Hand genommen werden müssen. Mich freut, dass Sie das Thema erkennen und angehen wollen, und ich freue mich genauso wie die anderen Kollegen auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Abgeordneten-Kollegen des SSW hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier im Hause haben wir schon viel zur **Attraktivität der Landespolizei** gehört. Nun liegt uns auch der Bericht vor. Vielen Dank dafür an Minister Breitner und sein Team. Aus dem Bericht wird deutlich, dass die Landespolizei einen attraktiven Beruf darstellt, der weiterhin einen **guten Ruf** bei uns im Land genießt. Außerdem wird deutlich, dass die Landespolizei bemüht ist, an den wichtigsten Stellschrauben zu drehen, um den Betrieb auf Vordermann zu bringen, wie etwa beim Ausbildungsprogramm, beim Marketingpaket, das genannt wurde, beim Know-how, bei der Ausstattung rund um die digitale Welt, sowie dabei, eine Landespolizei zu schaffen, die auch die Vielfalt in Schleswig-Holstein widerspiegelt.

Der SSW im Landtag begrüßt insbesondere die lokale Vernetzungsstrategie, die sogenannte **kommunale Kriminalpolitik**, die wir alle aus unseren Regionen kennen. Dabei sollte es nicht nur um die politischen Vorgaben gehen, sondern vielmehr auch um die Verknüpfung mit der Praxis. Je weiter und stabiler das Netzwerk ist, desto mehr Kriminalität kann letztendlich auch dadurch aufgefangen werden. Dies ist ein langfristiges Projekt, welches Weitsicht und Durchhaltevermögen von allen Beteiligten erfordert. Dort wo wir einen Beitrag leisten können, werden wir diesen Ansatz natürlich auch unterstützen. Über weitere Ausführungen zu diesem Projekt im Ausschuss bin ich jedenfalls schon jetzt gespannt.

Ein weiterer Ansatz, den wir als SSW sehr begrüßen, ist der zum Schwerpunkt **Cyber-Kriminalität**. Statistiken belegen, dass die Anzahl der einfachen Diebstähle zurückgeht. Jedoch steigen die Fälle im Bereich von Cybercrime. Mittlerweile bleibt - glaube ich - kein Bekanntenkreis von Hackerzugriffen auf EC- oder Kreditkarten verschont. Seit gestern wissen wir ja, dass ungefähr ein Viertel der Bundesrepublik gerade mit diesem Thema in Kontakt gekommen ist.

Vor diesem Hintergrund beginnt die Spurensuche der Polizei mehr denn je im Netz. Gerade im Bereich der **Internetkriminalität** müssen wir in Schleswig-Holstein an Schlagkraft gewinnen. Denn schließlich muss unsere Landespolizei im Bereich von Internetkriminalität immer einen Schritt voraus sein. In dem Moment, wenn wir meinen zu wissen, wie der Kreditkartenbetrug vor sich geht, sind die Straftäter wahrscheinlich schon ganz woanders, und wir müssen wieder hinterherhecheln. Im digitalen Bereich wird es immer irgendwo eine Einstiegs Luke

(Lars Harms)

geben. Wenn die nicht einmal NSA vor deutschem Recht haltmacht, dann werden es all die anderen erst recht nicht tun.

Zu meinen, man könne sich völlig gegen Cybercrime schützen, ist - gelinde gesagt - ist ein sehr hochgestecktes Ziel, ein Ziel, welches nicht immer erreicht werden kann; denn **Internet- und Wirtschaftskriminalität** haben mit den herkömmlichen Straftaten meistens nicht mehr viel gemeinsam. Solche Diebstähle sind auf den ersten Blick gar nicht sichtbar. Tatspuren sind nur schwer zu erkennen, das Verhältnis zwischen Täter und Opfer unterscheidet sich erheblich von anderen Straftaten.

Klar ist: Es müssen echte **Experten** ins Team geholt werden. Was die Landespolizei an dieser Stelle braucht, sind Quereinsteiger. Das Ausbildungsangebot ist, wie im Bericht dargestellt, ein sehr umfassendes und auch praxisnah ausgerichtetes. Jedoch kann ein Praktikum in der Privatwirtschaft einfach nicht mit den Berufserfahrungen eines IT-Managers in einem Kreditinstitut mithalten. Eine weitere Stellschraube ist in meinen Augen deshalb die sogenannte **Sonderlaufbahn**. Ob ein qualifizierter Quereinsteiger an dem Einschlagen einer Sonderlaufbahn interessiert ist, lässt sich schwer sagen. Einen Versuch ist es wert, aber die Gehaltsstrukturen sind natürlich nicht so attraktiv wie andernorts. Diese **Quereinsteiger** müssten im Prinzip abgeworben werden, denn obwohl die Polizei einen guten Ruf genießt, werden diese Kräfte wahrscheinlich nicht von ganz allein kommen. Dass man dann daran arbeiten muss, diese Spezialisten auch noch in den eigenen Reihen zu halten, macht es nicht eben leichter. Auch dieser Aspekt gehört zum Gesamtkonzept Quereinstieg dazu.

Letztendlich können wir als SSW nur feststellen, dass in dem vorgelegten Bericht ein vernünftiger Weg gezeichnet wird, um die Attraktivität der Landespolizei nach innen wie nach außen weiterhin aufrechtzuerhalten.

Welche Maßnahmen dabei Priorität haben sollen und vor allen Dingen, wie wir sie umsetzen, gerade was diese Sonderlaufbahn angeht, werden wir im Ausschuss ganz in Ruhe beraten. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist mehrfach beantragt worden, den Bericht Drucksache 18/1432 dem Innen- und Rechtsaus-

schuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 43 auf:

### **Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation und zur weiteren Entwicklung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/1433

Ich erteile dem Herrn Innenminister Herrn Andreas Breitner das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich hoffe, das wird digital übertragen, Frau Präsidentin!)

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin mit dem Thema **Digitalfunk** immer transparent umgegangen und werde dies auch in Zukunft tun. Das ist eine Selbstverständlichkeit, Herr Abgeordneter Dudda. Alle öffentlich geäußerten Kritikpunkte habe ich in unserem Bericht selbst offen dargelegt. Daher möchte ich aufgrund der aktuellen Diskussion und Berichterstattung rund um die Einführung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein die Gelegenheit nutzen oder vielleicht auch nur den Versuch unternehmen, ein differenzierteres Bild zu zeichnen.

Dass bei der Einführung des Digitalfunks, dem größten **IT-Infrastrukturprojekt** in Deutschland, technische Probleme auftreten können, ist keine Überraschung. Das liegt in der technischen Natur der Sache. Trotzdem können wir feststellen, dass mit Ausnahme einer Basisstation in List auf Sylt das Netz wie ursprünglich geplant steht. Seit Dezember 2013 befindet sich die Landespolizei im **operativen Probetrieb**. Er dient, wie sein Name sagt, der Erprobung, um Funkversorgungsdefizite und weitere technische Probleme zu erkennen und zu beseitigen. Wir testen auf Teufel komm raus, bis alles funktioniert. Wir testen eben auch bei Regen, bei Starkregen, im Orkan und Sturm, und wir testen auch in den letzten Winkeln des Landes. Die Bewertung, ob es in einer Probephase opportun ist, uns das Ergebnis des Probierens und Testens vorzuhalten, überlasse ich Ihnen.

(Minister Andreas Breitner)

Mit dem Stand von heute sind weder ich noch die Landespolizei mit der derzeitigen Situation zufrieden. Es gibt noch viel zu viele größere, aber auch kleinere Unzulänglichkeiten. Für die notwendigen **Maßnahmen zur Beseitigung der Probleme** wurden entsprechende Mittel eingeplant. Es handelt sich dabei also nicht um Mehrausgaben. Alles erfolgt auf Grundlage des Doppelhaushaltes 2009/2010 und der Planungen der Folgejahre. Von einem Millionengrab kann also überhaupt keine Rede sein. Wir befinden uns im Finanzplan.

Entscheidend ist - das ist wichtig -, dass alle Probleme abgestellt sind, wenn Ende dieses Jahres der Echtbetrieb beginnen soll. In unserem Bericht sind die Probleme identifiziert. An deren Lösung wird mit Hochdruck gearbeitet. Dabei gilt: **Technische Probleme** müssen auch technisch gelöst werden. Ein Ministerwort von mir oder in vorigen Zeiten von meinen Vorgängern, selbst ein Landtagsbeschluss, helfen da nicht weiter. Weder ich noch meine damit befassten Vorgänger haben oder hatten einen Knopf im Büro, auf den wir drücken können, und dann wird alles besser. Die Probleme mit dem Digitalfunk eignen sich nicht für Schuldzuweisungen zwischen Regierung und Opposition. Natürlich sehen Sie das anders. Das ist auch okay, nützt der Sache nur nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie gehen wir aktuell mit den aufgetretenen Problemen um? - Eine Maßnahme ist die erfolgte Errichtung der 159. Basisstation auf Sylt. Sie wird nun mit der nötigen Technik bestückt. Zu Ostern wird mit einer Eingliederung in das BOS-Zugangsnetz gerechnet. Dann sind alle ursprünglich geplanten Masten in Betrieb. Das ist auch der Unterschied zum Stadtstaat Hamburg, aber auf diesen Vergleich will ich nicht näher eingehen. Um die durch die spezielle Bebauung in Lübeck bestehenden Funkversorgungsdefizite zu lösen, wird zurzeit ein weiterer Mast angemietet. Insgesamt gehen wir davon aus, dass landesweit weitere zehn bis fünfzehn Basisstationen errichtet werden müssen.

Ebenso wird mit Hochdruck daran gearbeitet, weitere Probleme wie **witterungsbedingte Ausfälle** und unsachgemäß angebrachte Antennen zu beseitigen und die Inhouse-Versorgung sowie die **Sprachqualität**, die individuell sehr unterschiedlich bewertet wird, zu verbessern. Die flächendeckende Funkversorgung in allen Gebäuden in Schleswig-Holstein war nie Bestandteil der Planungen. Trotzdem ist diese in sehr vielen Gebäuden bereits vorhanden. In den Gebäuden, in denen eine ausrei-

chende Funkversorgung noch nicht gewährleistet, taktisch aber erforderlich ist - es sind nicht alle, in denen es taktisch erforderlich ist -, wird es Nachbesserungen in Form von **Objektfunkanlagen** und eigenen Basisstationen geben. Ein Beispiel ist die Sparkassenarena in Kiel.

Weiter wird im ersten Halbjahr 2014 für alle Endgeräte ein Update Verbesserungen bei Einsätzen in Objekten bringen, in denen noch keine Funkversorgung gewährleistet ist. Auch im Bereich der Leitstellen wird alles dafür getan, um einen reibungslosen Digitalfunkverkehr zu ermöglichen. Die Landespolizei und der Dienstleister Eurofunk Kappacher arbeiten eng zusammen, um einen stabilen und verlässlichen Betrieb zu gewährleisten. Die Zahl der Störungen hat sich deutlich reduziert. An weiteren Verbesserungen wird gearbeitet.

Durch **Funktionserweiterungen**, wie die Einführung von Statusübertragungen, Kurzdatenübertragung und die Übersendung von GPS-Ortsdaten von Einsatzkräften werden die technischen Möglichkeiten des Digitalfunks in den Leitstellen nach und nach ergänzt.

Trotz aller Probleme im Probetrieb halten alle Experten an ihrer Einschätzung fest, dass schon heute die **Vorteile des Digitalfunks** im Vergleich zum Analogfunk bei Weitem überwiegen. So war es den beteiligten Einsatzkräften nach dem brisanten Fußballspiel zwischen Holstein Kiel und Hansa Rostock im Dezember vergangenen Jahres ohne Aufwand möglich, die Hamburger Kollegen bei der Gefährdungslage im Hamburger Stadtgebiet zu unterstützen, da die länderübergreifende Kommunikation dank des Digitalfunks einwandfrei funktionierte. Beim Analogfunk: Fehlanzeige.

Darüber hinaus weist der Digitalfunk weniger **Funklöcher** auf als der Analogfunk. So kann in Bereichen, in denen über Jahre keine Funkverbindung möglich war, inzwischen tadellos gefunkt werden. Die Kieler Polizei funkt zum Beispiel jetzt erstmals Richtung Falkenstein. Im ganzen Kreis Herzogtum Lauenburg war die analoge Funkabdeckung jahrzehntelang völlig ungenügend. Dank des Digitalfunks kann dort jetzt verständlich gefunkt werden. Wir reden über Schleswig-Holstein. Die Behauptung, der Einsatz des Digitalfunksystems würde die Bevölkerung in Schleswig-Holstein und die eingesetzten Polizeibeamten gefährden, ist gefährlicher Unsinn.

(Beifall Simone Lange [SPD] und Klaus Schlie [CDU])



(Minister Andreas Breitner)

Eine Unzufriedenheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gibt es sicherlich. Der Gewerkschaft der Polizei, die als Kronzeuge einer großen und flächendeckenden Unzufriedenheit auftritt, empfehle ich, dazu einmal ihre Mitglieder zu befragen. Sie könnten ja mit mir, ihrem Mitglied, einmal anfangen. Ich habe am 30. Dezember 2013 erneut lange mit den Polizeibeamten der Einsatzleitstelle in Kiel zusammengesessen. Da erhält man ein völlig anderes Bild. Gleiches gilt für meinen gestrigen Besuch beim Polizeirevier in Norderstedt. Wie ich höre, beabsichtigt die GdP, sich jetzt vor Ort bei den betroffenen Kollegen selbst zu informieren. Das ist sehr gut und gefällt mir. Sie wird dort erfahren, dass es als überaus positiv angesehen wird, dass jede Kollegin und jeder Kollege mit einer Sprechfunkgarnitur ausgestattet ist. Dies steigert die **taktischen Möglichkeiten** und die **Sicherheit der Polizei** erheblich. Die einzelnen Beamtinnen und Beamten können individuell dirigiert werden und Kenntnis der aktuellen Einsatzlage erhalten.

Kurze **Beispiele** von Einsätzen, die durch den Digitalfunk erst möglich sind: Ein Täter ist nach Einbruch im Tatobjekt. Die Polizei umstellt das Gebäude. Jeder eingesetzte Beamte verfügt über ein eigenes Funkgerät. Es kann untereinander und mit der Leitstelle individuell kommuniziert werden - dank des Digitalfunks.

Unfall mit schwerverletzten Personen: Die Polizei ist als Erste vor Ort. Die Beamten müssen nicht wieder zum Funkstreifenwagen laufen, um zu funken. Sie können schnell vom Unfallort aus Hilfe für die Verletzten rufen und die Erstmaßnahmen einleiten. Das Opfer wird nicht allein gelassen - dank des Digitalfunks.

Die Fahndung nach einem Täter ist per Streifenwagen nicht möglich. Das Gebäude und die Erkennbarkeit lassen es nicht zu. Da Funk nun Mannausstattung ist, ist eine koordinierte Fahndung möglich - dank des Digitalfunks.

Jeder Beamte in Schleswig-Holstein ist in der Lage, schnell, ohne mit dem Handy kompliziert zu wählen, Hilfe zu rufen. Der Digitalfunk dient hier der Eigensicherung.

Bei einer Verkehrskontrolle können dank des Digitalfunks zukünftig der Einweiser und der Melder Fahrzeuge, die über Funk herausgewinkt wurden, den kontrollierenden Beamten ankündigen - dank des Digitalfunks.

Zum Schluss geschlossene Einsätze: Jeder Beamte hat Funk. Vorher gab es Funk nur bis zum Gruppenführer. Jeder Beamte lebt nun in der Lage und

die Gruppe kann wesentlich besser geführt und geleitet werden. Auch hier hilft der Digitalfunk.

In allen sechs Punkten bezüglich des Analogfunks und im Vergleich: Fehlanzeige in der analogen Zeit. In analogen Zeiten gab es nur eine schlecht verständliche Quetsche für einen Streifenwagen. Heute ist jeder Polizeibeamte mit einem funktionierenden digitalen Sprechgerät ausgestattet.

Gelobt werden auch die **Kompaktheit der Geräte**, die langen Akkulaufzeiten sowie die Möglichkeit der schnellen Korrespondenz untereinander mittels des Direktmodus. Optimiert werden zudem die Sprechfunkgarnituren. Es wurden neue Mikrofone beschafft, die auch bei Feuchtigkeit einen störungsfreien Funkverkehr gewährleisten sollen. Ein kleinerer Teil der bestehenden Probleme ist auf Bedienungsfehler zurückzuführen. Diese werden durch gezielte Schulungen zusehends minimiert und werden sich durch den täglichen Umgang mit den Endgeräten endgültig lösen.

Mein Fazit zum Bericht des Digitalfunks und zur Einführung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein: Die Einführung des Digitalfunks befindet sich auf einem guten Weg. Er hat sich bei den unterschiedlichen Großeinsätzen in der täglichen Nutzung, übrigens auch bei den Sturmtiefs Christian und Xaver, bewährt. Wir alle sollten uns auch beim Auftreten weiterer Probleme nicht aus der Ruhe bringen lassen, wenn wir denn überhaupt einmal Ruhe hatten, sondern die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei in dieser für sie belastenden Situation unterstützen und in Ruhe weiterarbeiten lassen. Dies gilt auch für die heute veröffentlichte Kritik an der verwendeten TETRA-Technik.

Es ist richtig, dass der Standard in den 80er-Jahren entwickelt wurde. Die Behauptung aber, der Digitalfunk sei auf dem Stand von 1995 und im Übrigen ein Auslaufmodell, ist nicht richtig. Auch im **BOS-Digitalfunk** hat es in mehreren Bereichen selbstverständlich **technische Weiterentwicklungen** gegeben, unter anderem bei der Verschlüsselung, der Abhörsicherheit sowie bei den Endgeräten. Im Vergleich zu kommerziellen Mobilfunksystemen erfüllt unser Digitalfunknetz insbesondere die besonderen Anforderungen der BOS. Neben dem sehr viel schnelleren Gesprächsaufbau und der Möglichkeit zur Gruppenkommunikation stellt vor allem die **Abhörsicherheit** einen besonderen Vorteil des Digitalfunks dar. Das ist im Mobilfunk bekanntermaßen ganz anders. Zusätzlich verfügen die Endgeräte des Digitalfunks BOS anders als Mobilfunktelefone über die Fähigkeit zur **netzunabhängigen direkten Sprechverbindung** von Endgerät zu Endgerät. TE-

(Minister Andreas Breitner)

TRA-Netze wie in Deutschland gibt es zwischenzeitlich - dieser Hinweis sei vielleicht einmal erlaubt - in mehr als 30 Ländern. Ganz allein und so ganz falsch kann Deutschland mit dieser Entscheidung dann nicht liegen.

Übrigens geht der Analogfunk auf eine Erfindung Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Dem Digitalfunk könnte, auch wenn sich technische Entwicklungen natürlich immer mehr beschleunigen lassen, eine noch lange Lebensdauer bevorstehen.

Ich habe die Probleme bei der Einführung des Digitalfunks vor eineinhalb Jahren übernommen, und ich werde sie lösen. Wir sind auf der Zielgeraden und sollten auf den letzten Metern jetzt wirklich nicht die Nerven verlieren. Ich habe keine Zweifel, dass das Projekt dann zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wird. Bis dahin werde ich Sie weiterhin und so oft Sie es wünschen über den jeweiligen Projektstand informieren.

Dabei werden auch in Zukunft keine Mängel geschönt oder vertuscht, sondern offen dargestellt - eine Selbstverständlichkeit, Herr Abgeordneter Dudda. Im Gegensatz zu manchen gelegentlich geäußerten Vermutungen gibt es auch keine Aufforderung von mir, die digitale Welt ohne Anlass rosa rot zu malen. Der Bericht beweist genau das Gegenteil. Das Thema Digitalfunk eignet sich nicht zur Skandalisierung. Wer von Versagen und finanziellem Desaster spricht, dem empfehle ich zunächst eine Lektüre der Fakten, auch wenn das mitunter anstrengend und anspruchsvoll sein mag. Das Thema ist nun aber einmal komplex.

Die Vergleiche mit der Elbphilharmonie und dem Berliner Flughafen - und mit Sicherheit kommt in der Debatte auch wieder der Verweis auf die Fußballweltmeisterschaft von 2006 - verschaffen zwar die Lufthoheit an den Stammtischen, spiegeln aber nicht die Arbeitsleistung derjenigen wider, die den Digitalfunk in Schleswig-Holstein auf die Zielgerade gebracht haben. Sie empfinden diese gebetsmühlenartig vorgetragenen Vorurteile - Frau Damerow - dann tatsächlich als Schlag ins Gesicht. Wenn sie zutreffen würden, wäre ich der Erste, der die Missstände einräumen würde. Aber sie treffen nun einmal nicht zu. Deshalb ziele ich nicht auf die Stammtische, sondern bleibe dabei: Wir sind auf einem guten Weg, und die Landespolizei macht beim Thema Digitalfunk das, was sie immer macht: einen guten Job. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Volker Dornquast [CDU] und Klaus Schlie [CDU])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, der Minister hat mit seinem umfangreichen Bericht dafür gesorgt, dass Ihnen allen nun eine Redezeit von 13 Minuten zur Verfügung steht. - Ich darf als erstes die Kollegin Petra Nicolaisen bitten, sie zu nutzen. Ich erteile ihr hiermit das Wort.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke erst einmal dem Innenministerium für den sehr umfangreich abgegebenen Bericht. Dennoch, Herr Minister, entwickelt sich der **Aufbau eines flächendeckenden Digitalfunknetzes** für alle Behörden in Schleswig-Holstein und alle Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - wie die Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste oder das THW - anscheinend zu einer teuren und schier unendlichen Geschichte. Was lange währt, wird endlich gut, sollte man meinen. Aber das ist im Moment weit gefehlt.

Zur Erinnerung kurz noch einmal: Seit Mitte der 90er-Jahre wird die Einführung des digitalen Polizeifunks geplant. 2006 - es wurde schon angesprochen - bei der Fußballweltmeisterschaft sollte der Digitalfunk seine erste Bewährungsprobe bestehen. Auch das wurde nichts. Der Behördenfunk wurde 2011 dann - Hans-Jörn, hör zu - beim Wacken-Open-Air erstmals getestet.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wieder vorbildlich!)

Und am 19. Dezember 2012 verkündete der Herr Innenminister, dass das Netz stehe und der **Probetrieb der Landespolizei** aufgenommen werde. Die anderen Organisationen würden voraussichtlich 2014 nachziehen. - Der Probetrieb musste vielerorts dann wieder unterbrochen werden, und die für Ende 2013 geplante Abschaltung des analogen Funks hat nicht stattgefunden.

Was hat das kleine Bundesland Saarland, was wir in Schleswig-Holstein nicht haben?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine Große Koalition!)

Es hat eine Landespolizei, die einen funktionierenden digitalen Probefunkbetrieb betreibt. Zwischen den Übergangstechniken der beiden Bundesländer liegen Welten. Die **Leistungsfähigkeiten der Techniken** liegen so weit auseinander wie die eines ICE und einer Dampflokomotive. Während der Analogfunk bei schlechtem Empfang immerhin noch in schlechter Qualität überträgt, bricht beim Digitalfunk die Verbindung total ab, wenn das Signal zu schwach

(Petra Nicolaisen)

ist. Einen Polizisten oder einen Feuerwehrmann kann diese Situation allerdings in Lebensgefahr bringen.

Eine weitere zeitliche Verzögerung des Digitalfunks kann außerdem zu einem **Sicherheitsrisiko** werden - wie wir erfahren haben -, weil für das gegenwärtig noch verwendete Analogfunksystem keine Ersatzteile mehr produziert werden. Die zurzeit aufgestellten 158 Funkmasten in Schleswig-Holstein scheinen bei Häusern mit Stahlbetonwänden, bei beschichteten Scheiben oder Oberflächen, die Funkwellen reflektieren, nicht stark genug zu sein. Die Gewährleistung einer umfassenden Funkversorgung obliegt den Betreibern der Objekte. Die Kosten für Schleswig-Holstein sind hier noch nicht beziffert. Hier steht uns der nächste Streit oder eventuell sogar ein Rechtsstreit ins Haus.

Herr Minister, in Ihrem Bericht sprechen Sie von einem Optimierungsbedarf der Netze, von Verbesserungen schon bestehender beziehungsweise dem Bau neuer zusätzlicher Basisstationen, von einer Optimierung der Funkstrecken bei Starkregen, von einer Verbesserung der Funkversorgungsgüte in regionalen Bereichen und von Optimierungen in den Leitstellen. Sprich: Hier entstehen dem Land zusätzliche Kosten in Höhe von 16,6 Millionen €. Sie haben gesagt, diese seien eingepreist. Auch wenn diese jetzt im Haushalt eingepreist sind, entstehen dadurch zusätzliche Kosten.

Normalerweise sollte man sich vor einer **Ausschreibung** eines solchen Projektes einen klaren **Überblick über technische Erfordernisse** und zu erwartende Kosten verschaffen, um einen Blindflug zu verhindern.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wer hat die Ausschreibung gemacht?)

Die Kostensteigerung ist zwar nicht mit dem Planungsdesaster - Sie haben das angesprochen - der Hamburger Elbphilharmonie zu vergleichen, dennoch, wenn man erst im Laufe der Zeit erkennt, welche Anforderungen an einen leistungsfähigen Digitalfunk zu stellen sind, spricht das für sich und erklärt nicht, warum es Firmen, die bereits über enormes Fachwissen verfügen, nicht gelingt, trotz ausreichender Vorlaufzeit einen Probetrieb reibungslos über die Bühne zu bekommen. Die GdP kritisiert, dass die Unternehmen, die daran arbeiten, nicht richtig miteinander kommunizieren.

Herr Minister, ich fordere Sie auf: Nehmen Sie das Ruder in die Hand, oder behalten Sie es in der Hand, und steuern Sie dieses Projekt im Sinne aller Beteiligten in einen sicheren Hafen! Kommunikati-

on funktioniert von zwei Seiten, egal ob analog oder digital. Es ist jetzt endlich an der Zeit, dass der Digitalfunk im Alltag hält, was Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten schon lange versprochen worden ist. Da geht es um die Übertragung von Bilddaten, Abhörsicherheit, die Verschlüsselung von Signalen, die Kommunikation mit anderen Sicherheitsbehörden und so weiter und so fort - und das alles bundesweit. Denn Digitalfunk ist die Zukunft, auch wenn dieses heute in der Presse durch Professor Höher anders beurteilt wurde. Darüber haben wir uns dann im Ausschuss noch einmal miteinander auszutauschen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle bitte noch eines sagen: Mein Dank gilt den beteiligten Personen im Bereich der Polizei, der Rettungsdienste, der Feuerwehr, des THW und natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Leitstellen. Denn sie sind es, die mit den Unwägbarkeiten im Alltag auskommen und sich arrangieren müssen. Mir sind die hohen Arbeitsbelastungen sehr wohl bekannt. Ich bedanke mich an dieser Stelle sehr herzlich für den über das Maß hinausgehenden Arbeitseinsatz und weiß das sehr wohl wertzuschätzen.

Ich beantrage Ausschussüberweisung, um die Debatte im Ausschuss weiterzuführen. Der Minister hat außerdem angeboten, weitere Berichte abzugeben. Das Angebot werden wir dankend annehmen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Simone Lange das Wort.

**Simone Lange [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Auch ich bedanke mich noch einmal sowohl für den schriftlichen Bericht als auch für die mündlichen Ausführungen, die wirklich sehr ausführlich waren. Ich will das nicht noch einmal alles aufzählen, sondern das ganz kurz von meinem Standpunkt aus ergänzen.

Mein Dank gilt aber auch - das will ich gleich vorab sagen - allen Polizeibeamtinnen und -beamten, die, wenn es denn Probleme gibt, mit diesen Problemen umzugehen wissen und konstruktiv an der Lösung mitarbeiten.

(Beifall Klaus Schlie [CDU])

(Simone Lange)

Der Digitalfunk ist in aller Munde - leider wie ich finde durch eine Art der Skandalisierung, die sich schon schädlich auf das Image der Landespolizei auswirkt. Das kann nun wirklich keiner von uns wollen.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Skandalisieren ist hier fehl am Platz und auch nicht im Sinne der Landespolizei, und - ich spreche für meine Fraktion - das ist auch nicht im Sinne der Politik.

Der flächendeckende **Ausbau des Digitalfunks** ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen der Landespolizei, wenn nicht sogar die größte Herausforderung. Dieser Herausforderung begegnet Innenminister Andreas Breitner seit gerade einmal eineinhalb Jahren - und wie ich finde, tut er das tatkräftig und transparent.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Er hat für die erforderlichen Maßnahmen sowohl im Haushalt 2013 als auch im Haushalt 2014 die erforderlichen Mittel eingestellt, weil er ähnlich wie der damalige Innenminister Klaus Schlie sagt: Die Einführung des Digitalfunks muss zu einer erfolgreichen Umsetzung kommen und darf nicht an der Kassenlage scheitern.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Klaus Schlie [CDU])

Gefühlt hat der Innenminister in jeder zweiten Ausschusssitzung oder hier im Plenum über den Fortgang der Einführung des Digitalfunks berichtet. Ich bedanke mich auch für das Durchhaltevermögen seitens des Ministers. Ich glaube, es ist zu keinem anderen Thema so transparent berichtet worden, und kein anderes Thema haben wir so transparent begleitet. Das mag der Größe dieses Projekts entsprechen, aber ob es immer hilfreich ist, sei dahingestellt.

Es ist das größte Projekt der Landespolizei, und es wurde über die Jahre von weiteren großen Projekten begleitet. Das dürfen wir nicht vergessen. Denken wir an die Strategie 2012, an die Umstellung der Struktur der Leitstellen von 14 auf vier, alles einhergehend mit dem geplanten Personalabbaupfad, der nicht von Innenminister Breitner beschlossen worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der **Digitalfunk** wurde Ende der 90er-Jahre auf den Weg gebracht. Es ist sicher statthaft, die Projektierung zu

analysieren und zu hinterfragen. Bei solchen Mammutprojekten sind Fehler immanent, aus denen wir alle nur lernen können. Beschwichtigen werden wir seitens der SPD-Landtagsfraktion die Probleme nicht, skandalisieren allerdings auch nicht.

Ich sage: Der Digitalfunk ist besser als sein Ruf. Lassen Sie uns gemeinsam weiter für einen guten Ruf sorgen! Denn es will doch keiner von uns ernsthaft zu der Version zurück: Rotkehlchen an Schwarzdrossel, bitte kommen!

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihr seid noch im letzten Jahrtausend! Kein Wunder, dass die Amerikaner uns nicht ernst nehmen! Ich empfehle Ihnen, einmal ein Polizeirevier in den USA zu besuchen!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Burkhard Peters das Wort.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vielen Dank für den klaren und deutlichen Bericht, der erneut belegt, was sich in Ihren mehrfachen Zwischenberichten im Innen- und Rechtsausschuss schon angedeutet hat: Die flächendeckende Einführung des Digitalfunks für **Polizei** und andere Rettungs- und Sicherheitskräfte in der Bundesrepublik ist keine ungeprüfte Erfolgsgeschichte. Dies gilt in ähnlicher Weise für das andere digitale Großprojekt im Lande, die Einführung des elektronischen Personalverwaltungssystems KoPers.

Bundesweit seit 1998 geplant sollte die Umstellung vom bisherigen Analogfunk auf den **Digitalfunk** schon 2006 in ganz Deutschland abgeschlossen sein. Schleswig-Holstein ist nach dem Bericht aber erst das dritte Flächenbundesland, das ein Digitalfunknetz aufgebaut hat.

Liest man die Presse zum Bericht des Ministers, ist von einem „Digitaldesaster“ und vom „Millionengrab Digitalfunk“ die Rede; der echte Norden könne alles außer Technik. Kollegin Damerow und Kollege Garg überschlagen sich in Empörungsrhetorik - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums -: Der Bericht sei eine Bankrotterklärung des Innenministers; die relativierenden Darstellungen Breitners seien hochnotpeinlich.

(Beifall FDP)

(Burkhard Peters)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, bleiben Sie auf dem Teppich! Erstens. Minister Breitner hat die Probleme mit dem Digitalfunk von der Vorgängerregierung nur geerbt.

(Zurufe)

- Sie kennen den Spruch von den Grünen. - Nichts deutet darauf hin, dass Andreas Breitner auch nur den geringsten Anteil an den übernommenen Problemen zu verantworten hat. Der Bericht belegt vielmehr, dass er und die weiteren Verantwortlichen im Ministerium und in den nachgeordneten Behörden alles daransetzen, bestehende Probleme schnellstmöglich zu überwinden.

Zweitens. Die aufgetretenen Probleme sind eindeutig nicht auf spezielle Unzulänglichkeiten in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Sie haben systemische Ursachen, die in allen Bundesländern in ähnlicher Weise zu Schwierigkeiten führen. Als eines der ersten Bundesländer, das in den operativen Probebetrieb eingetreten ist, hat das Land naturgemäß in besonderer Weise mit den Kinderkrankheiten des Systems zu kämpfen.

(Unruhe FDP)

Drittens. Die Parallelität mit der Einführung des Systems **KoPers** zeigt deutlich: Der Teufel steckt immer im Detail, vor allem wenn es um extrem komplexe und vielschichtige Anforderungen geht, die ein komplettes Kommunikationssystem von Polizei und diversen Rettungs- und Sicherheitskräften jederzeit bis in den letzten Winkel des Landes und in jedes Haus störungsfrei leisten muss.

(Unruhe)

Wenn wir mit unserem Handy einmal keinen Empfang haben, verschieben wir unser Gespräch und versuchen es von einem anderen Ort aus. Kein Problem. Bei einem Polizeieinsatz, bei dem es auch einmal um Leben und Tod geht, sieht das natürlich ganz anders aus. Dort muss alles zu jeder Zeit und an jedem Ort störungsfrei funktionieren. Alle wissen aber, dass dies mit dem guten alten Analogfunk auch nie störungsfrei geklappt hat. Der Innenminister hat auf meinen Heimatkreis Herzogtum Lauenburg und die dortigen Probleme hingewiesen.

Ich habe schon in der letzten Rede darauf hingewiesen: In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar hatte ich das große Vergnügen, von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens in einem neuen Streifenwagen des 4. Kieler Polizeireviere eine Nachtschicht mitfahren zu dürfen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, das ist eine nachhaltige Erfahrung. - Wer das noch nicht gemacht hat, dem kann ich diese Erfahrung nur dringend anempfehlen. Nichts geht über die unmittelbare Erfahrung in der Form der teilnehmenden Beobachtung.

(Beifall Simone Lange [SPD])

Dort habe ich mich angesichts der erwähnten Presse ganz besonders für den Digitalfunk interessiert. Die Kieler Leitstelle, die ich in der Nacht auch besucht habe, deckt inzwischen die Fläche eines Viertels unseres Landes mit Digitalfunk ab.

(Unruhe)

Der dortige Dienstgruppenleiter versicherte mir, dass der **Digitalfunk** nach anfänglichen Problemen nunmehr seit mehreren Monaten sehr gut und störungsfrei läuft. Die Arbeitsbedingungen in der **Leitstelle** seien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu beanstanden. Wir haben gehört, dass das in Lübeck teilweise etwas anders aussah, aber auch dort wurden die Probleme abgestellt.

Auch die Beamtin und der Beamte im **Streifenwagen** hatten keine Probleme mit dem Digitalfunk, obwohl wir uns unter anderem auch in Häusern bewegten, im Bereich der Kieler Innenstadt und der Bergstraße, wo es nach dem Bericht Probleme mit der **Funkversorgung** geben soll. Überall wurde munter über den Digitalfunk mit der Leitstelle und untereinander kommuniziert. Seit mehreren Monaten musste nicht mehr auf den Analogfunk zurückgegriffen werden. Ein Zurück zu dieser Art des Funks, zum Analogfunk, konnten sich die beiden Beamten überhaupt nicht mehr vorstellen.

Natürlich ist das System noch ausbaufähig. Bei einem Einsatz, bei dem wir wegen einer Straftat in einen Vorort außerhalb der Revierzuständigkeit fahren, musste die Beamtin auf dem Beifahrersitz die GPS-Funktion ihres eigenen iPhone aktivieren, um die Straße zu finden. Eigentlich sollte diese Funktion auch schon das Digitalfunksystem übernehmen.

Mir hat der Polizeibesuch klargemacht, dass sich die Dinge, über die wir uns hier in der Landtagswelt fürchterlich ereifern können, in der realen Außenwelt oft ganz anders darstellen. Der Digitalfunk wird seine Kinderkrankheiten in absehbarer Zeit ablegen. Einen anderen Weg gibt es ohnehin nicht. Über die technischen Details müssen wir weiter im Innen- und Rechtsausschuss reden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)



**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was für einen Sinn macht das, Frau Präsidentin? Das ist das dritte Mal in Folge! Langsam ist das nicht mehr lustig! - Unruhe)

- Ich glaube, nach Ihrer so langen parlamentarischen Erfahrung werden Sie es aushalten, Herr Kollege, dass ich Ihnen jetzt natürlich vor den PIRATEN das Wort erteile. Für die FDP-Fraktion spricht Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Ich halte das selbstverständlich aus. Dazu will ich mich nicht weiter äußern. Da das häufiger vorkommt, denke ich, dass das an der Zeit liegt, die damit zusammenhängt, und keine böse Absicht ist.

Liebe Frau Lange, wir sollten mit der Attitüde aufhören, dass man, wenn man etwas infrage stellt und diskutiert, die Polizei schlechtredet, das Land schlechtredet, etwas skandalisiert.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

In der Tat müssen wir uns darüber unterhalten, wie es dazu kommen konnte, dass wir den **Digitalfunk** statt 2006 möglicherweise nicht einmal 2014 in Schleswig-Holstein einführen können. Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, ob nicht die Zeit mittlerweile die Einführung eines solchen eigenen Systems komplett überholt hat.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Herr Innenminister, ich bestreite nicht, dass der Digitalfunk dem Analogfunk in jeder Hinsicht überlegen ist. Das war ja der Grund dafür, dass er eingeführt werden sollte. Aber zu erklären, seit 2010 gebe es keine technische Weiterentwicklung, das sei in der heutigen Zeit das Nonplusultra - ich empfehle Ihnen wirklich, einmal in die Vereinigten Staaten zu reisen, nach Los Angeles, und dort ein Polizeirevier zu besuchen, um zu sehen, wie die dortigen Polizeibeamten - übrigens abhörsicher - miteinander kommunizieren, welche Datenübertragungen dort möglich sind, mit Bildern, in Echtzeit und allem Möglichen. Da wundert es mich überhaupt nicht mehr, dass uns die Amerikaner nicht ernst nehmen, wenn sie zu uns kommen und feststellen, mit welchen technischen Mitteln wir heute arbeiten in Anbetracht der Möglichkeiten, die es heute gibt.

(Beifall FDP und CDU)

Noch einmal: Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Abhörsicherheit der Telefone der Mitglieder der Bundesregierung etwas mit dem Aufbau eines eigenen Netzes zu tun hat. Das ist eine Frage der Verschlüsselungssoftware, die wir heute nutzen müssen, um mit dem normalen Handy völlig problemlos in öffentlichen Netzen unterwegs sein zu können, mit einer **Abhörsicherheit**, die der des Digitalfunks mit Sicherheit entspricht.

Herr Innenminister, ich möchte mich für Ihren Bericht bedanken. Eindrucksvoll und schonungslos - so sagen Sie selbst - listen Sie auf 13 Seiten auf, dass es neben dem Zwangsoptimismus aufgrund eines sehr langwierigen und in Teilbereichen miserablen Projektverlaufs eine Vielzahl von Problemen gibt, die im Zusammenhang mit der Einführung des Digitalfunks und dem Probetrieb in Schleswig-Holstein auftreten. Ich bin Ihnen deshalb besonders dankbar, weil ich bis zum 5. März, dem Aschermittwoch, eine Reihe von Karnevalsveranstaltungen besuchen muss und dann aus dem Bericht teilweise wörtlich zitieren kann. Ich bin mir sicher - das ist nicht Satire, das ist echt, was wir da beschreiben -, dass ich damit Begeisterungstürme auslösen werde. Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen, die wirklich gut sind. Erstens: „Unterbrechungen von Funkverbindungen durch Starkregen“. Zweitens: „In vielen Fällen noch keine Inhouse-Versorgung“. Drittens: „Eine allgemein schlechte Sprachqualität wird bemängelt“.

Zusammengefasst bedeutet dies: Die Polizisten sollten möglichst nicht bei Regen arbeiten und keine Häuser betreten. Dafür können die Beamten sich dann wenigstens an sonnigen Tagen an der frischen Luft gegenseitig schlecht verstehen.

(Unruhe)

Herr Innenminister, wir müssen uns eigentlich im Klaren darüber sein - ja, das ist für Sie zum Lachen, aber für die betroffenen Beamten ist das nicht mehr zum Lachen -, dass, wenn eine **einwandfreie Funkübertragung** innerhalb von Gebäuden und in dicht bebauten Stadtgebieten nicht sichergestellt ist, und zwar in jedem Fall, jeder einzelne Polizist, der sich in den im Bericht genannten Einsatzbereichen aufhält, unnötigen Gefahren ausgesetzt ist. Bestenfalls ist nur die Sprachqualität zur Leitstelle miserabel, aber was passiert, wenn der Beamte schlicht niemanden erreichen kann, um zusätzliche Unterstützung anzufordern? So geschehen im Oktober letzten Jahres in Lübeck, als zwei Polizeibeamte im Einsatz verletzt wurden, weil sie bei der Verfolgung eines verdächtigen Gewalttäters vergeblich um Hilfe gefunkt haben. Ihr Ruf hat nicht die Leit-

(Wolfgang Kubicki)

stelle, sondern einen Streifenwagen auf Fehmarn erreicht.

Herr Minister, daher bin ich froh darüber, dass sich das Thema um den **Digitalfunk** in Schleswig-Holstein einer derartigen Beliebtheit bei der schreibenden Zunft erfreut, weil dies den Druck erhöht, die **Probleme** wirklich anzugehen. Die Kritik an der Berichterstattung kann ich insofern schwer nachvollziehen, als es sich hier um berechnete Einwände im Zusammenhang mit der Sicherheit der vielen Beamtinnen und Beamten während ihrer Einsätze handelt. Sie haben dazu auf Ihrer Facebook-Seite geschrieben, was ich zitieren darf:

„Heute Morgen die übliche Berichterstattung über den Digitalfunk. Kommt alle acht Wochen in gleicher Form ohne neue Inhalte.“

Die Inhalte sind die gleichen, weil die Probleme beim Digitalfunk nach wie vor die gleichen sind. Diese sind von Ihnen, aber auch von Ihren Vorgängern, wie zum Beispiel Ralf Stegner, der mehrere Jahre lang Innenminister in Schleswig-Holstein war, nicht gelöst worden. Nach sieben Jahren und rund 70 Millionen € haben wir in Schleswig-Holstein einen operativen Probetrieb, der einige Regionalleitstellen und deren Beamte schier verzweifeln lässt. Herr Innenminister, wenn Sie hier nicht mehr zu bieten haben als die Kritik an der Berichterstattung, dann ist das wenig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem der Digitalfunk 2006 ursprünglich flächendeckend einsatzfähig sein sollte, nennt uns der Bericht aus dem Innenministerium nun eine neue Zielmarke. Ich zitiere:

„Nach aktueller Planung ist die Umstellung auf den Echt- beziehungsweise Wirkbetrieb für Ende des Jahres 2014 vorgesehen, ohne dass heute schon ein konkretes Datum benannt werden kann.“

Der 31. Dezember 2014, also Ende des Jahres 2014, wäre ein konkretes Datum, Herr Innenminister. Sie schreiben dazu ebenfalls auf Ihrer Facebook-Seite:

„Alle Defizite werden bis Ende des Jahres bearbeitet.“

Bearbeitet heißt nach meinem Sprachverständnis nicht abgebaut oder bewältigt. Sie werden einfach nur bearbeitet. Es mag sein, dass dies im Innenministerium das Gleiche bedeutet.

Herr Breitner, als Innenminister müssen Sie sich endlich für tragfähige Lösungen für alle Regionen des Landes einsetzen, und Sie müssen sie uns prä-

sentieren. Der Digitalfunk ist eine besonders große Baustelle in Schleswig-Holstein. Diese muss schnellstmöglich angegangen werden. Die positive Grundeinstellung zu diesem Projekt ist beinahe bewundernswert, doch es ist an der Zeit, dass Sie sich eingestehen, dass die zunehmende Belastung der Beamtinnen und Beamten in den **Leitstellen** primär auf den Projektverlauf und den in einigen Teilen des Landes desaströs verlaufenden Probetrieb zurückzuführen ist. Es wäre demnach ein gutes und wichtiges Signal für die Beamtinnen und Beamten, dass Sie ihre Sorgen teilen und die Probleme ernst nehmen. Die Beamten dürfen erwarten, dass im Zusammenhang mit dem Thema Digitalfunk mehr als nur öffentlichkeitswirksame Pressetermine vereinbart werden.

Herr Innenminister, wir werden im Ausschuss gezielt darüber diskutieren müssen, was ich heute Morgen als Stellungnahme eines nicht unbedeutenden Menschen in diesem Bereich von der Universität Kiel habe lesen dürfen. Professor Höher hat Folgendes erklärt, und ich darf zitieren:

„Selbst mit dem ursprünglichen Ziel, den digitalen Polizeifunk 2006 einführen zu wollen, hätte man in den 1990er-Jahren ausreichend Zeit gehabt, eine zuverlässige Funknetzplanung aufzustellen. Versorgungprobleme wie nun in Teilen der Kieler Bergstraße oder der Lübecker Altstadt wären vermeidbar gewesen. Es ist, wie sich jetzt bestätigt, mit zu wenig Basis-Stationen kalkuliert worden.“

Viel interessanter aber ist die Frage, die er aufgeworfen und als Kernproblem bezeichnet hat. Ich darf wiederum zitieren:

„Kernproblem aber sei, dass der digitale Behördenfunk schon heute ‚ein Auslaufmodell‘ sei. Die Technik basiere auf dem sogenannten TETRA-Standard von 1995, dessen technische Weiterentwicklung 2010 abgebrochen worden sei.“

Ich kann mir, ähnlich wie bei der Protonentherapie, deren Weiterentwicklung die Firma Siemens ebenfalls eingestellt hat, schwer vorstellen, dass die Einführung des Digitalfunks auf einem Standard, dessen Weiterentwicklung im Jahr 2010 eingestellt worden ist, wirklich ein zukunftsweisendes Modell für unsere Polizei in Schleswig-Holstein sein kann. Darüber werden wir in der Sache im Ausschuss fachlich vertieft diskutieren müssen, denn das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, mit veräl-

(Wolfgang Kubicki)

teter **Technik** moderne **Kriminalität** bekämpfen zu wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Nun hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs möchte ich feststellen, dass der Kollege Garg selbstverständlich recht hat, wenn er von einer hochnotpeinlichen Geschichte des Digitalfunks spricht. Das kann man sehr wohl ansprechen. Es ist eine hochnotpeinliche Geschichte, wenn eine Industrialisation wie unsere nach 20 Jahren nicht in der Lage ist, etwas so Simples zu etablieren.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ich adressiere dies ausdrücklich nicht an die Landesregierung, nicht an den Innenminister und nicht an die sich darum bemühenden Polizisten hier im Land. Es ist ausnahmsweise einmal ein schlechtes Zeugnis für unseren Föderalismus, denn auch der Bund hat sich bei diesem Thema nicht mit Ruhm bekleckert. Das ist ein extrem schlechtes Produkt. Provokant möchte ich Folgendes sagen: Wenn das unsere Visitenkarte für Exportmärkte wäre, dann wären wir auf dem Niveau von Nord-Korea.

Man muss aber sehen, dass das Bemühen der Polizisten, dieses System vor Ort zu etablieren, vernünftig zu bedienen und zu entwickeln, etwas anderes ist als das, was Sie, Herr Innenminister, am 19. Dezember 2013 hier im Haus gemacht haben. Ich möchte Sie dafür in Anspruch nehmen, dass Sie einen Erwartungshorizont geweckt haben, der nicht zu halten war. Sie haben hier am 19. Dezember 2013 mit dem Start des Digitalfunks Folgendes gesagt: Nach Jahren der Planung und der konkreten Vorbereitung, aber auch nach Rückschlägen und neuen Anläufen ist das digitale Funknetz in Schleswig-Holstein jetzt fertig und in Funktion. - Das war ein bisschen zu kühn. Jeder weiß, dass das System erst in den Probetrieb gehen musste.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Solche Erwartungen zu wecken ist damit vergleichbar, der Polizei Disneyland zu versprechen und ein Kettenkarussell abzuliefern.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Johannes Callsen [CDU])

Es geht nicht um die Fähigkeit, es geht nicht um das Skandalisieren. Es geht einfach darum, dass wir sachlich aufarbeiten, wie es dazu kommen kann, dass Sie seit Ende Dezember im letzten Jahr eine solche Fallhöhe erleben. Diese kommt daher, dass Sie etwas ankündigen und versprechen und dabei sehr vollmundig sind und in Ihrem Bericht offensichtlich nichts dazulernen, denn Sie beenden Ihren Bericht mit dem Satz: Niemand bei der Polizei will den Digitalfunk zurück. Der Kollege Kubicki hat es ausgeführt, was auch ich Ihnen bestätigen kann: Die Meinungen gehen durchaus auseinander, wenn Sie in der Bergstraße fünf Meter Abstand zu Ihrem Kollegen haben müssen, um Hilfe zu rufen. Dann wünschen Sie sich den analogen Funk zurück. Das muss man ganz klar feststellen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und FDP - Klaus Schlie [CDU]: Das geht trotzdem nicht, daher ist das falsch!)

Im Zusammenhang mit den planerischen Fehlern, die es in diesem Haus auch geben kann, habe ich mich über den Beitrag der Kollegin Nicolaisen gefreut. Mit diesem Thema können wir uns auf der Basis des Gutachtens des Landesrechnungshofs beschäftigen. Das gilt für den Fall, dass hier vor Ort etwas falsch gelaufen oder aus dem Ruder gelaufen ist. Wir könnten so feststellen, was hier möglicherweise auch an Geldmitteln falsch auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich will es ganz kurz machen, denn das Meiste wurde schon von den Kollegen gesagt: Wir brauchen einen Innenminister, der sich um die Basics der **Polizei** kümmert, also um das Einfache, das wirklich gebraucht wird. Wir brauchen keinen Innenminister, der sich selbst gut vermarktet. So könnten wir vielleicht in der nächsten Debatte über einen **Digitalfunk** sprechen, der aus den Kinderschuhen heraus ist. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die analogen Funknetze basieren auf einer uralten Technik, die zuletzt im Rahmen des Schengen-Abkommens modernisiert wurde. Das Analogfunksystem ist nicht nur veraltet, sondern auch stör anfällig. Hersteller rüsten deshalb um. Produktion und Weiterentwicklung finden beim Analogfunk quasi nicht mehr statt. Daher wird es zunehmend schwieriger, das Analogsystem überhaupt noch instandhalten zu können. Das Analogsystem ist ein echtes Auslaufmodell.

(Beifall Klaus Schlie [CDU])

Es hat viele Jahre gedauert, aber jetzt endlich steht das digitale Funknetz. Nach dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern ist Schleswig-Holstein das dritte Flächenbundesland, das ein **Digitalfunknetz** auf die Beine gestellt hat. Zusammen mit Hamburg, Bremen und dem nördlichen Teil von Niedersachsen ist der Norden insgesamt gut abgedeckt. Andere werden von unseren Erfahrungen lernen, den guten wie auch den weniger guten.

Die Vorteile des Digitalfunks sind nicht von der Hand zu weisen. Der Digitalfunk ermöglicht fortan, dass die Teilnehmerzahl eines Funkgesprächs begrenzt werden kann. Zudem können verschiedene Teilnehmergruppen, falls nötig, ein gemeinsames Funkgespräch aufnehmen. Von einem digitalen Funkgerät kann man nun auch ein Gespräch im öffentlichen Telefonnetz führen. Des Weiteren sind die Funkkanäle nur dann besetzt, wenn diese auch tatsächlich genutzt werden.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Auch das ist neu. Und dann wären da noch die Notruftaste, welche automatisch die Verbindung zur Leitstelle herstellen kann, und der GPS-Empfänger, mit dem die geografische Position ermittelt werden kann. All dies ist mit analogen Geräten nicht möglich.

Dass ein solches Mammutprojekt nicht wie aus dem Ei gepellt daherkommt, leuchtet ein. Schließlich handelt es sich um eins der größten technischen Modernisierungsvorhaben. Wir sollten die Probleme also nicht größer machen, als sie sind.

Insgesamt klappt die Arbeit mit dem Digitalfunk gut. Während des Wacken-Open-Air-Festivals sowie auch während der zwei letzten großen Stürme hier im Norden hat sich das System grundsätzlich bewährt. Doch es gibt auch regionale Ausnahmen, welche wir uns sehr genau angucken sollten, damit

diese Fälle möglichst schnell behoben werden können.

Dass zwei mobile Basisstationen die örtlichen Ausfälle auffangen sollen, ist sicherlich ein guter Ansatzpunkt. Vielleicht müssen noch weitere Basisstationen hinzugefügt werden. Bei diesen nicht abgedeckten **Funklücken** handelt es sich nicht um ganze Viertel oder Straßen, sondern lediglich um einen Bereich von etwa 100 m. Und diese Stellen kennen die Polizeibeamten auch ganz genau.

Nichtdestotrotz muss als Ziel dabei immer vor Augen sein ein flächendeckender und funktionierender Digitalfunk. Die ersten Schritte sind gemacht; nun muss auch das letzte Stück des Weges beschriftet werden. An dieser Stelle sollten wir die **Polizei**, die Feuerwehr, den Katastrophenschutz sowie den Rettungsdienst unterstützen und nicht noch weiter diskreditieren.

Worüber wir uns wohl alle hier im Haus einig sind, das ist doch die Tatsache, dass wir den Digitalfunk brauchen, und das besser heute als morgen. Worauf wir uns noch einigen können, ist, dass so ein neues System nicht einfach auf Knopfdruck freigeschaltet werden kann. Dass dies zu Unregelmäßigkeiten führen kann, ist wohl auch keine Überraschung. Einig sind wir uns auch darüber, dass wir diese **Probleme** beheben wollen. Guter Wille reicht wahrscheinlich nicht immer aus, sondern es geht dabei vielmehr um Ressourcen und Projektmanagement. Ich bin zuversichtlich, dass die leitende Organisation, auch mithilfe der zusätzlichen Mittel im Haushalt 2014, diese Aufgabe gut meistern wird.

Unsere Entscheidung war aber richtig: Wir wollen alle Beteiligten in diesem Modernisierungsprozess mitnehmen; denn wir alle haben das gleiche Ziel, nämlich zeitgemäße und handlungsfähige Rettungskräfte, damit die bestmögliche und schnellste Hilfe für alle garantiert werden kann. Diesem Ziel sind wir eigentlich näher, als dies manch einer meint.

Ich möchte auch gern noch einmal daran erinnern, dass dieses ein Ziel ist, das wir alle verfolgt haben, egal welcher Partei wir angehören. Ich glaube, dass das Ganze jetzt erst einmal in Gang gekommen ist, ist ein Zeichen dafür, dass dies in der Politik auch parteiübergreifend recht gut funktioniert hat. Somit konnten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Polizei und in der Schutzorganisation tatsächlich ein vernünftiges System zur Verfügung stellen. Dass dieses natürlich weiterentwickelt werden soll, ist eine Selbstverständlichkeit. Das aber machen wir zusammen mit den Mitarbeitern, und



(Lars Harms)

dann, glaube ich, kommt auch etwas Vernünftiges dabei heraus.

(Beifall SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Simone Lange zu einem Dreiminutenbeitrag das Wort.

**Simone Lange [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich und großartig, in welcher Rhetorik Herr Kubicki hier den **Digitalfunk** zur Schau stellt. In einem Atemzug werfen Sie mir vor, zur Mythenbildung beizutragen, und machen den Bericht des Innenministers zu einem Karnevalsbeitrag. Da soll noch irgendeiner Ihnen abnehmen, dass Sie ernsthafte und konstruktive Vorschläge haben, die Situation des Digitalfunks in Schleswig-Holstein voranzubringen! Das ist mir schleierhaft.

Sie konnten mir in keiner Weise darlegen, was Sie bewegt, wenn Sie wollen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei mit dem Digitalfunk arbeiten sollen, ohne mit ihnen gesprochen zu haben. Dies allein war Ihre Beurteilung des Berichts; das stelle ich heute einfach einmal so fest. Sie schwanken argumentativ zwischen einer Art Forderung von Analyse und der Darstellung, wie es in Amerika läuft. Alles in allem war das für mich ein Beitrag, der mir die Art, wie Sie als FDP zum Digitalfunk stehen, in keiner Weise nähergebracht hat.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin Lange, gestatten Sie - -

**Simone Lange [SPD]:**

Ich stelle mir am Ende des Tages die Frage: Stellen Sie den Digitalfunk nun ganz infrage oder nicht?

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin - -

**Simone Lange [SPD]:**

Kleinen Moment bitte. - Mit welchen Vorschlägen kommen Sie denn nun? Außer dass ich aus der Presse der letzten Tage wirklich großartige Beiträge

von Herrn Dr. Garg entnehmen konnte, der immer nur die Hälfte der Wahrheit dargestellt hat, habe ich heute nichts von Ihnen gehört, was zu einer Verbesserung der Situation des Digitalfunks beiträgt. - Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin - -

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki [FDP] begibt sich zum Rednerpult)

Das Wort für die SPD-Fraktion zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat noch nicht der Kollege Kubicki, da dieser ja nicht für die SPD-Fraktion spricht.

(Heiterkeit)

Da sich der Kollege Dolgner schon früher gemeldet hatte, ist es in diesem Fall korrekt, ihn zunächst aufzurufen. Danach haben selbstverständlich Sie das Wort. Bitte, Herr Dolgner.

(Christopher Vogt [FDP]: Der hat was nicht verstanden!)

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Wer etwas nicht verstanden hat, darauf kommen wir gleich noch zu sprechen.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass ich hier erlebe, dass sich die PIRATEN gegen einen offenen Standard aussprechen, der nicht kommerziell bei allen lizenziert ist, finde ich schon mal spannend. Das ist, glaube ich, ein Novum. Ich glaube, hier wird ein Standard, der 1995 das erste Mal definiert worden ist - als Standard, wohlgemerkt -, mit technischen Geräten verwechselt. Der MPEG-Standard ist übrigens auch schon ein bisschen älter. Da brauchen Sie gar nicht den Kopf zu schütteln. Aus frei zugänglichen Ressourcen können Sie gerne alles das noch einmal abchecken, was ich Ihnen jetzt erzählen werde.

Der TETRA-Standard wird in mehr als 100 Ländern eingesetzt. Er ist mitnichten das erste Mal 1995 eingesetzt worden, sondern er musste sich erst einmal zu einem Standard entwickeln, auf den man sich weltweit mehr oder weniger geeinigt hat, und dann hatte man halt eine entsprechende Umsetzung. Diese Umsetzung begann Mitte der 2000er-Jahre. Ich habe nun nicht mehr als 3 Minuten Zeit, um Ihnen näher zu erläutern, dass man die gleichen **technischen Probleme**, die man hier hat, in gewissen Situationen überall auf der Welt hat. Natürlich sind alle aufgefordert, das zu beseitigen.



(Dr. Kai Dolgner)

Übrigens: Nur weil ein Professor irgendetwas gesagt hat, muss es nicht automatisch richtig sein. Herr Kubicki, Sie sind doch sonst nicht so leichtgläubig, was das angeht. Es gab den Versuch der entsprechenden europäischen Institution, einen weiteren **Funkstandard** im Jahr 2010 zu etablieren. Dieser Versuch ist abgebrochen worden. Es gibt keinen Nachfolgestandard für TETRA. Wir haben also nicht die Wahl, jetzt etwas anderes zu nehmen, schon gar nicht zu diesem Zeitpunkt, sondern es kommt darauf an, ob die Funktionalität gerechtfertigt ist, immer das Neueste zu haben. Wenn Sie immer das Neueste haben wollen, dann werden Sie auch die Erfahrung machen, die Sie immer dann machen, wenn Sie das jeweils neue Betriebssystem immer gleich haben wollen. Diese laufen nämlich nicht automatisch besser und zuverlässiger. Das ist jedes Mal das Versprechen, das ist aber ein Irrtum.

Frau Nicolaisen, das mit der Ausschreibung und was da verkehrt gelaufen ist, sollten Sie vielleicht mit Herrn Schäuble besprechen beziehungsweise mit Herrn de Mazière. Das waren nämlich die beiden Verantwortlichen, die die entscheidenden Ausschreibungen gemacht haben. Als ich noch polizeipolitischer Sprecher in der Opposition war, habe ich das Thema wohlweislich nicht aufgegriffen. Ich habe hierüber auch keine Plenardebatten geführt; denn auch damals gab es schon Probleme. Es wäre nämlich schlicht und ergreifend unehrlich gewesen, so zu tun, als ob die Einführung eines internationalen Funkstandards in 119 Ländern ein lokales Problem in Schleswig-Holstein wäre, wo man lokalen Akteuren nun irgendeine Schuld zuordnen könnte.

(Beifall SPD)

Jeder hat seinen eigenen Politikstil.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Den muss er dann auch selber verantworten. Aber wenn Sie nichts Besseres haben, als einen offenen internationalen Standard, dessen Einführung sicherlich schwierig ist, so zu kritisieren, dass Sie so tun, als ob es hier irgendwelche Versäumnisse gibt, über die es sich zu empören gilt, zumal übrigens alle bis auf die PIRATEN in den verschiedenen Zusammenhängen damals mehr oder weniger an einem Tisch gesessen haben - -

Übrigens ist auch die Ausschreibung von 2010 im Bund von einer schwarz-gelben Koalition gemacht worden, das heißt, es waren ganz viele schwarz-gelbe Länder beteiligt. Übrigens liegt ein bis vor Kurzem schwarz-gelb regiertes Land mit der Einführung am meisten zurück, und das ist Bayern.

(Zuruf CDU: Nein! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur Schwarzen!)

- Bei der Einführung. In der Einführungsphase wurde Bayern schwarz-gelb regiert.

(Zurufe CDU und FDP)

- Nein, ich habe auch keine Pressemitteilung geschrieben, in der es geheißen hätte, in Bayern hätten die Leute keine Ahnung. Das würde ich an der Stelle unehrlich finden. Es gibt ja immer Leute, die hinterher ganz genau wissen, wie es hätte besser gemacht werden können. Schade, dass es 1995, 2002, 2006 und 2010 nicht die entsprechenden Hinweise gab. Aber wenn mir Herr Kollege Kubicki jetzt den Nachfolgestandard von TETRA als offenen Standard erklären kann, sodass man das weltweit nicht nur einer Firma entsprechend zuschancen muss, dann wäre ich ihm für die technische Hilfe sehr dankbar.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat der Abgeordnete Kubicki von der FDP-Fraktion.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich glaube, wenn Google eine Frage hat, dann fragen sie bei Dolgner nach.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Kollege Dr. Dolgner, lassen Sie uns diese Fragestellung tatsächlich im Ausschuss diskutieren,

(Heiterkeit SPD)

auch mit dem von Ihnen so kritisierten Professor einer immerhin renommierten deutschen Hochschule, nämlich der Uni Kiel, der tatsächlich mit dem Ausspruch zitiert wird: technisches Auslaufmodell. Er hat auch erklärt, welche Alternativen im Zweifel zur Verfügung stehen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Es gibt keine Alternativen!)

- Es ist schön, dass Sie das wissen. Aber ich würde das gern von anderen hören.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich will Frau Lange, weil sie durch meinen Beitrag emotional angefasst war, sagen: Im letzten Jahr konnte ich alle meine Reden mit dem Schlaglochkataster in Schleswig-Holstein schmücken.

(Wolfgang Kubicki)

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt mit Tempo 60!)

Es war bundesweit einmalig, dass wir damals keine Schlaglöcher repariert, sondern ein Kataster aufgestellt haben. - Oder Tempo 60, ist auch egal.

Es geht um die Frage: Wie stehen Sie zum Digitalfunk? Das ist eine völlig blöde Frage. Selbstverständlich habe ich gesagt: Der **Digitalfunk** ist dem **Analogfunk** haushoch überlegen. Aber wir müssen die Frage klären, warum wir zu lange brauchen,

(Beifall FDP)

einen Standard, von dem Herr Dr. Dolgner sagt, er sei in 119 Ländern sozusagen Standard, in Deutschland, in Schleswig-Holstein einzuführen und technisch umzusetzen. Das ist doch kein Angriff gegen den Innenminister, es ist kein Angriff gegen Leute, die dort beschäftigt sind. Das muss aber eine Ursache haben.

Wir könnten jetzt auch sagen: Sind Sie für oder gegen die Elbphilharmonie? Ich würde sagen: Eigentlich ist es mir egal, aber es muss mir jemand erklären, warum sie zehnmal so teuer geworden ist wie vorher geplant, und warum sie nicht fertig wird. Sind Sie für oder gegen den Flughafen Berlin/Brandenburg? Ich würde sagen: Ich bin dafür, aber es muss mir trotzdem jemand erklären können, warum er nicht in Betrieb gehen kann.

Man kann nicht sagen, das sei eine unbotmäßige Diskussionskultur, die wir hier haben, im Gegenteil. Es kostet mehr Geld, es kostet mehr Nerven, es ist möglicherweise technisch überholt. Wir Parlamentarier müssen die Frage klären: Ist das noch die richtige Herangehensweise? Und der werden wir uns im Ausschuss widmen. - Herr Dr. Dolgner.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Er möchte offenbar eine weitere Frage klären.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt kommt eine Belehrung!)

Sie lassen eine Frage zu. Habe ich das richtig verstanden, Herr Abgeordneter?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann hat der Kollege Dr. Kai Dolgner das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Ich mag ihn ja so sehr.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Informationsaustausch im Parlament ist doch keine Belehrung, Herr Kollege.

(Beifall SPD und FDP - Heiterkeit)

Herr Kollege Kubicki, ich freue mich schon auf die Ausschlussdiskussion mit Ihnen bei diesem Thema. Ich bin bereit, unsere FAG-Wette mit den sechs Flaschen Wein - Sie erinnern sich sicherlich; ich habe übrigens zu dieser ganzen Thematik nichts gefunden - um zwei Flaschen zu erhöhen und darauf zu wetten, dass es keinen normierten digitalen Funkstandard jenseits des TETRA gibt und dass uns auch der Herr Professor nichts anderes wird erklären können.

- Ich biete Ihnen eine andere Wette an. Die können Sie vielleicht annehmen, weil ich momentan glaube, dass Sie in dieser Frage beschlagener sind als ich. Ich biete Ihnen zwei Flaschen Rotwein zusätzlich an, dass Ende 2014 der Digitalfunk in Schleswig-Holstein nicht flächendeckend eingeführt sein wird,

(Zuruf SPD: Jugendschutz! Können Sie nicht Apfelsaft nehmen?)

31. Dezember 2014. Am 1. Januar 2015 können wir gemeinsam feststellen, ob das stimmt.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, ich bin kein Spekulant! - Heiterkeit)

- Ich pflege nur Wetten anzunehmen, bei denen ich mir sicher bin.

(Beifall und Heiterkeit)

Das sind keine Wetten mehr, Herr Kollege Dolgner. Es muss auch die Chance bestehen, dass ich gewinne. Sonst macht es keinen Spaß.

(Beifall und Heiterkeit)

Ich will einfach nur klarstellen: Es ist kein Angriff gegen den Innenminister, es ist auch kein Angriff gegen die Polizei. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin seit über 20 Jahren in diesem Parlament. Wir haben schon häufig versucht, eigene Sachen ins Werk zu setzen, die gnadenlos in die Hose gegangen sind, zum Beispiel das mit der Aktenerkennung bei der Polizei, mit einem internen Informationssystem in der Finanzverwaltung; Rainer

(Wolfgang Kubicki)

weiß das. Die spannende Frage ist immer: Müssen wir die Welt neu erfinden aus dem Wahn heraus, wir könnten es im Zweifel besser oder anders?

(Zuruf Minister Andreas Breitner)

- Herr Minister, wer auch immer. Die spannende Frage ist: Müssen wir immer Geld hinausschmeißen und anschließend zu der Erkenntnis kommen, dass wir uns das, was wir uns ursprünglich vorgestellt haben, nicht haben umsetzen können? Nicht mehr und nicht weniger wollte ich sagen. Das ist doch jeden Gehirnschmalz wert, Herr Dr. Dolgner, Ihren und meinen in gleicher Weise. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Mach einen Alternativvorschlag!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda für die Piratenfraktion.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Kollege Dolgner, ich nehme an, Sie haben die Rede vom Kollegen Kubicki und mir ein bisschen durcheinandergebracht. Ich habe mich mit keinem einzigen Wort zu den Standards ausgelassen. Das ist das Erste.

Das Zweite ist, ich kann mir gar nicht wünschen, dass das Projekt Digitalfunk noch einmal begonnen wird, weil wir dann noch einmal 20 Jahre warten, bevor wir in den Probetrieb gehen können. Vor diesem Hintergrund ist es ganz wichtig, dass wir den Digitalfunk tatsächlich jetzt in aller Ruhe starten lassen. Dazu gehört aber auch, dass man die Leute arbeiten lässt und nicht der Öffentlichkeit eine Wirklichkeit verkauft, die nicht da ist. Es muss wirklich ein **Probetrieb** sein, der seine Haken und Ösen haben wird, der nicht immer funktionieren kann. Das ist mir völlig klar. Es wird auch noch viel nachzuarbeiten sein. Aber dann wollen wir bitte nicht so tun, wie es geschehen ist: Das ist ein tolles Ding, wir sind das dritte Flächenland, wir bringen es an den Start, und eine Wirklichkeit suggerieren, die nicht da ist.

Die PIRATEN bekennen sich klipp und klar zu dem Digitalfunk, wie er jetzt auf den Weg gebracht ist, wenn Sie ihn auch als altertümlich betrachten. Das ist nach 20 Jahren nun einmal so, wenn sich eine Technik nicht weiterentwickeln kann, auch aufgrund der bekannten Problematik. Ich will gar nicht die kausale Erbsenzählerei beginnen, wer wann wie Schuld hatte. Dann sitzen wir nämlich morgen früh

noch zusammen. Die Schuldzuweisungen sind ganz unterschiedlich.

Es geht nur darum, dass wir das **Projekt an den Start bringen** und schauen, wo wir Fehler gemacht haben, wo Fehler gemacht worden sind, die zu vermeiden sind. Insofern hat der Kollege Kubicki völlig recht. Wir können nicht einfach nur herumlaufen und sagen: Wir machen es, und wir gucken gar nicht nach, wo wir es optimieren können.

Das sind die wichtigen Dinge. Noch einmal: Ich habe nicht ein einziges Mal von Standards gesprochen.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist beantragt worden, den Bericht, Drucksache 18/1433, zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 23:

**Konzept zur Zukunftsfähigkeit des UKSH**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1466

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung tatsächlich gegeben werden soll. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Dr. Waltraud Wende.

**Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! 2014 wird ein entscheidendes Jahr für das UKSH und damit auch ein entscheidendes Jahr für die Politik in Schleswig-Holstein, entscheidend aus zwei Gründen.

**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

Erstens. Wir beginnen mit der Umsetzung eines Plans zur wirtschaftlichen Konsolidierung für das UKSH. Die Schwerpunkte werde ich Ihnen gleich darstellen.

Zweitens. Mitte 2014 werden wir über notwendige Baumaßnahmen entscheiden.

Zur Konsolidierung. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hat die Landesregierung ein **Eckpunktekonzept** für die **wirtschaftliche Konsolidierung** des UKSH vorgelegt. Das Eckpunktekonzept basiert auf den Arbeitsergebnissen einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des MBW, die bereits wenige Monate nach der Landtagswahl ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie können daran sehen, dass diesem Thema hohe Priorität beigemessen wird. Das Eckpunktekonzept steht auf fünf Säulen. Lassen Sie es mich an ausgewählten Beispielen darstellen.

Erste Säule: **Bundesinitiativen**. Hier geht zunächst mein besonderer Dank an meine Kollegin, die Sozialministerin Kristin Alheit, der es gelungen ist, nach Jahren des Stillstands endlich Bewegung in die Verhandlungen zum **Basisfallwert** zu bringen. Erstmals ist Schleswig-Holstein bei der Abrechnung der entstandenen Krankenhauskosten nicht mehr auf Platz 16 von 16 Bundesländern, sondern bewegt sich mit weiteren acht Ländern auf gleicher Höhe. Wir gehen davon aus, dass das UKSH durch den neuen Landesbasisfallwert in Zukunft eine Mehreinnahme von 16 Millionen € pro Jahr haben wird. Eine weitere Angleichung, nämlich an den bundesdurchschnittlichen Basisfallwert, würde eine Erhöhung um zusätzliche 9 Millionen € bringen, und das muss unser Ziel bleiben.

Neben dieser weiteren Angleichung des Basisfallwerts braucht das UKSH - genauso wie bundesweit alle anderen Krankenhäuser der Maximalversorgung auch - einen **Zuschlag** für die **Extremkostenmedizin**.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und SSW)

Gegenwärtig werden sogenannte Extremkostenfälle nicht angemessen vergütet. Ich erinnere nur an die EHEC-Epidemie, die dem UKSH ein Defizit von 3,4 Millionen € eingebracht hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber auch den anderen Häusern!)

- Ein Teil der anderen Krankenhäuser hat aber nicht aufgenommen. Nur wir haben aufgenommen.

Darüber hinaus laufen uns die Kosten für die **Ambulanz** davon. Auch in diesem Bereich ist die Honorierung nicht annähernd kostendeckend. Im Jahr 2012 hatten wir ein Defizit in Höhe von 26 Millionen €. Die Ambulanzvergütung ist ebenfalls ein bundesweit zu lösendes Problem.

Last, but not least geht es um einen **Systemzuschlag** für die besonderen Leistungen der Universitätsmedizin, so wie von der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz und der Kultusministerkonferenz eingefordert.

Es kann nicht sein, dass laut Erhebungen des Verbandes der Universitätsklinika Deutschlands Jahr für Jahr mehr Universitätskliniken in die roten Zahlen rutschen. Lediglich 6 von 29 der befragten Universitätskliniken erwarten für 2013 ein positives Jahresergebnis.

Das macht deutlich, dass es sich um ein strukturelles Problem der Finanzierung der Hochschulmedizin handelt.

Im UKSH findet mehr als Krankenversorgung statt. Hier wird geforscht und gelehrt. Hier werden neue Behandlungsmethoden entwickelt und erprobt. Dafür benötigen wir einen Systemzuschlag.

Zweite Säule des Konsolidierungskonzepts: die **Reform der internen Organisationsstrukturen**. Hierbei geht es um effizientere Organisationsstrukturen im Bereich der konkreten Klinikarbeit, aber auch im Bereich der Krankenhausverwaltung zum Beispiel durch die Optimierung der Dienstpläne und durch andere strukturelle Maßnahmen.

Die interministerielle Arbeitsgruppe wird gemeinsam mit dem Vorstand das Kosten-Leistungs-Verhältnis aller 43 Kliniken und klinischen Institute einer Prüfung unterziehen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Dies geht naturgemäß nur in enger Abstimmung mit allen Beteiligten. Ein fester Zeitplan ist beschlossen. Erste Gespräche werden bereits im Januar stattfinden.

Dritte Säule des Konsolidierungskonzepts: die **Ausgaben**. Hierbei geht es um ein umfangreiches Maßnahmenpaket, mit dem die Kosten reduziert werden sollen. Überprüft werden soll zum Beispiel die Besoldungsstruktur im Bereich der Führungskräfte mit dem Fokus auf die Chefarztverträge. Überprüft werden soll auch die seit 2008 überdurchschnittlich angestiegene Zahl der außertariflichen Arbeitsverträge im Bereich der Krankenhausverwaltung.

**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

Überprüft werden soll ferner die Effizienz der Beschaffungspolitik bei Medizintechnik und Material.

Das UKSH leistet - anders als andere Krankenhäuser - nicht nur eine exzellente Krankenversorgung, sondern es dient laut Hochschulgesetz in erster Linie der universitären Forschung und Lehre. Dabei benötigen wir mehr Transparenz der jeweils anfallenden Kosten. Die Kosten für die Krankenversorgung müssen zukünftig von den Kosten für Forschung und Lehre getrennt ausgewiesen werden. Transparenz ist der erste Schritt hin zu mehr Effizienz und damit zur Kostenreduktion.

(Beifall Torge Schmidt [PIRATEN])

Bitte gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Blick zurück. Der **Konsolidierungsansatz von 2008** hat nicht die erhofften strukturellen Kostenreduktionen gebracht. Die Auslagerung von Teilbereichen aus dem Gesamtklinikum hatte lediglich eine kurzfristige Aufhübschung, ein kosmetisches Facelifting, der Jahresbilanz zur Folge. De facto sind dadurch die langfristigen Belastungen des UKSH jedoch nicht nachhaltig reduziert, sondern stattdessen sogar erhöht worden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vierte Säule des Konsolidierungskonzepts: die **bauliche Sanierung** des UKSH. Die bauliche Sanierung allein wird das UKSH wirtschaftlich nicht konsolidieren, aber sie wird dazu beitragen, dass Arbeitsabläufe effizienter gestaltet und damit Kosten eingespart werden können. Die bauliche Sanierung soll - so zumindest ist es geplant - als ÖPP-Projekt stattfinden. Darüber wird der Landtag voraussichtlich Mitte des Jahres entscheiden. Das ÖPP-Verfahren werden wir im Landtag noch gesondert diskutieren. Deshalb lassen Sie mich dieses Thema an dieser Stelle verkürzen.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten das Parlament kontinuierlich informieren. Am 6. Februar 2014 findet zum Beispiel eine gemeinsame Sitzung des Bildungs-, des Sozial- und des Finanzausschusses statt.

Lassen Sie es mich bereits an dieser Stelle deutlich sagen: ÖPP im Rahmen der baulichen Sanierung des UKSH: ja, aber eine Privatisierung des UKSH ist für mich keine Lösung.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Die desolante Situation der andernorts privatisierten Universitätskliniken spricht für sich.

Fünfte Säule der Konsolidierung: **Optimierung der Kommunikationsstrukturen**. Das UKSH ist mit 11.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der größte Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Das UKSH ist zudem das zweitgrößte Universitätsklinikum in Deutschland. Der Erfolg des UKSH ist ohne die Menschen, die hier arbeiten, nicht denkbar.

Deshalb haben wir erstmals einen **Beirat für Personalvertretungen** eingerichtet. Dabei geht es uns um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wir bei unseren Entscheidungen berücksichtigen möchten. Es wird keine Konsolidierung auf Kosten der Mehrheit der Beschäftigten geben.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Darüber hinaus nutzen wir externe Expertise. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, zwei bundesweit anerkannte Fachleute für den Aufsichtsrat zu gewinnen. Auch die Kompetenz und Erfahrung des Landesrechnungshofs werden wir in unsere Arbeit einbeziehen.

Die Sanierung des UKSH braucht Zeit. Das Ziel, im Jahr 2017 eine schwarze Null zu erreichen, ist sehr ambitioniert.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Wir verfolgen das Ziel, mit dem Konsolidierungskonzept im Jahr 2015 erste Erfolge verbuchen zu können. Ich wünsche mir, dass alle Fraktionen im Landtag dieses Ziel unterstützen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich eröffne die Aussprache und teile Ihnen zunächst mit, dass aufgrund der genutzten Redezeit durch die Ministerin jeder Fraktion 10 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Kollege Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, zunächst einmal herz-



**(Dr. Heiner Garg)**

lichen Dank für diesen Bericht. Üblicherweise ver-  
falle ich nicht in das Ritual, mich für Berichte zu  
bedanken und diese besonders zu loben, weil ich  
der Auffassung bin, dass es zum regelmäßigen Ar-  
beitsauftrag einer Verwaltung gehört, Berichte ab-  
zugeben. Das aber, was Sie uns heute präsentiert  
haben, ist zum ersten Mal seit sehr langer Zeit eine  
ganz klare Formulierung dessen, was Sie sich vor-  
stellen, wie das UKSH mittel- bis langfristig wieder  
finanziell auf eigene Füße gestellt werden kann.

Ich möchte an etwas erinnern und gleichzeitig dar-  
um bitten, dabei nicht missverstanden zu werden.  
Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie  
uns im Jahr 2003, als ich noch ein Parlamentsneu-  
ling war, vom damaligen Kultusstaatssekretär Steg-  
ner ein Konzept zur **Fusionierung der beiden  
Campi** präsentiert wurde. Dies beabsichtigte man  
damals nicht etwa deshalb, weil man nichts Besse-  
res zu tun hatte, sondern weil das UKSH zum da-  
maligen Zeitpunkt in finanziell schwieriges Fahr-  
wasser geraten war. Ich will einmal daran erinnern,  
dass der **Jahresfehlbetrag** zum Ende des Jahres  
2002 rund 11,5 Millionen € betrug und zum Ende  
des Jahres 2013 etwa 15,1 Millionen €.

Das ist eine Entwicklung, die sich so fortgesetzt  
hat. Ohne irgendwelche Schuldzuweisungen kön-  
nen wir heute, im Jahr 2014, feststellen, dass das  
Ziel, das ursprünglich mit der Fusionierung der bei-  
den Campi zum UKSH verfolgt wurde, nämlich  
auch das Erreichen der berühmten schwarzen Null,  
nicht erreicht werden konnte.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich habe vermutet, Herr Kollege Stegner, dass Sie  
sich jetzt dazu melden.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie denn, dass der Kollege Dr. Stegner  
das Wort bekommt?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja, selbstverständlich gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann hat Herr Abgeordneter Dr. Stegner jetzt das  
Wort. - Bitte schön.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kolle-  
ge Garg, es ist unbezweifelbar richtig, was  
Sie sagen. Könnte es nicht vielleicht auch  
sein - das war immer die Darlegung, die es  
von anderen dazu gegeben hat -, dass die

Verluste erheblich größer wären, wenn wir  
nicht fusioniert hätten, weil eine ganze Reihe  
von Synergieeffekten eingetreten sind, wenn  
auch weniger, als wir uns wünschen? Da Sie  
das immer kritisiert haben, bitte ich, sich ein-  
mal mit den Argumenten derer auseinander-  
zusetzen, die beschreiben, was wir an Defizi-  
ten dadurch vermieden haben, dass wir den  
Fusionsprozess eingeleitet haben, der - ohne  
Zweifel - schwierig war, viele Widerstände  
hatte und auch Fehler beinhaltet hat. Im  
Grundsatz bin ich ziemlich sicher. Es lohnt,  
der Frage nachzugehen, was passiert wäre,  
wenn die Klinika getrennt geblieben wären.  
Dann wäre das Defizit zwar an zwei Orten  
entstanden, aber es wäre höher, als wir es  
heute haben.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Da wäre ich nicht so vorschnell, Frau Kollegin  
Bohn. Die Defizitentwicklungen an den beiden un-  
terschiedlichen Standorten sind sehr unterschiedlich  
gewesen, auch schon vor der Fusion. Das hat sich  
nach der Fusion nicht unbedingt verbessert.

Die Frage erinnert mich ein bisschen an meinen al-  
ten Finanzwissenschaftsprofessor Alois Ober-  
hauser, damals der letzten Keynesianer in Freiburg,  
der solche Fragen auch immer mit der Gegenfrage  
beantwortet hat: Man wisse ja nicht, wenn man die  
Maßnahme A, B oder C eingeleitet habe, was pas-  
siert wäre, wenn man sie nicht eingeleitet hätte.

Herr Dr. Stegner, in der Tat weiß ich nicht, ob das  
Defizit möglicherweise nicht noch größer geworden  
wäre. Aber die Erwartung, die auch Sie damals ge-  
äußert haben, dass es damit gelingt, eine schwarze  
Null zu schreiben oder - sagen wir es weniger tech-  
nisch - dass das UKSH finanziell wieder auf eigen-  
en Füßen steht, hat sich durch die Fusion nicht er-  
füllt.

Sie haben auch gemerkt, dass das keine persönli-  
chen Schuldzuweisungen waren. Wir diskutieren in  
diesem Landtag seit zehn Jahren über das Thema.  
Heute haben wir von der Ministerin einen inhaltli-  
chen Fahrplan bekommen, was die Landesregie-  
rung zu tun gedenkt und welche Umsetzungsschrit-  
te dabei notwendig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus mei-  
ner Sicht ist eine der ganz zentralen Fragen, wie das  
Land in dem Rahmen, in dem es dafür die Zustän-

(Dr. Heiner Garg)

digkeit hat, die Möglichkeiten ausschöpfen möchte, dem UKSH wieder finanziell auf die Beine zu helfen. Ich will gar nicht mit irgendwelchen besonderen rhetorischen Höhepunkten, was Rekorddefizite im abgelaufenen Jahr anbelangt, kommen. Was mich bei der gesamten Diskussion inzwischen am meisten ärgert und mitnimmt, ist die Tatsache, dass seit Beginn der 2000er-Jahre Menschen, die im UKSH im mittleren, im ärztlichen, im Pflegebereich engagiert arbeiten und zum Teil über ihre Leistungsgrenze hinaus alles geben, damit die Patientenversorgung an beiden Standorten gewährleistet werden kann, immer wieder mit **Vorschlägen aus der Politik** konfrontiert werden. Ich will einmal etwas salopp sagen: Es wird immer wieder eine neue Sau durchs Dorf getrieben, es werden immer neue Vorschläge gemacht. Kaum einer wird zu Ende gedacht, geschweige denn zu Ende gebracht.

Am Ende bleibt - bislang jedenfalls -: Die jährlichen **Defizite** werden höher, der Bilanzverlust summiert sich mit dem aufgelaufenen strukturellen Defizit im vergangenen Jahr von 38 Millionen € auf über 200 Millionen €. Die Mitarbeiter, insbesondere diejenigen im Pflegebereich, haben in den vergangenen Jahren erhebliche Opfer gebracht, was ihre eigene Gehaltsentwicklung anbetrifft. Die Motivation dieser Mitarbeiter gerade auf dem anstrengenden Pfad, den sie gerade beschrieben haben, durch eine Kommunikationsverbesserung, zu erhöhen, ist wichtig. Ich glaube, es wird jetzt zum ersten Mal seit langer Zeit auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im UKSH gedacht. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei Ihnen, Frau Ministerin.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr deutlich herausheben will ich, dass Sie eine Frage nicht angesprochen haben beziehungsweise noch keine Antwort darauf geliefert haben. Wir haben es auf der einen Seite mit einem strukturellen Defizit aus dem vergangenen Jahr in Höhe von ungefähr 38 Millionen € zu tun, auf der anderen Seite haben wir es mit einem summierten Bilanzverlust von um und bei 203,5 Millionen € zu tun. Was denkt die Landesregierung auf dem schwierigen Weg zur finanziellen Sanierung des UKSH zu tun, wenn beim UKSH auf der einen Seite der **summierte Bilanzverlust**, der im nächsten Jahr vermutlich, selbst wenn das strukturelle Defizit geringer wird, steigen wird, auf der anderen Seite aber die **Renditeerwartungen** aus dem anspruchsvollen **ÖPP-Projekt** zu erfüllen sind, vor dem Hintergrund, dass das UKSH weiterhin an beiden Standorten ein Haus der Maximalversorgung bleiben

soll? Aus meiner Sicht wird das UKSH vermutlich gar nicht in der Lage sein, mit dem summierten Bilanzverlust fertig zu werden.

Ich stelle Ihnen jetzt die Frage: Hat die Landesregierung darüber nachgedacht, beispielsweise den summierten Bilanzverlust zu übernehmen, damit das UKSH überhaupt in der Lage ist, die jährlichen Renditeerwartungen, die in Höhe von 36 Millionen € sehr ambitioniert sind, im Verlauf des ÖPP-Verfahrens zu erfüllen? Wie soll das UKSH mit dem sich immer weiter erhöhenden Bilanzverlust umgehen? Das ist eine Frage, die beantwortet werden muss.

(Beifall FDP)

Das ist eine Frage, die auch vor dem Hintergrund beantwortet werden muss, welche anderen Optionen es außer den Verbesserungen, der Ablaufverbesserung im organisatorischen Bereich, den Verbesserungen, die ein besserer baulicher Zustand im einzelnen bringen wird, gibt.

Meine Damen und Herren, der **Landesbasisfallwert** allein - das ist mir wichtig - wird es nicht richten. Ich freue mich ausdrücklich über die 3,5-prozentige Steigerung. Es ist richtig, dass es zu einem bundeseinheitlichen Basisfallwert kommen muss. Wir können uns über **Systemzuschläge** und **Maximalzuschläge** unterhalten. Ich habe bei Ihrem Beitrag dazwischengerufen. Ich glaube nämlich, die Schwierigkeit dort wird sein, abzugrenzen, was wirklich medizinische Maximalversorgung ist und was nicht. Ich kenne die Forderung des UKSH. Ich fand Ihr Beispiel so typisch, weil auch andere Häuser bei der EHEC-Krise - wie das Westküstenklinikum in Heide - versorgt haben. Ich gehe davon aus, dass wir uns einig sind, dass solche Häuser trotzdem in Zukunft keinen Maximalzuschlag erhalten sollen. Deswegen wird es meiner Vermutung nach nur ein höherer Landesbasisfallwert nicht richten.

(Beifall Daniel Günther [CDU])

Der sorgt im Zweifel dafür, dass die Tarifsteigerungen in Zukunft wieder vernünftig aufgefangen werden können. Die dauerhafte Sanierung der finanziellen Probleme des UKSH wird ein Landesbasisfallwert allein selbst mit Maximalzuschlag nicht regeln.

Ich sage auch ganz deutlich: Nur die Erfüllung von Maximalwünschen an die Politik wird das UKSH allein auch nicht auf die finanziellen Beine bringen. Wir müssen die Fragen ehrlich diskutieren. Wir müssen beispielsweise darüber diskutieren, ob **hochdefizitäre Bereiche**, wenn man solche Berei-

(Dr. Heiner Garg)

che **an zwei Standorten** identifiziert, weitergefahren werden sollen. Das sind Fragen, die man diskutieren muss und die man ehrlich beantworten muss, wenn man am Ende das UKSH wieder auf vernünftige finanzielle Beine stellen will und damit nicht nur den Bereich gewährleisten will, den Sie eben angesprochen haben, Forschung und Lehre, sondern auch der medizinischen Maximalversorgung einer älter werdenden Bevölkerung in Schleswig-Holstein gerecht werden will.

Alles in allem: Wir stehen bei der Frage der finanziellen Sanierung des UKSH mit Sicherheit nicht am Anfang. Mir ist es wichtig, dass mit dem Versprechen, einem der größten Arbeitgeber dieses Landes wieder eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**, die bisher aus meiner Sicht am meisten dazu beigetragen haben, dass insbesondere der medizinische Betrieb so aufrechterhalten werden konnte, permanent in den laufenden Prozess einbezogen werden und in Zukunft bei den weiteren Schritten eben nicht zentral über ihre Köpfe entschieden wird.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

Ich schlage vor - mündliche Berichte überweist man nicht in Ausschüsse, das weiß ich -, dass wir das, was wir heute von der Landesregierung gehört haben, als Grundlage für die gemeinsame Ausschussberatung nehmen und jeden Detailpunkt sehr exakt in den nächsten Jahren auch auf dessen Operationalität hin überprüfen und begleiten, um zu schauen, ob das, was heute dargestellt wurde, 2017 tatsächlich eingetreten ist, wenn die schwarze Null in der Bilanz stehen soll. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Karsten Jasper [CDU])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Daniel Günther das Wort.

**Daniel Günther [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich aus ehrlicher Überzeugung für den Bericht bei der Frau Ministerin, weil ich weiß, wie viel Arbeit dort auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Ihrem Hause in diesen Bericht hineingesteckt wurde. Ich bedanke mich aber auch ausdrücklich bei den Kollegen der FDP dafür, dass Sie diesen Antrag gestellt haben, weil wir uns so über dieses wichtige Thema und das

Konzept der Landesregierung hier im Plenum austauschen können.

Herr Kollege Dr. Garg, wir haben am 6. Februar 2014 glücklicherweise schon eine gemeinsame Beratung. Da wird auch Professor Scholz zum baulichen Masterplan Stellung nehmen. Deswegen finde ich es gut, wenn wir in den zuständigen Fachausschüssen das in der Tat noch ein bisschen miteinander diskutieren; denn so dankbar ich für den Bericht bin, so wenig zufrieden bin ich mit dem Bericht, der hier vorgelegt worden ist.

(Martin Habersaat [SPD]: Das überrascht uns nicht! - Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Wenn Sie das nicht überrascht, dann überrascht mich das umgekehrt auch nicht. Mir ist das alles ehrlich gesagt ein bisschen zu wenig. Ich habe immer das Gefühl, dass diese Landesregierung nur langsam in Trab kommt. Wie hat das die Frau Finanzministerin beim Haushalt so schön gesagt? - 80 % sind Glück. - Hier beim UKSH hat man halt auch in den ersten zwei Jahren geschaut, ob man Glück hat. Wenn man sich die Haushaltszahlen ansieht, stellt man fest, dass man leider Pech gehabt hat. Ich finde, etwas eigenen Antrieb sollte eine Landesregierung hier mit einbringen, dazu ist das UKSH in Schleswig-Holstein ein zu großes Unternehmen, ein Unternehmen, das unglaublich viele Arbeitsplätze stellt. Mein Eindruck ist, dass die Landesregierung in den letzten zwei Jahren die Zügel ordentlich hat schleifen lassen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir haben uns immerhin - erst in der Großen Koalition, danach gemeinsam mit der FDP - zumindest das Ziel gesetzt, einmal eine **schwarze Null** zu erreichen. Da kann man sagen, dass es im Jahr 2010 in dem Fall nicht so ganz gelungen ist, aber ich habe das Gefühl, dass dieses Ziel in den letzten zwei Jahren völlig aus den Augen verloren wurde. Da wurde einfach gesagt: Gut, ja, dann haben wir es im Jahr 2010 nicht geschafft, und jetzt lassen wir die einfach mal ein bisschen weiterarbeiten und schauen, was dabei herauskommt. - Das Ergebnis ist: Während in den Jahren ab 2005 das **Defizit** eigentlich jedes Jahr halbiert wurde, verdoppelt es sich jedes Jahr, seit Frau Wende die Verantwortung dafür trägt.

(Lachen SPD)

Wir sind jetzt bei 38 Millionen €. Ich wundere mich überhaupt nicht darüber, dass jetzt langsam die Diskussion geführt wird - der Kollege Dr. Garg hat das eben auch gesagt - und auch wir uns irgendwann

(Daniel Günther)

darüber unterhalten müssen, dass wir als Land nachher noch die Schulden für das UKSH übernehmen müssen, weil es eben dadurch, dass sich das Defizit immer weiter auftürmt, selbst immer weiter in eine Schiefelage gerät.

Es tut mir leid: Wenn denn ein **Wirtschaftsplan** aufgestellt wird und dann nachher herauskommt, dass es eine so große Abweichung gibt, dass wir noch einmal 10 Millionen € mehr Defizit gemacht haben und dann allen Ernstes als Begründung die niedrigen **Basisfallwerte** genannt werden, verstehe ich das nicht. Erst einmal sind die schon lange so niedrig. Die waren auch bei den Vorgängerregierungen so niedrig. Aber insbesondere war auch bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes schon bekannt, wie niedrig die Basisfallwerte sind. Man muss bei allem Verständnis dafür, dass es nur noch sechs Universitätsklinika in Deutschland gibt, die in diesem Jahr noch schwarze Zahlen schreiben, schon sagen, dass es Universitätsklinika gibt, die schwarze Zahlen schreiben. Es gab bis 2011 übrigens eine deutliche Mehrheit, die schwarze Zahlen geschrieben hat. Das heißt, es ist auch möglich, in eigener Verantwortung etwas zum Abbau des Defizits beizutragen.

Ich glaube, dass in den letzten zwei Jahren die Zeichen der Zeit nicht verstanden worden sind. Das ist in anderen Universitätsklinika schlicht und ergreifend besser gemacht worden. Wir nehmen das immer so hin und erwarten, dass irgendwann endlich die Angleichung kommt. Der Meinung sind wir. Nur sind die Basisfallwerte in Schleswig-Holstein seit 2005 auch um 18 % erhöht worden, übrigens deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Bundesdurchschnitt sind die Basisfallwerte nur um 13 % angestiegen. Das heißt, wir als Schleswig-Holsteiner sind im Verhältnis schon bessergestellt worden, wenn es auch nicht komplett angeglichen wurde, das weiß ich auch. Während noch im Jahr 2005 der Unterschied teilweise bis zu 200 € im Vergleich zu den süddeutschen Ländern betragen hat, sind es heute nur noch 100 €. Das heißt, wir gleichen uns an die anderen Bundesländer immer ein Stück weiter an, deshalb halte ich es schlicht und ergreifend nicht für legitim, immer nur darauf zu hoffen, dass es irgendwann einmal Einnahmeverbesserungen durch andere gibt, aber bitte keine unangenehmen Entscheidungen hier treffen zu wollen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie werden sich schon darum kümmern müssen. Ich stelle das einmal für mich sehr nüchtern fest, weil ich den Bericht des Landesrechnungshofes schon sehr aufmerksam gelesen habe, und als Opposition

ist man immer etwas vorsichtig, von sich aus unpopuläre Themen anzusprechen: Aber beim Thema **Ärztevergütung** habe ich ehrlich ein Problem. Ich finde es richtig, dass man sich als UKSH darum kümmert, dass genügend gute Kräfte hierher kommen. Das ist schwierig, und obwohl wir eine schwierige wirtschaftliche Lage haben, müssen wir uns trotzdem um die Besten bemühen. Aber dass wir die niedrigsten Basisfallwerte und eines der höchsten Defizite haben - wir sind ganz hinten in der Tabelle -, und trotzdem zahlen wir 10.000 € pro Arzt mehr als der Durchschnitt der anderen Universitätsklinika? - Da muss ich sagen, dass ich damit echt einige Probleme habe. An dieses Thema müssen wir miteinander herangehen. Wie sollen wir ansonsten von diesem Defizit herunterkommen?

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Ich finde tatsächlich - das will ich eingestehen -, dass in dem Bericht einige Punkte in dem **Säulenmodell** enthalten sind, über die es sich definitiv zu diskutieren lohnt. Das ist deutlich mehr, als ich ursprünglich befürchtet und nach dem, was ich aus der Pressemitteilung von Oktober herausgelesen hatte, erwartet hatte. Insofern haben wir schon Ansätze. Die Frau Ministerin hat auch darum gebeten, dass wir das solidarisch mittragen. Ich will - auch für andere Oppositionsparteien - sagen, dass wir als Opposition beim UKSH immer recht solidarisch waren. Beim **baulichen Masterplan** haben wir

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

in den Gesprächen immer wieder gesagt: So schwierig das ist und so enorm die Summen sind, die wir zu tragen haben, aber in dem Bereich machen wir keine knallharte Oppositionspolitik, dazu ist uns das Unternehmen zu wichtig.

Aber ich würde mir umgekehrt auch wünschen, dass wir vielleicht gemeinsam etwas mehr Herzblut hineinfließen lassen, dass wir neben dem baulichen Masterplan vielleicht auch die eine oder andere Maßnahme durchsetzen, damit dieses Defizit auch abgebaut werden kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Martin Habersaat das Wort.



**Martin Habersaat [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Prognosen für künftige wirtschaftliche Erfolge ist das so eine Sache. Spätestens seit Helmut Kohl erklärte, es werde niemandem schlechter gehen als zuvor, und es werde uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, spätestens seitdem ist Skepsis angesagt.

(Zurufe)

- Ich finde, wenn Herr Meyer heute Morgen Marx zitieren konnte, darf ich auch einmal Helmut Kohl zitieren.

Nun ist das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein nicht die DDR, schließlich ist es selbst Produkt einer Vereinigung. Es ist geradezu überraschend, dass wir hier nicht im Monatstakt über die **Sanierung des UKSH** reden, obwohl die bisherigen Sanierungsbemühungen ja zugegebenermaßen und offenkundig nicht wirklich von Erfolg gekrönt waren.

Zur Erinnerung: Im Dezember 2013 haben wir erfahren, dass das Defizit mit knapp 40 Millionen € ein Rekordhoch erreicht hat. Prognostiziert waren nur 28 Millionen €. Wir alle waren uns in der Vergangenheit weitgehend darüber einig, dass interne Maßnahmen des Unternehmens nur zu einem kleinen Teil dazu beitragen können, dass das UKSH irgendwann einmal eine ausgeglichene Bilanz hat. Natürlich ist es völlig richtig von Herrn Professor Scholz, dieses Ziel nicht ad calendae graecas zu verschieben. Wir waren uns auch immer darüber einig, dass das Land nicht in der Lage ist, die zusätzlichen Investitions- und anderen Bedarfe aus dem Landeshaushalt vollständig zu decken, sondern dass es einer **Verbesserung der Rahmenbedingungen** bedarf.

Wir haben in der Vergangenheit gemeinsam immer wieder beklagt, dass die **Basisfallwerte**, die für Behandlungen in Schleswig-Holstein angesetzt waren, extrem ungünstig waren. Es ist hier wirklich ein Durchbruch, dass es der Landesregierung gelungen ist, durch Verhandlungen auf Bundesebene für eine substanzielle Verbesserung zu sorgen, die dem UKSH jährlich etwa 16 Millionen € einbringen wird.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD], Dr. Ralf Stegner [SPD] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Günther, dafür wurde mit Sicherheit deutlich mehr getan, als nur in Kiel zu sitzen und zu hoffen.

Meine Fraktion ist mit der Ministerin ganz und gar darin einig, dass wir eine Angleichung an den bundesweiten Durchschnitt bei den Basisfallwerten anstreben sollten, ebenso einen **Zuschlag** für die **Extremkostenmedizin**.

Die Universitätsklinika stehen bundesweit finanziell deswegen so schlecht da, weil sie eine doppelte Aufgabe wahrzunehmen haben. Neben der medizinischen Maximalversorgung steht die Aufgabe, die nächste Generation der Medizinerinnen und Mediziner während des Studiums und nach dem Studium auf ihren Beruf vorzubereiten und im Verbund mit den Universitäten Forschungen durchzuführen. Deshalb brauchen sie einen Systemzuschlag, der schon lange und von vielen politisch gefordert wird.

Die SPD hat in den Diskussionen der vergangenen Jahre immer wieder betont, dass Lohndumping und Stellenabbau der schlechteste Weg zu einer Sanierung sind. Die **Beschäftigten des UKSH** haben in der Vergangenheit erhebliche Beiträge dazu geleistet, das Defizit nicht ins Uferlose anwachsen zu lassen. Demotivierte und überarbeitete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollte es in keiner beruflichen Sparte geben, wenn es jedoch welche sind, die mit Patienten zu tun haben, gefährdet das deren Gesundheit und im Extremfall deren Leben. Eine bessere Kommunikation innerhalb des Unternehmens zwischen Vorstand und Personalvertretung ist sicher keine schlechte Idee, Frau Wende. Wenn das Wissenschaftsministerium hier moderiert, unterstützen wir das sehr.

Wir werden im neuen Jahr den Weg zu einer **baulichen Sanierung** noch ausführlich zu besprechen haben. Wir wissen, dass es im UKSH, aber auch außerhalb erhebliche Zweifel daran gibt, ob das **ÖPP-Projekt** der richtige Weg ist oder ob angesichts der zurzeit extrem niedrigen Zinsen die Baumaßnahmen nicht doch besser in Eigenregie des Landes angefasst werden sollten. Das ist aber nicht heute auszudiskutieren und heute zu entscheiden. Für heute gilt es, dem MBW für diesen Bericht zu danken, darauf hinzuweisen, dass ich damit nicht das ÖPP infrage gestellt haben wollte, und die CDU darum zu bitten, außer mit der Ansage, die Ärztegehälter sollen sinken, auch mit konstruktiven Vorschlägen in die Debatte einzugreifen. Wir stehen zum UKSH in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft und werden es weiter auf seinem Weg zur wirtschaftlichen Konsolidierung unterstützen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



(Martin Habersaat)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, auch von meiner Fraktion herzlichen Dank für Ihren Bericht. Sie haben es erwähnt: Das UKSH ist mit über 11.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in unsrem Land. Es werden dort Menschen mit schwersten Erkrankungen auf höchstem medizinischen Niveau behandelt und - Sie haben es auch erwähnt - es wird gelehrt und geforscht.

Es ist einer solchen Debatte angemessen, dass wir hier im Parlament einmal unseren Respekt gegenüber all denen äußern, die hier Verantwortung tragen: im Management, in der Lehre, in der Medizin, in der Pflege und im Service. Es gehört sich, dass wir diesen Respekt vor den Menschen aussprechen, die jeden Tag diese hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Außerdem - Herr Garg, Sie haben es gesagt - sind wir hier alle in der Verantwortung für ein gut funktionierendes UKSH. Es stimmt tatsächlich: Niemand, der in diesem Parlament arbeitet, kann sich in die Büsche schlagen. Wir sind in einer Verantwortungsgemeinschaft. Das UKSH ist und bleibt als Maximalversorger ein starkes und leistungsfähiges Universitätsklinikum.

Frau Ministerin, Sie haben es gesagt: Was wäre denn, wenn wir in der EHEC-Krise kein UKSH gehabt hätten? An dieser Stelle möchte ich einmal erwähnen, dass es schon ein Übel in unserem Gesundheitssystem ist - wir haben ja vor einigen Tagen den AOK-Bericht gehört -, als **teuerstes Gesundheitssystem in der Welt** mit nicht immer **guten qualitativen Ergebnissen** dazustehen. Es ist doch ein Übel, dass ein so hochbezahltes Gesundheitssystem, das wir alle mittragen - die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitgeber -, keinen finanziellen Spielraum hat, um auf solche finanziellen Epidemien zu reagieren. Für mich ist das ein Anachronismus. Es zeigt, dass im System etwas nicht in

Ordnung ist. Es ist unsere Aufgabe, da einmal nachhaltig heranzugehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie fordern in Ihrem Antrag ein Konzept, die strukturellen und organisatorischen Defizite abzubauen. Wie wir wissen, ist gerade die Frage der **Organisationsentwicklung** in einem solch großen Unternehmen mit 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Führungskräften eine der schwierigen Aufgaben. Organisationsentwicklung ist ein sehr komplexer Vorgang. Es ist eben nicht eine leichte Sache, zu sagen: Hier drehe ich einmal an einem Rad und das UKSH ist von heute auf morgen in der Lage, eine andere Politik zu machen. Es ist ein großer Tanker. Wir müssen uns vorstellen: Hier werden Veränderungsprozesse nur sehr langsam nachhaltig vonstatten gehen, wenn sie auch eine strategische Wende zum Ziel haben.

Frau Ministerin, das haben Sie in Ihrem Bericht sehr klar und sehr strukturiert offengelegt. Sie haben auch deutlich gemacht, dass dieses **Eckpunktekonzept**, das Sie verantworten, mit den fünf Säulen: Bundesinitiative, Reform der internen Organisationsstruktur, Ausgabencontrolling, bauliche Sanierung und die Optimierung der Kommunikationsstruktur, ein sehr gut aufeinander abgestimmtes Eckpunktepapier ist. All diese Steuerungsdinge, die auch strategisch gesetzt werden müssen, werden von Ihnen besetzt. Ich wertschätze es sehr, dass Sie in Ihrem Bericht deutlich gemacht haben, welches ein anspruchsvolles Arbeitsjahr 2014 für Ihr Ministerium, für Sie persönlich und für Ihren Staatssekretär sein wird. Sie haben deutlich gemacht, dass Sie das Parlament umfassend an diesem Prozess beteiligen. Dafür danke ich Ihnen herzlich.

Mehr geht nicht. Deshalb müssen wir, sehr geehrter Herr Günther, doch noch einmal auf das eingehen, was Sie gerade gesagt haben. Wir haben zum ersten Mal einen schlüssigen Arbeitsprozess vorliegen. Ich erinnere daran, dass es ja gerade Ihre Minister und Staatssekretäre - von Herrn Dr. Bastian bis zu Herrn de Jager waren -, die lange Verantwortung für das UKSH hatten. All die Jahre haben wir vermisst, dass uns ein solches **strukturelles Konzept** einmal vorgelegt worden wäre. Herr Kollege Günther, dass Sie uns das jetzt in die Schuhe schieben, ist nicht redlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Günther, lassen Sie mich noch einen zweiten Aspekt nennen: Wir sollten uns darüber verständi-

(Dr. Andreas Tietze)

gen, dass in diesem Haus endlich mit einer „Besserwisserritis“, was das UKSH angeht, Schluss sein muss. Das hilft weder dem UKSH noch den Menschen. Es ist an der Zeit, jetzt den Konzentrationsprozess voranzubringen und nicht immer wieder die politischen Ränkespiele und gegenseitigen Schuldzuweisungen zu praktizieren. Damit muss endlich einmal Schluss sein.

Frau Ministerin, die wichtigsten Punkte, die uns als Fraktion begleiten und die hier angesprochen wurden, sind die Punkte des Masterplans. Die **bauliche Sanierung** ist für mich eines der zentralen Projekte. Hier geht es um den jahrzehntelangen Investitionsstau. Für die nächsten Gewinne, die das UKSH erwirtschaftet, ist es notwendig, die Sanierung schnell umzusetzen und den wettbewerblichen Dialog, der jetzt läuft, voranbringen.

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass dieser wettbewerbliche Dialog im Kern auf ein Festpreismodell hinausläuft. Es ist ein kluges Instrument, dass ein Baukonsortium im Rahmen eines **ÖPP** vertraglich gebunden wird. Damit verhindern wir, dass wir in ein Berliner-Flughafen-Desaster oder in ein Elbphilharmonie-Desaster hineingeraten. Wir haben die Möglichkeit, das vertraglich abzusichern. Das ist ein kluger Weg.

Herr Dr. Garg, Sie haben es angesprochen - das haben wir hier aber auch schon mehrfach diskutiert -: Schaffen wir es, diese 36 Millionen € zu erwirtschaften? Wir müssen in diesem ÖPP-Projekt jetzt ein kluges **Zins- und Finanzmanagement** verfolgen. Die erwirtschaftete Rendite muss im System bleiben und nicht zur Verwirklichung irgendwelcher hochfliegender Rendite-Ideen oder Hedgefonds dienen. Wir müssen ein Projekt haben, bei dem wir mit öffentlichen Konstruktionen den Zinssatz möglichst niedrig halten. Eine Patronatserklärung haben wir hier ja auch schon diskutiert. Es darf nicht dazu kommen, dass das UKSH künftig wie eine Zitrone ausgepresst werden muss, damit wir die jährlichen Kosten des Asset-Modells finanzieren. Das darf nicht unser Politikansatz sein.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, auch ich habe mich kürzlich etwas über diese angekündigte **schwarze Null** gewundert. Man hört das immer wieder. Ich möchte einfach noch einmal sagen: Bleiben wir da doch auf dem Teppich! Es hätte mich schon gefreut, wenn das UKSH gesagt hätte, wir wollen uns jetzt richtig anstrengen, um mehr zu tun und die Chancen, die sich in Berlin über den Basisfallwert

und all die anderen Dinge, die da im Koalitionsvertrag angesprochen worden sind, eröffnen - zum Beispiel auch die Finanzierung der Hochschulambulanzen - zu nutzen. Ich hätte mich also gefreut, wenn man gesagt hätte: Ja, wir machen uns auf den Weg. Ich habe mich aber ein bisschen geärgert, dass das schon wieder mit der schwarzen Null verbunden worden ist. Denn bei allen von uns hier im Haus gehen die Alarmglocken los, wenn wir das hören. Wahrscheinlich ist das fraktionsübergreifend so.

Herr Günther, noch ein Satz zu den von Ihnen angesprochenen Verlusten. Ich habe das noch einmal im Landesrechnungshofbericht nachgeschlagen. Der kumulierte Finanzverlust des UKSH zwischen 2003 und 2010 lag bei 134 Millionen €. Dass Sie uns hier also weismachen wollten, dass wir in zwei Jahren die Schulden im UKSH aufgefüllt hätten, das ist ein Tollhaus, das ich Ihnen so nicht durchgehen lassen kann.

(Zurufe CDU)

- Das kann ich nicht durchgehen lassen, nein. Das ist auch nicht wahr. Denn in dem Moment lassen Sie die letzten zehn Jahre, in denen Sie hier die Verantwortung getragen haben, locker und charmant unter den Tisch fallen. Das lasse ich Ihnen nicht durchgehen.

Ich glaube, in allen Redebeiträgen ist deutlich geworden, dass die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** wissen müssen, wo es hingeht. Ich finde, die haben in den letzten Jahren viel geschultert. Jetzt dürfen auch sie einmal in den Fokus geraten. Fünf Jahre ohne tarifliche Aufwüchse für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege und im Service - ich finde, das ist jetzt auch einmal genug. Jetzt sind sie mal dran.

Sie haben schon die Chefarztverträge, die **Arztverträge**, genannt. Wenn man bei 440 Millionen € Personalkosten derzeit 30 Millionen € für außertarifliche Verbindlichkeiten für Ärzteverträge beim UKSH hat, dann ist da etwas in ein Missverhältnis geraten. Herr Günther, wir nehmen Sie da beim Wort. Wenn Sie an unserer Seite stehen, werden wir auch beim Thema Chefarztverträge vorankommen. Da ist es immer wieder hin- und hergegangen. Wenn wir da wirklich ran wollen, und Sie sich mit an unsere Seite setzen, lassen Sie uns doch einmal im Ausschuss darüber reden, wie so etwas tatsächlich umgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit dem Satz schließen, dass wir unsere politische Verantwortung für das UKSH in diesem Haus nur dann

(Dr. Andreas Tietze)

voranbringen können, wenn wir alle an einem Strang ziehen, wenn wir das gemeinsam machen. Wir müssen unser einziges Maximalversorgerhaus in Schleswig-Holstein zukunftsfähig machen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN erlaube ich Herrn Abgeordneten Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich als erstes bei der Ministerin für den Bericht bedanken. Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Ich glaube, ich fange einmal mit der **schwarzen Null** an, die hier immer wieder kursiert. Die Äußerungen von Herrn Scholz sind die Äußerungen eines Vorstandsvorsitzenden, die natürlich optimistisch sind, die aber auch als solches zu bewerten sind. Ich glaube, wenn er sich anders äußern würde, würde mir das deutlich mehr Angst machen.

Ganz klar ist, dass wir uns ein dauerhaftes Defizit beim UKSH als Land mit unserer Haushaltssituation nicht leisten können.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das **UKSH** hat 2013 ein **Defizit** in Höhe von circa 40 Millionen € aufgewiesen. Es gibt eine Menge an Maßnahmen gegen dieses Defizit. Viele davon wurden ja heute schon angesprochen. Dazu gehört der **Landesbasisfallwert**. Ich halte es für sehr richtig und wichtig, dass er erhöht worden ist. Ich möchte der Landesregierung dafür danken, dass sie das erreicht hat. Das UKSH rechnet hierdurch mit Mehreinnahmen in Höhe von circa 15,8 Millionen €.

Ein nächster Punkt, der angesprochen wurde, waren die **Entlastungen** für **Maximalversorger**. Hier hat sich die Bundesregierung einiges auf den Zettel geschrieben. Da können wir hier in Schleswig-Holstein relativ wenig machen. Man muss ganz ehrlich sagen, die Erfahrungen, die wir in Schleswig-Holstein gesammelt haben, zeigen, dass man sich nicht allein auf die Bundesregierung verlassen sollte. Wir haben selbst Hausaufgaben zu machen, darauf sollten wir uns hier auch konzentrieren.

Diese Hausaufgaben, die wir machen müssen, sind **strukturelle Maßnahmen** und **operative Maß-**

**nahmen** im Krankenhaus selbst. Herr Scholz hat also selbst viel zu tun. Die Hausaufgaben, die Herr Scholz hat, hat ihm im Prinzip schon der Landesrechnungshof aufgegeben. Wenn man sich die Bemerkungen vom Landesrechnungshof aus dem Jahr 2013 anschaut, sind diese Aufgaben dort schon sehr speziell und genau aufgeführt. Die Maßnahmen, die dort beschrieben werden, lohnen auf jeden Fall, sich mit ihnen zu beschäftigen und sie auch durchzusetzen.

Die **Kosten der Ärzte** sind ebenfalls ein wichtiges Thema. 10.000 € pro Jahr im Durchschnitt mehr gegenüber anderen Universitätskliniken sind ein Luxus, den wir uns gar nicht leisten können. Das summiert sich auf jährlich 13,5 Millionen € hoch. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Der Landesrechnungshof spricht noch ein weiteres Problem an. Nämlich das starre **Arbeitszeitenmodell** im UKSH. Derzeit gelten beispielsweise Regelarbeitszeiten von 7:30 beziehungsweise 8 Uhr bis 16:30 beziehungsweise 17 Uhr, die restliche Zeit ist Bereitschaftsdienst. Das zu ändern, ist eine simple betriebswirtschaftliche Maßnahme. Es ist lange Jahre vergessen und verschlampt worden, hier tätig zu werden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Hier muss man auch einfach einmal kaufmännischen Sachverstand anlegen und eine Änderung durchziehen.

Das UKSH hat selbst einmal ausgerechnet, wenn man diese Regelarbeitszeit auf 7:30 bis 22 Uhr ausweiten würde, dass das zu einer Einsparung in Höhe von 14 % bei den Bereitschaftskosten führen würde. Das wären 2010 854.000 € gewesen. Natürlich ist eine solche Veränderung bei den Ärzten nicht wirklich beliebt. Das kann ich durchaus nachvollziehen. Aber trotzdem sollte der Vorstand dieses Problem angehen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

2013 - das wurde schon angesprochen - haben die beiden Universitätskliniken in Kiel und Lübeck fusioniert. Ich glaube, uns allen ist bewusst, dass eine solche **Fusion** viele Möglichkeiten und Chancen bietet, das Universitätsklinikum zu sanieren und auf vernünftige Beine zu stellen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich bin mir allerdings auch sehr sicher, dass viele **Synergieeffekte**, die erzielt werden könnten, leider noch nicht genutzt werden. Herr Garg hat es schon

(Torge Schmidt)

angesprochen, wir müssen uns auch ernsthaft die Frage stellen und ehrlich darüber diskutieren, ob wir wirklich jede Art von Klinikum und jede Forschungsanstalt an zwei Standorten gleichzeitig vorhalten müssen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Gerade hochdefizitäre Einrichtungen sind infrage zu stellen, wir müssen uns fragen, ob wir sie uns leisten können.

Zuallerletzt möchte ich ganz kurz auf den **baulichen Masterplan** eingehen. Ich glaube, hier werden seitens der Regierung, aber auch von anderen Leuten, viele Hoffnungen geschürt, dass das der Heilsbringer und die Lösung des Problems ist. Ich bin da ein bisschen skeptischer. Wo diese **hohe Rendite** aus diesem baulichen Masterplan herkommen soll, da bin ich mir noch nicht sicher. Aber ich bin mir sicher, dass die Fakten dazu noch kommen werden. Es ist noch recht früh, hierüber im Detail zu diskutieren, weil im Detail dazu noch gar nichts auf dem Tisch liegt.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Ja.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Schmidt, wären Sie so freundlich, uns dann zu erzählen, wie Sie die 380 Millionen €, die der Investitionsstau beträgt, finanzieren wollen?

- Herr Kollege Tietze, wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass ich skeptisch bin hinsichtlich der Rendite des baulichen Masterplans. Wenn Sie mir noch ein bisschen weiter zuhören würden, würde ich außerdem noch erzählen, dass ich es für sinnvoll halte, diesen baulichen Masterplan umzusetzen - allein aufgrund des Zustands der Gebäude in Lübeck und Kiel muss das gemacht werden. Ich sehe aber nicht, dass man sich zu sehr auf diese einzelne Maßnahme versteifen und darauf hoffen sollte: Wenn wir das jetzt durchführen, dann wird alles gut. Es gibt definitiv noch viel mehr Maßnahmen, die wir zusätzlich zu diesem baulichen Masterplan umsetzen müssen. Ob man diese Rendite, die angesprochen worden ist, wirklich erwirtschaften kann, werden wir sehen, wenn die Zahlen und Fakten auf dem Tisch liegen. Noch bin ich da skeptisch.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit ist meine Frage nicht beantwortet!)

- Herr Tietze, ich habe Ihre Frage beantwortet, indem ich gesagt habe, dass wir den baulichen Masterplan umsetzen sollten. Es geht um die **Finanzierung** des baulichen Masterplans. Es ist klar, die Regierung hat richtige Schritte eingeleitet. Ich halte dieses Mischmodell mit dem ÖPP für einen Weg, der die Kosten des baulichen Masterplans reduzieren kann. Wie gesagt, dieser bauliche Masterplan ist noch offen. Wir werden demnächst im Ausschuss darüber reden. Dann haben wir hoffentlich auch Fakten und Zahlen auf dem Tisch, mit denen wir uns intensiv beschäftigen können. Aber im Moment stochern wir doch nur im Nebel rum. Vielleicht wissen Sie da mehr als ich - alles andere wäre auch zu transparent.

Natürlich wollen wir zu einer hohen Rendite kommen. Ich bin mir zum Beispiel sicher, dass eine **gemeinsame Bettenstation** an beiden Standorten eine deutliche Rendite bringen würde, weil das zu einer höheren Auslastungsquote führen würde. Das ist sicherlich ein richtiger Ansatz, und ich finde ihn gut.

Eins möchte ich allerdings sagen, und ich freue mich, dass die Ministerin das auch so klar und deutlich gesagt hat: Diese Sanierung über den baulichen Masterplan darf nicht auf Kosten des Großteils der Arbeitnehmer umgesetzt werden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Frau Ministerin, ich bin sehr froh darüber, dass Sie dies so klar gesagt haben. Ich möchte Sie hier ausdrücklich unterstützen. Ansonsten wird das Thema Masterplan noch spannend werden.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, der mir sehr gefallen hat. Diesen Punkt unterstütze ich ausdrücklich. Ich meine den Umstand, dass die **Kosten von Krankenhausbetrieb und Wissenschaft** deutlich voneinander zu trennen sind, und zwar auch finanziell. So kann man sehen, wo die Probleme liegen. Der eine Bereich darf nicht zulasten des anderen gehen.

Soviel ich weiß, macht man am Universitätsklinikum Marburg bereits etwas Ähnliches. Das ist sehr interessant, darüber sollten wir diskutieren. Ich glaube, die Maßnahmen, die wir zur Konsolidierung brauchen, sind relativ klar. Der Landesrechnungshof hat dazu vieles auf den Tisch gelegt. Der bauliche Masterplan steht an. Die weitere Debatte wird spannend.



**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg zu Ihrem Redebeitrag?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Da kann ich leider nicht nein sagen.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmidt. Ist Ihnen bekannt, dass die Forderung nach einer Trennung der Berechnung zwischen den Bereichen Forschung und Lehre einerseits und medizinischer Versorgung andererseits und damit eine getrennte kostenmäßige Abbildung der Bereiche eine Forderung ist, die ungefähr seit dem Jahr 2002 immer wieder erhoben wird? Ist Ihnen bewusst, dass unter anderem die Universitätsklinika, und zwar nicht nur das UKSH, sondern Kliniken bundesweit, sich lange Zeit geweigert haben, einer solchen Trennkostenrechnung zuzustimmen?

- Sie müssen mir zugestehen: Ich weiß kaum, wie alt ich im Jahr 2002 war, aber ich glaube, damals habe ich mich noch nicht wirklich mit solchen Themen beschäftigt.

(Beifall PIRATEN)

Ich glaube, es ist verständlich, dass ich diese Entwicklung noch nicht seit 2002 nachvollziehe. Dadurch wird die Forderung aber nicht schlechter. Sie wird dadurch auch nicht abgewertet. Auch wenn eine Forderung alt ist, so heißt es nicht, dass sie schlecht ist. Warum sollten wir sie nicht in der Zukunft umsetzen? - Meiner Meinung nach sollten wir diese Forderung aufrechterhalten. Es steht an, dies in den Kliniken umzusetzen. Ich bin froh, dass die Regierung dieses Thema jetzt angehen will. Wir sind gespannt, ob dies so umzusetzen sein wird. Es gibt ja Projekte, die bereits deutlich länger bearbeitet werden. Ich habe von 21 Jahren gehört. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich erteile für die Kollegen des SSW Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Übergeordnet betrachtet ist die finanzielle Lage der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein

alarmierend. Es ist allgemein bekannt, dass mittlerweile mehr als ein Drittel der Krankenhäuser rote Zahlen schreibt. Es ist kein Geheimnis, dass ein ganz wesentlicher Grund hierfür in der zu geringen Vergütung von Krankenhausleistungen liegt. Dies führt dazu, dass selbst gut organisierte und effizient aufgestellte Kliniken kaum mehr wirtschaftlich arbeiten können. Ob es nun um das UKSH oder um andere Krankenhäuser im Land geht; Fakt ist: Wir sind an dem Punkt angekommen, an dem die zunehmende Unterfinanzierung die Qualität der Patientenversorgung bedroht, und genau diese Entwicklung müssen wir dringend aufhalten.

Wenn es um die schwierige Situation des **Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** geht, dann muss man eines ganz deutlich sagen: Die damalige Entscheidung, die schon vor Jahrzehnten getroffen wurde, zwei Universitätsklinika in einem vergleichsweise kleinen Bundesland vorzuhalten, war völlig falsch. So gut die **Standorte in Kiel und Lübeck** auch sind; wirtschaftliches Arbeiten ist und bleibt allein aufgrund dieser Fehlentscheidung eine echte Herausforderung. Dass die nachträgliche Fusion an diesem Missverhältnis wenig ändert, kann wohl kaum jemanden verwundern. Die Strukturen sind und bleiben überdimensioniert. Die Dinge sind aber, wie sie sind, und wir müssen damit jetzt leben.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzlage nicht nur des UKSH ist mir ein Punkt ganz besonders wichtig: Die Situation unserer Krankenhäuser ist häufig schwierig, obwohl von der **Belegschaft** erhebliche Opfer erbracht wurden. Dies gilt ganz besonders für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein. Hier haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Vergangenheit unbezahlte Überstunden geleistet oder anderweitig Verzicht geübt, nur um ihren Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation zu leisten.

Wenn wir uns nun das aktuelle Rekorddefizit des UKSH in Höhe von rund 38 Millionen € anschauen, dann dürfen wir diese **Vorleistung der Beschäftigten** auf keinen Fall vergessen. Eines will ich deshalb deutlich sagen: Eine **Überleitung der Sonderarbeitsverträge** in den TV-L macht zwar Sinn, weil Flächentarifverträge Sicherheit für die Beschäftigten geben, jedoch ist dies kein Sparmodell.

Einen sehr wichtigen, wenn nicht sogar den zentralen Ansatz zur Zukunftssicherung des UKSH liefert dagegen die FDP mit ihrem Antrag. Aus meiner Sicht sind für eine Rückführung des Defizits zualterererst **strukturelle und organisatorische Reformen** notwendig. Für den SSW ist klar, dass mit der



(Lars Harms)

schwarzen Null als Momentaufnahme wenig bis gar nichts gewonnen ist. Wenn das UKSH die Möglichkeit haben soll, auf lange Sicht wirtschaftlich zu arbeiten, dann kommt man an diesem Punkt kaum vorbei. Organisatorische Reformen müssen der Kern eines **umfassenden Sanierungskonzepts** sein. Hier gilt es, genauer hinzuschauen und zu fragen, wo Lübeck und Kiel noch besser zusammenarbeiten können und wo eine noch deutlichere Abgrenzung nötig ist. Aus meiner Sicht muss dabei nicht zuletzt auch die Frage nach eventuellen Doppelstrukturen und ihrem Abbau gestellt werden.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des UKSH liegt natürlich in der **Verbesserung der Einnahmesituation**. Was die hierfür notwendigen Vorstöße auf Bundesebene angeht, so sind wir auf einem guten Weg. Gerade beim Thema Basisfallwert und beim Systemzuschlag für Maximalversorger hat unsere Sozialministerin eindeutig Bewegung in die festgefahrene Diskussion gebracht. Diese Entwicklung stimmt uns erst einmal positiv, auch wenn wir wissen, dass dies allein nicht zu einem ausgeglichenen Klinikhaushalt führen wird. Hierfür sind nicht nur Einnahmesteigerungen, sondern auch Ausgabenbegrenzungen notwendig. So viel ist klar. Als Stichworte will ich hier nur das Beschaffungswesen oder die Gehaltsstruktur der Führungsebene nennen.

Uns allen ist klar, dass allein der Bereich der **baulichen Sanierung** des UKSH ein absolutes Mammutthema ist, das uns ganz sicher noch gesondert beschäftigen wird.

Wenn es also um die Sicherung der Zukunftsfähigkeit vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzlage geht, dann haben wir es mit einer äußerst anspruchsvollen und langwierigen Aufgabe zu tun. Die Sanierung braucht Zeit. Die schwarze Null in nur drei Jahren mag ein plakatives Ziel sein, aber

mehr Realismus schadet nicht. Viel wichtiger ist daher, dass wir in kleinen pragmatischen Schritten zu veränderten Strukturen kommen, und zwar gemeinsam mit den Beschäftigten und ganz sicher nicht auf ihre Kosten. Ich bin mir aber sicher, dass genau dies jetzt angegangen wird.

Ich bin mir ebenfalls sicher, dass ich die Frau Präsidentin eben glücklich gemacht habe, weil ich nur fünf Minuten gebraucht habe.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, ich glaube, diese Freude teilen die Abgeordneten im Plenum mit mir. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Kollege Dr. Garg hat darauf hingewiesen, dass der Ausschuss dieses Thema sicherlich weiter im Rahmen der Selbstbefassung diskutieren wird. Diese Diskussion beginnt am 6. Februar 2014. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass Tagesordnungspunkt 9 auf den morgigen Tag verschoben wird.

Ich beende die Beratungen für den heutigen Tag und wünsche Ihnen allen einen guten Abend! Ich freue mich, Sie alle morgen früh um 10 Uhr hier wieder begrüßen zu dürfen. - Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:38 Uhr**

## Anlage

**Namentliche Abstimmung**  
 45. Sitzung am 22. Januar 2014  
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes in der vom Bildungsausschuss  
 empfohlenen Fassung (Drucksache 18/1451)**  
 Gesetzentwurf der Landesregierung  
 Drucksache 18/1124  
 (Seite 3659 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	-
Hans-Jörn Arp	Nein	Lars Winter	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein		
Johannes Callsen	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Volker Dornquast	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Heike Franzen	Nein	Anke Erdmann	Ja
Hauke Göttisch	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Daniel Günther	Nein	Eka von Kalben	Ja
Hartmut Hamerich	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Karsten Jasper	Nein	Burkhard Peters	Ja
Klaus Jensen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Tobias Koch	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Lehnert	Nein	Bernd Voß	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein		
Hans Hinrich Neve	Nein	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Barbara Ostmeier	Nein	Anita Klahn	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Heiner Rickers	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Klaus Schlie	Nein	Oliver Kumbartzky	-
Peter Sönnichsen	Nein	Christopher Vogt	Nein
Rainer Wiegard	Nein		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Ja	Angelika Beer	Nein
Wolfgang Baasch	Ja	Dr. Patrick Breyer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Ja	Wolfgang Dudda	Nein
Peter Eichstädt	Ja	Uli König	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Sven Krumbeck	Nein
Martin Habersaat	Ja	Torge Schmidt	Nein
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja	<b>SSW</b>	
Simone Lange	Ja	Lars Harms	Ja
Serpil Midyatli	Ja	Flemming Meyer	Ja
Birte Pauls	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Beate Raudies	Ja		
Sandra Redmann	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Thomas Rother	Ja	Abgegebene Stimmen	67
Olaf Schulze	Ja	davon	
Dr. Ralf Stegner	Ja	Jastimmen	34
Dr. Gitta Trauernicht	Ja	Neinstimmen	33
Kai Vogel	Ja	Enthaltungen	-